

## 59. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 12. Dezember 2007

### Inhalt

	Seite		Seite
<b>Mitteilungen der Vizepräsidentin</b> .....	4240	Frage 1533 (Privatisierungsrichtlinie der BVVG) Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke .....	4247
<b>1. Fragestunde</b>			
Drucksache 4/5540 .....	4240	Frage 1534 (Öffentliche Finanzierung von Schlössern und Herrenhäusern) Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka .....	4248
Frage 1525 (Förderprogramme zur beruflichen Integration behinderter Menschen) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler .....	4240	<b>2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Haushaltsgesetz 2008/2009 - HG 2008/2009)</b>	
Frage 1526 (Zuschuss zum Mittagessen für Kinder) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler .....	4241	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Frage 1527 (Mitarbeiterbefragung in der Polizei) Staatssekretär im Ministerium des Innern Hohnen .....	4242	Drucksache 4/4951	
Frage 1528 („Taser“-Waffen) Staatssekretär im Ministerium des Innern Hohnen .....	4244	<u>2. Lesung</u>	
Frage 1529 (Gewalt gegen Kinder) Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht .....	4244	Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Frage 1530 (Finanzierung Integrationshelfer) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler .....	4245	Drucksachen 4/5400 bis 5408 Drucksachen 4/5410 bis 5414 Drucksache 4/5420	
Frage 1541 (Nationalhymne in Brandenburg) Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Appel ....	4246	<u>in Verbindung damit:</u>	
Frage 1532 („Europäische Fußballpolizei“) Staatssekretär im Ministerium des Innern Hohnen .....	4246	<b>Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2007 bis 2011</b>	
		Unterrichtung durch die Landesregierung	
		Drucksache 4/4952 (einschließlich Korrekturblatt)	

	Seite		Seite
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Drucksache 4/5405 . . . . .	4281
Drucksache 4/5421 . . . . .	4249	Frau Siebke (SPD) . . . . .	4281
<b>Einzelplan 01 - Landtag</b>		Frau Große (DIE LINKE) . . . . .	4282
<b>Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staats- kanzlei</b>		Senftleben (CDU) . . . . .	4284
<b>Einzelplan 13 - Landesrechnungshof</b>		Frau Fechner (DVU) . . . . .	4286
<b>Einzelplan 14 - Verfassungsgericht</b>		Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht . . . . .	4289
Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Frau Hartfelder (CDU) . . . . .	4290
Drucksache 4/5401		<b>Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur</b>	
Drucksache 4/5402		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Drucksache 4/5413		Drucksache 4/5406 . . . . .	4292
Drucksache 4/5414 . . . . .	4250	Jürgens (DIE LINKE) . . . . .	4292
Frau Stobrawa (DIE LINKE) . . . . .	4250	Frau Dr. Münch (SPD) . . . . .	4293
Frau Funck (CDU) . . . . .	4251	Nonninger (DVU) . . . . .	4293
Schulze (DVU) . . . . .	4253	Dr. Niekisch (CDU) . . . . .	4295
Bischoff (SPD) . . . . .	4254	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka . . . . .	4296
Frau Richstein (CDU) . . . . .	4257	Frau Meier (DIE LINKE) . . . . .	4298
Vietze (DIE LINKE) . . . . .	4258	Werner (CDU) . . . . .	4300
Minister der Finanzen Speer . . . . .	4262	Ministerin Prof. Dr. Wanka . . . . .	4301
<b>Einzelplan 03 - Ministerium des Innern</b>		<b>Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Sozia- les, Gesundheit und Familie</b>	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Drucksache 4/5403 . . . . .	4264	Drucksache 4/5407 . . . . .	4302
Petke (CDU) . . . . .	4264	Frau Schier (CDU) . . . . .	4302
Claus (DVU) . . . . .	4266	Frau Wöllert (DIE LINKE) . . . . .	4303
Frau Stark (SPD) . . . . .	4268	Frau Lehmann (SPD) . . . . .	4304
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE) . . . . .	4269	Frau Fechner (DVU) . . . . .	4306
Minister des Innern Schönbohm . . . . .	4271	Christoffers (DIE LINKE) . . . . .	4308
<b>Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz</b>		Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler . . . . .	4308
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Frau Schulz (CDU) . . . . .	4310
Drucksache 4/5404 . . . . .	4274	Görke (DIE LINKE) . . . . .	4312
Claus (DVU) . . . . .	4274	<b>Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft</b>	
von Arnim (CDU) . . . . .	4276	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Sarrach (DIE LINKE) . . . . .	4276	Drucksache 4/5408 . . . . .	4314
Ziel (SPD) . . . . .	4277	Frau Hesselbarth (DVU) . . . . .	4314
Ministerin der Justiz Blechinger . . . . .	4278	Frau Fischer (SPD) . . . . .	4317
Werner (CDU) . . . . .	4279	Christoffers (DIE LINKE) . . . . .	4318
<b>Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Ju- gend und Sport</b>		Karney (CDU) . . . . .	4320
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Minister für Wirtschaft Junghanns . . . . .	4322
		Domres (DIE LINKE) . . . . .	4324

	Seite		Seite
<b>Anlagen</b>		- Einzelplan 05 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5483 bis 4/5489 .....	4329
Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 2 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Haushaltsgesetz 2008/2009 - HG 2008/2009)		- Einzelplan 06 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5490 bis 4/5493 .....	4329
- Einzelplan 01 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5442 bis 4/5451 .....	4327	- Einzelplan 07 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5494 bis 4/5505 .....	4330
- Einzelplan 02 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5452 bis 4/5455 .....	4327	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 4/5590 .....	4331
- Einzelplan 03 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5456 bis 4/5474 .....	4328	- Einzelplan 08 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5506 bis 4/5517 .....	4331
- Einzelplan 04 - Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5475 bis 4/5482 (Neudruck) ...	4328	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 12. Dezember 2007 .....	4332
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

**Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr****Vizepräsidentin Stobrawa:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Landtagssitzung.

Anlässlich des Weltbehindertentages, der am 03.12.2007 begangen wurde, begrüße ich vor allem unsere gehörlosen Besucher. Zugleich äußere ich die Bitte an die Abgeordneten und an die Landesregierung, deutlich und nicht zu schnell zu sprechen, sodass der Gebärdendolmetscher das Gesprochene übersetzen kann. - Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße den Marschall der Woiwodschaft Westpommern, Herrn Norbert Obrycki, der als Gast der CDU-Fraktion an unserer Landtagssitzung teilnimmt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich informiere Sie darüber, dass die Änderungsanträge, die Ihnen in den Drucksachen 4/5631 und 4/5632 vorliegen - beide wurden von der DVU-Fraktion eingebracht -, vom Antragsteller zurückgezogen wurden.

Zum Entwurf der Tagesordnung gab es Vorabstimmungen. Ich frage Sie: Gibt es darüber hinaus Abänderungswünsche? - Der überarbeitete Entwurf liegt Ihnen vor. Wenn Sie ihm zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Somit können wir danach verfahren.

Am heutigen Vormittag und Nachmittag sind einige Minister nicht anwesend. Herr Minister Schönbohm lässt sich bis 11 Uhr entschuldigen. Er wird durch Frau Ministerin Blechinger vertreten. Herr Minister Dellmann ist ab 13 Uhr nicht mehr anwesend und wird von Herrn Minister Dr. Woidke vertreten.

Zudem haben sich einige Abgeordnete aus verschiedenen Gründen ganztägig entschuldigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde**

Drucksache 4/5540

Es liegen mündliche Anfragen vor. Frau Lehmann erhält die Gelegenheit, die **Frage 1525** (Förderprogramme zur beruflichen Integration behinderter Menschen) zu formulieren.

**Frau Lehmann (SPD):**

In den vergangenen Jahren gab es mehrfach Programme auf Bundes- und Landesebene, die auf eine bessere Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen außerhalb von Werkstätten für behinderte Menschen abzielten. Es war zu beobachten, dass ihr Erfolg mitunter auf die Laufzeit begrenzt blieb. Nach Auslaufen der Förderung stieg die Zahl der Menschen mit schweren Behinderungen in Arbeitslosigkeit eher wieder an. In ihrer Koalitionsvereinbarung vom 11.11.2005 hat die Bundesregierung die Zielstellung verbesserter Beschäfti-

gungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen bekräftigt. Seit Anfang dieses Jahres läuft das Programm „Job4000“ als neuer Bestandteil der im Jahr 2004 gestarteten Initiative „job - Jobs ohne Barrieren“.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Mit welchen Erwartungen verknüpft sie die laufende Berufsförderung „Job4000“ und die Gesamtinitiative „job - Jobs ohne Barrieren“ mit Blick auf die Beschäftigungsperspektiven von Menschen mit Behinderungen in Brandenburg?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Frau Ministerin Ziegler antwortet auf diese Frage.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Abgeordneten! Zur Unterstützung einer tatsächlichen Verbesserung der Teilhabechancen behinderter und schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt koordiniert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Mitte 2004 die Initiative „job - Jobs ohne Barrieren“ - Initiative für Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen sowie betriebliche Prävention.

Die Initiative war zunächst bis zum 31. Dezember 2006 befristet. Aufgrund des nach wie vor sehr hohen Informationsbedarfs über die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine chancengleiche Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben und der Notwendigkeit, praktische Beispiele gelungener Umsetzungen auf betrieblicher Ebene bekannt zu machen, wird die Initiative bis Ende des Jahres 2010 fortgesetzt.

Im Rahmen dieser Initiative wurde unter anderem das Projekt „Koordinierungsstelle für betriebliche Ausbildung behinderter Jugendlicher in Berlin und Brandenburg“ des DGB Bildungswerks Berlin-Brandenburg gefördert. Diese hatte das grundlegende Ziel, zu einer spürbaren Verbesserung der Ausbildungssituation behinderter Jugendlicher in Berlin und Brandenburg beizutragen, indem außerbetriebliche Ausbildungen in die Betriebe verlagert wurden. Dafür wurden durch den Projektträger Anstrengungen unternommen, betriebliche Interessenvertretungen und Arbeitgeber zu motivieren, sich betriebliche Ausbildungsziele für behinderte Jugendliche vorzunehmen und auch tatsächlich umzusetzen. Insbesondere waren kleine und mittlere Unternehmen in die Bemühungen einbezogen. Zudem wurden die regionalen Akteure - unter anderem die Kammern, die Arbeitsverwaltungen, die Integrationsämter, die Integrationsfachdienste, die Arbeitgeberverbände und die Schulen - besser als bisher vernetzt.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen aus den Projekten und Aktivitäten der Initiative wurde seitens des Bundes das Programm „Job4000“ ins Leben gerufen, das Bestandteil dieser Initiative ist. Gestartet wurde dieses Programm am 1. Januar 2007. Es setzt sich aus drei Säulen - Arbeit, Ausbildung und Unterstützung - zusammen und verfolgt das Ziel, bundesweit für 1 000 besonders betroffene schwerbehinderte Menschen zusätzliche Arbeitsplätze und für 500 schwerbehinderte Jugendliche neue betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Zudem sollen die Integrationsfachdienste bundesweit 2 500 schwerbehinder-

te Menschen auf ihrem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen.

Mit dem Programm können im Land Brandenburg im Zeitraum von 2007 bis 2011 insgesamt 28 neue Arbeitsplätze und 14 neue betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sowie 71 behinderte Menschen eine Unterstützung durch einen Integrationsfachdienst erhalten.

Speziell bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze wird durch das Land Brandenburg das Ziel verfolgt, den Übergang aus einer Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Aus Mitteln des Integrationsamtes wird das Programm vonseiten des Landes mit 570 000 Euro kofinanziert. Bei der Umsetzung der Jobinitiative „job - Jobs ohne Barrieren“ verfolgt die Landesregierung natürlich das Ziel, das Thema der Integration von schwerbehinderten Menschen in Arbeit und Ausbildung stärker als bisher in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Ziele für 2007, fünf Ausbildungsplätze und zehn Arbeitsplätze zu schaffen, sind erfüllt worden.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

In letzter Sekunde wurde eine Nachfrage angemeldet. Frau Kolodzeike, bitte schön!

**Frau Kolodzeike (DIE LINKE):**

Frau Ministerin, Sie kennen sicherlich die Statistik der Arbeitsagentur. Für den Zeitraum März bis November dieses Jahres gab es einen Anstieg der Zahl der schwerbehinderten Arbeitsuchenden von rund 7 %. Meine Frage hierzu lautet: Wird es im Land Brandenburg eigene und stetige Landesprogramme geben, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

**Ministerin Ziegler:**

Die Vermittlung von schwerbehinderten Arbeitslosen ist natürlich auch eine Aufgabe in den ARGen, in den zkt und der BA. Wie Sie wissen, haben wir keine speziellen Programme für schwerbehinderte Menschen aufgelegt, sondern Programme für Nichtleistungsbeziehende, egal, ob sie schwerbehindert sind oder nicht. Was im Arbeitsmarktprogramm künftig enthalten sein wird, betrifft auch die schwerbehinderten Menschen. Aber es gibt keine gesonderten Programme für diese, wie Sie in den Haushaltsverhandlungen zur Kenntnis nehmen konnten.

Ich sage deutlich: Wir kennen dieses Problem und wirken auch bei Ansiedlungsvorhaben darauf hin. Der Wirtschaftsminister und ich haben uns gerade mit der Bilanz, was die gemeinsame Ansiedlungsbetreuung von ZAB und LASA angeht, beschäftigt. Es ging dabei unter anderem um das Ansiedlungsvorhaben der First Solar in Frankfurt (Oder). Dort wurde noch einmal deutlich, dass nicht nur Facharbeiter gesucht wurden, sondern auch Langzeitarbeitslose und schwerbehinderte Menschen eingestellt wurden. Das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium legen sehr großen Wert auf diese Politik.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort erhält die Abgeordnete Kaiser. Sie stellt die **Frage 1526** (Zuschuss zum Mittagessen für Kinder).

**Frau Kaiser (DIE LINKE):**

Der Kinderschutzbund machte dieser Tage erneut darauf aufmerksam, dass in ganz Deutschland die Kinderarmut wächst. Jedes sechste Kind in Deutschland lebe in einer Familie, die Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält. Erfreulich ist, dass die Kommunen offenbar ein hohes Problembewusstsein haben. So gewähren eine Reihe von Kreisen und Gemeinden Zuschüsse, damit Kinder aus diesen Familien an der Mittagsversorgung in Kindertagesstätten und Schulen teilnehmen können. Aus dem Regelsatz sind die Kosten dafür nicht finanzierbar.

Die Landeshauptstadt Potsdam kommt nach einer rechtlichen Prüfung des Sachverhalts zu dem Ergebnis: Eine vollständige Kostenerstattung führe „... zu einer Anrechnung des Zuschusses auf das Einkommen der Eltern, sodass sich die Ansprüche auf Sozialleistungen dementsprechend reduzieren.“ Ein Vorteil für die bedürftigen Familien sei demzufolge nicht zu erwarten.

Meine Frage lautet: Teilt die Landesregierung die Rechtsposition, wonach die Gewährung von Zuschüssen für das Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen oder für ähnliche Zwecke zu einer Verrechnung mit den Sozialleistungen führen muss?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält nochmals Frau Ministerin Ziegler.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Zunächst begrüßt die Landesregierung sehr wohl die Bestrebungen der Landeshauptstadt Potsdam und anderer Kommunen, die Ausgabe von kostenlosem Schulessen an Kinder aus bedürftigen Familien einzuführen. Grundsätzlich fallen solche Zuschüsse nach der derzeitigen Rechtslage - die kann man nicht interpretieren, sondern sie ist, wie sie ist - regelmäßig unter den sozialrechtlichen Einkommensbegriff. Bei Leistungsempfängern nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wäre mithin immer eine Anrechnung zu prüfen.

Die konkreten Überlegungen der Landeshauptstadt Potsdam und die dort in Erwägung gezogenen Handlungsalternativen unterliegen also nicht der Überprüfung durch die Landesregierung. Seitens der Landeshauptstadt wird auf die derzeit nur im Entwurf vorliegende Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, verwiesen. Danach soll ab dem 1. Januar 2008 für den Personenkreis der Leistungsberechtigten nach dem SGB II unter anderem die Frage der Nichtanrechnung bereitgestellter Verpflegung geregelt werden. Für den berechtigten Personenkreis stellt dann dieser hoffentlich in Kraft getretene Verordnungsentwurf eine Erleichterung und Verbesserung dar.

Ich möchte aber ergänzen, dass auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 15. und 16. November dieses Jahres ein Beschluss aller Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren gefasst wurde, nach dem die Länder einheitlich

die Auffassung vertreten, dass die Regelleistung für Kinder nach dem SGB XII sowie nach dem SGB II neu zu bemessen und als Grundlage dafür eine spezielle Erfassung des Kinderbedarfs vorzusehen ist. Außerdem soll geprüft werden, in welchen Bereichen Sachleistungen besser als Geldleistungen eine chancengerechte Teilhabe der Kinder am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. Es gibt Nachfragen. - Frau Abgeordnete Kaiser, bitte schön.

**Frau Kaiser (DIE LINKE):**

Ich habe drei Nachfragen.

Die erste bezieht sich auf die Änderung der Rechtslage bzw. auf den neuen Regelsatz, den Sie ansprachen. Wann rechnen Sie mit einer verbindlichen Änderung zugunsten der betroffenen Kinder, die in Armut leben, angesichts der Tatsache, dass wir über dieses Thema bereits mehrere Monate im Gespräch sind? Sie sagen immer, dass es geprüft wird und beabsichtigt ist.

Die zweite Frage: Wäre es angesichts der Tatsache, dass bei der jetzigen Rechtslage offensichtlich in den Kommunen ausgerechnet die Kinder, die es am nötigsten hätten, eben nicht in den Genuss von sozialen Leistungen kommen, nicht wichtig, dass wenigstens an alle ein Zuschuss gezahlt werden kann, der die Differenz zwischen dem Regelsatz und den tatsächlichen Kosten des Mittagessens ausgleicht? Wir wissen, dass im Regelsatz nur 1 Euro für ein Mittagessen vorgesehen ist, was niemals kostendeckend für das Schulessen ist.

Die dritte Frage: Sehen Sie nicht auch eine landeseinheitliche Regelung als die günstigste Lösung an, damit alle betroffenen Kinder diesen Zuschuss zum Mittagessen erhalten?

**Ministerin Ziegler:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete, dass Sie mir die Gelegenheit geben, einiges richtigzustellen. Die Frage, wann diese Überprüfung durch den Bund erfolgt, kann ich heute von dieser Stelle aus nicht beantworten; denn es liegt nicht in meiner Verantwortlichkeit. Wir drängen darauf. Dieser Beschluss ist in der Ministerkonferenz gefällt worden, und wir drängen permanent auf die Umsetzung unserer Beschlüsse; davon können Sie ganz fest ausgehen. Uns liegt sehr wohl daran, dass unseren Kindern die Chancengleichheit gewährt wird, die sie verdienen. Das wird von allen, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg, gleichermaßen so gesehen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ab Januar, wenn die Richtlinie in Kraft tritt, wird es eine Lösung dahin gehend geben, dass es nicht angerechnet wird und die Kommunen in ihrer Hoheit diese Zuschüsse, die Sie ansprachen, gewähren können.

Zu Ihrer dritten Frage: Ich wünsche mir eine Bundeseinheitlichkeit. Es darf nicht sein, dass in Bayern die Chancengleichheit anders gewährleistet wird als in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg. Deshalb drängen wir auf eine Bundesregelung. Deshalb hatte ich den Beschluss der Ministerinnen und Minister vorgelesen, den wir gefasst haben. Das ist für uns ganz

wesentlich. Wir müssen verhindern, dass es einen Wettlauf darum gibt, wer der beste Sozialpolitiker in Deutschland ist, sondern im Sinne der betroffenen Kinder und Familien muss es darum gehen, zu sortieren, welche Aufgaben der Bund, welche das Land und welche die Kommunen übernehmen.

Solange die Regelsätze der Kinder nur prozentual von denen der Erwachsenen abhängen - in dem Regelsatz werden auch prozentual der Tabak- und Alkoholkonsum mitberechnet -, ist das nicht richtig. Deshalb haben wir uns auch gegen diesen prozentualen Regelsatz gewandt und gesagt: Es muss ein bedarfsgerechter Satz, der den Bedürfnissen der Kinder in jeder Altersgruppe entspricht, gefunden werden. Darauf drängen wir auch.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Aber die Zeit drängt, Frau Ministerin!)

- Da haben Sie Recht.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herr Holzschuher hat auch eine Frage. Bitte sehr.

**Holzschuher (SPD):**

Frau Ministerin, in der Anfrage der Kollegin Kaiser ist ein Satz enthalten, der etwa lautet: Aus dem Regelsatz sind die Kosten für die Mittagsversorgung nicht finanzierbar. - Das klingt fast so, als wäre der Regelsatz nicht hinreichend, um den Kindern ein ordentliches Mittagessen zu gewähren.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Das ist auch so!)

Ich bitte um Beantwortung meiner Frage, ob Sie diese Auffassung, wenn ich die Kollegin Kaiser so interpretiere, teilen.

**Ministerin Ziegler:**

Die teile ich grundsätzlich, ja.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Das Wort erhält Herr Homeyer. Er stellt die **Frage 1527** (Mitarbeiterbefragung in der Polizei).

**Homeyer (CDU):**

In der Landtagssitzung am 22. November 2006 hatte Herr Minister Schönbohm eine landesweite Mitarbeiterbefragung in der Polizei angekündigt. Der Presse war zu entnehmen, dass diese Mitarbeiterbefragung nunmehr abgeschlossen ist und dem Ministerium die ersten Ergebnisse vorliegen.

Ich frage die Landesregierung: Was sind denn nun die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung in der Polizei?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herr Staatssekretär Hohnen wird die Frage beantworten.

**Staatssekretär im Ministerium des Innern Hohnen:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Motivation und eine ordentliche Einstellung

zum Beruf sind für die Polizei unabdingbar, um die Sicherheit für die Menschen im Land zu gewährleisten. Nach der umfassenden Polizeireform, die im Wesentlichen vier Organisationsziele verfolgte - gute Arbeitsergebnisse, eine ordentliche Bürgerorientierung, eine angemessene Wirtschaftlichkeit und auch eine angemessene Einbeziehung der Mitarbeiter -, wollte der Innenminister mit einer umfassenden Befragung der Mitarbeiter erfahren, ob die Reformen angekommen sind und was man noch verbessern kann.

Minister Schönbohm hat im März und im April dieses Jahres - es war die schwierige Zeit, als die Diskussion um die Sonderzuwendungen noch nicht abgeebbt war - eine Befragung durchführen lassen, um zu erfahren, was die Mitarbeiter drückt und was noch besser gemacht werden kann. Die Ergebnisse der Auswertung liegen nun vor. Teilgenommen haben 3 213 Mitarbeiter, das ist etwa ein Drittel der Belegschaft. Damit sind die Ergebnisse auf Landesebene repräsentativ.

Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte durch ein externes Unternehmen, sodass wir von einem wissenschaftlich fundierten, unabhängigen und objektiven Vorgehen überzeugt sind. Die ersten Auswertungen auf Landesebene lassen eine grundsätzliche Zustimmung zu den Reformen der Vergangenheit erkennen. Wir haben den Mitarbeitern mehr Verantwortung, mehr Kompetenzen und eine bessere Ausstattung gegeben.

Nun fordern die Mitarbeiter - das ist ein wesentliches Ergebnis der Befragung -, noch stärker in Entscheidungen der Vorgesetzten einbezogen zu werden. Sie fordern mehr Mitwirkung, sie fordern bessere Entwicklungschancen. Insgesamt sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei viele Möglichkeiten, die Leistungen ihrer Dienststellen weiter zu verbessern. Deutlich erkennbar sind auch der Wunsch und die Bereitschaft, an diesen Veränderungen mitzuwirken und sich im Beruf selbst weiterzuentwickeln.

Überwiegend positiv stellen die Mitarbeiter die Arbeit in ihrem Team, das Arbeitsklima sowie die Arbeitsbedingungen dar. Das heißt etwas in der Polizei, dass die Arbeitsbedingungen als insgesamt erträglich beschrieben werden. Mehrheitlich werden Aufgaben und Arbeitstätigkeit geschätzt. Aufgaben und Ziele sind klar. Das heißt, die Polizistinnen und Polizisten wissen, was von ihnen erwartet wird, was ihre Aufgabe ist.

Positiv bewerten die Mitarbeiter ihre direkten Vorgesetzten. Anhand der Ergebnisse wurde aber auch die Notwendigkeit eines noch aktiveren Führens, das heißt eines Sich-Kümmerns der Vorgesetzten um ihre Mitarbeiter, erkennbar. Es gilt nun, dieses Veränderungspotenzial zu nutzen, um die Zusammenarbeit weiter zu stärken.

Die Ergebnisse sind wichtige Signale, auf die wir in den Folgeprozessen reagieren werden. Im Rahmen der kontinuierlichen Verbesserung der Polizeiarbeit wurde den Polizeibehörden und -einrichtungen diese Aufgabe übertragen. Es gab dazu umfangreiche Erörterungen auch mit Fachleuten.

Wir brechen diese Ergebnisse auf Landesebene nunmehr auf die einzelnen Bezirke der Schutzbereiche und Polizeiwachen herunter. Vor Ort und auch nur dort sind die örtlichen Ergebnisse bekannt - die kennt nicht der Innenminister, die kenne ich nicht - und werden die Mitarbeiteraspekte berücksichtigt. Daraus werden Handlungsansätze abgeleitet, die dienststellenbe-

zogen unmittelbar den Bedürfnissen der Mitarbeiter vor Ort entsprechen müssen und sollen. Gleichzeitig wird auch die persönliche Führungsverantwortung von Vorgesetzten unterstrichen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden wir weiterhin in der Weiterbildung und der Personalentwicklung umsetzen.

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Während Ihres Vortrags wurden Fragen angemeldet. - Bitte, Herr Dr. Bernig.

#### **Dr. Bernig (DIE LINKE):**

Herr Staatssekretär, trifft es zu, dass die Berufsorganisationen diese Mitarbeiterbefragung nicht maßgeblich mitgetragen haben, weil Fragen nach der Zufriedenheit mit der Besoldung nicht gestellt wurden?

#### **Staatssekretär Hohnen:**

Dem Vernehmen nach trifft Ihre Fragestellung den Kern. Wir befanden uns bei der Befragung in der schwierigen Situation der Diskussion über die Sonderzuwendungen. Aber unsere Mitarbeiter pflegen sich auch einzubringen, wenn der Dienstherr fragt.

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Es gibt noch eine Frage des Abgeordneten Claus.

#### **Claus (DVU):**

Herr Staatssekretär, wurden diese Befragungen in den Schutzbereichen unterschiedlich angenommen, sodass die Befragung doch etwas einseitig sein könnte, weil im Norden vielleicht weniger Antworten als im Süden zu verzeichnen waren?

#### **Staatssekretär Hohnen:**

Ja.

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. Das war klar und präzise.

Ich rufe die **Frage 1528** („Taser“-Waffen), gestellt vom Abgeordneten Claus, auf.

#### **Claus (DVU):**

In Internetwaffenbörsen sowie auf internationalen Versteigerungsplattformen im Internet werden seit kurzer Zeit im Rahmen der frei verkäuflichen Waffen sogenannte Taser-Waffen angeboten. Von Sicherheitskräften verschiedener Länder wird diese Waffenart sowohl als Verteidigungswaffe als auch als Angriffswaffe eingesetzt.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Richtlinien gelten in Brandenburg hinsichtlich des Besitzes und des Führens sogenannter Taser-Waffen?

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Staatssekretär Hohnen wird auch diese Frage beantworten.

### **Staatssekretär im Ministerium des Innern Hohnen:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Für diese Taser-Waffen - das sind Elektroschlagwaffen, die Drähte verschießen und dann einen Stromimpuls weiterleiten - gelten in Brandenburg wie in allen anderen Bundesländern die einschlägigen Bestimmungen des Waffengesetzes. Danach sind der Erwerb und der Besitz dieser Waffen ab 18 Jahren erlaubnisfrei. Das Mitführen ist erlaubnispflichtig. Für den Erlass landesrechtlicher Regelungen zum Waffengesetz besteht keine gesetzliche Ermächtigung.

Vielleicht darf ich noch ergänzen: Bedingung ist, dass ein F im Fünfeck auf diesen Waffen angebracht ist. Dann sind sie quasi wie Druckluftwaffen zu behandeln.

### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Danke schön. - Das Wort erhält die Abgeordnete Lieske. Sie stellt die **Frage 1529** (Gewalt gegen Kinder).

### **Frau Lieske (SPD):**

Zu Beginn vergangener Woche gab es unter Bezugnahme auf das Landeskriminalamt alarmierende Meldungen über eine angeblich besonders hohe Anzahl von Kindstötungen im Land Brandenburg. Demnach seien allein im Jahr 2006 13 Kinder Todesopfer von Gewaltdelikten oder Verwahrlosung geworden. Zugleich stand die Behauptung im Raum, in keinem anderen Bundesland gebe es eine so hohe Anzahl von Kindstötungen. Inzwischen gibt es Aussagen, wonach diese unter Bezug auf das LKA veröffentlichten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen und die Zahlen tatsächlich deutlich niedriger liegen. Diese Berichte konterkarieren jedoch die umfangreichen - auch ehrenamtlichen - und nach meiner Kenntnis erfolgreichen Bemühungen auf Landes- und kommunaler Ebene für den Kinderschutz.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie zum Kinderschutz?

### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Das Wort erhält Herr Minister Rupprecht. Er beantwortet diese Frage.

### **Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lieske, schreckliche Nachrichten über Kindstötungen haben uns alle in letzter Zeit des Öfteren erschüttert. Heute berichten die Medien wieder über einen Fall in Brandenburg. Ich meine, alle diese Schreckensmitteilungen haben eines deutlich gemacht: Wir dürfen in unseren Bemühungen um die Verbesserung des Kinderschutzes und um ein gewaltfreies Aufwachsen von Kindern nicht nachlassen.

Unter den Stichworten „Fallnähe“, „Qualifizierung“, „Koope-ration“ und „Reflexion des fachlichen Arbeitens“ lassen sich die vielfältigen Maßnahmen zusammenfassen, die die Landesregierung mit dem Programm zur Verbesserung der Kinderschutzarbeit im Frühjahr 2006 beschlossen hat. Die wesentlichen Bausteine dieses Programms zur Verbesserung der Kinderschutzarbeit in unserem Land sind erstens die Einrichtung

einer Fachstelle Kinderschutz, zweitens Verfahrensklärungen in Jugendämtern zum Umgang mit Verdachtsfällen von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, drittens große Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen für mehrere Berufsgruppen, viertens Empfehlungen der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände zur Zusammenarbeit bei Kindesvernachlässigung und -misshandlung, fünftens der Ausbau präventiver Angebote für Familien und sechstens die Anforderung an die Praxis der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und der anderen Beteiligten, in Fällen, in denen Kinder durch Vernachlässigung oder Misshandlung zu Tode gekommen sind, eine genaue Fehleranalyse vorzunehmen.

Die Veröffentlichung der Empfehlungen zum Umgang und zur Zusammenarbeit bei Kindesvernachlässigung und -misshandlung sowie bei entsprechenden Verdachtsfällen fand ein sehr großes, auch überregionales Interesse. Die entsprechende Broschüre musste nachgedruckt werden und hat inzwischen eine Auflage von über 7 000 Exemplaren erreicht. Die Stärkung der kommunalen Vernetzung für einen besseren Kinderschutz hat damit eine sehr solide Grundlage erfahren.

Die Diskussion in den vergangenen Monaten beschäftigte sich unter anderem mit den Möglichkeiten des Gesundheitswesens, durch Früherkennungsuntersuchungen Gefährdungen von Kindern zu identifizieren. Deshalb hat die Landesregierung im Rahmen der Neufassung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst ein verbindliches Einladungsverfahren für die Früherkennungsuntersuchungen und die Verpflichtung zur Teilnahme an einer Untersuchung außerhalb der Untersuchungen für die Kinder im dritten Lebensjahr, die von den Gesundheitsämtern durchzuführen sind, vorgesehen.

Erst kürzlich wurde der neue Brandenburger Leitfaden zur Früherkennung von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche vorgestellt, der sich insbesondere an die Gesundheitsberufe richtet. Schließlich hat die Jugend- und Familienministerkonferenz, deren Vorsitz ich in diesem Jahr innehatte, im Frühsommer in Potsdam einen Beschluss zum Thema gefasst. Darin sind Qualitätsmerkmale und Rahmenbedingungen eines wirksamen Kinderschutzes in ganz Deutschland als gemeinsame Empfehlungen der Jugend- und Familienministerkonferenz und der kommunalen Spitzenverbände formuliert.

Die Bearbeitung von Kinderschutzfällen durch die Jugendämter und die Träger vor Ort erfordert eine hohe Kompetenz, Verdachtsfälle zu identifizieren und sich ein genaues Bild über die Gefährdungssituation von Kindern in den Familien zu machen. Diese Fachkompetenz, verbunden mit der Fähigkeit, die richtigen Hilfen anzubieten bzw. richtige Eingriffe vorzunehmen, müssen wir begleiten und stärken. Diesem Anspruch haben sich unsere Jugendämter ebenso wie andere beteiligte Einrichtungen kontinuierlich gestellt. Sie haben - das halte ich für besonders wichtig - ihre Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene deutlich verbessert.

Gewalt gegen Kinder fordert uns fachlich, ethisch und emotional immer aufs Neue heraus. Wir dürfen in unseren Anstrengungen, die präventive Arbeit auf allen Ebenen zu unterstützen und zu verbessern, nicht nachlassen. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung bei diesem schwierigen Problem. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. Es gibt eine Nachfrage, die Frau Abgeordnete Hartfelder stellt.

**Frau Hartfelder (CDU):**

Herr Minister, vor geraumer Zeit ist dem Landtag der Bericht zum Kinderschutz vorgelegt worden. Der Bericht besagt, wie Sie sicherlich wissen, dass es in den Jugendämtern sehr unterschiedliche Bedingungen in personeller wie fachlicher Hinsicht gibt. Was hält die Landesregierung davon, dass das Landesjugendamt die Fachaufsicht über die Jugendämter der Landkreise und kreisfreien Städte ausüben könnte?

**Minister Rupprecht:**

Die Frage ist nicht neu. Frau Ministerin Blechinger hat sie in dieser Woche auch im Kabinett gestellt. Wir haben beschlossen, das Thema intensiv in einer Runde zu diskutieren, zu der unser Kollege Schönbohm als Vorsitzender des Landespräventionsrates einladen wird. Im Januar werden sich die beteiligten Ressorts - das sind die vier Ressorts Justiz, Inneres, MASGF und mein Haus - zusammensetzen und über diese Fragen diskutieren. Ich weiß, dass das der Wunsch von einigen ist. Es gibt aber auch konträre Meinungen, beispielsweise aus meinem Haus. Wir wollen in Ruhe und in aller Sachlichkeit darüber reden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Frau Abgeordnete Kolodzeike, die die **Frage 1530** (Finanzierung Integrationshelfer) stellt.

**Frau Kolodzeike (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass der Einsatz eines Gebärdensprachdolmetschers heute hier vor Ort ermöglicht wurde.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE sowie bei SPD und CDU)

Am 26. Oktober 2007 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in zwei Musterurteilen entschieden, dass bei der Beschulung behinderter Kinder in einer Regelschule das Sozialamt einen Integrationshelfer finanzieren muss, wenn eine Einweisung des Schulamts für die Regelschule existiert. Der Sozialhilfeträger muss diesen Integrationshelfer auch finanzieren, wenn dabei mehr Kosten als bei einer Beschulung in der Förderschule entstehen. Im Maßnahmenpaket für Familien- und Kinderfreundlichkeit hat sich die Landesregierung ebenfalls vorgenommen, eine wohnortnahe und integrative Beschulung behinderter Kinder zu fördern.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche gesetzliche Regelung wird sie nach den Musterentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts treffen, um eine integrative Beschulung behinderter Kinder - gegebenenfalls mit Unterstützung eines Einzelfallhelfers - abzusichern, ohne dass die Eltern auf den jahrelangen Klageweg durch die Instanzen gegenüber dem Sozialhilfeträger verwiesen werden?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Frau Ministerin Ziegler gibt die Antwort.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens wird es Zeit, dass es zur normalen Institution wird, dass ein Gebärdendolmetscher an den Parlaments Sitzungen teilnimmt. Das könnte das Parlament beschließen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens zu Ihrer Frage: Die rechtlichen Voraussetzungen für Leistungen der Eingliederungshilfe sind in den §§ 53, 54 SGB XII geregelt. Darüber hinaus sind die gesetzlichen Grundlagen insbesondere in §§ 29 und 68 Brandenburgisches Schulgesetz aus unserer Sicht ausreichend, um Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam mit nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern an Grundschulen und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Oberstufenzentren im gemeinsamen Unterricht schulisch zu fördern.

Außerdem ist in § 4 Abs. 3 Sonderpädagogikverordnung ausdrücklich die Einbeziehung der zuständigen Kostenträger bei der Empfehlung zusätzlicher sächlicher und personeller Mittel, die für einen gemeinsamen Unterricht notwendig sind, vorgesehen.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und das MASGF haben bereits im Jahr 1998 gemeinsame Empfehlungen zur Abgrenzung der Leistungsverpflichtung für den zusätzlichen Hilfebedarf von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf erarbeitet, nach denen für eine Entscheidung des Schulträgers bzw. des Sozialhilfeträgers im Einzelfall in Betracht kommende Leistungen den Hilfemaßnahmen zugeordnet werden können. Diese Empfehlungen sind im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 1 vom 12. Januar 1999 veröffentlicht worden und wurden den Sozialämtern und Jugendämtern zur Verfügung gestellt. Diese Regelung hat sich aus unserer Sicht bewährt. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass es aus Ihrer Sicht in der Umsetzung oder in der Handhabung Probleme gibt. Wir werden es zum Anlass nehmen, die Landräte darauf hinzuweisen, dass man danach handeln kann und damit die Spielräume und Freiräume gegeben sind, im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu handeln.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage. - Frau Abgeordnete Kolodzeike, bitte.

**Frau Kolodzeike (DIE LINKE):**

Frau Ministerin, überall steht zwar, dass eine gemeinsame Beschulung Vorrang haben soll. Unterhöhlen wir dies nicht, indem wir den Halbsatz anfügen: „immer vorausgesetzt, die sächlichen, personellen und baulichen Bedingungen sind vor Ort vorhanden“? Ich vermute, dass sich die Kommunen darauf zurückziehen werden.

**Ministerin Ziegler:**

Deswegen werden wir die Landräte darauf aufmerksam ma-

chen, dass nach unserer Verordnung dies möglich und im Sinne der Kinder und Jugendlichen auch anzuwenden ist. Darauf werden wir verstärkt hinweisen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Eigentlich kämen wir jetzt zur Frage 1531, aber der Fragesteller, Herr Abgeordneter Dr. Niekisch, möchte sie mit seiner **Frage 1541** (Nationalhymne in Brandenburg) tauschen.

(Dr. Klocks in [SPD]: Ist es möglich zu tauschen?)

**Dr. Niekisch (CDU):**

Die klassischen demokratischen Parteien stimmen darin überein, dass das Handhaben nationaler Symbole der Bundesrepublik Deutschland - Nationalhymne, Adler - nicht radikalen oder extremistischen Parteien überlassen werden darf.

In diesem Zusammenhang ist zu hinterfragen, warum das Singen der Nationalhymne beim ersten Einbürgerungsfest der Landesregierung und des Landtags im Juni 2007 zunächst umstritten war und warum beim zentralen Festakt des Landes am 3. Oktober 2007 - anlässlich der 850-Jahr-Feier des Landes Brandenburg und des Tages der Deutschen Einheit - in Brandenburg an der Havel das Singen der Nationalhymne gänzlich unterblieben ist.

Es war hochrangig besetzt. Viele Landesminister und der Bundesaußenminister waren anwesend.

Deswegen frage ich - in dem Bewusstsein, dass eigentlich der Landtagspräsident der Einladende war -: Teilt die Landesregierung diese Distanz gegenüber den nationalen Symbolen des demokratischen Deutschlands?

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herr Staatssekretär Appel, Sie haben das Wort für die Beantwortung der Frage.

**Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Appel:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich vermag da keine Distanz zu erkennen. Im Übrigen, um es kurz zu machen: Was fragen Sie eigentlich die Landesregierung danach? Fragen Sie den Landtag und den Präsidenten, aber nicht die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Ich rufe die **Frage 1532** („Europäische Fußballpolizei“) auf, die der Abgeordnete Bochow stellt.

**Bochow (SPD):**

Presseberichten zufolge, zum Beispiel in der „Welt“ vom

30.11.2007, erwägt EU-Kommissar Frattini die Schaffung einer „Europäischen Sport- bzw. Fußballpolizei“. Er reagierte damit auf Forderungen von UEFA-Präsident Platini, der Hilfe beim Kampf gegen den durch Fußballveranstaltungen verursachten Gewalttourismus gefordert hatte.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Vorschlag, eine europäische Fußballpolizei einzurichten, insbesondere vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herr Staatssekretär Hohnen erhält das Wort zur Beantwortung.

**Staatssekretär im Ministerium des Innern Hohnen:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Problematik „Fußball und Gewalt“ oder „Sport und Gewalt“ beschäftigt uns seit Jahrzehnten in Ost wie West. Die Forderung nach einer europäischen Fußballpolizei wurde wiederholt von verschiedenen Verantwortlichen der UEFA vorgebracht.

Die Europäische Union hat im Dezember 2001 ein Handbuch mit Empfehlungen für die internationale polizeiliche Zusammenarbeit und Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalttätigkeiten und Störungen im Zusammenhang mit Fußballspielen von internationaler Dimension, die zumindest einen Mitgliedsstaat betreffen, herausgegeben. Darin wurden die Mitgliedsstaaten ersucht, ihre Zusammenarbeit zu stärken, insbesondere die praktische Zusammenarbeit zwischen den für die Kontrolle der Veranstaltungen zuständigen Behörden und Dienststellen sowie zwischen den Polizeibehörden, um Gewalttätigkeiten und Störungen zu verhindern und ihnen entgegenzuwirken. Diese Empfehlungen sprechen insbesondere von der Einrichtung nationaler Fußballinformationspunkte, polizeilichem Informationsaustausch vor, während und nach den Fußballspielen, dem Austausch von Verbindungsbeamten, dem Einsatz von sportzenekundigen Beamten sowie der Kommunikation mit Fußballfans, zum Beispiel über Fanprojekte.

In der Bundesrepublik wird seit Anfang der 90er Jahre das nationale Konzept „Sport und Sicherheit“ angewandt, das das europäische Handbuch hervorragend umgesetzt. In Deutschland hat sogar jede Länderpolizei - auch die Brandenburgs - eine eigene Landesinformationssammelstelle eingerichtet. Zuletzt zur Fußballweltmeisterschaft 2006 hat dieses nationale Zentrum seine herausragende Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auf dessen Grundlage wurde zur Weltmeisterschaft 2006 eine Rahmenkonzeption zur Bewältigung von polizeilichen Einsatzanlässen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft erarbeitet und umgesetzt. Dazu gehörte der Informationsaustausch, der Austausch von Verbindungsbeamten, der Informationsaustausch mit anderen Polizeien, also alles das, was Europa fordert. Dieses Konzept hat sich so gut bewährt, dass auch die Schweiz und Österreich, die Ausrichter der Europameisterschaft 2008 sind, sich von Deutschland insoweit haben beraten lassen. Die Bundesrepublik - Sie erinnern sich an die einschlägigen Medienberichte - hat weltweit Lob für den sicheren Ablauf der Weltmeisterschaft erhalten.

Ganz konkret auf Ihre Frage, Herr Abgeordneter: Die Notwendigkeit einer europäischen Fußballpolizei wird von der Landesregierung nicht gesehen.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. Es gibt einige Nachfragen. - Der Fragesteller zieht zurück, aber der Abgeordnete Domres hat eine Frage.

**Domres (DIE LINKE):**

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Fanprojekte und ihre dauerhafte Finanzierung? Wie sehen Sie Ihre Verantwortung bei der Finanzierung von Fanprojekten?

**Staatssekretär Hohnen:**

Man kann das Problem der Verhinderung von Gewalt beim Sport nicht mit Geld lösen. Wir begrüßen jede Initiative von Fanprojekten. Unsere szenekundigen Beamten, die - sage ich einmal - fast alle Fans persönlich kennen, unterstützen alles, was da geleistet werden kann. Wir sollten in Brandenburg jedoch nicht alles auf Geld zurückführen. Oft ist es das Miteinander-Reden, das Miteinander-Befassen und -Umgehen. Für die Landesregierung, denke ich, darf ich sagen: Wir unterstützen alle Projekte in ideeller Hinsicht und im Einzelfall, soweit es leistbar ist, auch materiell.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Wehlan. Sie stellt die **Frage 1533** (Privatisierungsrichtlinie der BVVG).

**Frau Wehlan (DIE LINKE):**

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Privatisierungsrichtlinie der BVVG ist die Betroffenheit vieler Landwirtschaftsbetriebe im Landkreis Uckermark besonders augenfällig. So sind in den Internetveröffentlichungen der BVVG allein in der Uckermark fast doppelt so viele Flächen zur Ausschreibung veröffentlicht wie im gesamten Rest des Landes Brandenburg und den anderen Bundesländern zusammen. Die von der BVVG veröffentlichten Orientierungswerte zum Kauf oder zur Verpachtung betragen oft ein Vielfaches des ortsüblichen Wertes. Diese Preise können infolge fehlenden Eigenkapitals von den Betrieben bzw. Nutzern dieser Flächen nicht im notwendigen Umfang gezahlt werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Sachverhalt, besonders hinsichtlich einer Initiative der Landesregierung zur Veränderung der Privatisierungsrichtlinie der BVVG, um landwirtschaftlichen Unternehmen bei Eigenbedarf den Zugang zu ihren gepachteten Flächen auch zukünftig zu erhalten?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Herr Dr. Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, wird das beantworten.

**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Wehlan, das Interesse am Brandenburger Boden ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Das betrifft nicht nur, aber auch die BVVG-Flächen, wobei die BVVG-Flächen hier im besonderen öffentlichen Fokus stehen -

zu Recht, weil der Bund mit einer Gesellschaft direkt in den Bodenmarkt eingreift bzw. eingreifen kann.

Das neue Privatisierungskonzept ist Resultat einer zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Landwirtschaft einerseits und den fünf neuen Bundesländern andererseits seit 2004 geführten und Ende 2006 zum Abschluss gebrachten Diskussion zur weiteren Privatisierung der ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen. Seit dem 1. Januar 2007 ist dieses neue Privatisierungskonzept als Kompromiss zwischen den natürlich gegebenen fiskalischen Interessen des Bundes und den agrarstrukturellen Interessen der neuen Bundesländer in Kraft. Zur Umsetzung hat die BVVG verwaltungsinterne Richtlinien erarbeitet, die mit den Ländern abgestimmt wurden. Diese Richtlinien beinhalten auch die Möglichkeit, für durch Flächenentzug existenzbedrohte Betriebe Sonderfallregelungen seitens der Länder im Sinne von § 17 der sogenannten Flächenerwerbsverordnung vorzuschlagen. Diese sind dann von der BVVG und dem Bundesministerium der Finanzen zu genehmigen.

Wir haben vonseiten des Landes Brandenburg sieben solche Sonderfälle eingereicht, für die bisher lediglich zwei Rückmeldungen vorliegen, nachdem die Zustimmung der BVVG verweigert wurde. Ein Fall darunter - Sie haben die Uckermark angesprochen - befindet sich auch in der Uckermark.

Wir sehen vonseiten der Landesregierung diese Entwicklung mit wachsender Sorge. Die Umsetzung der Sonderfallregelung, die in Einzelfällen der Existenzgefährdung durch Flächenentzug vorbeugen soll, ist nach unserer Meinung derzeit unzureichend. Deshalb fand aufgrund einer Initiative meines Hauses am 6. Dezember des Jahres 2007, also vor wenigen Tagen, eine Beratung der fünf neuen Länder mit dem BMELV und dem Bundesfinanzministerium zur Auswertung der Umsetzung des neuen Privatisierungskonzepts, nach mittlerweile fast einem Jahr Laufzeit, statt. Es wurden vor allem die Umsetzung des neuen Privatisierungskonzepts im Hinblick auf Härtefallsituationen besprochen und Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert.

Im Ergebnis der Beratung wird es eine Weiterentwicklung des Konzepts geben, vor allen Dingen, um Existenzgefährdungen durch Flächenentzug in Zukunft vermeiden zu können. Danach sollen Härtefälle künftig in bilateralen Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung der BVVG und Vertretern des betroffenen Bundeslandes geklärt und das Problem gelöst werden. Sollte es zwischen diesen beiden Seiten zu keiner Einigung kommen, soll es dann eine endgültige Entscheidung zwischen Bundesfinanzministerium und Bundeslandwirtschaftsministerium geben. Wir gehen davon aus, dass mit dieser Verfahrensweise einerseits mehr Transparenz in das eigentliche Entscheidungsverfahren einzieht und andererseits damit verhindert wird, dass Betriebe aufgrund von Flächenentzug in existenzbedrohende Situationen geraten.

Der Brandenburger Boden ist die Existenzgrundlage der Brandenburger Landwirtschaft. Er ist nicht nur die Grundlage der Existenz der Landwirtschaftsbetriebe, sondern ist die Grundlage für Tausende von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Wir werden uns vonseiten der Landesregierung dafür einsetzen, dass das Hauptproduktionsmittel in den Händen der Brandenburger Bauern bleibt. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. Die Fragestellerin hat eine Nachfrage. - Bitte schön.

**Frau Wehlan (DIE LINKE):**

Schönen Dank auch von mir für das Signal, dass die Landesregierung dranbleiben wird.

Ich habe zwei kleine Nachfragen. Sie haben davon gesprochen, dass die Privatisierungsrichtlinie mit den Ländern, dem Bundesfinanz- und dem Bundesverbraucherministerium abgestimmt auf den Weg gebracht wurde. Bei den damaligen Verhandlungen war im Gespräch, dass es unterschiedliche Finanzierungsmodelle geben könnte. Deswegen meine Frage: Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Finanzierungsmodelle bei Erwerb der BVVG-Flächen durch selbst wirtschaftende Landwirte - also durch die Nutzer -, zum Beispiel für eine Erleichterung von EALG-Flächen-Verkäufen über ein Bürgerschaftsmodell und Verkehrswertverkäufe bzw. die nach Höchstgebot über ein Ratenzahlungsmodell?

Meine zweite Nachfrage zu dem, was Sie dargelegt haben: Unser Problem ist ja, dass wir, da die BVVG für uns die Bodenverwertungspolitik betreibt, letztlich keine gesetzlich verankerten Mitsprachemöglichkeiten haben. Ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass es aufgrund einer Härtefallregelung eine Verabredung gibt, bilaterale Verhandlungen zwischen BVVG und ...

(Minister Dr. Woidke bittet die Präsidentin um einen Stift.)

- Ich habe einen Kugelschreiber für Sie. Es wird gar nicht so kompliziert, Herr Woidke. - Sie haben dargelegt, dass es in Anbetracht der Härtefallregelung, die Sie am Nikolaustag neu verhandelt haben, bilaterale Verhandlungen zwischen der BVVG und Vertretern des Landes gibt. Vertreter des Landes ist das Ministerium, oder wer tritt als Vertreter des Landes auf? Oder ist wirklich nur der Eigentümer gemeint?

**Minister Dr. Woidke:**

Danke, Frau Wehlan, für die ausführliche Frage. Das gibt mir Gelegenheit zu einer kurzen Vorlesung in Agrarökonomie.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Spaß beiseite! Ich möchte die Frage beantworten.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Einen Moment bitte, Herr Minister. - Herr Petke, dürfte ich Sie bitten, Platz zu machen? Denn die Gäste sehen ihren Gebärdendolmetscher nicht, wenn die Abgeordneten davorstehen. - Danke schön.

**Minister Dr. Woidke:**

Die Vertretung des Landes Brandenburg in diesen Verhandlungen hat mein Haus inne. Wir stimmen uns mit den anderen Mitgliedern der Landesregierung ab. Die Landesregierung in Summe hat ein großes Interesse an verträglichen Regelungen für die Brandenburger Landwirtschaft.

Was die Privatisierungsmodelle betrifft, so gibt es eine Reihe von Diskussionen dazu. Es gibt auch eine Reihe von Interessenten aus dem privatwirtschaftlichen Bereich, aus dem Bereich deutscher Banken, die die gesamte BVVG-Privatisierung liebend gern übernehmen würden. Ich möchte darauf nicht näher eingehen.

Wir bewerten solche Modelle anhand von zwei Punkten. Erstens: Zu welchen Konditionen können mit diesen Modellen die Flächen weiterhin bei Brandenburger Landwirten bleiben bzw. zu den Brandenburger Landwirten kommen? Zweitens: Wer kommt für den entstehenden Verwaltungsaufwand auf, oder wird dieser mit dem Pacht- bzw. Kaufpreis auf die Landwirte umgelegt? - Das sind die zwei entscheidenden Punkte, die für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung sind.

Ich muss dazu sagen: Auch wenn über die BVVG viel geschimpft wird - in letzter Zeit zunehmend zu Recht - und es in Einzelfällen zu Diskussionen gekommen ist, so haben wir mit der BVVG bisher eine sehr gute Zusammenarbeit gehabt. Ich hoffe, dass wir weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit haben und die BVVG den Ländern die Möglichkeit lässt, über ihre Agrarstrukturen selbst zu bestimmen, und es nicht dazu kommt - wie wir es letztens auf einer Klausurtagung des Bauernverbandes hören mussten -, dass man sibyllinisch sagt: Wir können noch einmal über die Agrarstrukturen in den neuen Bundesländern nachdenken. - Das werden wir abwehren. Aber ansonsten hoffe ich, dass wir auch mit dieser Bundesbehörde in Zukunft wieder konstruktiv zusammenarbeiten. - Danke schön.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Recht herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Niekisch. Er stellt die **Frage 1534** (Öffentliche Finanzierung von Schlössern und Herrenhäusern).

**Dr. Niekisch (CDU):**

Seit 1990 sind im Land Brandenburg viele zum Teil stark verfallene bzw. ruinöse Schlösser und Herrenhäuser mit öffentlichen Mitteln wieder aufgebaut oder saniert worden. Es ist allgemein bekannt, dass eine Totalsanierung oft teurer oder genauso teuer ist wie ein Neu- oder Nachbau. Als Beispiele nenne ich Prötzel, Meseberg, Caputh, Oranienburg, Königs Wusterhausen, für die verschiedene Landes- oder Bundesmittel eingesetzt wurden.

Ich frage die Landesregierung: Wie viel Geld hat die öffentliche Hand - der Bund, die Länder und die Kommunen - für sämtliche Sanierungen von Schlössern und Herrenhäusern seit 1990 ausgegeben?

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Frau Prof. Wanka, Sie haben das Wort.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Niekisch, wir haben in Brandenburg 123 Schösser, 281 Guts- und Herrenhäuser und 29 Burganlagen und Burgen unter Denkmalschutz gestellt. Meinem Haus liegt nur vor, wie viel Geld aus Denkmalprogrammen für die denkmalgeschützten

ausgegeben wurde. Wenn man erfassen wollte, wie viel Geld insgesamt durch das Landwirtschaftsministerium, das Städtebauministerium und andere zum Beispiel in Herrenhäuser, die nicht unter Denkmalschutz stehen, investiert wurde, müsste man eine sehr intensive Umfrage durchführen. Das wäre schwierig, denn wenn Häuser nicht unter Denkmalschutz stehen, sind sie nicht klassifiziert, sondern werden nur als Immobilien mit einer Adresse aufgeführt. Es stellte sich auch die Frage nach Aufwand und Nutzen einer solchen Datenerfassung.

Ich sage einmal etwas zu den denkmalgeschützten Bauten bzw. zu den Denkmalförderprogrammen, die über mein Haus laufen. Was die Behauptung anbetrifft, eine Sanierung sei oftmals genauso teuer wie ein Neubau, so muss ich sagen, dass ich Ihre diesbezügliche Frage eigentlich nicht verstehe. Es kann Fälle geben - das sehen wir beim Landtagsprojekt -, in denen ein Gebäude völlig neu „rekonstruiert“ bzw. aufgebaut wird. Das hat jedoch nichts mit Denkmalschutz zu tun; auch dann nicht, wenn originalgetreue Bestandteile Verwendung finden. Die Frage Sanierung oder Neubau oder Vergleich von Daten ist im Denkmalschutz eigentlich völlig widersinnig. Bei den genannten Beispielen Meseberg, Oranienburg usw. geht es klar nach denkmalgeschützerischen Aspekten. Das heißt, es wird immer so viel wie möglich originale Substanz erhalten und rekonstruiert. Gerade Oranienburg ist ein sehr „preiswertes“ Beispiel. Es war ein Fördermix der verschiedenen Ministerien; insgesamt wurden 10 Millionen Euro investiert. Mit diesen Mitteln wurde die gesamte Schlossanlage wunderbar wiederhergestellt. Sie ist ein touristischer Anziehungspunkt, gerade in dieser Region.

Wir haben in Brandenburg auch Schlossruinen, zum Beispiel in Dahme. Der wissenschaftliche Aspekt ist, sie zu sichern und zu versuchen, sie als Anker in der Kulturlandschaft zu etablieren. Das ist in Dahme gelungen. Wir haben seit 1989 in diesem Bereich sehr viel geleistet. Allerdings haben wir sehr viele denkmalgeschützte Bauten, bei denen die Gefahr des Verfalls besteht, zum Beispiel das Frauenhaus Baruth, das ehemalige Schloss der Grafen Solms-Baruth. Dieses Gebäude ist kulturhistorisch außerordentlich wertvoll, jedoch ist völlig unklar, wie es gesichert werden kann. Das gilt für eine ganze Reihe von Gebäuden.

Sie haben nach Summen gefragt. Die öffentliche Hand hat im Rahmen des Denkmalschutzes seit 1990 Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro in ungefähr 100 Schlösser investiert. Dazu kommt der Bereich der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Die Investitionen unterscheiden wir nicht; es ist also nicht einfach nachzuvollziehen, welche Mittel in Ensemblebauten, in Gartenanlagen, in historische Parks fließen, sondern da kann ich nur die Gesamtsumme, die in Immobilien und Parkanlagen investiert wurde, nennen. Seit Gründung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten wurden ungefähr 200 Millionen Euro investiert.

Wir haben in Brandenburg die Sonderkonstruktion der Schlösser GmbH, die 22 Schlösser verwaltet. Seit Gründung dieser GmbH sind Landesmittel in Höhe von 20 Millionen Euro dorthin geflossen. Es ist Großartiges geleistet worden, aber es besteht noch ein enormer Bedarf für die denkmalgeschützten Bauten sowie Herrenhäuser und Schlösser.

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Der Fragesteller zieht seine Nachfrage zurück.

Ich schließe die Fragestunde und den Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

#### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Haushaltsgesetz 2008/2009 - HG 2008/2009)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Drucksache 4/4951

#### 2. Lesung

Beschlussempfehlungen und Berichte  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksachen 4/5400 bis 4/5408  
Drucksachen 4/5410 bis 4/5414 und  
Drucksache 4/5420

in Verbindung damit:

#### **Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2007 bis 2011**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung

Drucksache 4/4952  
(einschließlich Korrekturblatt)

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5421

Das Präsidium hat sich auf folgenden Ablauf verständigt: Am heutigen Tage werden wir bis ca. 21 Uhr den Haushalt 2008/2009 in 2. Lesung und den Finanzplan ohne Unterbrechung durch eine Mittagspause beraten. Am morgigen Tage werden wir die 2. Lesung des Haushalts bereits ab 9 Uhr fortsetzen und anschließend die weiteren Tagesordnungspunkte ebenfalls ohne Unterbrechung durch eine Mittagspause behandeln.

Die Aufteilung der 170 Minuten auf die Beratung der Einzelpläne, des Haushaltsgesetzes und des Finanzplans erfolgt nicht. Das heißt, dass Sie bitte selbst auf Ihre Redezeit achten.

Die Reihenfolge in der Aussprache ist folgendermaßen festgelegt worden: Es gibt eine gemeinsame Beratung der Einzelpläne 01, 02, 13 und 14. Es gibt die Einzelberatung der Einzelpläne in der Abfolge 03 bis 11. Dann gibt es eine gemeinsame Beratung der Einzelpläne 12 und 20, des Haushaltsgesetzes und des Finanzplans.

Über die Änderungsanträge und die Einzelpläne wird unmittelbar nach der jeweiligen Debatte abgestimmt. Danach erfolgt die Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2008/2009 in 2. Lesung. Im Anschluss daran wird über die Überweisung des Haushaltsgesetzes 2008/2009 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Vorbereitung der 3. Lesung abgestimmt. Abschließend wird die Kenntnisnahme des Finanzplans festgelegt.

So weit meine einführenden Bemerkungen.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 01 - Landtag**  
**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**  
**Einzelplan 13 - Landesrechnungshof**  
**Einzelplan 14 - Verfassungsgericht**

Beschlussempfehlungen und Berichte  
 des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5401  
 Drucksache 4/5402  
 Drucksache 4/5413  
 Drucksache 4/5414

Ich eröffne die Aussprache. Da die erste Rednerin die Abgeordnete Stobrawa sein wird, bitte ich den Kollegen Baaske, die Leitung des Präsidiums hier oben zu übernehmen.

**Amtierender Präsident Baaske:**

Ich erteile der Abgeordneten Stobrawa das Wort.

**Frau Stobrawa (DIE LINKE)**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung will gemeinsam mit möglichst vielen Akteuren im Lande mit einer Neuausrichtung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit die europäische Idee stärker im Bewusstsein der Bevölkerung verankern. So konnte ich es vor wenigen Tagen in einer Presseerklärung der Landesregierung lesen.

Gleich in meinem dritten Satz möchte ich dazu kritisch anmerken, dass vor allem Landtagsabgeordnete in dieser Strategie anscheinend nicht zu jenen Akteuren gehören, mit denen die Landesregierung die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit neu ausrichten möchte; denn diese fehlen bei der Leiste der Multiplikatoren und sind auch als Einzelbürger hier nicht angesprochen. Wie notwendig das aber ist, sehen wir allein schon an Äußerungen auch von Abgeordnetenkollegen. Ich erinnere mich etwa daran, dass Herr Petke meinte, die Öffnung der Grenzen aus Anlass des Schengen-Abkommens werde zu einer derartigen Steigerung der Kriminalität in den Grenzregionen führen, dass sich die Bewohner dort verbarrikadieren müssten.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sehe das vor allem unter dem Aspekt, dass man hier sowohl über Chancen als auch über Risiken sehr deutlich und sehr nachhaltig miteinander diskutieren sollte.

Sehr verehrte Landesregierung, zu dem, was ich kritisch anzumerken habe, passt natürlich auch, dass Sie es im 17. Jahr des Bestehens des Landes Brandenburg immer noch nicht vermocht haben, die Regelung für die Einbeziehung des Parlaments in europapolitische Entscheidungsprozesse vorzulegen. Wollen Sie so die Bürger für Europa gewinnen? Wollen Sie so auch rechtes Gedankengut zurückweisen?

Sie täten sicherlich gut daran, mehr zu tun, um gewählte Abge-

ordnete in die Lage zu versetzen, sachkundig für die europäische Integration zu werben

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

sowie Chancen und Risiken des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft von 27 Staaten aufzuzeigen. Bekanntlich wollen die Fraktionen der SPD, der CDU und DIE LINKE Europapolitik aus Brandenburger Sicht mitgestalten. Die Landesregierung sollte endlich aufhören, uns Abgeordnete der drei demokratischen Fraktionen wie Unmündige in diesem Prozess zu behandeln.

Gestatten Sie mir zweitens einige Worte zum Bereich der Entwicklungspolitik. Ich gehöre sicherlich zu den Unverbesseren, die immer noch das ernst nehmen, was Regierungsmitglieder nicht einmal mehr in Sonntagsreden formulieren. Zuweilen wird das sogar als Pipifax denunziert. Ihnen liegt ein Änderungsantrag meiner Fraktion vor, in dem wir die Einstellung von 10 000 Euro für die Förderung entwicklungspolitischer Projekte fordern.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

10 000 Euro, was ist das im Vergleich zu der halben Million D-Mark, die, als Brandenburg noch als „die kleine DDR“ galt, in Haushaltspläne geschrieben wurde?

Heute feiern Sie sich selbst für Kleinstsummen, die Sie aus Lottotöpfen für solche Projekte spendieren. Auch hier musste ich mir eine Presseerklärung zu Gemüte führen, in der es hieß, dass die 4. Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage möglich wurden „durch Unterstützung aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, von der Stiftung Nord-Süd-Brücken und aus dem brandenburgischen Jugendministerium“. Brandenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sage und schreibe 2 500 Euro gegeben, 2 500 Euro von über 40 000 Euro für ein Projekt, das nicht durch Zuschüsse Brandenburgs, sondern durch das Engagement der Macher aus sieben entwicklungspolitischen Projekten und die Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einem Brandenburger Exportschlager geworden ist.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wenn in der besagten Presseerklärung gefordert wird, „Entwicklungspolitik muss stärker ins öffentliche Bewusstsein“, dann stimme ich dem aus vollem Herzen zu. Doch zunächst sollten Sie bei Ihrem Bewusstsein und dem Ihrer Regierungsmitglieder anfangen, Herr Ministerpräsident. Diese dringende Bitte möchte ich an Sie richten.

Bezogen auf die von mir hier dargestellten Probleme möchte ich Folgendes sagen:

Entwicklung und Frieden gehören, wie es Willy Brandt einmal formuliert hat, in der Einen Welt zusammen. Dies muss Maßstab für die Landespolitik sein. Unser Land ist verpflichtet, einen eigenen Beitrag zur Umsetzung der UNO-Millenniums-Entwicklungsziele zur weltweiten Bekämpfung von Armut bis 2015 zu leisten. Die Mitverantwortung des Landes in einer globalisierten Wirtschaft, unser Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Gewährleistung einer sozialen Infra-

struktur in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie die Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige Ansatzpunkte für die noch zu erarbeitende Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg.

Ich bitte Sie deshalb, zu überlegen, ob Sie unserem Antrag betreffend 10 000 Euro für entwicklungspolitische Maßnahmen vielleicht zustimmen können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Stobrawa. - Jetzt erhält für die CDU-Fraktion die Abgeordnete Funck das Wort.

**Frau Funck (CDU):**

Herr Präsident! Sehr verehrte Abgeordnete! Schön, schön, schön - so könnten wir den Doppelhaushalt 2008/2009 bezeichnen. Die Haushaltsaufstellung selbst ist ohne größere Irritationen erfolgt. Wir verzeichnen sprudelnde Steuermehreinnahmen. Der Pensionsfonds, über den wir lange diskutiert haben, steht endlich in Aussicht. Wir mussten keine betriebsbedingten Kündigungen vornehmen. Es gibt sogar komplettes Weihnachtsgeld für die Mitarbeiter der Verwaltung.

Es ist eine schöne Nachricht für das Bundesland Brandenburg, 2007 - und damit erstmals in seiner noch jungen Geschichte - keine neuen Schulden machen zu müssen. Für 2010 sind sogar im Haushaltsplan keine neuen Schulden mehr geplant. Damit halten wir das 2004 vereinbarte Koalitionsziel ein.

All diese positiven Nachrichten haben es verdient, mit „Schön, schön, schön“ überschrieben zu werden.

Nun ist es aber Aufgabe der Financer, den verklärten Blick auf die Realität zu richten. Wir haben nach wie vor Schulden in Höhe von 18 Milliarden Euro. Damit ist eine dauerhafte Zinsbelastung von ca. 800 Millionen Euro verbunden. Wir werden bis zum Jahr 2019 2 Milliarden Euro weniger Einnahmen haben. Momentan können wir mit einem Haushaltsvolumen von 10 Milliarden Euro arbeiten, 2019 werden es nur noch 8 Milliarden Euro sein. Für Beamtenpensionen wenden wir zum heutigen Zeitpunkt 50 Millionen Euro auf; 2020 werden es 500 Millionen Euro sein. Angesichts dessen frage ich Sie: Was wäre geschehen, wenn die Steuermehreinnahmen in dieser Höhe nicht geflossen wären?

Zum Thema Europa wird meine Kollegin Barbara Richstein Stellung nehmen.

Angesichts der uns vorliegenden Anträge der Fraktion DIE LINKE und der dort geforderten Summen sage ich Ihnen von der Fraktion DIE LINKE ernsthaft: Sie können Ausgaben fordern. Aber was ist mit Einnahmen? - Da höre ich schon wieder, wir müssten den Reichen etwas wegnehmen.

(Frau Schier [CDU]: Wer ist reich?)

Wegnehmen mag ganz gut sein, aber wie soll dann investiert werden, um auf Dauer Einnahmen zu generieren? - Wir dürfen definitiv keine neuen strukturellen Ausgaben generieren. Es ist

ein Wermutstropfen beim vorliegenden Haushalt, dass das an der einen oder anderen Stelle leider doch passiert. Wir werden darüber in den nächsten zwei, drei Jahren wieder diskutieren müssen.

Schon heute steht fest, dass die konjunkturelle Phase, in der wir uns gerade befinden, abflauen wird - im nächsten Jahr noch nicht in diesem Maße, aber in zwei, drei Jahren werden wir die Folgen deutlich zu spüren bekommen. Die Steuermehreinnahmen, über die wir heute verfügen, werden definitiv wegbrechen.

Lassen Sie mich das Interview Ihres Kollegen ansprechen, das heute in der Zeitung erschienen ist. Die Forderungen der Fraktion DIE LINKE hören sich schön und gut an, zum Beispiel kostenlose Schülerbeförderung und freies Schulessen. Aber Sie müssen zu Recht gefragt werden, ob Sie ein neues Füllhorn entdeckt haben.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- Ich freue mich zu hören, dass es kein neues Füllhorn gibt. Aber wenn es heißt, dass 62 Millionen Euro der Steuermehreinnahmen genommen werden sollen, um 186 Millionen Euro an Mehrkosten zu decken, dann ist das ein Generieren von neuen Ausgaben. Was passiert, wenn wir diese Steuermehreinnahmen nicht mehr haben?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- 62 Millionen Euro mehr umverteilen? - Das sind jetzt erst einmal höhere Steuereinnahmen. Sie würden mit Ihren Vorschlägen gar nichts umverteilen, sondern wollen von den Einnahmen, die wir gerade erzielt haben, schon wieder neue Ausgaben finanzieren. Wenn diese Einnahmen in den nächsten zwei Jahren nicht mehr fließen, haben wir 62 Millionen Euro höhere Ausgaben und wissen nicht, woher wir das Geld nehmen sollen.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Frau Funck, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? - Bitte schön, Herr Christoffers.

**Christoffers (DIE LINKE):**

Frau Kollegin, die politische Bewertung kann sicherlich sehr verschieden ausfallen, aber können Sie mir erklären, wie die Fraktion der CDU den Beschluss des eigenen Parteitag zum kostenfreien letzten Kita-Jahr sozialpolitisch umsetzen will, ohne neue Ausgaben zu generieren? Oder besteht nicht die Absicht, den Beschluss in dieser Legislaturperiode politisch und finanziell zu untersetzen?

**Frau Funck (CDU):**

Herr Christoffers, ich traue Ihnen zu, die Antwort selbst zu finden. Es entsteht keine neue Ausgabe, wenn man dafür andere Aufgaben hinterfragt und festlegt, was einem wichtig und was einem nicht wichtig ist.

(Lachen und Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

- Entschuldigung! Das ist ein deutlicher Unterschied zu Ihrem

Vorschlag, Steuermehreinnahmen sofort wieder für die Finanzierung neuer Aufgaben zu verwenden. Sagen Sie, woher aus dem Gesamthaushalt Sie das Geld nehmen wollen! Das ist der springende Punkt. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen auf keinen Fall neue strukturelle Ausgaben generieren. Wenn wir politische Schwerpunkte setzen wollen, müssen wir deutlich sagen, an welcher Stelle wir uns beschränken wollen. Wir müssen die Fragen beantworten: Was ist uns wichtig? Was ist uns nicht wichtig? - Damit sind wir bei der Aufgabenkritik. In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen: Wo haben wir uns zu beschränken? Wo können wir uns auch in Zukunft politische Spielräume sichern bzw. eröffnen?

Ich bin der Meinung, dass die Politik grundsätzlich dafür da ist, den Bürgern Spielräume offenzuhalten, ihre eigene Zukunft angesichts der neuen Herausforderungen, die täglich auf uns einströmen, selbst zu gestalten. Diese Spielräume eröffnen wir unseren Bürgern nicht, wenn wir immer mehr umverteilen und immer mehr Steuereinnahmen brauchen, um die von uns zusätzlich generierten Aufgaben zu finanzieren. Wir müssen in der Lage sein, in Zukunft weniger auszugeben, damit wir nicht mehr Steuermittel brauchen. Vergessen Sie nicht, dass die Steuer- und Beitragsbelastung unserer Leistungsträger, derjenigen, die für ihr Geld schwer arbeiten, immer noch deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegt. Nur Belgien toppt uns in dieser Hinsicht. Ich glaube, das ist sozial ungerecht.

Welche Lösungen gibt es, speziell für das Land Brandenburg? Wir befinden uns gerade in der Diskussion zur Föderalismusreform II. Ich hoffe, dass wir als Land Brandenburg uns intensiv einbringen. Jedes Mal heißt es: Wir haben Pflichtaufgaben, die wir erfüllen müssen. - Das ist richtig; es gibt Pflichtaufgaben. Aber auf welche Art und Weise diese erfüllt werden, bestimmen wir bei uns im Land selbst. Wenn wir feststellen, dass es dafür keine Stellschrauben gibt, dann müssen wir uns diese Stellschrauben im Rahmen der Föderalismusdiskussion schaffen, indem wir sagen: An dieser Stelle ist das Korsett für uns zu eng. - Genau da wollen wir einhaken.

Zu den Pflichtaufgaben muss hinterfragt werden, ob wir sie zielorientiert und vor allen Dingen effektiv umsetzen.

Die generelle Aufgabenkritik habe ich angesprochen.

Ich würde gern noch einen neuen Punkt in die Diskussion einführen. Wir verlangen von den Kommunen, die Doppik einzuführen, was ich für völlig richtig halte. Aber wir als Land müssen diese Diskussion genauso führen. Darin steckt großes Potenzial, insbesondere für uns Abgeordnete, den Haushalt so transparent zu gestalten, dass wir tatsächlich feststellen können, wo Luft drin ist, wie die Aufgaben tatsächlich strukturiert sind und wie viel wir wofür ausgeben. Ich freue mich auf diese Diskussion. Forderungen, die wir an die Kommunen stellen, müssen wir uns als Land natürlich auch gefallen lassen.

Es ist sehr wichtig, die Stärken Brandenburgs zu nutzen, um das Jahr 2019 wirklich freudig erwarten zu können. Viele sagen, ab 2019 würden wir zahlreiche Transferleistungen nicht mehr bekommen, was nicht so prima für Brandenburg sei. Ich sehe eine Chance darin. Wir können dann nämlich wirklich

selbstbewusst als innovatives, sich selbst entwickelndes junges Bundesland auftreten.

An dieser Stelle komme ich auf unsere Verwaltung zu sprechen; die Diskussion führen wir seit Längerem. Wir wissen, dass im Zeitfenster der nächsten fünf Jahre sehr viele gediente, erfahrene Mitarbeiter ausscheiden werden. Dieses Zeitfenster müssen wir intensiv nutzen, um ein Markenzeichen Brandenburgs zu kreieren: eine bürgerfreundliche, zuverlässige und vor allen Dingen partnerschaftliche Hochleistungsverwaltung.

Ich sehe 2019 nicht primär als Datum, ab dem wir weniger Transfers erhalten. Lassen Sie es mich noch einmal erklären: Wir werden dann nicht mehr 10 Milliarden, sondern nur noch 8 Milliarden Euro zur Verfügung haben. Das ist ein deutlicher Unterschied. Wir sollten selbstbewusst mit unserem Ziel umgehen, unabhängig sein zu wollen.

Eine kurze Bemerkung zum Einzelplan 01: Ich denke, dass wir Abgeordneten ein Anrecht darauf haben, einen Plan mit einer entsprechenden Ausstattung zu haben. Wir sind immerhin die Legislative mit der Aufgabe, die Exekutive zu kontrollieren. Es ist mit 88 Abgeordneten und einem entsprechenden Personalschlüssel relativ schwierig, ca. 55 000 Verwaltungsmitarbeiter zu kontrollieren. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir nach langjährig erhobenen Forderungen zum 01.01.2008 endlich einen Parlamentarischen Beratungsdienst zur Unterstützung der Abgeordneten bekommen werden. Auch die Einführung des neuen elektronischen Systems ELVIS steht auf der Tagesordnung. Das ist eine Investition in die Zukunft, um auch auf diesem Gebiet besser auf die neuen Erfordernisse reagieren zu können.

Aber ich will auch eine scheinbare Kleinigkeit erwähnen. Der Petitionsausschuss, den ich für einen der wichtigsten Ausschüsse des Landtages halte, weil die Bürger ihre Anliegen zu Recht hier vortragen können, wird mit der Aufstockung um einen Mitarbeiter weitere Unterstützung erfahren. Ich freue mich, dass wir uns im Ausschuss für Haushalt und Finanzen darüber einig waren.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Dem Finanzminister danke ich ausdrücklich für seine fast immer konsequente Hand und vorsichtige Planung. Auch dieses Mal bin ich mir sicher, dass wir in den Jahren 2008 und 2009 die frohe Botschaft vor der nächsten Haushaltsplanung erhalten werden, dass Brandenburg ohne neue Schulden ausgekommen ist. Insofern betrachte ich den Haushalt mit den entsprechenden Reserven und Polstern mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Als Finanzier muss man vorsichtig planen; denn Unabwägbarkeiten können bekanntlich stets auftreten.

Zudem möchte ich meinen Kollegen recht herzlich danken, vor allem denjenigen, die sich bezüglich der Anträge mit zusätzlichen Ausgaben und Forderungen in Bescheidenheit geübt haben. Wir wissen sehr wohl, dass wir noch lange nicht über den Berg sind - hinsichtlich unseres Schuldenbergs schon gar nicht finanziell.

Im Haushalts- und Finanzausschuss führten wir eine sehr sachliche Diskussion. An dieser Stelle möchte ich mich deshalb auch dafür recht herzlich bedanken. Meine Fraktion als regie-

Tragende Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Während der Abgeordnete Schulze für die DVU-Fraktion ans Rednerpult tritt, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Oberschule in Potsdam. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

#### **Schulze (DVU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer beim Knöpfen mit dem falschen Knopf beginnt, gelangt nie zum richtigen Ende. Dies geschieht auch in diesem Jahr wieder, wenn man die Einzelpläne des Landtages und der Staatskanzlei betrachtet. Statt solide und sparsame Haushaltspolitik im einstigen Herzen Preußens zu betreiben - dies forderte seit 1999 immer wieder einzig und allein die DVU-Fraktion -, genehmigen Sie sich, meine Damen und Herren Koalitionäre und Herr Ministerpräsident Platzeck, auch diesmal wieder einen kräftigen Schluck aus der Pulle, ohne sich im Geringsten um das Wohl und Wehe der Bürgerinnen und Bürger oder um das Ansehen des Staates zu scheren.

Im Einzelnen: Während Minister Speer landauf und landab quasi mit dem Rotstift durch das Land zieht und kürzt und streicht, was das Zeug hält, erfolgt im Einzelplan 01 des Landtages auch diesmal wieder ein Aufwuchs von nahezu 1 Million Euro bis zum Jahr 2009 - zumindest, wenn es nach dem Willen dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen geht.

Von dieser knapp 1 Million Euro entfallen nahezu 800 000 Euro auf Personalausgaben, während in allen anderen Einzelplänen Stellen radikal zusammengestrichen werden. Nun könnte man natürlich meinen, Herr Präsident Fritsch und meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, Sie beabsichtigten eventuell, unter anderem freigesetztes Personal aus anderen Bereichen der Landtagsverwaltung zu beschäftigen. Darüber ließe sich durchaus auch mit der DVU-Fraktion reden. Doch weit gefehlt. Zudem könnte man annehmen, der Landtag würde das, was von der Privatwirtschaft lauthals gefordert wird, auch selbst tun, nämlich Auszubildende einstellen. Doch auch hier: Fehlanzeige. Es bleibt bei dem einen Auszubildenden. Selbst um die vom Petitionsausschuss inständig geforderte Referentenstelle gab es zunächst großes Gerangel, bis diese auch von den Damen und Herren Koalitionären gnädigerweise genehmigt wurde.

(Domres [DIE LINKE]: Das Ergebnis zählt!)

Wofür also der Aufwuchs bei den Personalkosten? - Natürlich: Die Abgeordnetendiäten sollen wieder einmal erhöht werden - diesmal um 65 400 Euro; denn selbstverständlich reichen Ihnen, meine Damen und Herren der Großen Koalition, die 4 390,20 Euro an Grundentschädigung - diese Höhe ist im Abgeordnetengesetz bisher festgeschrieben - bei Weitem nicht aus.

(Frau Alter [SPD]: Wir bewirken etwas mit dem Geld! Damit sind wir sehr aktiv!)

Daher mussten Sie sich selbstverständlich per Gesetz vom 11. Oktober dieses Jahres zusätzlich 48,29 Euro pro Monat genehmigen.

(Frau Alter [SPD]: Genau!)

Zusammen mit dem ebenfalls erfolgten Anstieg bei den Aufwandspauschalen ergibt dies monatlich knapp 62 Euro. Einzig und allein die DVU-Fraktion war es, die sich diesem alljährlichen Diätenerhöhungskarussell vehement entgegenstellte

(Frau Alter [SPD]: Das ist doch klar! Tun Sie etwas Richtiges damit!)

und einen Gesetzentwurf zur drastischen Senkung der Diäten sowie zu deren Kopplung an die Einkommensentwicklung aller Brandenburger - somit auch der Arbeitslosengeldempfänger, Hartz-IV-Opfer und Rentner - einbrachte.

(Beifall bei der DVU)

Doch diesen stimmten Sie, meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, natürlich gnadenlos nieder. Immerhin kam es bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf des Landtagspräsidenten in namentlicher Abstimmung in 2. Lesung zu erfreulichen 10 Neinstimmen und 11 Enthaltungen. Zumindest bei einigen von Ihnen scheint noch ein Rest an sozialem Gewissen vorhanden zu sein. Genau an jene appelliere ich hier und heute bei unserem Änderungsantrag, die Abgeordnetendiäten um monatlich 639,49 Euro auf 3 799 Euro abzusenken und damit 678 488 Euro zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes für sinnvollere Dinge einzusparen.

(Beifall bei der DVU - Frau Alter [SPD]: Weil Sie damit nichts Sinnvolles bezwecken! Wir können uns gern darüber unterhalten, was wir mit unseren Geldern tun!)

Laut dem Berliner „Tagesspiegel“ erklärte der Ihnen allen bekannte Verfassungsrechtler Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim zu der neuerlichen Brandenburger Diätenerhöhung Folgendes:

„Das passt nicht zur besonderen Lage des Landes mit seiner hohen Arbeitslosigkeit. Die öffentliche Kontrolle wird weitgehend ausgehebelt, vor allem, was die künftigen automatischen Diätenerhöhungen angeht. Bei automatischen Erhöhungen kann öffentliche Kontrolle nicht ansetzen. Das ist verfassungswidrig.“

(Frau Alter [SPD]: Das Geld setzen wir für unsere Bürger ein!)

Unser vorliegender Änderungsantrag, meine Damen und Herren, wäre dagegen ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger des Landes - besonders an die sozial Benachteiligten -, dass auch wir als Abgeordnete es mit dem Sparen ernst meinen.

(Frau Alter [SPD]: Sie können Ihre Diäten spenden!)

Im Übrigen gilt dies auch für unseren Antrag, die Fraktionszuschüsse pro Fraktionsmitglied monatlich um 500 Euro abzusenken. Dies würde bei 88 Mitgliedern dieses Hauses eine jährliche Einsparung in Höhe von 528 000 Euro ergeben.

Die Reisekostenvergütungen für Dienstreisen sollten unserer

Meinung nach ebenso auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden wie die Kosten für die Durchführung der Landtags- und Ausschusssitzungen, deren Titel völlig überhöht angesetzt sind. Dass im Jahr 2008 für die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages 200 000 Euro - im Haushalt 2009 sogar 250 000 Euro - angesetzt sind - davon allein je 35 000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit zum Landtagsneubau -, ist schlicht und ergreifend finanzpolitische Infamie. Diesbezüglich fordern wir mit unserem vorliegenden Änderungsantrag zumindest eine Absenkung von 50 000 Euro pro Jahr.

Dagegen sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Landtagsmitarbeitern bzw. die Reisekostenvergütungen für die Personal- und Schwerbehindertenvertretungen des Landtages unserer Meinung nach wesentlich zu niedrig angesetzt. Daher fordern wir mit zwei von uns eingebrachten Anträgen in diesen Fällen geringfügige Erhöhungen.

Zudem ist beim besten Willen nicht einzusehen, dass im Jahr 2008 für Veranstaltungskosten 25 000 Euro - im Jahr 2009 sogar 65 000 Euro - eingestellt sind, während der Abfluss im Jahr 2006 gerade einmal 12 000 Euro betrug. Auch hier soll offensichtlich wieder einmal - ähnlich wie bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages - buchstäblich aus goldenen Schüsseln gegessen werden. Die DVU-Fraktion dagegen fordert eine Absenkung auf ein gerade noch vertretbares Maß.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass der Landtag nicht auch noch Einbürgerungsfeste für Pass-Neudeutsche ausrichten sollte. Wenn so etwas überhaupt geschieht - worüber man geteilter Meinung sein kann -, dann sollten solche Einbürgerungsfeste auf kommunaler Ebene angesiedelt werden.

(Frau Alter [SPD]: Dort kosten sie auch Geld!)

Nun zu einem anderen Thema. Stichwort Parteienfinanzierung. Bekanntlich brachte die DVU-Fraktion in der Oktobersitzung den Antrag ein, per Bundesratsinitiative die staatliche Parteienfinanzierung abzuschaffen. So ist es nur folgerichtig, wenn wir mit einem Ihnen vorliegenden Änderungsantrag nun die Absenkung des Titels 684 40 auf null fordern und damit im Landeshaushalt 560 000 Euro einsparen wollen.

Abschließend möchte ich auch noch auf die beiden Ihnen vorliegenden Anträge zum Einzelplan 12 bzw. dessen Beilage eingehen, die sich mit den Kosten des Landtagsneubaus bzw. der dafür einzugehenden Verpflichtungsermächtigung beschäftigen. Wir fordern mit den beiden Anträgen klar und deutlich und wie von uns immer wieder betont, auf den Landtagsneubau auf dem Alten Markt in Potsdam, welcher über 80 Millionen Euro zuzüglich 10 Millionen Euro für den Grundstückserwerb sowie geschätzte weitere 40 Millionen Euro für Straßenverlegerarbeiten, also gut 130 Millionen Euro kosten soll, zu verzichten.

Mit einem Bruchteil dieser Kosten könnte das derzeitige Landtagsgebäude voll saniert sowie ein neuer Plenarsaal gebaut werden. Das Stadtschloss könnte dann auch wieder als Stadtschloss, als historisch kulturelles Kleinod und Touristenattraktion entstehen, vor allem, da Herr Prof. Dr. Plattner, der neue Brandenburger Verdienstordensträger, 20 Millionen Euro für die historische Knobelsdorff'sche Schlossfassade gespendet hat. Dies begrüßt die DVU-Fraktion aufrichtig. Wir fordern hiermit noch einmal die Wiedererrichtung des historischen

Potsdamer Stadtschlusses und gleichzeitig die kostengünstigste Variante der Landtagssanierung auf dem Brauhausberg.

(Beifall bei der DVU)

Wir sind sicher, dass für die Wiedererrichtung des Stadtschlusses ähnlich wie bei der Dresdner Frauenkirche, beim Berliner Stadtschloss oder, wie es sich hier in Potsdam bei der Garnisonkirche abzeichnet, genügend private Sponsoren gefunden werden könnten. Das Land könnte dann 80,2 Millionen Euro zugunsten der Haushaltskonsolidierung, davon über 18,5 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren, einsparen. Wir sind der Meinung, dass auch im Bereich der Staatskanzlei 10 000 Euro an Reisekostenvergütungen eingespart werden könnten, ebenso wie 20 000 Euro bei der Öffentlichkeitsarbeit, und zwar ohne dass hier besondere Abstriche zu verzeichnen wären. Wenn sich Herr Ministerpräsident Platzeck dann auch noch mehr als bisher um die Belange der Brandenburgerinnen und Brandenburger kümmern und nicht mehr wie bisher sozusagen den obersten Frühstücksdirektor des Landes spielen würde, dann könnten wir, wie von unserer Fraktion gefordert, weitere 50 000 Euro bei den Repräsentationskosten einsparen.

(Beifall bei der DVU und vereinzelt Gelächter bei der CDU)

Aus all dem Gesagten ergibt sich, dass die DVU-Fraktion die Einzelpläne des Landtages, des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei selbstverständlich ablehnt. Den einzig soliden Einzelplänen des Landesrechnungshofs und des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg werden wir unsere Zustimmung dagegen nicht verweigern.

(Beifall bei der DVU)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Danke schön. - Das Wort erhält der Abgeordnete Bischoff.

#### **Bischoff (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe ehrlich zu, dass ich Sie etwas bedauere. Ich kann mir hier vorn die Füße wieder etwas vertreten. Bei dem, was die DVU hier gesagt hat, sind sie mir fast eingeschlafen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ganz ehrlich: Das „Herr Abgeordneter“ kommt mir nur schwer über die Lippen - aber, wenn es hier einen falschen Knopf gibt, dann sind es wohl Sie, der hier wieder einmal derartigen Schrott erzählt hat.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, mit dem vorgelegten Doppelhaushalt und der heutigen 2. Lesung im Parlament des Landes Brandenburg beschließen wir finanzpolitisch eigentlich komplett die Schwerpunkte für die laufende 4. Legislaturperiode. Insgesamt sind noch 13 Kollegen unter uns im Landtag Brandenburg, die schon in den 90er Jahren hier Politik mitgestaltet haben. Wenn ich an die 90er Jahre denke, erinnere ich mich an meine eigene Heimatstadt, an die Situation, wie die Plattenbauten, die Kitas, die Krankenhäuser und die Schulen

ausgesehen haben. Ich erinnere mich an Blicke in die psychiatrischen Einrichtungen, in Pflegeeinrichtungen etc. Der Beginn der 90er Jahre war auch stark von einer sprunghaften Schuldenaufnahme geprägt, von der wir von Anfang an gesagt haben, dass dieser Zustand beendet werden muss. Es ist kein auf Dauer angelegter Weg, ständig auf Pump und Kredit zu leben.

Diese konsequente Zielsetzung heißt für die Zukunft aber auch, drei Anforderungen nicht aus den Augen zu verlieren. Erstens muss man sich als Abgeordneter ganz allgemein die Frage stellen, wie sinnvoll eine Kreditaufnahme überhaupt ist. Ich möchte hierzu einige bemerkenswerte Zahlen nennen - ich hoffe, Sie können mir noch Ihre Aufmerksamkeit schenken -: Allein bis zu dem Haushaltsjahr, das wir mit dem Doppelhaushalt beschließen werden, also bis 2009, wird der Landtag Brandenburg 11,3 Milliarden Euro Zinsen für 18 Milliarden Euro geborgtes Geld, Kredite also, gezahlt haben. Einmal angenommen, die Kollegen schafften es mit der herzhaften Unterstützung unseres Finanzministers, ab dem Jahr 2010 jährlich 100 Millionen Euro zu tilgen, dann würden wir 180 Jahre lang tilgen. Wir wären dann in der 40. Wahlperiode. Und wenn, so Gott will, der Landtag neu gebaut wird, wäre er inzwischen wahrscheinlich bereits zum zweiten Mal saniert.

Ich sage Ihnen einmal, wie viel Zinsen wir für die 18 Milliarden Euro gezahlt haben werden: Bei 4 % sind das locker 64 Milliarden Euro. Zählt man die 18 Milliarden Euro Schulden hinzu, werden wir für diesen Kredit 82 Milliarden Euro zurückzahlen. Das ist das vierfache der Summe, die wir Anfang der 90er Jahre brauchten, um die Missstände aus DDR-Zeiten teilweise zu beheben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Schlussfolgerung ist gleichzeitig ein Appell, auch an die Opposition: Wir müssen einen Mentalitätswechsel einleiten: weg von dem alten Credo, dass Schulden einfach dazugehören, hin zu der Überlegung und der klaren Überzeugung, die in Politik umgesetzt werden muss, dass Schulden tilgen unsozial ist. - Das ist unser Credo. Ich gebe wie meine Kollegin Funck zu bedenken, dass der Aufschwung, der uns im Moment steuer-technisch trägt - im Moment haben wir nicht mehr Steuereinnahmen, als wir im Jahr 2000 hatten -, früher oder später zurückgehen wird.

Zur zweiten Anforderung an die Zukunft: Wir hatten im Jahre 2004 zu Beginn der Legislaturperiode Landesrenten in Höhe von genau 26 Millionen Euro. Am Ende der Legislaturperiode werden die Pensionszahlungen innerhalb von nur fünf Jahren auf 122 Millionen Euro angestiegen sein. Die Steigerung nimmt ständig zu, bis im Jahr 2030 750 Millionen Euro erreicht sein werden.

Die politische Schlussfolgerung heißt für die SPD-Fraktion: Erstens keine neuen Verbeamtungen mehr, außer in dem streng abgegrenzten hoheitlichen Bereich, zweitens eine hundertprozentige Vorsorge für neue Beamte und drittens die Vorlage und Erarbeitung eines Gesetzes zur Errichtung einer allgemeinen Versorgungsrücklage. - An dieser Stelle bitte ich um Unterstützung und Zustimmung für den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Bischoff?

**Bischoff (SPD):**

Ja, sehr gern.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Bitte schön.

**Dr. Bernig (DIE LINKE):**

Herr Bischoff, es werden immer die steigenden Pensionslasten für die Beamten angeführt. Gibt es eine schlüssige Begründung dafür, warum die Landesregierung nicht bereits mit der Einführung der Verbeamtung im Jahr 1991 die entsprechenden Rücklagen gebildet hat, um genau diesen Aufwuchs zu verhindern?

**Bischoff (SPD):**

Vielen Dank, Herr Kollege. Natürlich geht mir an der Stelle - ich kann die Frage gleich beantworten - durch den Kopf: Warum hat man zu DDR-Zeiten für die Zusatzversorgungssysteme für die DDR-Renten keine Vorsorge betrieben? - Wir zahlen in diesem Landeshaushalt 300 Millionen Euro und mehr pro Jahr für Pensionen aus DDR-Zeiten, für die keinerlei Vorsorge getroffen worden ist. Ich sage Ihnen ganz offen: Das sind Milliardenbeträge. - Wir reden hier über Ansprüche für Kolleginnen und Kollegen, die auch erfüllt werden. Es stellt sich schon die Frage, ob man die Vorsorge mithilfe von Krediten finanzieren soll oder nicht. Wir werden jetzt, wenn die Kreditaufnahme beendet wird, unabdingbar sofort, auf die Sekunde damit beginnen, die Pensionsvorsorge zu leisten. Ich denke, dass wir alte und neue Zeiten nicht miteinander aufrechnen sollten.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Aber die Zusatzversorgungssysteme für DDR-staatsnahe Dienstleistungen, wie ich sie ganz vorsichtig nennen möchte ...

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Sie haben die Frage nicht beantwortet!)

- Das sagen Sie. Sie müssen sich aber auch einmal gefallen lassen, dass man hier eine Meinung äußert.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Er hat eine Frage gestellt!)

- Frau Kollegin, ich habe die Frage ausreichend beantwortet. Wenn Sie das nicht verstehen wollen oder können, dann tut mir das an dieser Stelle ganz besonders leid.

(Zwischenrufe bei der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen ganz offen: Wenn man die Zahlen zusammenrechnet, kommt man auf Milliardenbeträge, die inzwischen für die DDR-Sonder- und -Zusatzversorgungssysteme ausgegeben worden sind. Übrigens sind das Gelder, die wir in diesem Land auf Kredit finanziert haben. Auch daher haben wir eine massive Verschuldungssituation. Ich denke, in diesem Punkt sollte man offen und ehrlich miteinander umgehen.

Ein dritter und letzter Punkt ist die Tatsache, dass die Einwohnerzahlen sinken werden. Das ist neben dem Solidarpakt II,

wie die Kollegin schon gesagt hat, eine ganz klare Tatsache. 10 000 Einwohner pro Jahr weniger bedeuten allerdings auch, wenn wir die Kreditlinie pro Einwohner einigermaßen stabil halten wollen, dass wir zusätzlich Geld sparen müssen, nämlich weitere 70 Millionen Euro pro Jahr.

Das sind also die Anforderungen, die auf uns zukommen. Ich sage es einmal ganz nüchtern: Zu Beginn dieser Legislaturperiode hat das Land Brandenburg von 1 Euro Einnahmen insgesamt nur 48 Cent selbst verdient. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir von 1 Euro Einnahmen insgesamt 55 Cent verdient haben. Die Lücke dazwischen sind nur ein paar Cent, hochgerechnet ist das aber ein Milliardenbetrag.

Zu Beginn der Legislaturperiode reichte das eigene Geld des Landes zum Beispiel für die Schüler, für die Schulen, die Lehrer und die anderen Landesbediensteten genau bis zum 8. Juli, 19.22 Uhr - das wäre also kurz vor „RBB Aktuell“. Im Jahr 2009 reicht das, was wir an selbst verdientem Geld zur Verfügung haben, 13 Tage länger, nämlich bis zum 21. Juli, 22.54 Uhr - das ist gerade das Ende der „Tagesthemen“.

Für uns als SPD-Fraktion ist Sparen kein Selbstzweck; das will ich an dieser Stelle ausdrücklich unterstreichen. Unser Anspruch ist, hart zu sparen, aber natürlich mit sozialem Augenmaß. Wir stellen dies mit den sehr knapp bemessenen finanziellen Mitteln auch ständig unter Beweis. Dabei liegen die Prioritäten auf Bildung, Wissenschaft und Technologie. Ich erinnere an dieser Stelle auch noch einmal daran, dass wir als SPD-Fraktion in der Koalition das 510-Stellen-Programm finanzieren, viel für die Musikschulunterstützung aus der Landeskasse tun und auch beim Blinden- und Gehörlosengeld, das heute ebenfalls Thema ist, immer noch einen eigenen Landesanteil leisten.

Das Leben spielt sich heutzutage nicht in der Landespolitik allein ab. Das wirkliche Leben spielt sich im Dorf, in der Gemeinde, in der Stadt ab. Die Steuereinnahmen für die gemeindliche Ebene sind zwischen 2004 und 2009 um 35 % gestiegen. Eigene Steuereinnahmen plus Zuweisungen vom Land ergaben von 2004 bis 2009 dieses satte Plus von 35 %. Das sind in der Summe 670 Millionen Euro.

Nun möchte ich noch etwas zur Frage der Beamtenpensionen sagen. Darüber können wir gern in der Mittagspause diskutieren.

(Bochow [SPD]: Mittagspause haben wir nicht!)

- Falls es hier in den nächsten Jahren noch einmal eine Mittagspause geben wird, können wir darüber diskutieren.

Ich möchte aber zur Oppositionsfraktion DIE LINKE noch einige Worte finden. Ich denke, bei der Beratung des Haushalts in der Vorweihnachtszeit neigt man stets dazu, ein paar Geschenke einzupacken bzw. einzuwickeln; das hat die Fraktion DIE LINKE, mein Kollege Christoffers, schon vor langer Zeit auch öffentlich gesagt. Die Fraktion DIE LINKE hat fünf Finanzpakete geschnürt. Ich sage es einmal ganz grob: Motto Nr. 1 bei der Fraktion DIE LINKE lautet „Wir machen es jedem recht.“, und Motto Nr. 2 bei der Fraktion DIE LINKE ist „Wir machen es auf Kredit.“

(Beifall bei SPD und CDU)

Alle Jahre wieder werden hier Mehrausgaben gefordert, ohne zu sagen, wo diese herkommen sollen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das stimmt nicht! - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir von der SPD-Fraktion machen Ihnen überhaupt keinen Vorwurf, dass Sie hier sozialpolitische Maßnahmen beschließen wollen; das haben Sie früher auch schon getan, das ist auch nicht finanziert gewesen. Wir werfen Ihnen aber vor, dass Sie aus einer Steuersituation, die jetzt gerade einmal wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht hat, strukturelle Ausgaben herauspumpen wollen. Sie wollen mehr Personal bei der Polizei, mehr Personal bei Kitas, mehr Personal bei Lehrern.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Genau!)

Dies trägt auf Dauer nicht und führt zu einer weiteren Verschuldung.

(Jürgens [DIE LINKE]: Die SPD hat jahrelang auf Kredit gelebt!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden; wir haben genügend Redezeit, Sie können also nachher über alles reden, was Sie wollen. - Hier redet man aus meiner Sicht schlicht und ergreifend den Leuten nach dem Mund und streut ihnen Sand in die Augen. Das funktioniert überhaupt nicht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Unsere Linie als Koalitionsfraktion ist ganz klar und eindeutig: Wir machen erstens sozialverträgliche Anpassungen beim Landespersonal; die Zahlen sind allen Kolleginnen und Kollegen bekannt. Zweitens haben wir die Schüler-Lehrer-Relation verbessert, und statten die Hochschulen besser aus. Das Dritte - ich sage noch einmal: das wirkliche Leben spielt sich in der Gemeinde, im Landkreis, in der Kommune ab - ist die Finanzausstattung der Kommunen, die um 35 % gestiegen ist.

Nun zu einem anderen Thema - ich hätte es am liebsten umschiff -, zwei oder drei Worte zu der mit der NPD verbündeten, rechtsradikalen Fraktion hier im Landtag, dieser DVU. Ich sage es Ihnen ganz offen: Sie sind der Wolf im Schafspelz. Alles, was Sie hier ablassen, ist jedes Jahr dasselbe. Ihre Anträge sind uns inzwischen schon ziemlich bekannt, wir machen darüber heute auch noch einige Abstimmungsrunden. Aber Ihr vermeintlicher sozialer Anstrich und Ihr Gehabe vom Sozialstaat, dieses und jenes, der „bessere Abgeordnete“ - das ist eine kleine und sehr beschränkte Welt. Drei Beispiele. Erstens: Sie wollen den Verfassungsschutz abschaffen. Zweitens: Sie wollen die Integrationsbeauftragte infrage stellen. Drittens: Sie wollen die Stiftung für die Hilfe für die Opfer der NS-Willkürherrschaft schon wieder kürzen. Das ist purer Zynismus, der mit uns nicht zu machen ist.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE sowie vereinzelt bei der CDU)

Manchmal kann man sich überlegen, in welcher Scheinwelt Sie eigentlich leben und wofür Sie hier dieses Theater aufführen. Ich glaube auch gar nicht, dass Ihr Gegner, also der Gegner der DVU-Fraktion, wirklich die Regierung ist; Ihr

Gegner ist schlicht und ergreifend die Demokratie. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Dem werden wir uns natürlich sehr vehement, sehr entschlossen und auch über die Parteigrenzen bis hin zur linken Opposition hinweg gemeinsam entgegenstellen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau!)

Ich sage zum Abschluss Folgendes: Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit dem Koalitionspartner drei Schwerpunkte im Doppelhaushalt gesetzt: Arbeit für ältere Menschen. Wir reden über Bürgerarbeit, über den Kommunal-Kombi, den wir aus dem Haushalt unterstützen werden. Wir werden mehr Geld für den Klimaschutz ausgeben; ich glaube, das ist das Gebot der Stunde. Außerdem konzentrieren wir unsere Fördermittel insgesamt, um auch eine hohe Investitionsquote zu halten.

Insgesamt wollen wir weiterhin und in Zukunft ohne Schulden auskommen. Das ist unser politisch erklärtes Ziel.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Die sind ja auch hoch genug!)

Meine Damen und Herren, vor 400 Jahren hat der britischer Staatsphilosoph Thomas Hobbes - die Studenten kennen ihn alle - einmal gesagt, dass für den Wohlstand der Menschen zwei Dinge nötig sind, erstens Arbeit und zweitens Sparsamkeit. Ich würde heute eher sagen: erstens Beschäftigung und zweitens Haushaltskonsolidierung.

Ich denke, dass die Arbeit der Großen Koalition jenseits der sehr selektiven Wahrnehmung der Opposition in deren Reden hier im Landtag eine wirklich gute Arbeit macht und seit 2004 auch eine wirklich positive Bilanz vorzuweisen hat. Wir haben eine Investitionsquote, die hoch ist, wir haben eine Nettokreditaufnahme, die im Moment bei null liegt. Wir sparen also, aber mit deutlichem sozialen Augenmaß. Das ist der SPD-Fraktion eine Herzensangelegenheit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Herr Bischoff. - Das Wort erhält die Abgeordnete Richstein von der CDU.

#### **Frau Richstein (CDU):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zur Sache komme, möchte ich mich doch - das ist mir eine Herzensangelegenheit - einmal bei der Landtagsverwaltung bedanken. Denn dieses Konglomerat von Änderungsanträgen, die uns hier vorgelegt werden, haben wir diesmal nicht in einem Papierwust bekommen, sondern in einem Regiebuch ordentlich zusammengeheftet, und ich denke, dass dies unsere Arbeit wesentlich erleichtert. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD sowie bei der Fraktion DIE LINKE und vereinzelt bei der DVU)

Nun möchte ich zum Thema Europa kommen, und zwar nicht nur deswegen, weil ein Großteil unserer Einnahmen aus Brüssel kommt, sondern auch deshalb, weil ein Großteil unseres Handelns von Europa geprägt ist, nämlich dadurch, dass wir immer mehr Vorgaben aus Brüssel bekommen.

2007 war für die Bundesrepublik Deutschland europapolitisch gesehen ein sehr erfolgreiches Jahr. Dies auch, weil unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel - natürlich unterstützt durch die Bundesregierung - als Ratspräsidentin eine exzellente Figur gemacht hat. Innerhalb dieser Ratspräsidentschaft haben wir nicht nur die Eckpunkte zur Bekämpfung des Klimawandels festlegen können, sondern wir haben auch - das ist das Entscheidende - Eckpunkte bzw. ein Mandat für die Fortentwicklung eines europäischen Verfassungsvertragswerkes erarbeitet. Es ist ein Mandat an die Ratspräsidentschaft Portugals mit den fixen Eckpunkten gegeben worden, aufgrund derer man sich im Oktober auf einen Vertrag geeinigt hat, und morgen wird endgültig dieser Reformvertrag oder der „Vertrag von Lissabon“, wie ihn einige auch nennen, unterzeichnet werden. Dies ist von Bedeutung - ich spreche es deswegen an -, weil wir davon ganz originär in positivem Sinne betroffen sein werden. Aber mit der morgigen Unterzeichnung ist der Weg noch lange nicht zu Ende, denn dann geht der Ritt noch durch alle 27 Mitgliedsstaaten, und der Vertrag muss ratifiziert werden.

Wir müssen diesen Reformvertrag wirklich als Herausforderung ansehen. Wir werden eine endgültige Subsidiaritätskontrolle im Reformvertrag haben - das ist auch für uns eine Aufgabe. Denn es ist nicht allein eine Sache der nationalen Parlamente und vor allen Dingen auch nicht allein eine Sache des Bundesrates, darüber zu entscheiden, ob Europa in unsere Kompetenzen eingreift, sondern auch der Landtage.

(Beifall des Abgeordneten Bochow [SPD])

- Danke, Herr Bochow.

Ich spreche es an, weil uns oftmals suggeriert wird, dass die Arbeit im Bundesrat eine rein exekutive Arbeit sei. Ich denke, wir als Parlamentarier sollten das Selbstverständnis haben, zu sagen: Wir sind Europa, wir wollen mitgestalten. Wir wollen uns nicht nur nachher beklagen dürfen, was alles schiefgelaufen ist, sondern wir wollen von vornherein sagen können: Hier muss etwas geändert werden. Hier soll etwas so gestaltet werden, dass es für uns von Vorteil ist. - Dafür brauchen wir zwei Dinge: zum einen eine ordnungsgemäße Vertretung in Brüssel und zum zweiten eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit.

(Bochow [SPD]: A never ending story!)

- „A never ending story“ ist richtig; ich kritisiere es genauso, wie ich es letztes Jahr kritisiert habe. Ich meine, dass sowohl die Öffentlichkeitsarbeit als auch die Besucherarbeit in Brüssel verbesserungswürdig ist - nicht inhaltlich, denn die Landesvertretung in Brüssel leistet eine große Arbeit. Aber wir müssen sie stärker unterstützen. 15 000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit, das ist wenig, 20 000 Euro für die Besucherbetreuung sind nicht ausreichend. Auch dies habe ich im letzten Jahr gesagt: Wir sind eine von 254 Regionen in Europa. Da müssen wir eine laute Stimme in Brüssel haben, wir müssen uns bemerkbar machen, auch im Verbund mit Berlin. Ich begrüße sehr, dass wir die Metropolregion Berlin-Brandenburg haben. Aber wir

müssen hier noch mehr Einsatz zeigen, damit wir wirklich wortgewaltig in Brüssel auftreten können.

Auch hier mahne ich noch einmal an, dass die Landesregierung bitte ihren eigenen Beschluss umsetzt, dass jedes Ressort einen Mitarbeiter nach Brüssel entsendet. Im Moment sind es gerade vier Ressorts, die originär vertreten sind. Es sind das Wirtschaftsministerium, das MLUV, das Justizministerium und das Innenministerium. Wo, bitte schön, sind die anderen Ministerien, die ganz originär von europapolitischen Reglementationen betroffen sind? Warum sind sie nicht in Brüssel? Warum beklagen wir uns im Nachhinein ...

(Ministerin Ziegler: Podcast!)

- Ich freue mich, Frau Ministerin, dass Sie da waren, und ich begrüße es auch. Aber es wäre noch schöner, wenn ein Mitarbeiter aus Ihrem Ressort ständig in Brüssel wäre und dort sehen könnte, was uns betreffen wird. Es wird beispielsweise auf uns noch einmal eine Erweiterung der Antidiskriminierungsrichtlinie zukommen. Das kann man begrüßen. Aber wir müssen sehen, dass wir hier, weil wir in Deutschland schon eine große Regelungswut haben, nicht noch einmal eine Erweiterung erfahren, die wir nachher nicht mehr herumdrehen können. Von daher bitte eine Verstärkung der Vertretung in Brüssel!

Den zweiten Punkt begrüße ich auch sehr: dass wir noch einmal eine Öffentlichkeitskampagne starten. Ich hätte Ihrer Kritik, Frau Präsidentin, beinahe zugestimmt, als Sie sagten, dass leider versäumt wurde, uns als Abgeordnete mit einzubeziehen. Dass Sie aber Ihren Vorstoß nutzen, um letztlich ein Mitglied meiner Fraktion in eine Ecke zu stellen, wo es nicht hingehört, und es falsch zu zitieren, das muss ich strikt zurückweisen. In der Sache sind wir uns einig, aber bitte nicht als vorgeschobenes Argument, um die Kollegen an einem Punkt, wo man eventuell nicht einer Meinung ist, zu kritisieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Die Landesregierung verzichtet auf das Rederecht. - Ich rufe den Abgeordneten Vietze auf. Er spricht für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Vietze (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit 1990, mit der Konstituierung dieses Landtages, habe ich die Chance, an allen Landtagsdebatten teilzunehmen und mich immer zu den wichtigen Plänen des Ministerpräsidenten, des Landtages und des Verfassungsgerichts zu äußern. Das hat über die Jahre durchaus Spaß gemacht. Mit dem Doppelhaushalt heute habe ich möglicherweise die letzte Möglichkeit, mich zu Haushaltsfragen zu äußern, wenn nicht ein Nachtragshaushalt nötig wird, aber da will ich nicht unken.

Miterlebt habe ich am Anfang - Herr Bischoff hat darauf verwiesen - eine Umbruchsituation. Jawohl, es gab Defizite, die sind nicht zu leugnen, und es hat Geld gekostet, diese Lücken zu schließen. Aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Finanzminister Kühbacher schon in der Haushaltsdebatte 1995 deutlich gemacht hat, dass die Kreditaufnahmen „in den

ersten Jahren unvermeidlich waren, um unsere ehrgeizigen, aber doch erfolgsgekrönten Investitionspläne durchzusetzen. Die 22 Milliarden DM, die wir eingesetzt haben, waren angemessen.“ Nun sage ich: Wir reden zwar nicht mehr über alles, was noch größer werden sollte, als es jemals war, was noch schöner, noch effizienter und besser werden sollte - es geht um Großprojekte, über die wir jetzt nicht mehr reden -, aber - Herr Bischoff, seien Sie so ehrlich, das zuzugeben - für diese großen Pläne, die sich bei den Investitionen nicht ausgezahlt haben, zahlen wir heute auch in dieser Dimension an die Banken, die sich dafür übrigens sehr bedanken; denn das, was der Steuerzahler zahlt, führt ja auf der anderen Seite zu einer Gewinnerwartung. Das wiederum führt dazu, dass die Bankenvorstände, wenn die Banken besonders erfolgreich wirtschaften, besonders hohe Bezüge bekommen. Das heißt, das alles machen wir hier mit! Wir brauchen nicht über die Höhe von Bezügen zu beschließen, wir müssen einfach nur dafür Sorge tragen, dass wir eine Solidität in der Haushaltswirtschaft haben.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Nun sagen Sie und Herr Bischoff in besonderer Weise: Das alles war immer sehr erfolgreich, es war immer alles so geplant. Im Prinzip war es, wenn es von der SPD kam, auch immer „alternativlos“. Es gab hier einmal einen Kollegen, der gesagt hat:

„Was die Opposition in der Beratung zum Haushalt 1997 erlebt hat, war das altbekannte Szenario. Es wurde ein Haushaltsentwurf vorgelegt, dem es wie in den vergangenen Jahren an Haushaltsklarheit und Gestaltungswillen mangelt, der unsolid ist und die Zukunft mit Füßen tritt. Die Landesregierung nimmt keine zielorientierte Umgestaltung der Aufgabenstruktur zur Stärkung des Standorts Brandenburg vor, sondern kürzt, schichtet planlos und ohne jede erkennbare Schwerpunktsetzung um. Somit sehen wir uns einem Haushaltsentwurf gegenüber, der an politischer Konzeptionslosigkeit kaum zu übertreffen ist.“

Das sagte 1997 der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Wagner, in diesem Haus. Da waren schon sieben Jahre ins Land gegangen. Übrigens haben sich die Kollegen der CDU damals auch beklagt, dass alle ihre Vorschläge abgelehnt wurden. Jetzt haben wir eine Große Koalition von CDU und SPD, und jetzt geht es natürlich noch erfolgreicher vorwärts. Das ist ja logisch. Denn wenn sich zwei so bedeutende Parteien im Interesse des Landes einig sind, entwickelt sich das alles.

(Baaske [SPD]: Das ist eine Frage des Klassenstandpunkts!)

- Nein, überhaupt nicht. Das ist einfach nur die Frage, wo man in diesem Parlament sitzt.

(Heiterkeit und Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Dazu sage ich Ihnen, Herr Baaske: Das hätte ich mir gewünscht. Ich habe in den letzten 17 Jahren zweimal ein Buch von Sozialdemokraten geschenkt bekommen. Darauf stand: „Demokratie wagen“. Einmal war das Buch von Willy Brandt, ein anderes Mal ein Buch von dem langjährigen Ministerpräsidenten dieses Landes. Nun sage ich Ihnen: Vielleicht sollten Sie wirklich einmal eine Veranstaltung ohne Gäste machen, wo man sich fragt: Was heißt denn heute in einem deutschen Landtag „Demokratie wagen“? Könnte das möglicherweise dazu

beitragen, dass man das, was die Opposition denkt und vorschlägt, ein bisschen ernster nimmt, dass man einmal darüber nachdenkt? - Herr Bischoff macht es sich da ganz leicht. Er sagt, wir wollten da 62 Millionen Euro einsetzen und alle bedienen.

(Bischoff [SPD]: Das sagt ihr, nicht ich!)

Mit 62 Millionen Euro können Sie in diesem Land die größte Not lindern, aber nicht alle bedienen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Sie müssten schon allein wissen, welche Prämissen wir auf diesem Gebiet haben.

(Bischoff [SPD]: Und schon gar nicht aus Krediten!)

- Zu den Krediten komme ich noch. Damit tue ich Ihnen einen besonderen Gefallen; es muss ja Ihr Beitrag gewürdigt werden.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben jetzt von Ihnen gehört - Frau Funck hat sich in gleicher Weise lobend geäußert -: Der Haushalt ist unter schwierigen Bedingungen zustande gekommen, er hat eine klare Schwerpunktsetzung, es ist ein Haushalt der Vernunft, er ist logisch, weil er von Ihnen kommt, ein Haushalt der Verantwortung, er ist ein Haushalt der Konsolidierung, es ist einfach so, dass man sehr stolz sein kann, und Sie erwarten jetzt ein großes Lob.

(Baaske [SPD]: Ein guter Haushalt!)

Das ist schwierig. Denn eine Sache ist: Das Lob will ich nicht geben, und trotzdem bekomme ich Gewissensbisse. In der „Berliner Zeitung“ stand, dass mit dem Kollegen Rainer Speer das Land finanzpolitisch so solide betrieben wird wie nie zuvor. Gucke ich es mir an, muss ich sagen: Gemessen an dem, was Kühbacher großzügig - wenn auch alles begründet - ausgegeben hat, was Frau Simon unter den Bedingungen der alleinigen Herrschaft der SPD ausgeben musste, obwohl man zwar keine großzügigen Akte vorhatte, sondern einfach nur „im Interesse der Menschen“ dachte, war Frau Ziegler die Erste, die wirklich eine Wende herbeiführen wollte. Sie hatte das Pech, dass Rot-Grün regierte und uns die Reformpakete von Rot-Grün die Zuwendungen nahmen. Damit hing sie in der Luft.

(Schulze [SPD]: Davon zehren Sie aber heute noch!)

Nun haben wir einen Finanzminister, der das Glück hat, dass er in einer Situation regiert, in der der Haushalt erfolgreich konsolidiert wird. Er ist sozusagen konsequenter als alle anderen. Außerdem hat er den Vorteil, dass sich die Wirtschaft positiv entwickelt. Er hat auch den großen Vorteil, dass im Bundestagswahlkampf die SPD gesagt hatte: Mit uns keine Mehrwertsteuererhöhung. - Die CDU sprach ehrlicherweise von 2 %. Schließlich haben sie 3 % vereinbart, und nun stellen alle überrascht fest: Wenn ich den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche greife und 3 % mehr Mehrwertsteuer aus ihnen heraushole, habe ich am Ende natürlich höhere Steuereinnahmen und bin ganz stolz auf meine Sparpolitik. Dazu muss ich sagen: Das ist kein Ausdruck von Sparpolitik, sondern der Griff in die

Taschen der Bürgerinnen und Bürger. Den halten wir Ihnen vor, und den haben Sie zu verantworten!

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Trotzdem sage ich: Einen solch konsequenten Finanzminister hat man selten. Er macht auch deutlich, große Schwierigkeiten mit dem zu haben, womit sich die Situation perspektivisch wieder verschlechtern wird, nämlich mit der Unternehmenssteuerreform. Er ist davon nicht begeistert. - Brandenburg auch nicht. Das finde ich ganz in Ordnung. Ich frage nur: Was ist denn los, dass wir in Deutschland jetzt aufgefordert sind, darüber nachzudenken, Unternehmen zu entlasten?

5 Milliarden Euro kostet diese Unternehmenssteuerreform den Bund, das heißt uns, an Einnahmen. Die Unternehmen behalten sie, weil sie sie nicht mehr zu zahlen brauchen. Das ist der Sinn der Reform. Es muss also eine Situation geben, in der ich sage: Das ist völlig logisch, weil es den Unternehmen in Deutschland so schlecht geht, dass sie diese Gesetzgebung des Bundes brauchen, um endlich konkurrenzfähig zu sein.

Nun sind die Unternehmen im Moment aber nicht in einer großen Notsituation, nicht nur im laufenden Jahr, sondern sie haben ihre Gewinne in den letzten Jahren verdoppelt. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen. Wer das alles nachlesen möchte, kann das in den WSI-Mitteilungen, Ausgabe 11/2007, machen. Dort gibt es eine sehr detaillierte Übersicht seit 1990.

Wer zu dem Ergebnis gelangt, zu sagen, wir haben Veranlassung, den Kapitalgesellschaften zusätzliche Gewinne zukommen zu lassen, dem muss ich entgegenhalten: Darin unterscheiden wir uns. Das will ich Ihnen auch erklären. Wir fühlen uns nicht für die Schließung der Gewinnmargen verantwortlich, die sich die Unternehmen vorstellen könnten, wenn die Gesetzgebung so wäre, wie sie der Bund jetzt vorhat. Wir sagen klar und deutlich: Nein, wir möchten keine weiteren zusätzlichen Belastungen derer, die momentan schon nicht das zur Verfügung haben, was sie geschichtlich schon einmal zur Verfügung hatten.

Die Nettolohnquote ist in Deutschland im Gegensatz zu den Gewinnen von 55 auf 38 % zurückgegangen. Das heißt: Man hat weniger Geld in der Tasche - ich meine diejenigen, die arbeiten gehen, und diejenigen, denen wir es geben müssen, weil sie keine Arbeit haben -, und es gibt eine regelrecht, sich selbstständig vermehrende Geldmenge bei den Vermögenden.

Wenn Sie das alles schon nicht hören wollen, Stichwort: Vermögensteuer usw., dann lassen Sie uns wenigstens die Diskussion darüber führen, ob wir darauf verzichten könnten, eine Unternehmenssteuerreform zu machen, in deren Ergebnis Kapitalgesellschaften zusätzliche Gewinne erzielen. Wenn es wirklich so ist, dass wir das alle nicht wollen, könnten Sie sich vorstellen, Herr Finanzminister, welche Wirkung das in Deutschland hätte, wenn aus Brandenburg die Initiative käme von der CDU - wie ich gehört habe, will sie ja auch nicht, dass die Vermögenden das Geld bekommen, sondern die anderen; ihr seid ja die Mitte und nicht die ganz oben, das ist eine andere Interpretation -, von der Sozialdemokratie und DIE LINKE? Wir machen eine große Bewegung in der Bundesrepublik nach dem Motto: Wir möchten gern eine gerechtere Verteilung, die heißt weniger Entlastung für Kapitalgesellschaften und mehr für die Bedürfnisse der sozial Schwächsten in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Mit dieser Initiative machten wir nichts anderes, als an einer Umverteilung des Geldes teilzunehmen. Das halte ich in der Sache übrigens für geboten. Die Konjunktur ist robust. Wenn man über Wohltaten spricht, möchte ich erwähnen: warmes Mittagessen, kostenlose Busfahrt zur Schule und kostenfreie Kita.

Das ist Ausdruck dafür, dass sich jene, die bei der Mehrwertsteuererhöhung zusätzlich belastet wurden, obwohl sie wenig Einkommen haben, das nicht mehr leisten können.

Sie sagen, wir wollten mit 62 Millionen Euro alle bedienen. Das sei eine Sache, bei der wir alle gewinnen wollten. Herr Abgeordneter Bischoff, ich bitte Sie, einfach zur Kenntnis zu nehmen: Das sind wirklich nicht alle. Das sind die sozial Schwächsten. In Ihrem Wettbewerb um die Mitte haben Sie die sozial Schwächsten aus den Augen verloren. Damit Sie das wieder begreifen, stehe ich hier, um Sie aufzufordern: Mobilisieren Sie Ihre Fraktion für die Interessenvertretung der sozial Schwachen, und nehmen Sie 62 Millionen Euro in diesem Haushalt für diese Aufgaben! Dann sind Sie wieder berechenbar und sozial gerecht.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Jetzt fragen Sie vielleicht, wie dann Nettokreditaufnahme finanziert werden soll.

(Bischoff [SPD]: Das frage ich nicht!)

- Natürlich haben Sie das vorhin gefragt.

(Bischoff [SPD]: Aber jetzt nicht!)

- Ich finde es in Ordnung, dass Sie jetzt schon anfangen nachzudenken.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE - Bischoff [SPD]: Man muss nachdenken!)

Dazu Folgendes: Wenn ich von der Zusammenfassung der Deckungssumme Ihrer Haushaltsvorschläge - die haben Sie bestimmt auch gemacht, nicht wahr? - die Summe von 200 Millionen Euro wegnehme, die zur Senkung der Nettokreditaufnahme eingeplant ist, dann stelle ich fest, dass Sie im Jahr 2008 zusätzliche Ausgaben in Höhe von 82 Millionen Euro tätigen. Die Deckungsquelle liest sich aus Ihren Änderungsanträgen genauso wie bei uns, nämlich als Finanzierung aus dem Mehr an Steuereinnahmen. Jetzt sage ich: Damit habe ich ein Problem. Warum ist es dann, wenn wir diese Deckungsquelle anführen, unsolide, nicht praktikabel

(Zuruf: Populistisch!)

und populistisch - danke -, und dann, wenn es SPD und CDU vorschlagen, völlig logisch, transparent und zwingend?

(Jürgens [DIE LINKE]: Verantwortungsbewusst!)

Dazu muss ich Ihnen sagen: Das ist mir zu billig! Ich würde mir mehr Niveau in der Auseinandersetzung wünschen. Das gehört dazu.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage.

**Vietze (DIE LINKE):**

Von Herrn Abgeordneten Bischoff immer.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Bischoff.

**Bischoff (SPD):**

Herr Abgeordneter Vietze, würden Sie dem Hohen Hause bestätigen, dass unter den Mehrausgaben, die in diesem Landshaushalt aus Steuernehreinnahmen auch geleistet werden, unter anderem eine Aufstockung für die Zusatzrenten aus DDR-Zeiten um 5 Millionen Euro und eine Aufstockung um 11,5 Millionen Euro für das neue Bundesgesetz zur Entschädigung von Opfern der SED-Herrschaft, also für Menschen, die aus politischen Gründen im Gefängnis gesessen haben, enthalten ist? Diese Ausgaben werden auch daraus finanziert. Würden Sie dies hier wenigstens im Sinne der Vollständigkeit Ihrer Argumentation bestätigen?

**Vietze (DIE LINKE):**

Ich bestätige gern, dass es einen zwingenden Einsatz von Mitteln gibt. Wie Sie wissen, hat der Haushaltsausschuss dem zugestimmt. Es gibt aber auch Beispiele für einen freiwilligen Mitteleinsatz wie die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, die Max-Planck-Gesellschaft, den Kombilohn.

(Bischoff [SPD]: Nicht ablenken!)

Da haben Sie also Recht; jawohl, es sind welche zwingend. Aber das gilt nicht für alle, die Sie aufgeschrieben haben.

(Schulze [SPD]: Wollen Sie sie streichen?)

- Nein, Herr Abgeordneter Schulze, ich frage Sie nur: Warum sagen Sie, weil Sie den Kombilohn benennen, das sei natürlich alternativlos, dagegen hätten Sie nichts. Aber die kostenlose Mahlzeit sei zu streichen? Die wollen Sie streichen. Das ist der Unterschied.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wie Sie mit Geld umgehen. Ich hatte in meinem Leben die Möglichkeit, eine ganze Reihe von Schlussfolgerungen zu ziehen. Denken Sie zusammen mit Ihren Kollegen noch einmal darüber nach!

(Bischoff [SPD]: Das mache ich nicht!)

Das SED-Vermögen wird eingesetzt. Brandenburg erhält 8 Millionen Euro.

(Bischoff [SPD]: Das ist das Geld der Menschen gewesen!)

- Ja, das ist Geld der Menschen. Ich bin ja auch dafür, dass es die Menschen erhalten. Das ist mein Vorschlag. Hören Sie jetzt

genau hin: 2 Millionen Euro werden eingesetzt für Vattenfall, für die Entwicklung einer neuen Technologie.

(Bischoff [SPD]: Nein, nicht für Vattenfall, sondern für den Klimaschutz!)

In der „Super-Illu“ stehen die vier Stromriesen drin. Jetzt sage ich einfach: Die Unternehmen haben es doch „nötig“. Im Gegensatz zum Landeshaushalt beträgt das Plus bei E.ON 8,15 Milliarden Euro, bei RWE 6 Milliarden Euro bei EnBW 1,4 Milliarden Euro und bei Vattenfall 1,350 Milliarden - keine Millionen - Euro in einem Jahr. Das heißt, bei der Summe für Vattenfall in Höhe von 1,350 Milliarden Euro wurden die 2 Millionen Euro gar nicht angegeben, weil das in deren Abrechnung viel zu gering ist. Das ist auch nicht nötig. Wissen Sie warum? Weil Vattenfall ein Unternehmen ist, das, wenn es wirklich am Markt bleiben will, den Gewinn mit den 2 Millionen Euro auf möglicherweise 1,348 Milliarden Euro reduziert.

Das ist immer noch ganz normal. Deswegen bricht dort niemand zusammen, und der Vorstandsvorsitzende bekommt immer noch genug Geld. Wenn Sie jetzt aber dafür Sorge tragen, dass deren Technologieförderung auch noch vom Steuerzahler, insbesondere von den ehemaligen Bürgern der DDR, finanziert wird, dann lenken Sie das Geld dorthin, wohin es nicht gehört.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Am Ende kann Vattenfall argumentieren: Weil wir so viel für die neuen Bundesländer tun, haben wir natürlich auch eine Gewinnerwartung. Im Ergebnis hat der Vorstandsvorsitzende Nachholbedarf. Dann muss eine Bedingung geschaffen werden, dass die Kollegen endlich wieder zu Geld kommen. Der Vorstandsvorsitzende bekommt Bezüge entsprechend dem erarbeiteten Gewinn. Wenn wir als Steuerzahler die Kosten übernehmen, erhöht sich der Gewinn; dann bekommt er natürlich höhere Bezüge. Dann gibt es jemanden, der auf einem Parteitag eine Rede darüber hält, ob man die Bezüge begrenzen solle. Ich will ehrlich sagen: Mir würde es schon reichen, wenn wir den Konzernen nicht auch noch im Überfluss Mittel zur Verfügung stellen würden. Dann müssten sich die Konzerne nämlich überhaupt nicht mehr um ihren Gewinn sorgen oder für die Entwicklung des Unternehmens wirtschaften, weil wir es ihnen auch noch abnehmen.

(Schulze [SPD]: Lieber Heinz Vietze, unser gemeinsamer Freund Michael Schumann hat einmal gesagt: Man kann eine Mücke zum Elefanten aufblasen, und dann wird es auch wieder falsch!)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herr Vietze, lassen Sie eine zweite Zwischenfrage zu? - Bitte schön, Herr Bischoff.

#### **Bischoff (SPD):**

Herr Kollege Vietze, ich bin in Schwedt geboren, einer Stadt, die von Industrie sehr stark geprägt worden ist. Ich weiß, was dort passiert ist. Nachts wurden die Filter geöffnet, weil man die D-Mark bzw. Valuta nicht hatte oder nicht haben wollte, um die Filter ordentlich reinigen zu lassen. Die Menschen dort sind erkrankt. Die Zahl der Krebserkrankungen war dort signifikant höher und ist es bis heute. Ich frage Sie: Wollen Sie mit

Ihrer Polemik etwa sagen, dass die 2 Millionen Euro, die in eine klimaschützende Technologie investiert werden, an der Stelle falsch investiert sind?

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

#### **Vietze (DIE LINKE):**

Ich möchte ausdrücklich sagen: Ich bin dafür, dass das Unternehmen Vattenfall mit dem Vermögen, über das es verfügt, diese Technologie in Eigenverantwortung erwirtschaftet, weil es nach der Umsetzung auch den Nutzeffekt davon haben wird.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE - Baaske [SPD]: Sie glauben daran, dass das geht?)

Haben Sie die neuesten Studien gelesen, die aussagen, wie im Umkreis der Kernkraftwerke die Krebserkrankungsquote gestiegen ist?

(Bischoff [SPD]: Auch in der Umgebung von DDR-Kraftwerken!)

- Ja. Aber sehen Sie: So etwas kommt sogar bei den Reichen im Westen vor.

(Bischoff [SPD]: Wir wollen damit aufhören; deswegen brauchen wir sauberere Technologien!)

Davon dürfen Sie seit heute nicht mehr reden; denn CO<sub>2</sub>-frei ist diese Technologie nicht. Das steht heute in der Zeitung. Sie haben es bestimmt gelesen.

Ich komme zum Ende, meine Damen und Herren; ich will Ihnen ja auch einen Gefallen tun. Der Landtag hat einen Einzelplan, der verantwortungsbewusst und sparsam erarbeitet worden ist. Frau Bernoth, die Verantwortliche dafür, hat in einer Fleißarbeit wie über Jahre hinweg an alles gedacht und in Ansatz gebracht. Das will ich ausdrücklich sagen angesichts neuer Bedingungen nach jeder Wahl. Der Einzelplan des Landtags sieht einen Wissenschaftlichen Dienst vor. Dem Wunsch nach einem Petitionsausschussesekretär wurde Rechnung getragen. Wir stellen uns auf neue perspektivische Erfordernisse ein: ELVIS, IT-Technik, Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments und vieles andere mehr - der elektronische Landtag lässt grüßen. Ich will ausdrücklich sagen: Das sind alles Aktivitäten, die wir mittragen und für die Sie unsere Zustimmung haben. Demzufolge kann der Landtag zu diesen Beschlussempfehlungen mit den Stimmen der Opposition rechnen.

Die Landesregierung hat ebenfalls einen bescheidenen Plan vorgelegt. Ich habe den jetzigen mit früheren Haushaltsplänen verglichen, was Aufwendungen für Repräsentation, bestimmte Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit usw. anlangt. Das alles ist bescheiden geworden. Wenn weniger Geld zur Verfügung steht, brauchen wir offensichtlich keine Anträge mehr zu stellen. Dass der Kollege Claus will, dass dafür gar nichts mehr zur Verfügung gestellt wird, halte ich für Quatsch. Das wäre zuviel des Guten. Was zu viel ist, ist zu viel.

Was zum Beispiel den Brandenburg-Tag angeht, frage ich Sie, warum in den letzten sieben Jahren 204 000 Euro gereicht haben und jetzt auf einmal nicht mehr reichen sollen, sondern 300 000 Euro benötigt werden. Es ist Ihnen nicht gelungen, das

schlüssig zu begründen, wo doch die Unternehmen, die alles mit fördern, jetzt sogar eine Konjunktur erleben und sehen müssen, dass sie so etwas fördern; denn das können Sie ja alles von der Steuer absetzen.

(Bischoff [SPD]: Er findet nur alle zwei Jahre statt!)

Man muss eine Veranstaltung doch nicht teurer machen, weil sie nur alle zwei Jahre stattfindet. Das ist doch keine Logik.

(Bischoff [SPD]: Das ist der 40. Geburtstag!)

- Ja, Ihrer.

(Bischoff [SPD]: Nein, der DDR!)

Ich will die Landesregierung in Schutz nehmen und bitten, keinen neuen Beamten einzustellen, der die Kleinen Anfragen von Herrn Petke beantwortet, weil das ein Vergeuden von Zeit wäre. Ich würde darum bitten, dass wir uns auf die inhaltliche Arbeit eines Abgeordneten reduzieren.

Was das Verfassungsgericht betrifft, sage ich ausdrücklich: Wir freuen uns mit den dort Tätigen über den würdigen Standort. Es sind bessere Arbeitsbedingungen entstanden. Der Haushalt des Verfassungsgerichts war und ist bescheiden. Da gibt es keine Stelle, an der man viel sparen kann. Die Präsidentin und der Vizepräsident dieses Gerichts haben von frühester Zeit an erkannt, dass alles nur mit einem bescheidenen Maß zu realisieren ist.

Es gibt in Brandenburg - damit komme ich zum Schluss - einen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen. Dazu habe ich eine Bitte, vor allen Dingen an die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Die Konzentration war wichtig, hat aber dazu geführt, dass die Zuwendungen für diesen Betrieb erst einmal um 27 Millionen Euro gestiegen sind. Der eigentliche Sinn war Sparsamkeit.

Wir haben vom Minister eine Erklärung dafür bekommen, was im bisherigen Verlauf alles nicht berücksichtigt werden konnte und welche Mehraufwendungen notwendig sind. Ich habe die Bitte: Kontrollieren Sie das in ein oder zwei Jahren! Die Erfahrung mit solchen Konzentrationsprozessen bei Landesbetrieben ist im Allgemeinen: Wenn man nicht rechtzeitig kontrolliert, führt das dazu, dass man Untersuchungsausschüsse einsetzen muss. - Das würde ich Ihnen gerne ersparen, weil das wiederum dazu führte, dass man mehr Geld ausgibt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Finanzminister Speer.

**Minister der Finanzen Speer:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Vietze, Sie müssen schon überlegen, wie Sie Ihre Argumentation aufbauen. Ich glaube, das tun Sie sonst; aber Ihre Rede soeben war nicht schlüssig. Sie sind der Auffassung, in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung - um einmal Ihren Sprachgebrauch zu nehmen - würden die Unternehmen schon

selbst alles tun, was der Gesellschaft nützt. Ihre Forderung ist, wir sollten abwarten, ob Vattenfall oder andere Unternehmen Klimaschutzforschung betreiben.

Wir sagen: Wir können nicht abwarten. Die Gesellschaft hat auch die Aufgabe, Forschung im Innovationsbereich für die Entwicklung neuer Produkte und Technologien zu leisten.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Dafür geben wir im Land Brandenburg sehr viel Geld aus. Sie haben das bisher auch nicht infrage gestellt, nur in Bezug auf die 2 Millionen Euro, Sie unterstellen nämlich, dass wir diesen Betrag Vattenfall geben wollten und informieren damit falsch.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Ihre Unterstellung ist Quatsch, sondern wir wollen diesen Betrag so einsetzen, dass er von Vattenfall kofinanziert wird. Dann bekommen wir die Leistung, um in der Lausitz Forschung zu betreiben für Technologieentwicklung, für die Energie der Zukunft, um die zukünftigen Generationen in diesem Land und über das Land hinaus mit Energie versorgen zu können. Wir engagieren uns auf diesem Gebiet nicht nur für Brandenburg, sondern als Energieexporteur wollen wir auch in Zukunft saubere Energie exportieren.

Dieser Haushalt, Herr Vietze, ist sozialer, als Sie ihn hier dargestellt haben. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Wir geben 10 Milliarden Euro aus. Ein Großteil dieses Geldes wird für soziale Projekte verwandt. Da ist als Erstes der hohe Standard an Kita-Betreuung zu nennen, den wir uns in diesem Land leisten - trotz der schwierigen Haushaltslage, die sich wohl auch zukünftig nicht deutlich verbessern wird. Wir haben das alles im Haushaltsausschuss durchdekliniert. Sie wissen, welche Herausforderungen auf Brandenburg in Bezug auf die weitere demografische Entwicklung zukommen. Sie wissen, welche Herausforderungen auf Brandenburg in Bezug auf die weitere Absenkung der Hilfen, die wir von den westlichen Ländern, von den westlichen Kommunen und von der Europäischen Union bekommen, zukommen. All das ist bekannt. Wir werden uns in Zukunft noch deutlich anstrengen müssen, um die Ausfälle, die Absenkung von Zahlungen, durch eigene Anstrengungen zu kompensieren. Das ist in diesem Doppelhaushalt gelungen. Darauf können wir alle stolz sein: denn wenn wir den Haushalt so vollziehen, wie er jetzt vorgelegt wird, unternehmen wir eine deutliche Anstrengung auf dem Arbeitsmarkt, im sozialen Bereich, bei der Betreuung von Jugendlichen. All das wird mit diesem Haushalt geleistet. Aus der Sicht des Finanzministers sage ich auch deutlich: Eigentlich machen wir mehr, als wir uns leisten können.

Sie sagen, man könnte noch ein bisschen mehr machen; das ist Ihre Rolle als Opposition.

Genauso wie es der Antrieb von Unternehmern in diesem Land ist, Gewinne zu erwirtschaften - das kann man zwar schlecht finden, aber das ist der Antrieb dieser Gesellschaft -, muss die Opposition damit leben, dass ihre Anträge erst realisiert werden, wenn sie in der Regierung ist; das ist der Antrieb, der Sie zu dieser Sitzung geführt hat.

Es ist in Ordnung, dass die Koalition ihre Anträge mit Mehrheit beschließt; das ist nicht undemokratisch. Wir „wagen Demokratie“, wenn wir sagen: Die Mehrheit in diesem Hause bestimmt. - Das ist Demokratie! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

### Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zur ersten namentlichen Abstimmung am heutigen Tage: zum Einzelplan 01, zum Einzelplan 02, zum Einzelplan 13 und zum Einzelplan 14.

Das Präsidium hat sich auf folgendes Verfahren zur namentlichen Abstimmung verständigt: Ich teile Ihnen unter Angabe der Drucksachenummer mit, welche Änderungsanträge zur Abstimmung vorliegen. Sodann erfolgt der Namensaufruf durch die Schriftführer. Sie werden zunächst befragt, ob Sie über die zuvor genannten Änderungsanträge gebündelt oder einzeln abstimmen möchten. Im Anschluss daran beginnt die Abstimmung.

Abgeordnete, die sich für eine gebündelte Abstimmung entscheiden, werden befragt, ob sie über dieses Bündel mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ abstimmen. Abgeordnete, die für die einzelne Abstimmung votiert haben, werden zu jeder Drucksache einzeln befragt. Im Anschluss an die Auszählung gebe ich Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekannt.

Gibt es zu diesem Verfahren Bemerkungen? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Zum Einzelplan 01 ist über folgende Änderungsanträge namentlich abzustimmen:

erstens über den Antrag in der Drucksache 4/5442 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 411 10;

zweitens über den Antrag in der Drucksache 4/5443 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 525 10;

drittens über den Antrag in der Drucksache 4/5444 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 527 10;

viertens über den Antrag in der Drucksache 4/5445 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 527 20;

fünftens über den Antrag in der Drucksache 4/5446 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 531 20;

sechstens über den Antrag in der Drucksache 4/5447 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 541 10;

siebtens über den Antrag in der Drucksache 4/5448 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 541 40;

achtens über den Antrag in der Drucksache 4/5449 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 541 50 (Neudruck);

neuntens über den Antrag in der Drucksache 4/5450 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 684 10;

zehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5451 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 01 010 Titel 684 40.

Sie entscheiden zuerst, wie Sie abstimmen wollen.

Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Frau Hesselbarth, bitte:

(Frau Hesselbarth [DVU]: Frau Präsidentin, ich bitte um Entschuldigung! Ich habe das missverstanden und korrigiere mein Abstimmungsverhalten in „Bündelung: Ja“ und „Abstimmung: Ja“!)

Herr Claus, Sie wollen sich auch äußern?

(Claus [DVU]: Frau Präsidentin, auch ich möchte mich verifizieren: „Gebündelt: Ja“ und „Abstimmung: Ja“!)

Ich schaue noch einmal in die Runde. - Alle Abgeordneten, die im Saal sind, hatten die Möglichkeit, abzustimmen. Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 56 Abgeordnete. - Damit sind diese Änderungsanträge nicht angenommen.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4327)

Wir kommen nun zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01, die Ihnen in Drucksache 4/5401 vorliegt. Ich bitte diejenigen, die dieser Beschlussempfehlung zustimmen, um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen wurde dem mehrheitlich zugestimmt. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zum Einzelplan 02. Hierzu ist über Änderungsanträge in folgenden Drucksachen namentlich abzustimmen: Drucksache 4/5452, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 02 010 Titel 527 10; Drucksache 4/5453, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 02 010 Titel 531 20; Drucksache 4/5454, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 02 010 Titel 533 10; Drucksache 4/5455, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 02 010 Titel 525 99.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Der Abgeordnete Vietze [DIE LINKE] gibt sein Votum ab.)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Die Drucksache 4/5452 erhielt 5 Jastimmen und 50 Neinstimmen.

Zu der Drucksache 4/5453 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 50 mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5454 votierten 5 Abgeordnete mit Ja und 50 mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5455 votierten 5 Abgeordnete mit Ja und 50 mit Nein.

Damit sind sämtliche Änderungsanträge zu den genannten Drucksachen abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4327)

Wir kommen nun zu weiteren Abstimmungen.

Ihnen liegt in der Drucksache 4/5577 ein Änderungsantrag, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE, zu Kapitel 02 010 Titel 633 20 vor. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Mehrheitlich ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 4/5578, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. Es geht um das Kapitel 020 70 Titel 684 10. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Mehrheitlich ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02, Ihnen vorliegend in der Drucksache 4/5402. Wer dieser Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Mehrheitlich ist für die Beschlussempfehlung gestimmt worden. Sie ist damit angenommen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 13, Ihnen vorliegend in der Drucksache 4/5413. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Dieser Beschlussempfehlung ist einstimmig gefolgt worden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 14, Ihnen vorliegend in der Drucksache 4/5414. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dieser Beschlussempfehlung ist einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 03 - Ministerium des Innern**

Drucksache 4/4951

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5403

Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Petke, Sie beginnen. Bitte schön.

### **Petke (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Einzelplans 03 betrifft einen Kernbereich der Landesverwaltung Brandenburgs. Ich darf am Beginn meiner Ausführungen die Eckdaten dieses Einzelplanes vorstellen.

Laut Doppelhaushalt 2008/2009 werden wir im Einzelplan 03 für Personal im Jahr 2008 insgesamt 402 Millionen Euro und im Jahr 2009 insgesamt 398 Millionen Euro aufwenden. Hinter diesen Personalausgaben steht der zweitgrößte Personalblock der Landesverwaltung; es geht um Wesentlichen um die Beamten, Angestellten und Arbeiter bei unserer Polizei. Der Bildungsbereich umfasst natürlich den größten Block der Personalausgaben.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben machen im Jahr 2008 133 Millionen Euro, im Jahr 2009 134 Millionen Euro aus.

Im Bereich Bau und Investitionen ist eine sehr große Steigerung zu verzeichnen: von 5,3 Millionen Euro in diesem Jahr auf 54 Millionen Euro im Jahr 2008; 2009 erfolgt noch einmal eine Steigerung um 14,5 Millionen Euro.

Insgesamt geben wir im Rahmen des Einzelplans 03 im Jahr 2008 knapp 600 Millionen Euro, im Jahr 2009 558 Millionen Euro aus. Es erfolgt also ein Aufwuchs im Jahr 2008 und ein Abschmelzen im Jahr 2009.

Hinter diesen Ausgaben stehen einzelne Bereiche. Damit man sich ein besseres Bild von dem machen kann, was tatsächlich hinter den Ausgaben steht, beginne ich mit dem Bereich der Polizei.

Im Jahr 2007 wenden wir 55 Millionen Euro für die Polizei auf, in den Jahren 2008 und 2009 werden es 77 Millionen Euro sein. Hinter dieser deutlichen Erhöhung steht nicht etwa ein gigantischer Anstieg der Beschaffungsausgaben, sondern die Einführung des Vermieter-Mieter-Modells - eine interne Verrechnung, die allerdings einen realen Hintergrund hat. Ziel ist es, mit den Ressourcen des Landes besser und sinnvoller umzugehen.

Der nächste Bereich umfasst die Kampfmittelbeseitigung. Das ist ein schwieriger, anspruchsvoller Bereich, weil Brandenburg vor allem am Ende des Zweiten Weltkrieges Hauptkampfzone war. Vieles von dem, was damals als Munition verwandt worden ist, liegt nach wie vor in unserem Erdboden und gefährdet die Menschen hier. Deswegen ist beabsichtigt, im Jahr 2008 6,7 Millionen Euro und im Jahr 2009 7,1 Millionen Euro dafür aufzuwenden. Wir haben mehrfach an die Solidarität des Bundes und der anderen Länder appelliert, uns bei der Kampfmittelbeseitigung zu unterstützen. Bisher haben der Bund, aber auch die anderen Länder leider wenig Bereitschaft gezeigt, Hilfestellung angesichts unserer speziellen Situation zu geben. Insofern sind wir in der Pflicht, selbst für diese Aufgaben aufzukommen.

Ein dritter Bereich betrifft die Ausgaben für die Verfassungsschutzabteilung im Ministerium des Innern. Hier sind 2008 statt der in diesem Jahr vorgesehenen 1,1 Millionen Euro

1,2 Millionen Euro vorgesehen, der gleiche Betrag im Jahr 2009. Der Verfassungsschutz muss sich in Brandenburg insbesondere mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus beschäftigen. Aber natürlich gehört zu seinen Aufgaben auch die Bekämpfung des Linksextremismus und des Ausländerextremismus. Die Innenminister haben sich in der vergangenen Woche darauf verständigt, die Beobachtung der Scientology-Sekte zu verstärken. Diese Aufgaben stehen im Wesentlichen hinter den Zahlen.

Große Veränderungen wird es durch die Einführung des Digitalfunks geben. Heute funkt man bei der Polizei im Wesentlichen noch, wie unsere Väter und Großväter es getan haben, nämlich analog. Die neue Funktechnik wird nicht nur in Brandenburg, sondern insgesamt bei den Polizeien der Länder und des Bundes eingeführt. Die Einführung wird nicht auf die Polizei beschränkt bleiben, sondern sich auch auf die Feuerwehr, den Rettungsdienst und andere Bereiche erstrecken. Aus den genannten Gründen erhöhen wir die Mittel für den Digitalfunk von jetzt 1,6 Millionen Euro auf 46,1 Millionen Euro im Jahr 2008 und noch einmal um 2,7 Millionen Euro im Jahr 2009. Dieser bedeutende Anstieg dient vor allem der Beschaffung der Hardware und der Gewährleistung der notwendigen Infrastruktur.

Die Ausgaben für Asylverfahren bleiben im Wesentlichen konstant; sie liegen 2008 bei 5,4 Millionen Euro und 2009 bei 5,5 Millionen Euro.

Der Brand- und Katastrophenschutz firmiert mit ca. 2 Millionen Euro in beiden Jahren des Doppelhaushalts.

Auch wenn für den Landespräventionsrat nur die kleinste Summe des Einzelplans vorgesehen ist, so ist er doch sehr wichtig. Das Innenministerium wird in den beiden Jahren, wie auch in diesem Jahr, 300 000 Euro dafür ausgeben, um im Vorfeld der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere von Gewaltstraftaten mit extremistischem, hier wiederum vor allem mit rechtsextremistischem Hintergrund, Akzente zu setzen, damit es erst gar nicht zu repressiven Maßnahmen kommen muss.

Die strukturellen Veränderungen des Haushalts spiegeln sich insbesondere in der Finanzierung der Ausgaben für den Brand- und Katastrophenschutz wider.

Wir haben im Innenausschuss und vor allen Dingen vor Ort eine Diskussion um die Festlegung der Stützpunktfeuerwehren geführt. Dabei ging es insbesondere um die Hilfe von unserer Seite aus dem Finanzausgleichsgesetz für die Erneuerung des Fuhrparks unserer Feuerwehren. Da sind wir ein gutes, ein wichtiges Stück vorangekommen. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.

Es geht aber auch um die Einführung des Digitalfunks und - ich erwähnte es bereits - um die Umsetzung des Vermieter-Mieter-Modells - eines Modells, das endlich deutlich macht, wofür innerhalb des Haushalts das Geld ausgegeben wird.

Der nächste Punkt betrifft die Landesakademie für öffentliche Verwaltung. Ein viertes Ziel ist die Bildung eines zentralen IT-Dienstleisters. Das ist eine existenzielle Frage für die Zukunftsfähigkeit unserer Landesverwaltung. Hier muss es gelingen, zwischen den Häusern - jedoch nicht nur auf der horizontalen, sondern auch auf der vertikalen Ebene -, zwischen dem

Land, aber auch den Kommunen unseres Landes entsprechende Vernetzungen zu gewährleisten und Technik zukunftsweisend einzuführen, damit das IT-Zeitalter auch in der öffentlichen Verwaltung Einzug hält.

Weiter beteiligt sich Brandenburg an den europaweiten Volks- und Wohnraumzählungen, dem Zensus. Das soll nicht unerwähnt bleiben; denn solche Zählungen werden gelegentlich unter dem Aspekt des Datenschutzes diskutiert und unter dem Aspekt, ob man solche Daten braucht. Wir sind der Meinung, dass diese Daten notwendig sind, um der Wirtschaft, aber auch der Verwaltung und anderen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Einzelvorhaben sind somit im Einzelplan 05 insbesondere der Digitalfunk und das E-Government.

Meine Damen und Herren! Das sind die Rahmendaten des Haushalts. Mit der Strukturierung des Einzelplans 03 haben wir uns in den letzten Jahren den Anforderungen der neuen Zeit gestellt. Wer in der Polizei unterwegs ist und vor Ort, in den Wachen, mit Polizeibeamten spricht, stellt fest, dass sich dort sehr viel verändert hat. Nicht allein der Computer unterstützt die tägliche Arbeit, auch andere neue Technik hat dort Einzug gehalten.

Das ist aber gar nicht der Knackpunkt. Entscheidend ist, dass die Arbeitsweise unserer Polizei vor Ort insgesamt sehr modernisiert wurde. In den letzten Jahren hat man ein deutlich höheres Niveau erreicht und neue Dinge probiert bzw. eingeführt. Vor allen Dingen - das ist mir wichtig zu sagen - ist die Polizei, die innere Sicherheit nicht die Spargbüchse des Landeshaushalts. Es wird in die Ausstattung weiter investiert, aber nicht nur in diese. Auch künftig werden junge Frauen und Männer für den Polizeidienst ausgebildet, um auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten für innere Sicherheit in Brandenburg zu wirken.

Das hat sich verändert, aber es wird sich noch mehr verändern. Wir testen die Einführung neuer Schichtmodelle, um auf den unterschiedlichen Arbeitsanfall innerhalb der Polizei besser reagieren zu können, das heißt, dass es nicht mehr so konstant geht, sondern dass man die Beamten dann einsetzt, wenn sie tatsächlich gebraucht werden. Auch dazu gibt es Pilotprojekte. All das tun wir mit den handelnden Polizeibeamten vor Ort. Die Umsetzung erfolgt Schritt für Schritt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernig [DIE LINKE])

Ich bin sehr froh, Herr Dr. Bernig, dass die Diskussionen, die wir hier vor Jahren geführt haben - damals gab es auch von Ihnen die Forderung, wir sollten Polizeistreifenwagen nicht auf Leasingbasis einführen -, zum Erliegen gekommen sind, weil sich das, was seitens des Ministeriums mit der Polizeistrukturreform auf den Weg gebracht wurde, bei den Beamtinnen und Beamten vor Ort bewährt hat. Die Arbeit der Polizei ist effektiver geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernig [DIE LINKE])

Die Arbeit der Polizei ist nicht nur effektiver geworden, sondern für den einzelnen Polizeibeamten haben sich die Arbeitsmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen verbessert.

Ich darf auch die kritischen Punkte ansprechen. Der Innenminister hat sich in Zusammenarbeit mit den Chefs der beiden

Polizeipräsidien in Potsdam und Frankfurt (Oder) entschlossen, Wachenschließungen einzuleiten. Das ist eine Antwort zum einen auf die veränderten demografischen Bedingungen und zum anderen auf die veränderten Haushaltsgegebenheiten. Wir hatten vorhin Gelegenheit, der „Märchenstunde“ des Kollegen Vietze zu lauschen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Ich bin dem Finanzminister dankbar, dass er noch einmal darauf hingewiesen hat, dass wir, auch wenn es jetzt einen ausgeglichenen Haushalt gibt, unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren nicht reduzieren dürfen. Deswegen ist es schon so, dass im Polizeibereich - es gab von Ihrer Seite am Anfang immer die Kritik, dort werde ohne das notwendige Maß gearbeitet - Veränderungen eingeleitet werden, auch um Kosten zu sparen. Wir alle, die wir im Land Verantwortung tragen, stehen vor der Herausforderung, dies den Menschen zu erklären, neue Modelle zu entwickeln und Maßnahmen einzuleiten, um trotzdem das hohe Niveau der inneren Sicherheit zu gewährleisten.

Wir haben in Brandenburg eine Fallzahl von etwa 8 500 Straftaten pro 100 000 Einwohner. Diese Fallzahl ist in den letzten Jahren zurückgegangen - wie glücklicherweise in Deutschland insgesamt. Es darf sich jedoch niemand etwas vormachen: Dieser Rückgang wird sich nur dann verstetigen, wenn die Polizei sowohl die personellen als auch die materiellen Möglichkeiten hat, entsprechend zu handeln und sich auf neue Gegebenheiten einzustellen, zum Beispiel durch den Wegfall der Personenkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze, aber auch durch die unterschiedliche Fortentwicklung - wenn ich dieses Wort verwenden darf - der Kriminalitätsausprägung.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Dieses Land ist ein sicheres Land. Die Polizei hat gute bis sehr gute Arbeitsmöglichkeiten. Wir reden nicht um den heißen Brei herum, sondern handeln dort, wo es notwendig ist, und sorgen vor allen Dingen dafür, dass die Polizei nicht nur heute, sondern auch in den Jahren 2008 und 2009 die notwendige Ausstattung hat. Das betrifft nicht nur diesen Bereich, sondern natürlich auch die Bereiche Verfassungsschutz, Brand- und Katastrophenschutz sowie den allgemeinen Bereich der Verwaltung des Innenministeriums.

Die Anträge, zu denen Sie sicherlich noch etwas sagen werden, werden wir aus sachlichen Gründen ablehnen. Wir stimmen dem vorliegenden Beschlussentwurf zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petke. - Als Nächster spricht der Kollege Claus für die DVU-Fraktion.

**Claus (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Haben wir wirklich eine stabile innere Sicherheit, oder droht uns hier Gefahr? Das ist die Frage. Gerade bei Gewaltverbrechen wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung oder auch organisierter Kriminalität rangiert Brandenburg bundesweit im Ländervergleich inzwischen wieder auf den vorderen Plätzen.

Aus heutiger Sicht und mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Jahre kann ich Ihre Aussage aus dem Jahre 1999, Brandenburg zu einem der sichersten Bundesländer machen zu wollen, nicht so recht teilen, Herr Minister Schönbohm. Zahlen und Fakten sprechen hier eine andere Sprache.

Nun muss ich Ihnen, Herr Minister Schönbohm, aber zugutehalten: Wäre da nicht Ihr Kollege Speer mit seinem dicken Rotstift und seinen unerbittlichen Streichungen, würde diese Bilanz für Sie und Ihr Ministerium vielleicht nicht so düster aussehen.

Aber orientieren wir uns an den Fakten, die wie folgt aussehen: So sollen nach der Streichung von 452 Stellen im zurückliegenden Haushaltsjahr bis 2010 weitere 356 Stellen, davon 252 im Beamtenbereich, gestrichen werden. Hier stellt sich wirklich die Frage, Herr Minister, ob Sie unter diesen Bedingungen die Sicherheit der Brandenburger Bürger in der von Ihnen zugesicherten Qualität gewährleisten können. Die Beamtinnen und Beamten, die täglich mit diesem Problem konfrontiert werden, sehen das auf jeden Fall sehr skeptisch. Wenn das nicht die Experten sind, die die Sicherheitslage im Land Brandenburg richtig einschätzen können, Herr Minister, wer denn dann?

Besonders drastisch betrifft es die Landespolizei. Im Bereich des Polizeipräsidiums Potsdam sollen 284 Stellen wegfallen, im Bereich des von der Grenzöffnung zu Polen betroffenen Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) 266 Stellen. Es liegt doch in der Logik der Sache, Herr Minister Schönbohm, dass eine so weit geöffnete Tür geradezu eine einladende Wirkung auf Kriminelle ausübt. Als gedienter Militär wissen Sie auch: Ist man erst einmal in die Verteidigungslinie eines Gegners eingebrochen, muss ein Vielfaches an Anstrengungen, Kräften und Mitteln unternommen werden, um die Eindringlinge - hier: die Kriminalität - wieder loszuwerden, oder ich gebe die Verteidigungslinie auf und ziehe mich in die zweite Linie zurück. Genau das passiert doch jetzt - oder nicht?

Kommen wir aber wieder zu den Fakten zurück; sie sind traurig genug. Gern hätte ich mich an dieser Stelle zu Gewaltkriminalität gegenüber minderjährigen Opfern geäußert. Allein kann weder das Ministerium, Herr Minister Schönbohm, noch das LKA die derzeitige richtige Zahl finden. Ich kann nur meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es in diesem Fall keine Parallelen zu den Vorkommnissen im LKA unseres Nachbarlandes Sachsen-Anhalt gibt. Nicht, dass der Direktor des LKA auch noch zurücktreten muss!

Ein weiteres Beispiel ist die nicht gesunkene Rauschgiftkriminalität. Der Drogenkonsum liegt derzeit immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Im Jahre 2006 registrierte die Brandenburger Polizei allein 6 919 Fälle von Rauschgiftkriminalität. Die Dunkelziffer ist allerdings viel höher, und das Einstiegsalter junger Konsumenten sinkt stetig. Cannabis, auch Haschisch genannt, ist dabei die illegale Droge Nummer eins. Diese Droge ist inzwischen überall zu haben: in den Diskotheken und - sehr zu unserem Leidwesen - auch auf den Schulhöfen. Inzwischen mehren sich die Hinweise, dass es auch in Brandenburg kaum noch Jugendliche gibt, die nicht schon einmal diese Droge ausprobiert haben. Bei vielen stellen sich gesundheitliche Schädigungen ein, und 5 % der Konsumenten werden nach Experteneinschätzung schließlich süchtig. Es stellt sich die Frage, Herr Minister: Wie ernst nehmen Sie und Ihr Ministerium dieses Problem?

Statt gezielter Polizeieinsätze, insbesondere von speziell geschulten Sondereinheiten gegen Rauschgiftkriminalität, um den Sumpf des Drogenhandels in Brandenburg trocken-zulegen, produziert das Landeskriminalamt derzeit - wie wir aus der Presse erfahren können - eine DVD mit dem schönen Titel „Hast du noch was vor?“ - und das für 217 000 Euro. Eine weitere LKA-Broschüre trägt den geistig besonders hoch stehenden Titel „Clean und cool“ und kostet immerhin 9 000 Euro. Außerdem ließ Ihr Ministerium, Herr Schönbohm, verlauten, dass man aufgrund des kontinuierlichen Bevölkerungsrückgangs besonders junger Menschen in Brandenburg große Hoffnung darauf setze, dass somit auch die Zahl der Drogenkonsumenten sinken werde. Das versteht sich; aus Ihrer Sicht, Herr Minister, liegt darin eine gewisse Logik. Auf der anderen Seite werden damit aber erst ständig propagierte Bestrebungen der Landesregierung konterkariert, die ihren eigenen Aussagen zufolge alles daran setze, junge und gut ausgebildete Brandenburgerinnen und Brandenburger im Lande zu halten. So die Theorie. Jedoch lehrt uns die Praxis derzeit etwas anderes. Leider ist das alles viel zu traurig, um das Ganze ins Lächerliche zu ziehen.

Ich komme nicht umhin, auf die ganz besonderen Umstände hinzuweisen, als hätte die Landespolizei nicht bereits jetzt genug mit der sich ausbreitenden Kriminalität im Land Brandenburg zu tun. Es ist davon auszugehen, dass sich deren Einfluss nach dem Wegfall der Grenzkontrollen, insbesondere zu Polen, mit Sicherheit nicht rückläufig entwickeln wird. Auf keinen Fall möchte ich an dieser Stelle etwas pauschalisieren bzw. den Teufel an die Wand malen. Das möchte ich wirklich nicht. Erfahrungen, die Grenzbeamte an der Grenze zu Polen und zur Tschechischen Republik machen mussten, lassen jedoch den Schluss zu, dass mit einem Anstieg der grenzüberschreitenden Kriminalität zu rechnen ist. Auch die Gewerkschaft der Polizei warnt bereits jetzt vor massiven Sicherheitslücken in den neuen EU-Staaten. Sind das nicht kompetente Experten, die die Situation am besten einschätzen können? Ich glaube schon.

Auch in diesem Plenum gibt es Abgeordnete, die die Grenzöffnung unter den derzeitigen Gegebenheiten für zu zeitig erachten, und zwar meine ich den Herrn Kollegen Petke. Wenn wir auch des Öfteren eine unterschiedliche Sicht der Dinge haben, meine Damen und Herren, kann ich mich in der Frage seiner Meinung nur anschließen.

Meine Damen und Herren! Die Sorge unserer Bürger auch im Zusammenhang mit der Öffnung der Grenze nach Polen und Tschechien muss sehr ernst genommen werden. Es ist einfach ein statistischer Fakt, dass von den in Brandenburg aufgegriffenen ausländischen Straftätern ein Drittel aus Polen kommt. Die Zahl bedeutet, dass allein im Jahr 2006 3 646 polnische Tatverdächtige in Brandenburg von der Polizei dingfest gemacht worden sind.

Nun, Herr Minister Schönbohm, wenn die Bundespolizei in einer beträchtlichen Dimension auf die Gefährdung der inneren Sicherheit aufgrund der zitierten Grenzöffnung hinweist, so ist das ein deutlicher Hinweis von kompetenter Stelle, hier nachzubessern. Sie können mir jetzt entgegenhalten, dass die Demonstranten überwiegend im persönlichen Interesse gehandelt haben. Das kann in dem einen oder anderen Fall auch zutreffen, da vielleicht Versetzungen, längere Anfahrtswege oder ein neues Arbeitsumfeld anstehen. Das mag durchaus sein. Aber überwiegend war es aus der Erfahrung heraus die Sorge um die

Sicherheit in Brandenburg, und diese Sorge, Herr Minister, sollte man sehr ernst nehmen.

Sie werden daher Verständnis dafür haben, wenn wir die polizeiliche Personalplanung in einem anderen Licht als Sie und der Finanzminister sehen. Die Politik des Rotstifts kann zumindest hinsichtlich der Kriminalität in einem anderen Fall böse oder gar tödlich enden. Das sollte im Auge behalten und nicht vergessen werden. Daher fordern wir in unserem Antrag zu Kapitel 03 101 Titel 422 10 des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder), die dort geplante Stellenstreichung komplett rückgängig zu machen und dazu im Haushaltsjahr 2008/2009 jeweils 10 Millionen Euro einzustellen. Wir sind davon überzeugt, dass die finanziellen Mittel hier wesentlich angebrachter sind als zum Aufbau eines finanziellen Puffers des Finanzministeriums im Einzelplan 20, welcher ohnehin nicht gebraucht wird oder zum Immobilienerwerb für den Bau der Landtagsschlossattrappe auf dem Alten Markt, deren Errichtung wir sowieso ablehnend gegenüberstehen.

Das Gleiche gilt für den Antrag zu Kapitel 03 102 Titel 42210 des Polizeipräsidiums Potsdam. Auch hier wollen wir die geplante Stellenstreichung samt und sonders rückgängig machen, um zumindest die bisherige Polizeidienststärke in der Brandenburg Landespolizei zu erhalten und auszubauen.

Auf die flankierenden Anträge unserer Fraktion, die sich insbesondere auf Sachausgaben für die Polizei sowie auf kriminalpolizeiliche Beratungen beziehen, möchte ich nicht weiter eingehen, da sich die Notwendigkeit der Beibehaltung der bisherigen Polizeistärke von selbst ergibt.

Erwähnen möchte ich nur noch, dass wir die lächerliche Summe von 2 500 Euro an Belohnung für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen oder bei der Ergreifung gesuchter Straftäter zumindest auf 10 000 Euro aufstocken wollen.

Damit kommen wir zu einem anderen Thema, das, wie die innere Sicherheit, besonders gravierend ist. Ich meine den Brand- und Katastrophenschutz. Auch hier soll, wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, von deren Mitgliedern offensichtlich nur noch Sie, Herr Finanzminister Speer, als Einziger brennend das Zeug halten, gekürzt werden. So sollen die Mittel für die Waldbrandbekämpfung aus der Luft von bisher 70 000 Euro auf 10 000 Euro abgesenkt werden.

Meine Damen und Herren! Lesen Sie doch einmal die Klimaprognose für die nächsten Jahre für Brandenburg. Brandenburg wird zum Dürregebiet werden, und wir kürzen bei der Waldbrandbekämpfung. Das kann nicht gehen. Wir als Fraktion fordern daher mit unserem Änderungsantrag, diese Mittel um 30 000 Euro auf 40 000 Euro, also zumindest auf den Ansatz von 2006 aufzustocken, auch wenn im Jahre 2007 erst 7 000 Euro abgeflossen sind.

Des Weiteren fordern wir eine deutliche Erhöhung der Mittel an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung von Feuerwehrrübungen. Den einmaligen Landeszuschuss von 15 000 Euro im Landeshaushalt 2008 an den Landesfeuerwehrverband für die Nachwuchsgewinnung, für die Jugendfeuerwehren wollen wir als Fraktion in den Folgejahren verstetigen. Weiterhin sollen die Mittel für die Beteiligung an der Forstschung auf dem Gebiet des Brandschutzes um 10 000 Euro und

die Landeszuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen um 50 000 Euro erhöht werden; denn - jetzt komme ich bereits auf die Deckung unserer Anträge zu sprechen - Brand- und Katastrophenschutz sind nach Meinung unserer Fraktion wichtiger als der Verfassungsschutz - es sei denn, diese Behörde wird maßgeblich dazu eingesetzt, Wirtschaftsspionage bzw. -sabotage zu verhindern. Denn welches Land lässt sich schon gern um die Früchte seiner Forschung und Entwicklung bringen?

Dafür, meine Damen und Herren, würden wir Ihnen sehr gern Mittel bewilligen, nicht jedoch für die Beobachtung verfassungsgemäßer Organisationen und Parteien.

Mit den für den Verfassungsschutz bereitgestellten 1,19 Millionen Euro allein an Sachmitteln lassen sich im Bereich der inneren Sicherheit wie im Bereich des eben erwähnten Brand- und Katastrophenschutzes wirklich sinnvolle Dinge finanzieren. Doch Sie, Herr Minister Schönbohm, wollen die Mittel für die Abteilung V gegenüber dem laufenden Jahr sogar noch einmal um knapp 80 000 Euro aufstocken. Na ja, vielleicht sind das ja die Gehälter der dortigen Mitarbeiter.

Gleichzeitig sollen durch die Landesschule und technische Einrichtungen für Brand- und Katastrophenschutz insgesamt 2 Millionen Euro für ausgebrachte sogenannte globale Minderausgaben per Einsparung erwirtschaftet werden, während unsere Fraktion auch diese beiden ungerechtfertigten Einsparmaßnahmen rückgängig machen will. Wir fordern Sie, wie schon so oft, auch diesmal wieder auf, Herr Minister Schönbohm: Beschränken Sie die Abteilung V auf die Bekämpfung von Industrie- und Wirtschaftsspionage, und entsenden Sie den Rest der Mitarbeiter in den Brand- und Katastrophenschutz, denn dort sind sie wirklich besser aufgehoben!

(Beifall bei der DVU)

Schließlich kann das Ministerium, wenn es nach unserer Fraktion geht, auch mit deutlich weniger Öffentlichkeitsarbeit auskommen.

Im Bereich des Asylkapitels aus dem Einzelplan 03 fordern wir insbesondere, die Kosten für Unterbringung, Verpflegung, Betreuung, aber auch für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf das gesetzlich festgelegte und damit rechtmäßige Maß zurückzuführen. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir damit erreichen, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen hier noch einmal klipp und klar: Wirklich politisch Verfolgte sollen hier in Brandenburg politisches Asyl bekommen - nicht jedoch Wirtschaftsflüchtlinge oder Asylschwindler. Daher fordern wir in einem weiteren Änderungsantrag, die Kosten für Rückführung und Abschiebung um 100 000 Euro anzuheben.

Den Einzelplan 04 des Ministeriums des Innern werden wir natürlich ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Soeben sprach der Abgeordnete Claus für die DVU-Fraktion.

Ich möchte Folgendes richtigstellen: Frau Stobrawa hat vorhin

den Tagesordnungspunkt 2 geschlossen. Er ist natürlich nicht geschlossen, sondern wird fortgesetzt. Wir befinden uns derzeit im Einzelplan 03.

Nun erhält die Abgeordnete Stark für die SPD-Fraktion das Wort.

**Frau Stark (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den letzten Haushalt in dieser Legislaturperiode, den wir als hier regierungstragende Fraktion zu verantworten haben. Wir tun dies vor dem Hintergrund, dass unsere Einsparanstrengungen auch Früchte tragen; das ist heute schon von mehreren Rednern gesagt worden. Es ist erfreulich, dass wir 2007 hier mit einem hervorragenden Ergebnis abschließen können, wobei „hervorragend“ in dem Zusammenhang nur heißt, dass wir 2008 und 2009 keine neuen Schulden aufnehmen müssen.

Gerade im Bereich des Innenressorts ist es für uns natürlich immer eine wichtige Frage im Innenausschuss: Wo können wir Abstriche machen? - Es handelt sich um einen Haushalt, der sich zu 80 % aus Personalkosten zusammensetzt. Es geht schließlich um die Sicherung eines elementaren Grundbedürfnisses der Menschen in unserem Lande, nämlich ihren Schutz und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb macht es sich der Innenausschuss jedes Mal aufs Neue sehr schwer, diesen Einzelplan durchzuschauen und Einsparmöglichkeiten zu finden. Der Spielraum für diese Einsparungen ist, wie gesagt, unverändert gering.

Wir sind dem innerhalb der Koalition entgegengetreten, indem wir nach Strukturveränderungen innerhalb dieses Ressorts gesucht haben. Sie wissen - wir haben an dieser Stelle schon oft darüber diskutiert -, dass wir die Polizeistrukturen erfolgreich durchgeführt haben. Dadurch ist es uns gelungen, innerhalb des Innenressorts große Einsparpotenziale freizusetzen. Das zum einen. Zum anderen ist es uns gelungen, durch diese Polizeistrukturen mehr Grün bzw. nun Blau auf die Straße zu bringen.

Loben möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich noch einmal, dass es der Landesregierung auch mit dem vorgelegten Personalbedarfsplan gelungen ist, gerade den Polizistinnen und Polizisten dieses Landes als auch unseren jungen Absolventen der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg eine gewisse Sicherheit zu bieten; denn Sie haben - anders als in anderen Bundesländern - eine Übernahmegarantie. Ich denke, das ist noch einmal ganz besonders zu würdigen.

(Dr. Bernig (DIE LINKE): Nicht nach Laufbahnrecht!  
Das ist gestrichen!)

- Trotzdem wissen sie, dass sie übernommen werden. Das ist denjenigen, die dort den Abschluss erfolgreich erwerben, ganz sicher.

Damit komme ich zu Ihnen. Die Linkspartei versucht immer wieder zu argumentieren, die regierungstragende Koalition würde das Land totsparen. Auch im Innenbereich unterbreiten Sie immer „sehr gute“ Vorschläge. Ich möchte an dieser Stelle nur einen der vielen Vorschläge herausgreifen: Sie haben uns vorgeschlagen, die Einnahmen im Bußgeldbereich zu erhöhen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das ist dringend erforderlich!)

- Dringend erforderlich? Das finde ich absolut bürgerunfreundlich. Ich finde es auch unmöglich, dass das von Ihnen kommt. Natürlich können wir an allen Stellen Geschwindigkeitsmessgeräte aufstellen. Doch es ist nicht Aufgabe und auch nicht Strategie der Polizei, das als Einnahmequelle für einen aus Ihrer Sicht defizitären Landeshaushalt zu begreifen. Durch Erhöhung der Bußgelder den Landeshaushalt zu sanieren ist mit uns nicht zu machen. Das muss ich an der Stelle noch einmal klar sagen.

(Frau Mächtig (DIE LINKE): 14 Millionen!)

Wir haben es, wie gesagt, nicht nur damit zu tun, sondern haben auch die demografische Entwicklung in Brandenburg zu beachten, und nicht nur hier. Wir haben mit starken Bevölkerungsrückgängen zu kämpfen. Zu dem Bereich der inneren Sicherheit gehört neben der Polizei auch der gesamte Bereich der Feuerwehren, also Katastrophenschutz und Feuerwehr. Auch hier ist es uns durch eine interne Strukturveränderung gelungen, Verbesserungen zu erreichen. Es gab die Polizeireform, aber auch bei der Feuerwehr sind Reformen angegangen worden. Wir haben Stützpunktfeuerwehren gebildet, um auch hier durch innere Strukturveränderungen Geld zu sparen, Ressourcen zu bündeln und uns dieser Aufgabe erfolgreich zu stellen. Es ist also noch einmal lobend zu erwähnen, dass hier von uns eine gute Maßnahme intern, innerhalb des Innenressorts, organisiert worden ist.

Wir haben wenig an Umschichtungsmöglichkeiten zu bieten. 80 % sind, wie gesagt, Personalkosten. Wir haben innerhalb des Innenressorts getan, was aus unserer Sicht zu tun war. Wenn uns andere Ressorts folgen würden, hätten wir sicher an der einen oder anderen Stelle noch mehr Einsparmöglichkeiten.

Eine kritische Anmerkung möchte ich allerdings machen. Innerhalb des Haushalts des Innenministeriums haben wir einen sehr großen Posten, der auch mit Geld unterlegt ist, nämlich im E-Government-Bereich, also IT. Da ist eine Menge eingestellt worden, aber wenig abgeflossen. Das zeigt deutlich: Wir haben noch Reserven. Wir sollten auch in Zukunft unser Augenmerk darauf richten und kritisch nachfragen, warum sich dort der Mittelabfluss eigentlich so zögerlich entwickelt.

Abschließend möchte ich sagen: Im Ländervergleich steht die Polizei Brandenburgs allumfassend sehr gut da, auch wenn von der Linkspartei hier immer etwas anderes behauptet wird.

Ganz kurz noch einmal nach rechts geblickt: Herr Kollege von der DVU, Sie haben vorhin gefragt: Droht uns denn Gefahr? - Ich sage klar: Ja! Denn angesichts solcher Anträge, die Sie hier permanent formulieren - Abschaffung des Verfassungsschutzes, bei den Asylbewerbern kürzen, was zu kürzen ist -, und in Anbetracht dessen, dass Sie es bei Abstimmungen über Ihre eigenen Anträge nicht einmal auf die Reihe kriegen, gebündelt Ja zu sagen, droht uns Gefahr. - In diesem Sinne: Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei SPD, CDU und bei der Fraktion DIE LINKE)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Stark. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Scharfenberg. Bitte!

**Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Stark, wir haben das mit den Geldstrafen ja nicht erfunden. Ich kann mich noch erinnern, dass die Landesregierung im Haushaltsentwurf unter dieser Position ausgewiesen hat: „Mehr wegen Haushaltskonsolidierung“. Das war die offizielle Begründung. Im Übrigen konnten wir in jedem Jahr feststellen, dass das die Sparbüchse des Innenministers war, weil in der Regel mehr eingekommen ist, als man geplant hatte. Also muss es uns auch möglich sein, auf diese Sparposition aufmerksam zu machen und diese Mittel in Richtungen zu lenken, die wir für die richtigen halten.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Entwurf des Einzelplans 03 wird der Personalabbau bei der Polizei vorangetrieben und wird zugleich die Einschränkung von Grundrechten fortgesetzt. Das Land Brandenburg hat den auf Bundesebene betriebenen Kurs der Verschärfung der Sicherheitsgesetze vorbehaltlos unterstützt und zum Teil eine Vorreiterrolle übernommen. Während in Brandenburg das Polizeigesetz seit dem Jahr 2000 in großen Schritten verschärft worden ist, sind auf Bundesebene weit über 160 Gesetze zur Erhöhung der Sicherheit bzw. zur Verstärkung des Sicherheitsgefühls verabschiedet worden. Das wurde mit der wachsenden Gefahr des internationalen Terrorismus begründet, so wie in den 90er Jahren die organisierte Kriminalität der mit allen Mitteln zu bekämpfende Gegner war.

Antiterrordatei, Telekommunikationsüberwachung, Luftsicherheitsgesetz, Online-Durchsuchung - das alles sind Maßnahmen, die mit tiefgreifenden Grundrechtseingriffen verbunden sind. All das dient dazu, vonseiten des Staates einseitig aufzurüsten, ohne zu evaluieren und ein bereits erreichtes Niveau kritisch infrage zu stellen. Von Brandenburg kam weder ein mahndendes Wort noch die Frage, ob diese Maßnahmen wirklich für den angestrebten Zweck taugen.

Wenn es darum geht, auf die Ängste der Bevölkerung zu reagieren, kennt die Landesregierung nur die Antwort einer weiteren technischen Aufrüstung. Brandenburg trieb die Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen und Plätzen ungeachtet aller Warnungen voran. Wie sich jetzt zeigt, hält sich der teuer bezahlte Erfolg deutlich in Grenzen, sodass man eigentlich gestrost auf dieses angepriesene polizeiliche Mittel verzichten kann.

Zurzeit wird in Brandenburg die Überwachung und Aufzeichnung von Autokennzeichen vorangetrieben. Die Bedenklichkeit dieser Erfassung aller zufällig vorbeifahrenden Fahrzeuge wird gegenwärtig in einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geprüft. Erste Anzeichen deuten auf eine kritische Bewertung durch das Gericht hin. Wir erwarten zudem mit großer Spannung den ersten Bericht der Landesregierung zur Wirkung dieses neuen Eingriffsmittels, der im Januar gegeben werden soll.

Ebenfalls mit großem Nachdruck hat die Landesregierung die Möglichkeit der Ortung und gegebenenfalls Störung von Handys eingefordert. Während das Land Berlin diese polizeiliche Maßnahme auf das Auffinden vermisster Personen begrenzt hat, geht die Brandenburger Regelung weit darüber hinaus und

schafft damit nur schwer zu begrenzende Überwachungsmöglichkeiten.

Ich könnte die Aufzählung fortführen, will es aber dabei bewenden lassen. Wir glauben, dass dieser endlose Wettlauf, durch mehr Technik ein höheres Maß an Sicherheit zu erreichen, nicht zum Erfolg führt.

Herr Innenminister, Sie sollten keine unhaltbaren Sicherheitsversprechungen machen. Wir alle müssen uns doch fragen, ob die Gesetze und Maßnahmen, mit denen den Bürgern ein Mehr an Sicherheit versprochen wird, nicht zum Gegenteil führen und das zerstören, was sie eigentlich schützen sollen, nämlich die persönliche Freiheit und die Bürgerrechte. Deshalb halten wir an unserer Forderung fest, die Sie leider schon mehrfach abgelehnt haben: Wir wollen endlich eine objektive Analyse der praktizierten Sicherheitspolitik, zu der insbesondere eine Evaluierung des Polizeigesetzes gehört.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Dann kann man auch das jetzige Vorgehen der Landesregierung beim drastischen Personalabbau in der Polizei besser bewerten. Ausschließlich aus finanziellen Zwängen - ich denke, da sind wir uns einig - werden bis 2009 654 Stellen in den Polizeipräsidien Potsdam und Frankfurt (Oder) sowie in der Landeseinsatzinheit gestrichen. In Verbindung damit steht die Schließung von sechs Polizeiwachen im gleichen Zeitraum. Eingeleitet ist der Abbau von etwa 400 Stellen bei der Kriminalpolizei. Das wird dann als Umstrukturierung und Neuordnung präsentiert, wie in diesem Bereich überhaupt anscheinend immer wieder die Quadratur des Kreises angestrebt wird.

Ich darf daran erinnern, dass die Polizeireform mit dem Anspruch verbunden war, mehr Polizeipräsenz auf der Straße zu erreichen. So sollten ursprünglich 200 Revierpolizisten mehr zur Verfügung stehen als vor der Reform. Das hat Minister Schönbohm in Aussicht gestellt. Im Endeffekt wurde diese Zahl deutlich verfehlt. Aber immerhin waren es kurzzeitig 65 zusätzliche Revierpolizisten, die der Innenminister nach Abschluss der Polizeireform stolz präsentierte. Diese bürgernahe Form der Polizeiarbeit halten wir für sehr wichtig. Damit gibt es feste Ansprechpartner, die Vertrauenspersonen für die Bürger sind.

Deshalb haben wir keinerlei Verständnis dafür, dass ausgerechnet in diesem Bereich stillschweigend wieder abgebaut worden ist. Aus der Antwort auf meine Kleine Anfrage ging hervor, dass die Zahl der Revierpolizisten in den letzten Jahren wieder um 35 reduziert worden ist. Das ist für uns inakzeptabel und bestätigt letztlich unseren Eindruck, dass der wichtige Bereich der kommunalen Kriminalitätsverhütung mit seinem großen Präventionspotenzial für die Landesregierung nur von untergeordneter Bedeutung ist. Widersprüchlich ist auch, dass das Innenministerium im Zusammenhang mit der Schließung von Polizeiwachen zugesagt hat, dass damit eben keine Reduzierung der Zahl der Revierpolizisten verbunden sein werde. Was gilt denn nun, Herr Innenminister?

Der Personalabbau bei der Polizei ist nicht zuletzt deshalb problematisch, da er sich vor dem Hintergrund der Verlagerung der Schengengrenze vollzieht. Es ist bekannt, dass die Linke die Öffnung der Grenze zum Nachbarland Polen begrüßt und

als Chance begreift. Wir teilen nicht die Befürchtung des rasanten Anstiegs der Kriminalität nach dem Wegfall der Grenzkontrollen. Aber es ist absehbar, dass damit neue Herausforderungen auf die Polizistinnen und Polizisten zukommen werden, die bei einem starken Abbau des Personals, einschließlich der Kriminalpolizei, nur schwer gemeistert werden können. Durch mehr Technik allein kann das kaum abgefangen werden. Deshalb fordern wir in zwei Änderungsanträgen, dass der vorgesehene Abbau des Personals bei den beiden Polizeipräsidien zumindest abgefedert wird. In jedem Fall wollen wir erreichen, dass die Verringerung der Zahl der Revierpolizisten rückgängig gemacht wird. Mit unseren Deckungsvorschlägen weisen wir nach, dass das leistbar ist.

Wir weisen mit unseren Änderungsanträgen auf einen zweiten wichtigen Bereich hin. Das Land Brandenburg ist bekanntlich das Bundesland mit der höchsten Belastung an Kampfmitteln. Durch diese Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges ist insbesondere, aber nicht nur die Stadt Oranienburg gezeißelt. Damit sind ständige Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger verbunden, die nur durch eine planmäßige und zügige Kampfmittelbeseitigung vermindert werden können. Bei dem jetzigen Tempo der Munitionsräumung dauert es noch mehrere hundert Jahre, bis diese Altlasten beseitigt sind, da nur begrenzte finanzielle Mittel dafür vorhanden sind.

Innenminister Schönbohm hat - leider ohne Erfolg - mehrere Anläufe genommen, um die absurde Bundesregelung zu verändern, die eine Verantwortung des Bundes nur für reichseigene Munition vorsieht. Gerade vor diesem Hintergrund ist uns völlig unverständlich, dass die Gelder für die Kampfmittelbeseitigung im nächsten Jahr um mehr als 10 % reduziert werden sollen. Genau das Gegenteil sollte der Fall sein, auch wenn es uns schwerfällt. Wir beantragen deshalb, dass zumindest das Vorjahresniveau von 6,8 Millionen Euro beibehalten wird. Denn ansonsten ist zu befürchten, dass überraschende Munitionsfunde zulasten der Prioritätenliste bei der planmäßigen Munitionsuche gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ministerium des Innern ist sehr experimentierfreudig und hat offensichtlich auch entsprechende Spielräume dafür. Wie sagte der Genosse Kosso-nossow? - „Das Flugwesen entwickelt sich.“

(Vereinzelt Heiterkeit bei SPD und CDU)

So hat das Ministerium zur sinnvollen Ergänzung von Führungs- und Einsatzmitteln den Einsatz von sogenannten Tragschraubern - ein schönes Wort - unter verschiedensten meteorologischen Bedingungen vorgesehen. Das ist keinesfalls für einen Null ouvert zu haben. Damit verbundene Verbesserungen und Einsparungen bei diesem bundesweit bisher wohl einmaligen Experiment sind jedoch nicht erkennbar. Dagegen sind die Risiken für die „tollkühnen Männer in ihren fliegenden Kisten“ nicht zu unterschätzen. Ich wünsche mir solchen Pioniergeist an anderen Stellen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Nun erhält Herr Minister Schönbohm das Wort. Bitte schön!

**Minister des Innern Schönbohm:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Scharfenberg, eine persönliche Bemerkung: Ich bin mit den Dingen mitgeflogen, um einmal zu sehen, wie sich das darstellt.

(Bochow [SPD]: Donnerwetter!)

Die Fluggeräte sind vom Bundesluftfahrtamt zugelassen. Wenn es interessiert: Ich erhalte einen Brief - er wird jetzt erarbeitet -, den Sie sich einmal ansehen können. Ich bin immer dafür, erst den Sachverhalt zu klären und dann zu bewerten.

Die wollen die Tragschrauber nicht haben, weil sie meinen: So, wie es jetzt ist, ist es gut. - Wenn Sie das sagten, wären Sie Dinosaurier. Herzlichen Glückwunsch!

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt über den Haushalt. Wie uns ein altes Sprichwort lehrt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. - Wir haben eine Situation, wo wir gelernt haben, dass wir sparen müssen, um in der Not zu haben. Wir wissen - der Finanzminister hat immer darauf hingewiesen -: Die Einnahmen und die Bundessonderergänzungszuweisungen gehen zurück. Wir müssen uns darauf einstellen. Darum sind wir froh darüber, dass sich die Haushaltslage des Landes entspannt hat. Das hängt zum einen mit der konsequenten Sparpolitik, zum anderen mit der günstigen wirtschaftspolitischen Entwicklung zusammen. Darum sage ich auch: Bei all dem, was wir heute hier besprechen, verteilen wir qua Gesetz die Einnahmen des Landes, die wir im Steuerbereich haben.

Wir müssen auch immer wieder überlegen, wie wir als Regierung und als Landtag Anreize setzen können, damit Menschen in unserem Land Werte schaffen, sich selbstständig machen. Darum gehört zu dieser Politik nicht nur, Wege zu finden, Ausgaben zu begrenzen, sondern auch, Einnahmen zu generieren. Ich freue mich, dass wir über diese Frage wieder einmal diskutiert haben.

In unserer weiteren Zukunft werden uns auch die demografische Entwicklung des Landes, der Wegfall der Bundessonderergänzungszuweisungen und der Anstieg der Versorgungsleistungen beschäftigen. Dies wird den Landtag in der nächsten Legislaturperiode vor erheblich weiter führende Überlegungen stellen.

Die Umsetzung der ehrgeizigen Ziele der Landesregierung bei der Verringerung der Stellenzahl in der Landesverwaltung und - damit verbunden - der Verringerung der Personalausgaben des Landes bleibt deshalb ein wichtiges und - ich betone - ein notwendiges Element der Haushaltskonsolidierung. Es ist nicht das einzige, gehört aber dazu.

Die Beschlüsse der Landesregierung zum Stellenabbau - das ist hier mehrfach festgestellt worden - nehmen die Landespolizei nicht aus. Ich habe mich mit dieser Frage intensiv beschäftigt, und ich bekenne mich dazu: Wir müssen auch bei der Landespolizei Stellen abbauen, um den Haushalt insgesamt zu konsolidieren. Ich bin mir sicher, dass wir diesen Weg gehen können: mit Einfallsreichtum - über das, was Sie beklagt haben, freue ich mich -, Kreativität, dem Ausnutzen neuer Arbeitsmethoden, verbesserten Strukturen, technischen Innovationen und Weiterbildung unserer Mitarbeiter.

Ich sage das hier im Landtag, aber auch draußen. Es ist natürlich sehr viel angenehmer, durchs Land zu reisen und Förderbescheide zu verteilen oder Bänder zu durchschneiden. Aber hinzugehen und zu erklären, was Personalsabbau bei der Polizei und für die Bürger bedeutet, ist nicht so ganz einfach. Aber wenn wir die Zusammenhänge erklären, begreifen unsere Bürger das auch; denn sie stellen doch eines fest: So unsicher, wie Sie sie immer herbeireden, ist die Lage doch gar nicht. - Sie wissen auch, dass sich die Aufklärungsquote deutlich verbessert hat. Darum gehört es zur Ehrlichkeit und zur Glaubwürdigkeit der Politik, dass man sagt, was geht und was nicht geht. Ein Teil der Anträge, die hier gestellt werden, geht einfach nicht.

Sie werden feststellen: Auch wenn der Stellenabbau bei der Polizei bei uns vollzogen ist - vergleichen Sie bitte einmal die Ausstattung der Brandenburger Polizei mit der anderer Länder; das können Sie pro Quadratkilometer oder pro 1 000 Einwohner berechnen -, haben wir, verglichen mit anderen Bundesländern und trotz unserer besonderen kriminalgeografischen Lage, eine gute Ausstattung.

Diese gute Ausstattung haben wir auch in Zukunft, weil wir zwei Dinge wissen. Bei uns gibt es einen Einstellungskorridor. Wir sind der einzige Bereich in der Landesverwaltung, der bis zum Jahre 2012 Planungssicherheit hat, da wir für 2007, 2008 und 2009 insgesamt 615 junge Menschen einstellen können, die bei der Polizei ausgebildet werden und anschließend unter einer Bedingung in den Polizeidienst übernommen werden: dass sie eine anständige Prüfung absolviert haben. Das ist richtig; wir wollen uns ja auch zur Leistung bekennen. Das ist ein Weg, dem Sie auch zustimmen werden. Diesen Weg gehen wir weiter.

Wir wollen ihn mithilfe der Technik gehen. Ich weiß gar nicht, warum Sie so technikfeindlich sind. Wir haben ein Vorgangsbearbeitungssystem eingeführt, das „ComVor“ heißt. Es läuft seit dem 01.11.2007. Wenn es im nächsten Jahr allgemein umgesetzt ist, werden wir - schlichtweg durch die Einführung dieses Systems - eine deutliche Personaleinsparung erreichen. Wir haben in fünf Wachen das sogenannte flexible Arbeitszeitmodell erprobt. Das heißt, dass die Polizeibeamten anlassbezogen eingesetzt werden. Wir wissen, wann mehr Betrieb ist, wann weniger Bedarf ist. Durch diesen flexiblen Einsatz der Polizei - weg vom Schichtmodell, hin zum flexiblen Arbeitszeitmodell - werden wir weiterhin Personal einsparen. Das können wir Ihnen vorrechnen und darlegen; Sie können sich bei den Wachen selbst davon überzeugen.

Also: Es gibt dort erheblichen Änderungsbedarf, und das nutzen wir, um auch zu sparen. Ich will gleich hinzufügen - das habe ich schon im Innenausschuss angekündigt -: Ich werde in den nächsten zehn Tagen die Entscheidung treffen, wie wir als Ergebnis der Evaluierung der Kriminalpolizei die vorgegebene Stellenkürzung umsetzen, damit Klarheit herrscht, wie das gemacht wird. Wir wollen, dass dies bis zum 30.06. nächsten Jahres in den Polizeipräsidien umgesetzt wird, sodass alle wissen, in welche Richtung es geht und wie sich die künftige Struktur darstellt. Aber auch dann, wenn diese Stellen abgebaut sind, haben wir immer noch mehr als andere Länder.

Wir haben eine Tiefenprüfung in allen Details vorgenommen und wissen, dass es Bereiche gibt, in denen der gleiche Perso-

nalkörper etwa die Hälfte der Anzeigenzahl bearbeitet, die in einem benachbarten Bereich bearbeitet werden. Dass dort Ausgleiche und Veränderungen vorgenommen werden müssen, ist, glaube ich, vollkommen klar.

Herr Dr. Scharfenberg, Sie haben etwas zum Thema Kampfmittelbeseitigung gesagt. Das Thema beschäftigt mich auch. Es war mehrfach Gegenstand von Beratungen im Haushaltsausschuss und im Innenausschuss. Wir haben hierzu einen Mindestansatz vorgesehen, stellen aber auch fest, dass die Zahl der Anträge zur Beseitigung von Kampfmitteln auf landeseigenen, kommunalen und privaten Liegenschaften rückläufig ist. Ebenso verhält es sich mit den Fällen konkreter Gefahrenbeseitigung, also sogenannter Zufallsfunde, mit der anlassbezogenen Gefahrenabschätzung und dem Aufkommen geborgener Kampfmittel.

Wenn sich eine Situation ergibt, die es erforderlich macht, zur Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger Mittel bereitzustellen, werden diese bereitgestellt. Das ist doch selbstverständlich. Was wir hier in Ansatz gebracht haben, ist das, was sich in etwa aus dem ergibt, was an Erfahrungen vorliegt. Ich kenne keine Ansiedlungs- oder Investitionsmaßnahme, die wegen nicht erfolgter Kampfmittelbeseitigung nicht durchgeführt werden konnte. Es hat einen Fall gegeben, in dem sich der Investor dann bedankt hat, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums sehr kurzfristig reagiert haben.

Ich möchte auf die Zahlen nicht im Einzelnen eingehen, weil wir sie in beiden Ausschüssen intensiv erörtert haben und Kollege Petke dazu schon Ausführungen gemacht hat. Ich will nur Folgendes sagen.

Erstens: Das Innenministerium hat in den vergangenen Jahren seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet und wird ihn auch mit diesem Haushalt wieder leisten. Das war möglich, weil wir kleinere und größere Reformvorhaben umgesetzt, auch Strukturveränderungen vorgenommen haben, die von den Polizeibeamten die grundsätzliche Bereitschaft gefordert haben, auch einen Ortswechsel vorzunehmen und andere Aufgabenfelder zu übernehmen. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Beamtinnen und Beamten dafür bedanken, dass sie diesen Weg mitgegangen sind - ich würde mir wünschen, das wäre in allen anderen Bereichen des Landes auch so -, denn von ihnen haben wir bisher mit am meisten gefordert.

Wir haben zum Zweiten - damit einhergehend - das Kostenbewusstsein, besonders auf der unteren Ebene, in den Schutzbereichen und den Wachen, verbessert.

Wir haben zum Dritten Innovation und Modernisierung in der Verwaltung als Grundlage für die Bewältigung der künftigen Aufgaben eingeführt und müssen dazu natürlich immer wieder mit den Mitarbeitern sprechen. Das Innenministerium ist der einzige Bereich innerhalb der Landesregierung, in dem eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt worden ist. Diese werten wir gerade aus. Ich habe die ersten Gespräche mit den Schutzbereichsleitern geführt. Diese werden vor Ort ausgewertet, damit wir daraus lernen, wie wir unsere Mitbürger, aber auch die Polizei davon überzeugen können, dass der Weg, den wir gehen, für sie und für uns richtig ist.

Wir brauchen zudem auch künftig qualifiziertes Personal. Ich

möchte mich ausdrücklich beim Finanzminister dafür bedanken, dass wir uns darauf verständigen konnten, in den Jahren 2007, 2008 und 2009 insgesamt 615 Auszubildende einzustellen, die nach ihrer erfolgreichen Ausbildung bei der Polizei dauerhaft als Beamte des Landes Brandenburg eingestellt werden können.

(Bochow [SPD]: So viel Dank kriegt er sonst das ganze Jahr nicht!)

- Na gut, aber: Wat mut, dat mut, Herr Kollege!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Man kann auch einmal dankbar sein. Ich weiß, das ist in Brandenburg nicht so üblich, aber ich bin es und freue mich auch über kleine Erfolge - im Gegensatz zu vielen anderen.

(Bischoff [SPD]: Immer schön dosieren - dann wird Speer nicht übermütig!)

- Kollege Speer wird nicht übermütig; ich kenne ihn gut genug.

Ich möchte noch kurz auf den Digitalfunk eingehen; das ist schon angesprochen worden. Es gab Schwierigkeiten mit dem Bund. Nachdem wir uns jetzt aber mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung geeinigt haben, können wir ab 2008 mit der Umsetzung beginnen. Ich möchte mich bei den Koalitionsfraktionen ausdrücklich für die Einbringung der Änderungsanträge bedanken, da wir dadurch unsere Haushaltsplanentwürfe dem neuen Roll-out-Plan anpassen können.

Wir haben im Regierungsentwurf für E-Government erstmals ein besonderes Kapitel im Einzelplan 20 eingerichtet. Das ist wichtig, da eine auch nach außen sichtbare Stärkung dieses Bereichs mit einer angemessenen Finanzausstattung einhergehen muss. Das wird eine der Aufgaben sein, die in den Jahren 2008/2009 vom Innenministerium zu leisten ist.

Mit der technologischen Erneuerung in der Vermessungsverwaltung wirken wir absehbaren Kostensteigerungen bewusst entgegen.

Wir haben im Innenministerium ein Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem probeweise eingeführt und denken, dass wir es auf die gesamte Landesverwaltung übertragen können, damit wir künftig auch hier Aufgaben mit weniger Personal und schneller erledigen können, weil schlichtweg ein Teil der mechanischen Arbeiten entfällt.

Wir müssen uns auch auf die Rahmenbedingungen für das Umsetzen der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorbereiten. Dies wird für uns alle, vor allen Dingen aber für die kreisfreien Städte und die Landkreise, eine große Herausforderung darstellen.

Lassen Sie mich nun etwas zu einem Antrag der DVU-Fraktion sagen. Ich bin immer wieder überrascht und empfinde es als Zumutung, mit welcher Begründung Sie den Verfassungsschutz abschaffen wollen. Ich sagen Ihnen: Sie leben in einem Land, das eine wehrhafte Demokratie ist, und zu einer wehrhaften Demokratie gehört ein rechtsstaatlich kontrollierter Verfassungsschutz. Wenn Sie das nicht wollen, dann zeigt das, wo Sie eigentlich stehen.

(Beifall bei CDU, SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie dann heute hier darstellen, wie Sie sich Demokratie vorstellen, dann, glaube ich, werden die Kommentare das morgen bewerten. Wir werden heute hier abstimmen. Die nächsten Abstimmungen finden jedoch 2008 - im Jahr der Kommunalwahlen - und 2009 - im Jahr der Landtagswahl - statt. Dann werden wir auf die Punkte zurückkommen. Aufgrund dessen werden wir uns mit diesen Anträgen nicht nur auseinandersetzen, sondern sie auch ablehnen.

Dennoch sage ich auch sehr deutlich - wenn ich eine kurze Bilanz ziehe, weil Sie sagten, es sei der letzte Haushalt in dieser Legislaturperiode; für mich ist es auch der letzte Haushalt als Innenminister, weil es meine letzte Legislaturperiode ist -: Ich denke, unter anderem im haushaltstechnischen Bereich haben wir von 1999 bis heute - eine Bilanz können wir später ziehen - sehr viel erreicht. Insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen des Innenausschusses bedanke ich mich, dass wir diesen Weg auch dieses Mal wieder gemeinsam gehen konnten, dass wir ein gutes Ergebnis erreicht haben und sagen können: Die Arbeit hat sich für Brandenburg gelohnt.

Für diejenigen, die sich um ihre Sicherheit sorgen, möchte ich Shakespeare zitieren. Er hat einmal gesagt:

„Denn, wie Ihr wisst, war Sicherheit des Menschen Erbfeind jederzeit.“

Damit möchte ich Folgendes sagen: Ich glaube nicht daran, Herr Scharfenberg, dass ich jemandem Sicherheit versprechen kann. Ich kann nur sagen: Ich tue alles, was rechtsstaatlich möglich ist, um Sicherheit zu gewährleisten. Aber ein Leben in Sicherheit wird es nicht geben; das Leben ist voller Gefahren. Aus diesem Grund weiß ich, dass es schwierig ist; ich weiß aber auch, dass wir es schaffen können. Ich bin sicher, dass wir es auf dieser Basis schaffen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Herr Innenminister. - Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Müncheberg. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Zu Einzelplan 03 ist über folgende Änderungsanträge namentlich abzustimmen:

erstens über den Antrag in der Drucksache 4/5456 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 010 Titel 531 20;

zweitens über den Antrag in der Drucksache 4/5457 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 020 Titel 536 10;

drittens über den Antrag in der Drucksache 4/5458 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 020 Titel 681 10;

viertens über den Antrag in der Drucksache 4/5459 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 101 Titel 422 10;

fünftens über den Antrag in der Drucksache 4/5460 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 101 Titel 536 10;

sechstens über den Antrag in der Drucksache 4/5461 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 101 Titel 536 20;

siebtens über den Antrag in der Drucksache 4/5462 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 102 Titel 422 10;

achtens über den Antrag in der Drucksache 4/5463 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 102 Titel 536 10;

neuntens über den Antrag in der Drucksache 4/5464 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 102 Titel 536 20;

zehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5465 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 710 Titel 535 10;

elftens über den Antrag in der Drucksache 4/5466 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 710 Titel 633 20;

zwölftens über den Antrag in der Drucksache 4/5467 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 710 Titel 685 12;

dreizehtens über den Antrag in der Drucksache 4/5468 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 710 Titel 685 13;

vierzehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5469 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 710 Titel 685 14;

fünfzehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5470 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 750 Titel 462 10;

sechzehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5471 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 750 Titel 972 10;

siebzehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5472 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 810 Titel 526 20;

achtzehntens über den Antrag in der Drucksache 4/5473 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 810 Titel 536 10;

neunzehntens über den Antrag in der die Drucksache 4/5474 - eingebracht von der DVU-Fraktion - Kapitel 03 810 Titel 671 10.

Es wird nach dem gleichen Prozedere abgestimmt, wie wir das bei den anderen Einzelplänen bereits getan haben.

Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Konnte jemand sein Abstimmungsverhalten nicht signalisieren? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich gebe die Ergebnisse bekannt:

Zu der Drucksache 4/5456 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Für die Drucksache 4/5457 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Für die Drucksache 4/5458 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Für die Drucksache 4/5459 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Für die Drucksache 4/5460 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Für die Drucksache 4/5461 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Für die Drucksache 4/5462 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Für die Drucksache 4/5463 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Zu der Drucksache 4/5464 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5465 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5466 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Zu der Drucksache 4/5467 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5468 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Für die Drucksache 4/5469 gab es 5 Jastimmen und 57 Neinstimmen.

Zu der Drucksache 4/5470 gab es 5 Abgeordnete, die mit Ja stimmten, und 57 Abgeordnete, die mit Nein votierten.

Zu der Drucksache 4/5471 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5472 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5473 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

Zu der Drucksache 4/5474 stimmten 5 Abgeordnete mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4328)

Wir kommen jetzt zu weiteren Abstimmungen. Es liegt Ihnen der Änderungsantrag in der Drucksache 4/5579 vor, der von der Fraktion DIE LINKE eingebracht wurde. Er betrifft das Kapitel 03 101 Titel 422 10. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 4/5580, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. Er betrifft Kapitel 03 102 Titel 421 10. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es wurde mehrheit-

lich gegen diesen Änderungsantrag gestimmt. Damit ist er abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag in der Drucksache 4/5581 ab, der von der Fraktion DIE LINKE eingebracht wurde. Er betrifft Kapitel 03 150 Titel 536 61. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Es wurde mehrheitlich gegen diesen Änderungsantrag gestimmt. Er ist somit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03, die Ihnen in der Drucksache 4/5403 vorliegt. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist mehrheitlich für diese Beschlussempfehlung gestimmt worden. Sie ist somit angenommen.

Wir legen den Einzelplan 03 zur Seite, schließen aber keinen Tagesordnungspunkt, sondern befinden uns weiterhin im Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

#### **Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5404

Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Claus, Sie erhalten das Wort. Bitte schön.

**Claus (DVU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Dritte Gewalt oder fünftes Rad am Wagen? Dies ist nicht nur ein hübsches Wortspiel; nein, die beiden Begriffe beschreiben die Situation der Justiz in Brandenburg recht zutreffend. Die dritte Gewalt wird so genannt, weil sie neben der gesetzgebenden Gewalt und der Exekutive als von diesen unabhängige und prinzipiell gleichberechtigte Kraft die beiden anderen kontrollieren soll. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt ist die tragende Säule des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Nomiert wird sie in Artikel 97 des Grundgesetzes und in Artikel 108 unserer Landesverfassung.

Das Grundgesetz ist dabei das Produkt historischer Erfahrungen mit der Bedeutsamkeit der richterlichen Unabhängigkeit. Es setzt der Werkzeugfunktion der Justiz in einem Unrechtsstaat das aus der Freiheitsbewegung des deutschen Vormärzes resultierende Credo der Paulskirchenverfassung von 1848 entgegen. Als dritte Gewalt wird die Rechtsprechung, also die Judikative, von der brandenburgischen Verfassung und dem brandenburgischen Richtergesetz anerkannt.

In der Realität muss man jedoch in der Tat eine Behandlung als fünftes Rad am Wagen, also als etwas eigentlich Überflüssiges im Land, konstatieren. Das ist nicht nur in Brandenburg so, sondern auch in anderen Bundesländern, meine Damen und Herren. Doch hier in Brandenburg ist es besonders gravierend.

Bereits hier kann ich sofort zur Verfassungswidrigkeit, bezogen

auf die Judikative Brandenburgs, überleiten, wie sie sich im vorliegenden Haushaltsentwurf des Justizministeriums leidvoll niederschlägt.

In unserer Landesverfassung ist in Artikel 52 Abs. 4 Satz 1 das Grundrecht der Bürger auf ein zügiges Gerichtsverfahren konstatiert. Dies ist sowohl für die Justiz als auch für die Exekutive ein Auftrag - ein Auftrag, der zum Inhalt hat, der Justiz an Personal- und Sachausstattung das zu geben, was sie zur Erfüllung dieser Aufgaben braucht.

In Wirklichkeit sieht die Sache jedoch anders aus, meine Damen und Herren. Der Justiz werden zwar einerseits ständig neue Aufgaben zugewiesen; dafür setzt die Landesregierung im Bereich des Justizministeriums ständig Stellenkürzungen nach dem Rasenmäherprinzip durch, obwohl dessen Personal schon immer peinlich genau nach Fallzahlen berechnet worden ist. Dies führt dazu, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Brandenburg nicht nur heillos überlastet sind, sondern dass die Verfahrensdauern insbesondere bei den Verwaltungsgerichten, aber auch im Zivilrecht immer länger werden und damit teilweise ein Verstoß gegen den erwähnten Artikel 52 Abs. 4 Satz 1 unserer Landesverfassung, also Verfassungswidrigkeit in weiteren Bereichen der Justiz, längst gegeben ist.

Doch wenn es nach der Landesregierung geht, sollen die Stellenstreichungen auch in den beiden kommenden Jahren munter weitergehen, ob bei Gerichten, Staatsanwaltschaften oder Justizangestellten. Bis 2009 sollen weitere 244 Stellen in der brandenburgischen Justiz gestrichen werden, davon 143 im Beamtenbereich und 101 im Angestelltenbereich. Auch die Zahl der Beamten im Vorbereitungsdienst soll von bisher 60 um 12 auf nur noch 48 abgesenkt werden. Dies können wir als DVU nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

Daher fordern wir mit zwei Ihnen vorliegenden Anträgen eine zumindest teilweise Rückgängigmachung der katastrophalen Rotstiftpolitik im Personalbereich der Brandenburger Justiz. So soll im Kapitel 04 040 - Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften - die unter dem Titel 412 11 geplante Streichung von zwei Stellen bei den Staatsanwaltschaften nach unserem Willen rückgängig gemacht und sollen dazu weitere 200 000 Euro aus dem Haushalt eingestellt werden.

Im Kapitel 04 090 - Gerichte der Allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit -, welche von besonders langen Verfahrensdauern betroffen sind, fordern wir in einem weiteren Antrag, die geplanten Streichungen von 16 Richterstellen rückgängig zu machen und deren Zahl in den Jahren 2008 und 2009 wieder von 55 auf 71 zu erhöhen. Wir denken, dass im Bereich der Richter und Staatsanwälte die Mittel besser eingesetzt sind als bei dem sogenannten externen Jugendstrafvollzug oder im Einzelplan 20 als Finanzpuffer von Herrn Minister Speer bei den in den letzten Jahren noch nie ausgeschöpften Personalverstärkungsmitteln.

Als Stichwort, meine Damen und Herren, möchte ich noch den externen Strafvollzug nennen. Für diese unserer Meinung nach völlig unsinnigen, doch mit dem SPD-Flügel und den Koalitionären verbundenen Schickimicki-Projekte wollen Sie, Frau Ministerin Blechinger, im Jahr 2008 1 045 600 Euro und im Haushaltsjahr 2009 sogar 1,2 Millionen Euro ausgeben.

Finanzpolitisch sieht das Ganze so aus: Für 24 jugendliche Straftäter - Sie haben richtig gehört, meine Damen und Herren: für 24 - sollen für die externe Unterbringung 1,2 Millionen Euro

ro - auf Deutsch gesagt: 135 Euro pro Tag - ausgegeben werden. Dafür bekommt ein Normalbürger bei einem entsprechenden Dauerrabatt ein Hotelzimmer mit Vollpension in einem Vier-Sterne-Hotel. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: für 24 Personen 1,2 Millionen Euro insgesamt oder 135 Euro am Tag!

Ihre Einlassung, Frau Justizministerin Blechinger, während der Debatte über den Einzelplan des Justizministeriums im Finanzausschuss, die Haftplätze in den Justizvollzugsanstalten würden ebenso viel kosten, nehme ich Ihnen schlicht und ergreifend nicht ab, weil das nicht sein kann. Daher fordern wir eine Absenkung der Mittel für den sogenannten externen Jugendstrafvollzug auf die Höhe der bereits ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung und langfristig die komplette Streichung des unsinnigen Geldvernichtungsprogramms, meine Damen und Herren.

Doch auch mit den anderen von unserer Fraktion eingebrachten Änderungsanträgen, welche die Halbierung der geplanten Kosten für Maßnahmen der Freizeitgestaltung von Strafgefangenen beinhalten, lassen sich weitere knapp 30 000 Euro einsparen, die für viel sinnvollere Maßnahmen verwendet werden könnten, beispielsweise für die Deckung der neu eingeführten DDR-Opferrente, die wir als Fraktion ausdrücklich begrüßen.

Doch lassen Sie mich zum Schluss noch zu einem anderen Thema kommen. Ich meine die Misere im brandenburgischen Strafvollzug. Trotz völliger Überalterung der Bediensteten in den brandenburgischen Justizvollzugsanstalten, heillosen Überlastung und neuerlicher Streichungen soll in dem Bereich nach wie vor nicht mehr ausgebildet werden. Das kann nicht sein. Wie sollen die Jugendlichen, die Justizvollzugsbedienstete werden wollen, dies denn machen, meine Damen und Herren? Dabei haben sich in den brandenburgischen Gefängnissen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mehr Gewalttaten ereignet als im gesamten Vorjahr. Ihr eigener Sprecher, Frau Justizministerin Blechinger, Herr Thomas Melzer, erklärte dazu wörtlich gegenüber der Deutschen Presseagentur:

„Bis Ende Oktober wurden uns 33 Körperverletzungen im Justizvollzug gemeldet. Darunter waren zwei Angriffe auf Bedienstete.“

Das ist schlimm genug, meine Damen und Herren! Doch dies verwundert nicht, wenn man sich die Personalstärke und den Altersdurchschnitt der Bediensteten unserer Justizvollzugsanstalten ansieht. Was wir hier durchaus brauchen, ist die schnellstmögliche Ausbildung neuer, junger Fachkräfte, damit diese nach Vollendung der Ausbildung so schnell als möglich im Justizvollzugsdienst eingesetzt werden können. So fordern wir wie bereits in den Jahren zuvor, mindestens 20 neue Justizvollzugsoberssekretärwärter in den Haushaltsplan 2008/2009 einzustellen. Die von uns dafür vorgesehenen 400 000 Euro pro Jahr wären hier sicherlich sinnvoller eingebracht als bei der staatlichen Parteienfinanzierung.

Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Ministerin Blechinger, den Einzelplan 04 - Justiz - lehnen wir ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Das Wort erhält Herr Abgeordneter von Arnim.

**von Arnim (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, auch in diesem Jahr zunächst festzustellen, dass ich weiterhin der Überzeugung bin, dass das Justizressort eines der besonders wichtigen in unserem Landeshaushalt ist. Denn wie Justiz arbeitet oder arbeiten kann, ist ein Standortfaktor für dieses Land.

Ich bin überzeugt, dass wir eine gute Justiz haben. Das haben wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch der Führung des Hauses zu verdanken. Ich muss hinzufügen: Hinsichtlich der Personalfrage sind wir mittlerweile an einer unteren Grenze angelangt. Es gilt abzuwarten und zu prüfen, ob wir damit tatsächlich den gesetzlich vorgegebenen Anforderungen gerecht werden können.

Bei der Behandlung des Jugendstrafvollzugs betreten wir, so wie es jetzt vorgeschrieben ist, Neuland. Wir müssen abwarten und werden in den nächsten Jahren erfahren, ob wir dem mit diesen Haushaltsvorgaben gerecht werden können.

Eine neue Baustelle ist für uns die Bearbeitung der SED-Opferrenten. Das ist etwas, was aufgrund von Bund-Länder-Übereinkünften auf unseren Tisch gekommen ist.

Ich glaube aber, dass die Abstimmung zwischen dem Justizministerium und dem Finanzministerium über diese Dinge einigermaßen funktioniert. 2009 wird möglicherweise die Frage ein Thema werden, ob wir mit der Personalstärke auskommen. Bei erwarteten rund 15 000 Anträgen - wenn man ganz grob schätzt, kommt man auf eine Stunde pro Antrag; das ist ganz vorsichtig gerechnet - kommt einiges zusammen. Man wird abwarten müssen, wie sich das später in der Praxis realisieren lässt. - Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Abgeordneter Sarrach. Während er zum Pult geht, begrüße ich Auszubildende der Fachschule für Sozialwesen Rathenow. Herzlich willkommen bei uns!

(Allgemeiner Beifall)

**Sarrach (DIE LINKE): \***

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Einzelplan 04 für das Ministerium der Justiz aufgerufen wird, kann die Debatte meines Erachtens nicht ohne eine grundsätzliche Kritik eröffnet werden. Was das Justizministerium mit diesem Einzelplan dem Parlament weiszumachen versucht, stimmt mit der Realität der Justiz in diesem Land nur noch bedingt überein.

Doch zuerst: Ehre, wem Ehre gebührt! Nachdem es die Fraktion DIE LINKE in allen vergangenen Haushaltsberatungen gefordert und beantragt hat, haben Sie nun doch noch die freiwillige Förderung des Vereins der Schiedsmänner und -frauen wieder in den Haushalt eingestellt. Das zeigt uns, dass wir als Opposition zumindest in Teilen erfolgreich sind. Das war auch schon der Lichtblick in diesem Einzelplan.

Ansonsten ist zu diesem Haushalt festzustellen, dass die dritte Gewalt nicht die erforderlichen und notwendigen Mittel für ihre Funktionstüchtigkeit und -fähigkeit erhält. Der Haushalt in diesem Bereich ist von Personalabbau gekennzeichnet, der mit dem Finanzministerium vereinbart worden ist. Dieser findet zwar in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 noch nicht dramatisch statt; dennoch besteht angesichts der eindeutigen Weichenstellung ab dem Jahr 2010 endgültig Grund zur Sorge.

Gerichte und Staatsanwaltschaften sind - das wissen Sie spätestens seit der Beantwortung der Großen Anfrage meiner Fraktion zur Situation der Justiz - in weiten Teilen an der Grenze der zumutbaren Belastbarkeit angekommen. Das ist nicht nur eine Problematik für die Beschäftigten der Justiz, sondern auch schädlich für den verfassungsrechtlich verbürgten Justizgewähranspruch des Bürgers.

Die Antwort der Landesregierung hat belegt, dass der Personal-mangel seit Jahren eklatant ist. Die Arbeitsbelastung bei den Staatsanwaltschaften ist mit 126 % bei den Staatsanwälten und 168 % im gehobenen Dienst nicht mehr erträglich. Die Verfahrenslaufzeiten an den Brandenburger Gerichten sind im Bundesvergleich sehr lang. Viele Brandenburger Gerichte halten die rote Laterne des Schlusslichtes seit Jahren in der Hand.

Frau Ministerin, wenn der Präsident des Oberlandesgerichtes öffentlich äußert, dass die Personalausstattung im Bereich des Jugendstrafrechts nicht ausreichend sei, dann ist es keine Lösung, wenn Sie ihm entgegen, dass es bei den Jugendstaatsanwälten noch schlimmer aussehe. Sie sind gefordert, die Ausstattung zu verbessern.

Stattdessen werden immer weitere Pensberechnungssysteme erfunden. Für ein normales Jugendgerichtsverfahren hat ein Richter nach dem heutigen Pensenschlüssel so viel Zeit wie für ein beschleunigtes Verfahren. Jede Zeugenvernehmung bringt unweigerlich das vorgesehene Zeitpensum durcheinander. Wenn solche Berechnungssysteme aufgestellt werden, stellt sich die Frage, weshalb die ermittelten Personalstellen nicht auch besetzt werden.

In der sozialen Gerichtsbarkeit ist ein Bedarf von 118 Stellen festgestellt worden; besetzt sind 87 Stellen. Die Reaktionen im Bereich der Justiz laufen darauf hinaus, den Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger immer mehr infrage zu stellen, um in diesem Bereich Kosten zu sparen. Da scheut doch die Ministerin nicht davor zurück, die hohen Eingangszahlen von Verfahren am Sozialgericht Potsdam mit einer Mentalität von gut informierten und großstädtisch geprägten Menschen, die um ihr - in Klammern: auch vermeintliches - Recht kämpfen, zu erklären. Dass das mit einer handwerklich schlechten und ungerechten Sozialgesetzgebung zu tun haben könnte, kommt Ihnen dabei nicht in den Sinn.

Stattdessen wird auf Bundesebene versucht, den Zugang zu den Gerichten weiter zu erschweren und vom Portemonnaie der Bürger abhängig zu machen. Das Ministerium versucht, mit der Schließung von Amtsgerichten angeblich der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Tatsächlich ist das aber nur der scheinbar gefundene Schlüssel zur Abfederung der Folgen von Personalreduzierungen nach außen.

Nach Auffassung der LINKEN ist das der falsche Weg. Immer weniger Personal an immer weniger Justizstandorten bedeutet

keine Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Justiz. Die erhofften Einsparungen werden Sie nicht erzielen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Ich hoffe auch, dass das von Ihnen bemühte Argument vieler in Elternzeit befindlicher Richter und Staatsanwälte für die Begründung eines besonderen, nicht ausgleichbaren Personal mangels nicht taugt; denn die Zahlen sind seit Jahren fast konstant.

Die steigende Zahl der Verfahren an den Sozialgerichten, immer mehr Insolvenzverfahren und das seit August geltende Opferrentengesetz stellen immer neue Herausforderungen dar, denen die Landesregierung nicht ausreichend und frühzeitig begegnet. Stattdessen setzte man sich kleinkariert mit der Frage auseinander, wer für die Auszahlung der Opferrente zuständig sei. Darüber vergaß die Landesregierung beinahe die Bearbeitung der Anträge. Bei Aufstellung des Haushaltes hatten Sie die Bereitstellung von Haushaltsmitteln angeblich nicht vorhersehen können.

Entschuldigen Sie, Frau Ministerin! Seit dem 28. August 2007 ist dieses Gesetz in Kraft, beschlossen am 6. Juli 2007 durch den Bundestag und begrüßt durch Sie per Presseerklärung. Vorher hatte der Bundesgesetzgeber über viele Wochen beraten. Die Überraschung kann doch nur gespielt sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um diese geschilderte akute Notlage vor allem im Personalbereich etwas zu mildern, hat die Fraktion DIE LINKE zwei Haushaltsanträge zur Verbesserung der Personalsituation bei den Staatsanwaltschaften und bei den Bediensteten im Strafvollzug eingebracht. Darüber hinaus fordert DIE LINKE zur Verbesserung der personellen Ausstattung der Justiz wiederholt ein Personalentwicklungskonzept des Ministeriums, das im Zweifel gegen den Finanzminister durchzusetzen ist, weil endlich die richtigen Fachargumente gebracht und die politische Unterstützung des Parlaments organisiert werden. Sonst läuft die Justiz im Land Gefahr, ihre Aufgaben nicht meistern zu können.

Der sich abzeichnende Personal mangel und die Altersproblematik in allen Bereichen der Justiz erfordern Ausbildung und Neueinstellungen. Ihre Vorstellung, dass man mit den Einstellungsanforderungen in der Justiz heruntergehen müsse, ist nicht unsere. Soll es so sein, dass es keinen Anspruch auf einen guten Richter, sondern lediglich auf den gesetzlichen geben soll? Frau Ministerin, wenn das tatsächlich Ihre Vorstellung vom Stellenwert der Justiz in unserem Land ist, wird es Zeit, dass ein anderer Geist Einzug erhält. Eine solche Politik wäre bewusst kalkulierter Verfassungsbruch.

Frau Ministerin Blechinger, Ihre Art und Weise, das Ministerium nach allen Seiten hin moderierend und unverbindlich zu leiten, kann ich mit Blick auf Ihre persönliche Situation nachvollziehen. Wer aber so abhängig von den Fachkenntnissen des eigenen Hauses ist, sollte vorgetragene fachliche Bedenken und Aspekte berücksichtigen und doppelt so aufmerksam sein, um nicht Spielball hausinterner Auseinandersetzungen zu werden.

Dass Sie als Ministerin vorführbar sind, ist mehr als einmal zu belegen. Ein beredtes Beispiel dafür sind die Schließungspläne für Gerichtsstandorte im Land und der Umgang damit. Diese Standorte und die Mitarbeiter haben Sie in einer beinahe drei-

jährigen Prüf- und Berichtsphase verunsichert. Herausgekommen ist, wie es nicht weiter verwundern kann, ein Rumpfkonzert, bei dem Standorte zusammengelegt werden sollen, um weniger Gerichtsvorgänge mit weniger Mitarbeitern bearbeiten zu können.

Der Neubau der Gerichtsstandorte und ihre Ausstattung mit Räumen lässt zudem das Schlimmste erwarten. Mit Handlungsstärke und Sachkenntnis hätte das schäbige Gezerre hierzu unbedingt beendet werden müssen. Überraschenderweise mussten Sie später, mitten in der Prüfung - da waren alle Pferde schon scheu gemacht -, einsehen, dass Bundesrecht die Bildung eines landesweiten zentralen Grundbuchamtes nicht erlaubt. So etwas kann und muss vorher abgeklärt sein. Das war peinlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Personalabbau im Justizvollzug wird erhebliche Auswirkungen ab 2010 zeigen. Die Zahl der Selbsttötungen in den brandenburgischen Vollzugsanstalten hat in diesem Jahr stark zugenommen. Auch wenn dies nicht allein die Erklärung oder die Ursache ist, ist es allemal ein deutlicher Warnhinweis. Da Sie offenbar nicht die Kraft besitzen, in der Justizpolitik umzusteuern, weil Sie keinen adäquaten Haushalt vorgelegt haben, lehnen wir ihn in dieser Form ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Abgeordneter Ziel.

#### **Ziel (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat gehört der Haushalt 2004 des Justizressorts zu den kleineren Haushalten, er ist aber nicht weniger bedeutungsvoll. Dem haben wir sowohl im Rechtsausschuss als auch in der weiteren Bearbeitung hier im Hohen Hause Rechnung getragen.

Ich bin etwas erstaunt darüber, Herr Kollege Sarrach, dass Ihre Darstellung hier heute so weit von der konstruktiven Atmosphäre - zu den Gegenständen dieses Ressorts und zu den Anträgen, die Sie selbst für Ihre Fraktion gestellt haben - entfernt ist, die wir im Rechtsausschuss hatten.

Ich denke, wir sind dort sehr vernünftig miteinander umgegangen. Ich weise es wirklich zurück, dass Sie hier so tun, als wäre die Führung des Hauses schlecht beraten gewesen, als es um den Einzelplan 04 ging.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Wir alle sind angetreten, den Haushalt des Landes Brandenburg zu konsolidieren. Das war der Auftrag dieser Koalition. Sie würde ihre Aufgabe nicht erfüllen, täte sie es nicht.

Wir haben Prioritäten gesetzt, die Sie alle - auch Sie von der Fraktion DIE LINKE - ganz genau kennen: Technologieförderung, Wissenschaft, Bildung. Die Justiz ist nicht dabei, aber wir haben für diesen Bereich einen ausgewogenen Haushalt aufgestellt. Ich will deutlich sagen: Wenn wir an der Konsolidierung beteiligt sind, halte ich das für einen ganz wichtigen

Faktor. Ich halte es aber auch für wichtig, dass es gelungen ist - gerade aus diesem Hause heraus -, intelligent zu reagieren. Den elektronischen gerichtlichen Briefkasten hat es vorher nicht gegeben - konnte es vielleicht vorher auch nicht geben -, er ist aber in diesem Hause neu eingeführt worden. Es steht an, das elektronische Grundbuch einzuführen. Sie haben das alles auch nachlesen können. Deshalb bin ich der Meinung, Sie von der Fraktion DIE LINKE haben hier wirklich überzeugt.

Herr Kollege Vietze, das Ranking, das Sie vorhin in Bezug auf die Finanzminister vorgenommen haben, fand ich sehr spannend. Es ist ja nicht immer ein Einzelspiel. Unser Finanzminister ist konsequent; das ist in Ordnung. Die Landesregierung ist mit der konsequenten Konsolidierung des Haushalts auf dem richtigen Weg. Das ist der Weg, den wir als Abgeordnete auch gewünscht haben und den wir auch vertreten. Wir verteidigen ihn dann auch.

Jetzt will ich auf die von Ihnen gestellten Anträge eingehen. Darunter ist mancher, gerade was das Personal in der Justiz angeht, den ich ganz gerne angenommen hätte, wenn ich denn die entsprechende Deckung gefunden hätte. Sie haben Deckungsvorschläge unterbreitet. Wir sind sie im Rechtsausschuss durchgegangen und haben die Unmöglichkeit der Realisierung feststellen müssen. Ich will nicht sagen, dass sie völlig unmöglich war, aber Sie hätten das Geld an Stellen weggenommen, wo wir es genauso brauchen.

Demzufolge will ich jetzt abschließend feststellen: Wir haben einen Haushalt, dem Sie, meine Damen und Herren, alle zustimmen können.

Herr von Arnim hat auf einen Punkt hingewiesen, den ich auch unterstützen möchte: Die Opferrenten, die in den Haushalt neu hineingekommen sind. Damit ist er nur technisch größer geworden. Meine Bitte ist, dass wir sehr zügig arbeiten, damit diese Menschen ihre Renten erhalten. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günter Baaske, und einige Abgeordnete, darunter ich, haben vor kurzem ehemalige Speziallager besucht und feststellen müssen, dass 15-/16-Jährige wegen Nichtigkeiten eingesperrt worden sind und jahrelang, manchmal über ein Jahrzehnt, unschuldig gesessen haben. Das wird jetzt durch eine kleine Rente wiedergutmacht. Das wollen wir auch wirklich gewährleisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Herr Ziel. - Das Wort erhält Ministerin Blechinger.

#### **Ministerin der Justiz Blechinger:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedaure, dass in dieser Debatte von beiden Oppositionsfraktionen Sachargumente durch Polemik ersetzt wurden. Wenn es um Sachargumente gegangen wäre, hätte man Folgendes vielleicht zur Kenntnis nehmen können: Beispielsweise brauchen die Zustände im Brandenburger Strafvollzug, die von Ihnen, Herr Sarrach, angeprangert wurden, den Vergleich mit anderen Bundesländern, insbesondere mit dem, in dem Sie die Verantwortung tragen, nicht zu scheuen. Auch die personelle Ausstattung in Brandenburg ist deutlich besser als in dem Land, in dem Ihre Partei die Verantwortung trägt.

Im Übrigen sind im Justizhaushalt besondere Probleme zu berücksichtigen. Der Justizhaushalt umfasst im Wesentlichen zwei große Ausgabenblöcke: Zum einen die Finanzierung der Rechtsprechung, zum anderen die Ausgaben für den Strafvollzug. Beide Ausgabenbereiche sind dadurch gekennzeichnet, dass es keine genauen Prognosen darüber gibt, wie viele Gerichtsverfahren wir beispielsweise in zwei Jahren an den verschiedenen Gerichtsbarkeiten oder wie viele Strafgefangene wir im Jahr 2009 in den Gefängnissen haben werden. Es ist allein von richterlichen Entscheidungen abhängig, wie viele Strafverfahren, Zivilverfahren, Anträge auf Prozesskostenhilfe und Ähnliches wir haben werden. Das alles ist von uns nicht zu beeinflussen und auch nicht sicher zu prognostizieren. Das macht die Schwierigkeit aus, einen Justizhaushalt über Jahre hinaus zu planen. Solche Planungen sind, wie gesagt, mit erheblichen Unwägbarkeiten versehen, auf die ich gerade im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit noch eingehen möchte.

Diesen unsicheren Prognosen steht die Tatsache entgegen, dass wir beispielsweise Richter nicht befristet einstellen können. Eine Einstellung auf Probe ist möglich, aber gegen eine dauerhafte Einstellung müssen qualitative Gründe vorliegen. Wenn Richter auf Lebenszeit eingestellt sind, sind sie - wie die Bezeichnung sagt - auf Lebenszeit eingestellt. Damit können wir auf einen kurzfristigen Anstieg der Zahl an Verfahren nicht mit befristeten Einstellungen reagieren, zumindest nicht im richterlichen Bereich. Genau das ist das Spannungsfeld, in dem sich das Haushaltsaufstellungsverfahren im Justizbereich vollzieht.

Ich möchte Ihnen einige wesentliche Eckpunkte des Haushaltsentwurfs vorstellen. Bei den Einnahmen wurden die Ansätze für 2008 erhöht. Diese Erhöhungen sind im Wesentlichen auf die Veranschlagung der Erstausrüstung des Landes Berlin für das Finanzgericht Berlin-Brandenburg und für das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg sowie auf die veranschlagten Erstattungsbeiträge des Bundes für die sogenannte Opferrente zurückzuführen. Auf die mit der Umsetzung dieses Gesetzes verbundenen neuen Leistungen und Verwaltungsaufgaben sowie die daraus resultierenden Mehrausgaben in den kommenden Jahren werde ich an anderer Stelle noch eingehen.

Im Bereich der Sachausgaben gibt es gegenüber den Ansätzen des Haushalts 2007 ebenfalls einen Anstieg. Diese Steigerung hängt insbesondere mit der Entwicklung der gesetzlichen Leistungen zusammen. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Ausgabenentwicklung in den Vorjahren und statistischer Erhebungen sind die Ansätze für das Jahr 2008/2009 deshalb so gewählt worden, dass die Ausstattung aller Voraussicht nach - diese Prognose kann man eben nur mit Vorsicht treffen - auskömmlich sein wird.

Ansatz erhöhend wirken sich außerdem notwendige Ausgaben aufgrund der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 31. Mai 2006 zur Neuordnung des Jugendstrafvollzugsgesetzes sowie die Anpassung der Ausgabenansätze für das gemeinsame Finanzgericht Berlin-Brandenburg aus.

Bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ist dem wachsenden Bedarf durch eine Erhöhung der Ansätze um 32 Millionen Euro Rechnung getragen worden. Die Erhöhungen resultieren unter anderem aus den Leistungsverpflichtungen nach § 17 a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz und aus steigenden Geldleistungen an Gefangene im Zusammenhang mit der Neuordnung des Jugendstrafvollzuges.

Gesondert zu betrachten ist die Hauptgruppe 4 mit den wesentlichen Bestandteilen Personalbudget, Planstellen und Stellenhaushalt sowie die Personalbedarfsplanung bis 2012. Im Personalbudget ist eine Erhöhung des Ansatzes im Jahr 2008 und eine Reduzierung des Ansatzes im Jahr 2009 zu verzeichnen. Ursächlich für die Ansatzserhöhung sind die Angleichung der Ost-/West-Besoldung ab dem 1. Januar 2008 für die Besoldungsgruppen bis A 9 und der vergleichbaren Entgeltgruppen im Arbeitnehmerbereich, die volle Veranschlagung des Berliner Anteils für das gemeinsame Finanzgericht sowie die Aufstockung der Versorgungsleistungen.

Hingegen schlägt sich der Stellenabbau im Rahmen der Personalbedarfsplanung in einer Reduzierung des Personalbudgets nieder. Das wird in der Mittelausstattung des Planungsjahres 2009 besonders deutlich. Herr Abgeordneter Sarrach, wenn es Ihnen um eine sachliche Auseinandersetzung gegangen wäre, hätten Sie zumindest erwähnt, dass wir rückläufige Gefangenenzahlen haben. Weil die Haftplätze derzeit nicht ausgelastet sind, sind zusätzliche Einstellungen in diesem Bereich nicht vertretbar.

Einen Punkt, der mir besonders wichtig ist, möchte ich noch ansprechen. In der Sozialgerichtsbarkeit besteht durch einen deutlichen Anstieg der Verfahren ein Mehrbedarf bei der Stellenausstattung. Soweit es wegen der spezifischen Aufgaben möglich war, haben wir bereits im Vorfeld einen Ausgleich innerhalb des Geschäftsbereichs der Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit vorgenommen und bei den Vorschlägen der Haushaltsaufstellung berücksichtigt. Trotzdem fehlten 11 Richterstellen beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg sowie 5 Richterstellen und 15 Stellen im nichtrichterlichen Dienst bei den Sozialgerichten. Dieser Bedarf ist im Wesentlichen auf Verfahren im Zusammenhang mit Hartz IV zurückzuführen.

Im Ergebnis der Haushaltsberatungen sind 8 Richterstellen für die Sozialgerichtsbarkeit, 4 Rechtspflegerstellen im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft und 14 Stellen im Jugendstrafvollzug umgeschichtet worden. Diese Stellen müssen allerdings im Einzelplan 04 kompensiert und im Rahmen der für die Personalbedarfsplanung festgelegten Zielzahlen erbracht werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der Eingangszahlen in den verschiedenen Bereichen kommt es zwangsläufig zur unterschiedlichen Belastung, weil man - das wissen Sie, Herr Abgeordneter Sarrach - das richterliche Personal nicht nach Belieben von der einen in die andere Gerichtsbarkeit bzw. von einem Arbeitsort an einen anderen versetzen kann.

Insgesamt - das lässt sich anhand der Bedarfszahlen nachvollziehen - ist die brandenburgische Justiz auskömmlich und im Vergleich mit vielen anderen Bundesländern sogar besser ausgestattet.

Im Folgenden möchte ich auf das eingangs erwähnte Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 21. August 2007 zu sprechen kommen. Dessen Ausgestaltung im Gesetzgebungsverfahren des Bundes war lange umstritten. Der Bundestag hat zehn Jahre gebraucht, ein solches Gesetz zu verabschieden. Insofern ist es nicht angemessen, sich drei Monate nach Inkrafttreten zu beschweren, dass das Geld bei den Opfern noch nicht angekommen ist.

Das Gesetz ist - wie gesagt - erst am 29. August 2007 in Kraft getreten und war im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens noch nicht etatreif. Es gab auch keinen Kompetenzstreit. Für die Umsetzung dieses Gesetzes sind seit 1994 in Brandenburg die Landgerichte zuständig. Daran ist nichts geändert worden. Die Landgerichte waren und sind zuständig.

Aufgrund dieses Gesetzes kommen zusätzliche Ausgaben auf den Justizhaushalt zu; sie werden auf ca. 30 Millionen Euro jährlich geschätzt. Es handelt sich um gesetzliche Leistungen. Der Bund trägt 65 % der Ausgabelasten. Die Opferpension sieht eine monatliche besondere Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro für Personen vor, die - so heißt es im Gesetz - eine mit den wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von insgesamt mindestens sechs Monaten erlitten haben. Wir gehen derzeit von ca. 15 000 potenziellen Antragstellern aus. Die Zahl orientiert sich an der statistisch erfassten Zahl von 15 000 Anträgen auf Kapitalentschädigung nach § 17 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, das seit 1994 gilt.

Die Umsetzung der neuen Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Opferpensionen erfordert langfristig eine auskömmliche Ausstattung mit Mitteln, Stellen und Planstellen; denn im Unterschied zu der Einmalentschädigung ist die Pensionszahlung eine dauerhafte Aufgabe.

Diese Mittel sind durch Anträge der Koalitionsfraktionen in den vorliegenden Justizhaushalt aufgenommen worden. Dafür bedanke ich mich. Wir sind zuversichtlich, dass wir dem uns übertragenen Auftrag zur Bearbeitung der Opferrentenanträge mit der erwarteten Ausstattung in angemessener Weise gerecht werden können. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort erhält der Abgeordnete Werner.

#### **Werner (CDU):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Anteil des Justizhaushalts von knapp 4 % am Gesamthaushalt mag relativ gering erscheinen, aber er entfaltet gleichwohl eine große Außenwirkung. Die Menschen, die den Rechtsweg suchen, wollen ihn ordnungsgemäß beschreiten und wünschen ein relativ zügiges Verfahren.

Wir haben gehört, es gibt Schwierigkeiten bei der Verfahrensdauer. Das ist keine neue Erscheinung. Doch schaut man genau hin, stellt man fest, dass sich die Verfahrensdauern in den letzten Jahren teilweise erheblich verkürzt haben. Auf die Schwierigkeiten gerade bei der Sozialgerichtsbarkeit und darauf, dass Richter nicht unendlich und frei verfügbar umzusetzen sind, ist hingewiesen worden.

Ich denke, dass man mit dem Personalbestand anders als in anderen Ressorts umgehen muss. Man kann keine höhere Abbaquote festschreiben, und man kann Personal nicht linear abbauen, wie es in anderen Ressorts oftmals der Fall ist.

Gerade weil das Justizressort eine große Außenwirkung entfaltet, ist es unverantwortlich, wie die Opposition teilweise mit dieser Thematik umgeht. Kollege Sarrach, Ihre Angriffe gegen die Ministerin waren vollkommen unter der Gürtellinie und ein Tiefpunkt in der politischen Debatte. Das ist eines solchen Hohen Hauses unwürdig; das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. Es mag sein, Kollege Sarrach, dass es eher untypisch ist, dass ein Justizministerium von einer Nichtjuristin geleitet wird; aber gerade weil Frau Blechinger keine Juristin ist, muss man es hoch anerkennen, wie sie sich in drei Jahren in diese schwierige Materie eingearbeitet hat. Dafür erfährt sie Anerkennung von allen Seiten in der Justiz. Das darf an dieser Stelle ganz deutlich gesagt werden, damit Sie mit solchen persönlichen Angriffen endlich aufhören!

(Beifall bei CDU und SPD)

Kollege Sarrach, Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen. Erst beschweren Sie sich darüber, dass Amtsgerichte geschlossen werden sollen. Sie wissen ganz genau, wie die Situation an den Amtsgerichten, die geschlossen werden sollen, ist. Sie wissen auch, wie der Verfahrensweg war. Es wurde nicht mit einem Federstrich beschlossen: Wir schließen ein paar Amtsgerichte. - Das war auch nicht der Wunsch der Justizministerin. Im nächsten Atemzug üben Sie Pauschalkritik, fordern ein umfassendes Konzept und kritisieren den Ansatzpunkt und den gewählten Verfahrensweg. Entscheiden Sie sich! Was wollen Sie überhaupt?

(Zuruf des Abgeordneten Sarrach [DIE LINKE])

Ich komme auf den Personalbestand zurück und will mich nur dem Justizvollzug widmen. Dieser hat sicherlich eine gewisse Außenwirkung. Es mag durchaus sein, dass man aus fachlicher Sicht den Personalbestand an der einen oder anderen Stelle kritisieren kann. Wenn Sie die Antwort auf die Große Anfrage lesen, werden Sie feststellen, dass es in einigen Bereichen rückläufige Tendenzen gab, zum Beispiel im Verwaltungsdienst, im Werkdienst und - ganz prekär - bei den Ärzten; doch gab es in dem für die Antwort auf die Große Anfrage maßgeblichen Berichtszeitraum auch Personalaufwuchs, zum Beispiel im allgemeinen Vollzugsdienst, bei den Psychologen, im Sozialdienst, im Krankenpflegedienst; bei den Pädagogen ist die Zahl relativ gleich geblieben. Wir liegen insgesamt - auch das können Sie sich im Vergleich anschauen - mit der Stellenbesetzung nur ganz leicht unter dem ausgewiesenen tatsächlichen Stellenbedarf.

Wir haben genügend Haftplätze zur Verfügung. Zwar sind die Justizvollzugsanstalten derzeit unterbelegt, jedoch rechtfertigt eine Unterbelegung keinen Personalabbau; denn auch, wenn eine Station nur mit 20 statt mit 30 Inhaftierten belegt ist, braucht man im Prinzip das gleiche Personal.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren auch den baulichen Zustand der Justizvollzugsanstalten so weit herstellen können, dass nur noch eine JVA, und zwar die größte - in Brandenburg an der Havel - übrig ist, die bis 2014 noch umfangreich saniert wird. Vom baulichen Zustand her bestehen in unseren Justizvollzugsanstalten also relativ gute Voraussetzungen. Ich meine, dass auch die personelle Situation dort nicht die allerschlechteste ist.

Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen zu den sozialen Diensten der Justiz. Als die Justizministerin unlängst meinen

Landkreis bereiste, wurde uns in einem Gespräch mit den sozialen Diensten der Justiz gesagt, zum einen fehle es mitunter an der rechtzeitigen Information an die sozialen Dienste der Justiz über bevorstehende Entlassungen aus Justizvollzugsanstalten. Die sozialen Dienste müssten diese Information eher haben, damit sie die entlassenen Strafgefangenen zeitlich nahtlos übernehmen und beim Start in das Zivilleben begleiten können.

Als zweiter Kritikpunkt ist dort genannt worden, dass die Mitarbeiter der sozialen Dienste, wenn sie Kontakt mit der Arbeitsagentur aufnehmen wollten, in aller Regel auf der Hotline und nicht direkt bei einem Fallmanager landeten. Hier müsste man noch einmal mit der Bundesagentur in Verbindung treten, um zumindest dieser Personengruppe einen direkten Zugang zu den Fallmanagern zu ermöglichen, damit sie den jeweiligen Fall auch direkt bearbeiten können und nicht auf irgendeiner Hotline landen.

Insgesamt haben wir mit dem Einzelplan der Justiz einen guten Ansatz für die nächsten zwei Jahre. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Einzelplan. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Damit ist die Aussprache beendet, und wir kommen zur Abstimmung.

Zur Abstimmung liegt Ihnen in der Drucksache 4/5582 der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, betreffend Kapitel 04 040 Titel 422 11, vor. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit Mehrheit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Einzelplan 04 liegen im Übrigen Änderungsanträge, über die namentlich abzustimmen ist, in folgenden Drucksachen vor: Drucksache 4/5475, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 040 Titel 422 11; Drucksache 4/5476, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 050 Titel 422 20; Drucksache 4/5477, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 050 Titel 684 40; Drucksache 4/5478, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 050 Titel 547 61; Drucksache 4/5479, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 050 Titel 547 65; Drucksache 4/5480, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 050 Titel 547 72; Drucksache 4/5481, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 050 Titel 547 73; Drucksache 4/5482 - Neudruck -, eingebracht von der DVU-Fraktion, betreffend Kapitel 04 090 Titel 422 10.

Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Ich habe festgestellt, dass Herr Nonninger und Herr Werner nicht bemerkten, dass sie aufgerufen wurden; Herr Dombrowski, ich sehe, Sie auch.

(Die Abgeordneten Dombrowski und Werner [CDU] sowie Nonninger [DVU] geben ihr Votum ab.)

Gibt es darüber hinaus Abgeordnete, die sich im Saal befinden und nicht abstimmen konnten? - Das ist nicht der Fall. - Dann bitte ich jetzt um die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis bekannt:

Für die Drucksache 4/5475 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5476 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5477 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5478 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5479 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5480 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5481 stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

Für die Drucksache 4/5482 - Neudruck - stimmten 5 Abgeordnete, 64 stimmten dagegen.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4328)

Wir kommen zu weiteren Abstimmungen.

Ich rufe auf den Änderungsantrag in der Drucksache 4/5583, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. Er betrifft Kapitel 04 050 Titel 422 10. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Mehrheitlich ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04, Ihnen vorliegend in der Drucksache 4/5404. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? - Wer enthält sich der Stimme? - Mehrheitlich ist für diese Beschlussempfehlung gestimmt worden. Sie ist somit angenommen.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5405

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Siebke, Sie erhalten das Wort.

Bevor Frau Siebke am Rednerpult ist, gebe ich kurz den Zwi-

schstand der Redezeiten bekannt: Die Landesregierung hat 28 Minuten in Anspruch genommen, die DVU-Fraktion 38 Minuten, die CDU-Fraktion 37 Minuten, die SPD-Fraktion 22 Minuten und die Fraktion DIE LINKE 43 Minuten.

### **Frau Siebke (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht den Ehrgeiz, jetzt den Redezeitenrückstand aufzuholen, will und muss aber etliche Worte zum Bildungshaushalt sagen. - An der Höhe des Einzeltitels wird oft gemessen, wie wichtig das Politikfeld genommen wird. Ich halte das nicht immer für richtig. Wie viel Geld für ein Politikfeld zur Verfügung steht, ist dennoch ein Gradmesser für Qualität. Letztlich gibt das Finanzvolumen darüber Auskunft, welche Möglichkeiten man hat, bildungspolitische Ziele umzusetzen.

Einen hohen Stellenwert bei Ländervergleichen haben immer die Schüler-Lehrer-Relation und die Summe, die die Länder jeweils pro Schüler ausgeben. Als Vergleichsmaßstab ist das wichtig. Aber ich meine, dass es in erster Linie darauf ankommt, folgende Fragen zu beantworten: Wie sieht die Situation im Land aus? Welche bildungspolitischen Ziele haben wir? Wie viel Geld und welche sonstigen Möglichkeiten stehen uns für die Umsetzung zur Verfügung?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir wissen: Wir leben in einem Flächenland. Ich denke, es ist unser aller Pflicht, allen Kindern - sowohl den Kindern in den äußeren Regionen des Landes als auch denen im Ballungsraum um Berlin - gleichwertige Bildungschancen und den gleichen Zugang zu Bildung zu garantieren. Alle, die sich mit Bildung befassen, wissen, dass das keine einfache Aufgabe ist; aber wir müssen sie erfüllen. Das sollte auch der Maßstab für die Ausstattung des Schulwesens sein.

Es kommt hinzu, dass wir in Brandenburg angesichts der Altersstruktur unserer Lehrerschaft einen Einstellungskorridor garantieren müssen. Obwohl wir Einstellungen vornehmen, müssen wir mit dem Überhang an Lehrkräften sinnvoll und verantwortungsbewusst umgehen. Ich glaube, diese Situation im Bildungswesen ist in Deutschland einmalig und eine echte Herausforderung.

Wir haben hier vor einigen Wochen über das Schulressourcenkonzept gesprochen und dabei das Für und das Wider abgewogen. Grundsätzlich haben wir festgestellt, dass das Schulressourcenkonzept eine wichtige Grundlage ist, um dem oben formulierten Anspruch gerecht werden zu können.

Bevölkerungsstruktur, Bildungszugang, Bildungschancen - ich habe die Stichworte genannt.

Lassen Sie mich noch kurz sagen, welche Aufgaben es eigentlich sind, die wir unter diesem Gesichtspunkt hier in Brandenburg zu lösen haben.

Erstens geht es darum, unsere anspruchsvolle Stundentafel intensiv und so vollständig wie möglich umzusetzen.

Um für alle den Zugang zu Bildung zu garantieren, haben wir weiterhin zu garantieren, dass es auch kleine Schulen in der Se-

kundarstufe I gibt. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir die 30er-Regelung für Schulen der Sekundarstufe I ausweiten.

Im berlinfernen Raum müssen wir kleine Grundschulen finanzieren.

Eine neue Aufgabe steht uns bevor - auch hier wird jetzt darüber diskutiert -: Wir brauchen kleine gymnasiale Oberstufen, besonders für die Schüler, die von der Oberschule kommen oder die sich an Gesamtschulen befinden und nach 13 Jahren Abitur ablegen müssen. Auch für diese Schüler muss ein Zugang zum Abitur gewährleistet werden.

Ich gehe davon aus und bin davon überzeugt, dass zum nächsten Schuljahr die Bedingungen entsprechend verändert werden. Aber ich muss natürlich hinzufügen, dass die Finanzierung kleiner Schulen, kleiner gymnasialer Oberstufen nicht zum Nulltarif zu haben ist, wenn man Qualität erhalten will. Dafür sind Lehrerstellen erforderlich, und diese kosten Geld.

Ein weiteres, besonders wichtiges und anspruchsvolles Projekt ist die Initiative Oberschule. Auch wenn das Geld von der EU kommt, ist es Geld, das unseren Schulen zur Verfügung steht. Die Qualität der Ausbildung an den Oberschulen zu verbessern ist eine weitere Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Diese Verantwortung haben wir für die Schüler, die diese Schulform besuchen.

Wir haben Begabungsklassen zu finanzieren - auch das kostet zusätzliche Lehrerstellen - und müssen weiterhin garantieren, dass die Ganztagschulen, die wir durch das Bundesprogramm geschaffen haben bzw. noch schaffen werden, langfristig entsprechend ausgestaltet werden, damit sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Das sind anspruchsvolle Vorgaben, die wir im Bildungsbereich erfüllen müssen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, dafür noch mehr Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen - in dem Antrag war von zusätzlichen 500 Stellen die Rede -, ist natürlich verlockend. Dennoch ziehe ich den Schluss, dass wir im Rahmen des uns zur Verfügung stehenden großen Gesamthaushalts eine entsprechende Ausstattung haben. Diese ist zwar knapp bemessen, jedoch bin ich davon überzeugt, dass die eben von mir genannten Aufgaben in diesem Rahmen leistbar sind.

Nun noch einige Worte zum Kita-Bereich; wir haben sehr viel darüber gesprochen. An dieser Stelle möchte ich jedoch nur zwei Punkte anmerken: Wir freuen uns, dass die Ausgaben für diesen Bereich im Einzelplan 05 gestiegen sind. Wir wissen natürlich, dass dies in erster Linie damit zusammenhängt - das ist auch gut so -, dass es mehr Kinder in unseren Kitas gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Das ist das, was wir immer gewollt haben. Darüber freuen wir uns. Das Land Brandenburg wird bis zum Jahr 2013 den entsprechenden Rechtsanspruch für die 0- bis 3-Jährigen wieder einführen; die Fraktion DIE LINKE fordert die Gewährung des Rechtsanspruchs bereits jetzt.

An dieser Stelle möchte ich noch erwähnen, dass es uns gelungen ist, bereits jetzt die Bestandsschutzregelung einzuführen, sodass Kinder die Kita nicht verlassen müssen, wenn ihre El-

tern arbeitslos werden. Ich denke, das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir werden die vom Bund an uns fließenden Mittel für die Qualitätsverbesserung einsetzen. Wir sind uns sicherlich auch mit der Fraktion DIE LINKE darüber einig, dass mittelfristig am Personalschlüssel in unseren Kitas etwas verändert werden muss, wenn wir weiterhin von qualitätsgerechter Bildung und Erziehung in der Kita sprechen wollen.

Der Landesjugendplan garantiert, dass das „610-Stellen-Programm“ - dies in Anführungszeichen gesetzt, weil es keine 610 Stellen mehr sind - weitergeführt werden kann. Es ist verständlich, dass der Landesjugendring gern mehr möchte als das, was dazu veranschlagt wurde. Dies ist jedoch derzeit nicht möglich. Wir werden mit dem Landesjugendring weiterhin im Gespräch bleiben und sehen, wie sich Dinge noch entwickeln lassen.

Zusammengefasst möchte ich sagen, dass wir im Einzelplan 05 einen Haushalt vertreten, der nicht opulent ist. Es ist ein solider Haushalt, mit dem man unsere Ansprüche an die Bildungs-, Kita- und Jugendpolitik umsetzen kann. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE erhält Frau Abgeordnete Große das Wort.

**Frau Große (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Minister, Sie haben während der Haushaltsdebatte mehrfach stolz verkündet - Frau Kollegin Siebke hat es heute noch einmal betont -, dass Sie mit dem 1,2 Milliarden Euro schweren Einzelhaushalt außerordentlich viel zu verantworten haben - viel Verantwortung für einen Bereich, der von Ihnen, meine Damen und Herren der regierenden Koalition, immer wieder als prioritär, nachhaltig und zukunftsentscheidend beschrieben wird.

Nun sind 1,2 Milliarden Euro kein Wert an sich. Wie sieht es tatsächlich aus? Hält dieser Haushalt Ihren Verkündungen, Herr Minister und Frau Kollegin Siebke, stand? Sie sagten, von Opulenz könne zwar nicht die Rede sein, jedoch sei der Haushalt gut ausgestattet.

Wir sagen klar und unmissverständlich: Nein, diesen Verkündungen hält er nicht stand. Der Einzelplan 05 wird wieder als Steinbruch der Haushaltskonsolidierung genutzt. Sie selbst, Herr Minister, haben im Haushaltsausschuss eingeräumt, dass die im Haushalt enthaltenen Mehrausgaben durch die Kürzung der Personalausgaben kompensiert würden. Wir geben also für manche Bereiche mehr aus, kompensieren dies jedoch durch die Kürzungen der Personalausgaben. Das ist unsere Hauptkritik an diesem Haushalt. Insofern, Kollegin Siebke, kann ich hier keine Chancengleichheit entdecken. Zudem kann ich nicht sehen, dass im Bereich Bildung gleiche Teilhabe für alle Kinder dieses Landes gewährleistet wird.

Die verfehlte Personalpolitik wird unverändert weitergeführt. Weitere 1 471 Vollzeitlehrereinheiten nehmen Sie aus dem Sys-

tem heraus; im Schuljahr 2008/2009 sind es 905 und im Schuljahr 2009/2010 noch einmal 566. Das entspricht Kürzungen in Höhe von 65 Millionen Euro. Selbst in der Logik der Landesregierung kann dies nicht mehr mit sinkenden Schülerzahlen begründet werden. Ergebnis ist eine Verschlechterung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses. Demnach bleiben die schlechten Rahmenbedingungen nicht nur schlecht, sondern sie verschlechtern sich weiterhin. Das kann auch ein Programm wie IOS mit 20 Millionen Euro nicht auffangen. Die derzeitige Personalausstattung reicht nachweislich nicht aus, um Unterrichtsausfälle zu kompensieren, auch wenn Sie den Schulen noch so viele Konzepte verordnen. Das System an sich ist ausgeknautscht. Hier geht nichts mehr. Zudem lassen Sie erneut außen vor, dass die Lehrkräfte eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben erhalten haben, die Mehrbedarfe nach sich ziehen.

Da für Sie alles kostenneutral sein muss, wird in der Praxis nicht von „mehr Stellen“ gesprochen, sondern von mehr Arbeit für Lehrkräfte, mehr Aufgaben durch Schulzeitverkürzung, mehr Aufgaben durch Leistungs- und Begabungsklassen, zusätzliche Prüfungen, Tests, Vergleichsarbeiten, Lernstandsfeststellungen und individuelle Lehrpläne. All das haben Sie per Gesetz an Mehraufgaben festgelegt, aber nicht finanziert. Sie treiben die Selbstausbeutung von Lehrkräften immer weiter voran. Ihre Qualitätsoffensive wird allein auf den Schultern der Lehrkräfte getragen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die von der CDU-Fraktion in den letzten Monaten massiv geforderten einzügigen Schulen müssten auch finanziert werden. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wo sehe ich das in diesem Haushalt? Wo wollen Sie Ihrer nun über Wochen propagierten Kampagne für die Einzigigkeit von Schulen im ländlichen Raum in diesem Haushalt etwas einräumen? Woher wollen Sie das nehmen? - Zu sagen, wir wollen, reicht doch wohl nicht aus. Uns dann auch noch Populismus vorzuwerfen ist vermessen.

Den einzigen Mittelaufwuchs im Bildungshaushalt und dort speziell im Schulbereich gibt es für den Religionsunterricht und die Schulen in freier Trägerschaft von immerhin 77 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 100 Millionen Euro im Jahr 2009. Genau dieser Aufwuchs wird mit der schlechteren Ausstattung der öffentlichen Schulen bezahlt. Ich möchte hier keine Neidkampagne lostreten. Wir sind keine Gegner der freien Schulen. Im Gegenteil, wir sehen in ihnen - aufgrund ihrer pädagogischen Konzepte - eine willkommene Bereicherung der Schullandschaft.

Die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen betrachten wir dennoch mit Sorge. Das System der öffentlichen Schulen wird immer weiter ausgedünnt. Schulen werden geschlossen, wenn Schülerzahlen nicht ausreichen. Schüler müssen sich andere, entferntere Schulen suchen, haben somit längere Wege, und die Eltern müssen dies finanzieren. Zudem bleiben Kommunen auf den Gebäuden sitzen, in die sie erhebliche Mittel investiert haben.

Freie Schulen dagegen brauchen nicht 40 bzw. 60 Schüler zur Einrichtung von 7. bzw. 11. Klassen. Sie unterliegen nicht den Reglementierungen von Schulamt und Ministerium und haben größere Handlungsspielräume. Aufgrund dessen greifen Eltern in höherem Maße auf sie zurück, um ihren Kindern eine gute

Bildung angeeignet zu lassen. Schulen in freier Trägerschaft erleben einen bislang in Brandenburg nicht gekannten Boom.

Dieser besorgniserregenden Tendenz, die einen weiteren Abbau von Chancengleichheit mit sich bringt und letztlich ein Misstrauensvotum gegen das öffentliche Schulwesen ist, kann nur entgegengewirkt werden, wenn Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft unter etwa gleichen Rahmenbedingungen arbeiten. Nur dann entsteht ein tatsächlich fairer Wettbewerb und eine reale Chance zur Erhöhung der Unterrichtsqualität für alle Kinder und Jugendlichen in Brandenburg. Doch die Koalition macht genau das Gegenteil. Sie verschlechtert durch Personalkürzungen die Rahmenbedingungen der Schulen in öffentlicher Trägerschaft.

Außerdem, meine Damen und Herren der Koalition und der Landesregierung, planen Sie 60 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre für den Personalausgleichsfonds, den PAF, ein. Wenn man die 65 Millionen Euro aus den Stellenkürzungen dazurechnet, geben Sie mehr als 125 Millionen Euro aus, um Lehrer dem System zu entziehen. Sie stecken also 125 Millionen Euro sozusagen in Nichtarbeit. Das sind 125 Millionen Euro, die fehlen, um die Standards des Lernens und Lehrens an den Schulen zu verbessern. So sieht die Priorität Bildung nach Lesart der Landesregierung aus.

Wir fordern Sie daher auf, unserem Antrag, 250 Lehrerstellen bzw. Schulsozialarbeiterstellen pro Schuljahr zusätzlich zu finanzieren, zuzustimmen.

Zu einem zweiten Kritikpunkt, dem Kita-Bereich: Frau Kollegin Siebke hat hier einige Übereinstimmungen festgestellt. In diesem Bereich gibt es gewisse Aufwüchse, die weit hinter den Erfordernissen zurückbleiben. Das wissen alle, die schon mit Kita-Erzieherinnen und -Erziehern gesprochen haben. Sie bleiben vor allem hinter dem zurück, was SPD und CDU auf Parteebene und medial in den letzten Monaten immer wieder gefordert haben, wie den Rechtsanspruch für alle Kinder oder das kostenlose Vorschuljahr. Durch die zum Glück steigenden Kinderzahlen wird zwar mehr Geld eingestellt, aber für die minimale Ausweitung des Rechtsanspruchs durch den Bestandschutz für Kinder unter drei Jahren und die Sprachförderung ist es nach wie vor zu wenig. Die realen Kosten sind höher.

Das fängt bei der Kinderkostenpauschale an, die in den letzten Jahren zwar erhöht wurde, aber nur um 9 %, während die tatsächlichen Ausgaben um mindestens 15 % gestiegen sind. Das geht bei den Kosten für die Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung weiter, zu denen es erste alarmierende Rückmeldungen von Kommunen gibt. Weder der Bildungsauftrag noch die Sprachförderung sind finanziell, personell oder räumlich abgesichert.

Die zusätzlich zur Verfügung gestellten 2,5 Millionen Euro des Landes sind also nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Angesichts von Bildungsauftrag und Sprachförderung wäre es dringend notwendig, den Personalkostenschlüssel zu senken. Wir machen den soliden Finanzierungsvorschlag, 22 Millionen Euro für die bessere Absicherung der Sprachförderung und den uneingeschränkten Rechtsanspruch für Kinder ab zwei Jahre einzusetzen.

Im Jugendbereich wird ebenfalls weiter gekürzt. Anstatt der Abwanderung junger Leute durch eine Verbesserung ihres Le-

bensumfeldes vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken, sieht die Landesregierung in diesem Bereich nach wie vor Einspar- und Kürzungspotenziale und leistet damit der Abwanderung weiteren Vorschub. Der Landesjugendplan ist mittlerweile von 13 Millionen Euro auf 10,15 Millionen Euro geschrumpft. Die Forderung des Landesjugendrings, ihn auf 15 Millionen Euro zu erhöhen, halten wir für überlegt und begründet, um die Jugendarbeit zu stabilisieren, zu konsolidieren und auch qualitativ zu verbessern.

Das 610-Stellen-Programm wird ab 2008 auf 510 Stellen gekürzt. Das bedeutet weniger Schulsozialarbeiter und weniger Personal in der freien Jugendhilfe. Beides ist fatal. Verschließen Sie nicht die Augen vor den vielfältigen Warn- und Alarmsignalen! Handeln Sie, bevor es zu spät ist!

Ein vierter und letzter Punkt - er hat in der Haushaltsdebatte nur eine untergeordnete Rolle gespielt - ist die Weiterbildung. Es gab in diesem Bereich keine Kürzungen, aber Sie haben in den letzten Jahren derart gekürzt, dass es gar nichts mehr zu kürzen gibt, wenn man sich von diesem Bereich nicht ganz und gar verabschieden will. Angesichts der auch von Ihnen gestellten Forderungen nach lebenslangem Lernen verbietet sich das für diese Koalition eigentlich auch.

Seit 1996 ist die Grundversorgung halbiert worden. Der Stundensatz für die Förderung einer Unterrichtsstunde in der Grundversorgung ist seit 1994 unverändert und liegt bei 15,83 Euro. Deutlich gestiegen sind hingegen die tatsächlichen Kosten. Die Projektförderung für freie Träger der politischen Bildung ist seit 2001 um mehr als 50 % gesunken. Wenn die Weiterbildner formulieren, Weiterbildung solle kein Supermarkt sein, in dem man den Einkaufswagen am liebsten mit Sonderangeboten füllt, so ist das ein Hilferuf, der nicht ungehört bleiben sollte. In einem Gespräch mit dem Landesbeirat für Weiterbildung wurde vonseiten der Koalition Abhilfe versprochen. Darauf hoffen die Weiterbildner offensichtlich vergeblich.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Ende etwas zitieren, was die Kontinuität der Haushaltsdebatten zum Thema Bildung in Brandenburg und leider auch in Deutschland belegt:

„Zum Ersten erleben wir jetzt durchweg in deutschen Landen, wie man allenthalben Schulen untergehen lässt. Man fürchtet sich vor Türken und Kriegen und Hochwasser, denn da versteht man, was Schaden und Nutzen ist. Liebe Herren, man muss jährlich so viel aufwenden für Kanonen, Wege, Stege, Dämme und unzählige solcher Dinge mehr, wodurch eine Stadt zeitlichen Frieden und Ruhe haben soll. Warum sollte man nicht viel mehr aufwenden für die bedürftige, arme Jugend, jedenfalls aber so viel, dass man einen geeigneten Mann oder zwei als Schulmeister unterhalte?“

Das hat Martin Luther in seiner Rede an die Ratsherren aller Städte deutschen Landes im Jahre 1524 gesagt. Eine traurige Kontinuität. Sie, meine Damen und Herren, hätten heute die Chance, sie zu durchbrechen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Senftleben.

#### **Senftleben (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer sehr angenehm, wenn aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE Zitate, in diesem Fall von Martin Luther, verwendet werden.

(Zwischenrufe bei der Fraktion DIE LINKE)

- Ich habe mit meiner Rede doch noch gar nicht angefangen. Sie müssen nicht immer, sobald ich zu reden beginne, versuchen, gegenzuhalten. Die Rede ist noch lang genug. Man sollte nicht schon am Anfang alle Kraft verpulvern. Das macht auch ein Marathonläufer in der Regel nicht, der geht etwas zielstrebig und ausdauernder vor.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU] sowie Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf Folgendes hinweisen: Wir dürfen in diesem Landtag und in Brandenburg nicht so tun, als ob der eine Bereich gegen den anderen Bereichen ausgespielt werden kann. - Wir haben hier mehrere Haushalte zu besprechen, und wir haben als Koalition immer gesagt, dass der Bereich Bildung für uns neben Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft die Priorität darstellt. Das heißt aber nicht, dass nicht auch in anderen Bereichen Ausgaben berechtigt sind. Deswegen glaube ich, dass Martin Luther das nicht in der Weise gemeint hat. Zumindest haben Sie das an dieser Stelle falsch verstanden. Es gibt noch mehr Thesen, die er zum Besten gegeben hat und die man noch gemeinsam durcharbeiten kann.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Frau Große, wir haben im Bereich der Bildung im Jahr 2007 wieder einiges erlebt, und wir haben im Bildungsausgleich gemeinsam einiges auf die Wege gebracht, was sich sehen lassen kann. Wir müssen zu Recht herausstellen, dass die Haushaltsdebatte im Vergleich zu anderen inhaltlichen Debatten weniger intensiv geführt wurde. Das zeichnet uns Bildungsleute aus.

Unabhängig davon möchte ich am Anfang meiner Rede festhalten, dass man erkennen kann - auch wenn es die Worte von Frau Große gerade anders wiedergegeben haben -, dass der Bereich Bildung Priorität bleibt. 1,2 Milliarden Euro im Jahr sind nun einmal nicht nur schwer aufzubringen, sondern es ist letztendlich richtig und wichtig, diese für Schülerinnen und Schüler und letztendlich für alle, die mit Bildung etwas zu tun haben, auszugeben. Das betrifft den ganzen Bereich von der Frühförderung in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern bis zur beruflichen Ausbildung und Bildung im Land Brandenburg.

Der Wunsch nach Mehrausgaben ist vielfältig. Auch bei uns gibt es gewisse Wünsche, aber wir müssen uns immer vor Augen halten, dass Mehrausgaben letztendlich immer mit Mehreinnahmen und damit mit Mehrausgaben bei Bürgerinnen und Bürgern verbunden sind, die mit mehr Abgaben belastet werden. Deswegen muss es eine vernünftige Balance geben. Ich glaube, dass wir in Deutschland trotz der Reform noch einiges tun müssen, um weniger Steuerzahler zu belasten und trotzdem gleichzeitig staatliche Maßnahmen ordentlich ausfinanzieren zu können. Deswegen glaube ich, dass der Bildungshaushalt

ein Etat ist, der eine gerechte und qualitativ gute Bildung ermöglichen kann und auch wird.

Damit bin ich beim Bereich der Personalausgaben; denn eines ist auch klar: Der Bildungsminister ist in seiner Handlungsweise eingeschränkt. Ein Großteil der Ausgaben sind Personalausgaben. Das heißt, wir investieren letztendlich auch in das Personal, was nichts anderes bedeutet, als dass wir viele, viele Lehrkräfte haben. Derzeit sind es knapp 21 800, die jeden Tag in Brandenburg ihren Dienst im Interesse von Bildung für Schülerinnen und Schüler verrichten.

Deswegen ist es ein riesiger Bereich, der auch hier im Haushalt eine Rolle spielt. Ich sagte es auch am Anfang: Es gibt einige finanzielle Unsicherheiten sowie weitere Dinge, die in absehbarer Zeit eine Rolle spielen könnten, nämlich dann, wenn Tarifverhandlungen zwischen dem Land und den Gewerkschaften nicht zu einem Ergebnis kommen, wie man es sich momentan vorstellt, oder wenn Teilzeitregelungen hierbei eine andere Rolle spielen.

Frau Große, Sie haben wieder in Ihrer ohne Zahlen belegbaren Art und Weise davon gesprochen, wie sich die Schüler-Lehrer-Relationen angeblich entwickeln. Ich möchte es einmal zum Besten geben, denn dies sind die Fakten, die auch laut Statistik nachweisbar sind: Wir hatten im Schuljahr 2000 in der Primarstufe eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 : 21,04 und im Schuljahr 2005/06 eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 : 19,96, das heißt eine geringere Klassenstärke. Wir hatten im Bereich der Jahrgangsstufen 5 und 6 - um dies als Einzelbeispiel herauszugreifen - im Jahr 2000 eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 : 21,69 und im Schuljahr 2005/06 von 1 : 18,79, also auch hier weniger Schüler in einer Klasse. Wir hatten im Bereich der Sekundarstufe I im Jahr 2000 eine Quote von 23,83 und im Jahr 2005/06 von 22,97, also auch hier eine geringere Klassenstärke. Damit Sie es auch für die Berufsschulen aufnehmen können: Dort hatten wir 19,9 im Jahre 2000 und 18,66 im Jahre 2005/06.

Deswegen habe ich folgende Bitte: Wir erwarten nicht, dass Sie unseren Argumenten folgen und letztlich unsere Politik mittragen, wohl aber, dass Sie die reinen Daten und Fakten so akzeptieren, so wie sie sind und wie sie auch als Statistiken auf dem Markt vorhanden und einsehbar sind.

(Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, wir stellen auch mehr Mittel für Lehrerstellen zur Verfügung. Es ist schon angesprochen worden, dass wir die Schülerzahlen in Grundzentren für Oberschulen gesenkt haben.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Wir werden die Schülerzahlen für die GOST-Stufe ab dem Jahr 2009 senken; auch das kostet mehr Lehrerstellen. Wir haben mehr Ganztagschulen im Land Brandenburg; auch hier stehen über 250 Vollzeit-Lehrerstellen mehr zur Verfügung als noch vor Einführung der großen Ganztagschule im Land Brandenburg.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir auch die Begabtenförderung im Land Brandenburg entsprechend möglich machen. Ich möchte es noch etwas deutlicher sagen, weil wir natürlich auch als Große Koalition wissen, dass wir noch lange

nicht dort angekommen sind, wohin wir wollen: Es gibt ein Schreiben aus einer Elternversammlung einer 6. Klasse, in dem darauf hingewiesen wird, dass im Fach Mathematik in der Klasse 5 so viel Unterricht ausgefallen ist, dass es ganze Stoffbereiche gab, die gar nicht unterrichtet wurden. Deswegen wissen wir auch, dass unser Ziel der Unterrichtsgarantie ein richtiges Ziel ist, das umgesetzt werden muss. Dies ist ein wichtiges Ziel, das wir erreichen wollen und auch werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deshalb folgende Worte noch an Sie, Frau Große: Ich kenne ja Ihre Hinweise zu dem Konzept „Schule Brandenburg“. Mit Sicherheit ist es auch ein Stück Mehrarbeit. Aber es ist doch das gemeinsame Ziel in Brandenburg zu sagen, wo wir wirklich sinnvolle Dinge aufgreifen können, um zu einer Unterrichtsgarantie in Brandenburg zu kommen. Dazu brauchen wir die Praxis und die Schulen, die uns in dieser Form auch unterstützen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Dreizügige Schulen!)

- Dazu komme ich etwas später.

(Oh! Bei der Fraktion DIE LINKE)

- Ich weiß ja, dass Sie immer gespannt sind.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Weihnachten?)

- Weihnachten ist später! Das wissen Sie auch.

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

Zweites Thema: Frühförderung. Ich glaube, dass wir gerade in den letzten Jahren im Land Brandenburg einiges dazu beigetragen haben, dass dieses Thema mehr Beachtung findet. Auch als Bildungsausschuss haben wir damit eine gute Rolle gespielt, indem wir die frühkindliche Bildung stärker betont haben. Vor allen Dingen haben wir Möglichkeiten geboten, dies wirklich umzusetzen, sodass nicht nur die Erweiterung des Rechtsanspruchs, sondern auch die Einführung der Sprachstandserhebung mit anschließender Sprachförderung eine Möglichkeit ist, die in Brandenburg wirklich sinnvoll und zeitgemäß ist. Ich sage an dieser Stelle auch ganz deutlich, dass die Sprachstandserhebung - das zeigen auch Gespräche vor Ort - im Jahr vor der Einschulung ein erster, richtiger Schritt ist. Er wird aber mit Sicherheit auf lange Zeit nicht der letzte gewesen sein! Oft gibt es bei den Praktikern, also den Erzieherinnen, die gerechtfertigte Meinung, dass dies noch etwas früher getan werden sollte. Aber wir haben zumindest den Ansatz gefunden und werden ihn in den nächsten Jahren auch flächendeckend ausbauen. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, am Ende allen 1 700 Einrichtungen im Land Brandenburg mit der Sprachförderung Möglichkeiten zu bieten, die Kinder sprachlich zu entwickeln.

Das Thema „Mittagessen“ ist heute vom Kollegen Vietze in einer teilweise sehr beruhigenden Rede angesprochen worden: Wenn in den Kindertagesstätten fast 100 % der Kinder betreut werden, und davon fast 100 % Mittagessen zu sich nehmen, dann möchte ich ...

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Ich sage nur Jüterbog! - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- Frau Kollegin, wir haben nichts Gegenteiliges gesagt. Jüterbog betrifft die Klassen 1 bis 6, ich rede aber von Kitas, Frau Kollegin! Also bitte zuhören, wenn Sie schon dazwischenreden wollen!

Wenn also so viele Kinder die Mittagsspeisung wahrnehmen, dann scheint es wohl um die soziale Lage im Land Brandenburg besser bestellt zu sein, als uns die Linkspartei andauernd weismachen will, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich glaube, dass wir die Realitäten erkennen müssen. Sie können den Leuten durchaus auch Angst machen und ihnen etwas einreden, aber bitte tun Sie nicht so, als ob wir Urmenschen wären und uns gewissen Dingen nicht öffnen oder Dinge nicht akzeptieren und sehen würden.

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

Zum Thema freie Schule: Ich wundere mich schon sehr über die Verrenkungen von Frau Große, die sich hier immer wieder zum Thema freie Schulen äußert. Wir sind hierbei in den letzten Jahren eigentlich immer sehr verständlich miteinander umgegangen, aber das Thema „freie Schulen“ ist für mich ein Thema, bei dem ich Ihre Aussagen wirklich kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen muss. Während einer Demonstration sagten Sie den freien Schulen, dass Sie sie unterstützen und die Kürzungen nicht vertreten werden, dass Sie mehr Geld geben wollen. Gleichzeitig sagen Sie im Landtag etwas ganz anderes. Das ist nicht ehrlich!

(Frau Große [DIE LINKE]: Das ist nicht wahr! Ich habe etwas ganz anderes gesagt! - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Dass freie Schulen in Brandenburg mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen, hat damit etwas zu tun, dass mehr Schüler die Angebote in Anspruch nehmen wollen - nicht, weil das staatliche Schulsystem so schlecht ist, sondern weil die freien Schulen eine Bildungsvielfalt ermöglichen, die auch richtig und wichtig im Land Brandenburg ist. Deswegen noch einmal der Hinweis: Auch die Ausgabenerhöhung für freie Schulen ist richtig. Die Bildungsvielfalt im Land Brandenburg ist gesichert.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Jetzt komme ich zum Thema „Schulen im ländlichen Raum“. Ich bin schon erstaunt, dass die PDS bzw. heute Linkspartei

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: DIE LINKE!)

- gut, DIE LINKE, das ist egal - in den letzten Jahren immer wieder die Forderung aufgestellt hat, wie wir im Land Brandenburg im ländlichen Raum mit Schulen umgehen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE - Bischoff [SPD]: Das kommt fünf Jahre zu spät!)

Jetzt kommt eine Idee von der CDU - diese werden wir auch weiter betrachten -, und plötzlich sagen Sie, das sei alles nicht richtig.

(Zurufe von der SPD und der CDU - Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Sie können davon ausgehen - auch wenn es Ihnen nicht gefällt, so wie Kollegen anderer Parteien auch nicht -, dass sich Entwicklungen ergeben haben, die Sie genauso gut kennen wie ich und die in gewissen Fällen auch gewisse Veränderungen mit sich bringen. Deswegen werden wir auch Erfahrungen anderer Länder aufgreifen - Sachsen und Thüringen haben es vorge-macht -, beispielsweise wirklich sehr genau hinschauen, um die Schulwege und die Belastungen der Kinder zu betrachten und vielleicht zu sagen: Es ist sinnvoll, mit gemeinsamen Beschlüssen auch einmal etwas zu verändern.

(Zurufe der Abgeordneten Lunacek [CDU] und Bischoff [SPD])

- Herr Bischoff, Sie kommen ja aus der Uckermark. Deswegen glaube ich, dass Sie auch wissen, dass es Belastungen für Kinder gibt, die im Jahr 2007 noch einmal zu überprüfen bzw. zu kontrollieren sind. Wenn es hierbei Mehrbelastungen über ein gewisses Maß hinaus gibt, muss man auch bereit sein, politische Änderungen herbeizuführen. Das werden wir an dieser Stelle miteinander besprechen und entsprechende Vorschläge einbringen.

(Beifall des Abgeordneten Lunacek [CDU] - Bischoff [SPD]: Da kommen Sie fünf Jahre zu spät, Herr Senftleben!)

- Ja, das ist eine andere Ansicht.

Ein letzter Punkt: Religionsunterricht. Wir hatten auch als Große Koalition eine lange Debatte zum Thema Religionsunterricht.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Große Koalitionen führen große Debatten!)

Ich bin sehr froh darüber, dass dieses zusätzliche Angebot von den Schülerinnen und Schülern im Land Brandenburg angenommen wird und deshalb auch die Ausgaben für den Bereich Religionsunterricht im Land Brandenburg gesteigert werden müssen, weil es Mehrbedarf gibt, mehr Kinder gibt, die einen Werteunterricht in dieser Form in Anspruch nehmen wollen. Deswegen sollte es uns auch mit Mut und Freude erfüllen, dass wir hier seitens der Politik eine Möglichkeit geschaffen haben, die in Anspruch genommen wird. Deshalb ist diese Mehrausgabe auch gerechtfertigt.

Insgesamt ist im Bildungsetat 2008/09 unter dem Strich eine Mehrausgabe gegenüber 2007, 2006 und 2005 vorgesehen. Deshalb meine ich, man kann anderer Auffassung sein, muss aber akzeptieren, dass wir alle gemeinsam mehr für die Bildung getan haben, mehr für die Bildung tun werden, auch finanziell. Deshalb hoffe ich auf Ihre geschlossene Zustimmung zum Bildungshaushalt im Land Brandenburg.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Das Wort erhält die Abgeordnete Fechner.

**Frau Fechner (DVU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Senftleben, ich war doch sehr erstaunt, als ich vernommen habe, dass Sie der Ideengeber sind, was den Erhalt der Schulen im ländlichen

Raum anbelangt. Ich möchte daran erinnern, dass die DVU-Fraktion bereits in der letzten Legislaturperiode diesbezüglich mehrere Anträge gestellt hat, um Schulen in Zukunft einzügig zu gestalten. Auch die damalige PDS-Fraktion, die jetzige Fraktion DIE LINKE, hat unseren Antrag abgelehnt, ebenso wie die CDU-Fraktion. Aber das ist eben der Unterschied zwischen „sonntags reden“ und „montags handeln“.

(Beifall bei der DVU)

Damit komme ich zum vorliegenden Haushaltsentwurf, Einzelplan 05. Eine der Hauptursachen für die Ausbildungsmisere ist die Bildungsmisere hier im Land. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass nach 17 Jahren sozialdemokratischer Bildungsexperimente ein nicht unbeträchtlicher Teil der Schulabgänger in Brandenburg überhaupt nicht mehr ausbildungsfähig ist. Denn diese bedauernswerten jungen Menschen, die die Tortur einer neomarxistischen Schulausbildung in Brandenburg hinter sich gebracht haben,

(Widerspruch bei der SPD)

wurden zwar von der ersten Klasse an in Nationalmasochismus und im Kampf gegen Rechts indoktriniert, doch sie beherrschen in den allermeisten Fällen weder ihre deutsche Muttersprache noch die Grundlagen der Mathematik.

(Zurufe von der SPD)

Das haben Studien ergeben; man braucht sich ja nur die PISA-Ergebnisse anzusehen.

Sieht man sich nun den Einzelplan des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport für die nächsten beiden Haushaltsjahre an, so verwundert es einen nicht, dass die Bildungsmisere in Brandenburg Ausmaße angenommen hat, die jenseits von Gut und Böse liegen. Man fragt sich außerdem, wer die noch verbleibenden Schüler im Land Brandenburg denn überhaupt noch unterrichten soll. So sollen nach dem Willen von Herrn Rotstiftminister Speer, der dem Bildungsminister Rupprecht wie ein Schalk im Nacken sitzt, bis 2009 sage und schreibe weitere 1 578 Lehrerstellen gestrichen werden; im zurückliegenden Jahr waren es bereits 928. Die Personalausgaben sollen in den nächsten beiden Jahren um knapp 65 Millionen Euro abgesenkt werden, die Gesamtausgaben um über 650 Millionen Euro und die Investitionsausgaben, also in erster Linie die Mittel für die Instandhaltung der Schulen, um 23 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie erklären ständig, dass die Bildung oberste Priorität besitzt. Doch erklären Sie mir einmal: Wie kann das mit Ihrem Haushalt übereinstimmen? Der Ihnen allen bekannte ehemalige sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf erklärte kürzlich:

„Nicht das Wachstum, sondern gute Schulabschlüsse bringen junge Menschen in Jobs. In der Schule entscheidet sich die Zukunft. Sie ist kein Ort des Sparens.“

Diese Worte, meine Damen und Herren auch der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben. Doch hier in Brandenburg wird im Bereich der Bildung nicht nur gespart, was das Zeug hält, nein, es lau-

fen auch dem Land diejenigen verbliebenen Lehrer, die nicht dem Rotstift von Herrn Minister Speer zum Opfer gefallen sind, sogar von selbst weg. Besonders im Berliner Raum ist dies der Fall. Erinnern möchte ich nur an die Grundschule in Kleinmachnow.

Bis zum Schuljahr 2010/11 sollen fast 7 000 Lehrerstellen abgebaut werden. Da wundert es auch nicht, dass der Landeschef der Landesgewerkschaft GEW, Günther Fuchs, erklärte:

„Der Weggang der Kollegen ist ein Indiz dafür, dass die Arbeitsbedingungen nicht stimmen. Etwa die Hälfte der neu eingestellten Lehrer ist nach einem Jahr wieder weg.“

Denn in Brandenburg sei nicht nur die Arbeitsbelastung der Lehrer besonders hoch, sondern die Perspektiven seien auch noch besonders schlecht. Es gebe weniger Beförderungsmöglichkeiten als anderswo, und zusätzliche Aufgaben würden nicht extra vergütet. So verdient zum Beispiel ein Brandenburger Lehrer im Durchschnitt 500 Euro weniger als sein Kollege in Berlin. Kein Wunder also, dass viele Brandenburger Lehrer das Land verlassen und ihr Glück in Berlin suchen.

Die Privatschulen schießen in Brandenburg buchstäblich wie Pilze aus dem Boden. Besonders die Landeshauptstadt Potsdam ist dafür geradezu ein politisches Mekka. Doch stellt sich einem unwillkürlich die Frage, weshalb die Nachfrage nach Privatschulen bei den Schülern und deren Eltern in Brandenburg trotz der Tatsache, dass diese Schulen in der Regel Elternbeiträge erheben, so hoch ist. Da es nicht am Preis liegen kann, muss es offensichtlich an der, ich möchte sagen, negativen Leistung bzw. Qualität der öffentlichen Schulen liegen. Möglicherweise hängt es auch damit zusammen, dass die Schüler in Brandenburg an staatlichen Schulen ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Die Zahl der Gewalttaten pro Kopf an Brandenburger staatlichen Schulen steigt von Jahr zu Jahr kontinuierlich an. Im Zeitraum Januar bis September 2007 betrug die Zahl der Gewaltstraftaten an Brandenburger Schulen 539. Auch das spricht wohl kaum für die Güte des Brandenburger Schulsystems und für die Wirksamkeit des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“.

Während die Landesregierung also die Mittel für Schulen ebenso wie für die Jugendhilfe radikal zusammenstreicht, gibt sie diese auf der anderen Seite buchstäblich mit vollen Händen für das aus, was den im Bildungsministerium maßgebenden Antifa-Sozi-Betonköpfen einzig wichtig zu sein scheint.

(Zurufe von der SPD)

Ich meine damit den sogenannten Kampf gegen Rechts. So soll für das sogenannte Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, also für teilweise gewaltbereite Antifa-Vereine und -Netzwerke, die bis hin zu militanten Autonomen reichen, über 1 Million Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Meinung der DVU-Fraktion zu diesem Handlungskonzept dürfte ja hier allgemein bekannt sein, und sie hat sich in all den Jahren auch nicht geändert. Im Gegenteil, je ausführlicher wir uns mit diesem Handlungskonzept beschäftigen, umso mehr sind wir der Meinung, dass hier mit Steuergeldern fast ausschließlich der Kampf der Genossen gegen die nationale Opposition finanziert wird.

(Zurufe von der SPD)

Wenn man Zeitungsberichten glauben darf, dann sollen Vertreter dieses Handlungskonzepts sogar Schulungsprogramme für Hoteliers zum sicheren Umgang mit Funktionären von NPD und DVU erarbeiten. Meine Damen und Herren, haben wir wirklich keine anderen Probleme hier im Land?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Nein, das Problem sind Sie!)

Ganze Bevölkerungsschichten verarmen. Das wiederum ist der Nährboden für soziale und moralische Verwahrlosung.

(Lachen bei der SPD)

Dies wiederum ist mit ursächlich für die herrschende Gewalt hier im Land. Das sind Themen, derer man sich annehmen sollte. Stattdessen bekämpft man unter dem Deckmantel des „Toleranten Brandenburg“ den politischen Gegner.

Ich bitte um eine kleine Pause. Ich muss mal einen Schluck trinken. Ich hatte ja gehofft, dass jemand einmal eine Zwischenfrage stellt; dann hätte ich diese Zeit nutzen können.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Das können wir uns gerade noch verkneifen!)

Jetzt geht es besser.

Meine Damen und Herren, das sind also die Themen, derer man sich annehmen sollte. In einer Demokratie sollte jedes politische Lager, ob links oder rechts, seine Daseinsberechtigung haben, solange diese Lager ihr Ziel mit friedlichen Mitteln erreichen möchten. Noch nicht einmal dem Bundesinnenminister sind hier nationale Organisationen oder Parteien bekannt, die mit Gewalt ihre Ziele durchsetzen wollen. Die letzte gewaltbereite Organisation in Deutschland war die linksfaschistische RAF. Darüber, meine Damen und Herren, sollten Sie einmal nachdenken.

Drei Handlungsfelder hat das „Tolerante Brandenburg“: Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Gewalt steht an allererster Stelle. Doch wenn man sich die Fülle der Maßnahmen gegen das imaginäre Schreckgespenst Rechtsextremismus ansieht, dann hat man zwangsläufig den Eindruck, hier in Brandenburg existieren nur Neonazis. Sicherlich, meine Damen und Herren, es gibt Neonazis. Doch die Handvoll Neonazis, die unter Führung des Verfassungsschutzes hier ihr Unwesen treiben, stellen keine Gefahr für unsere Demokratie im Land Brandenburg dar.

(Jürgens [DIE LINKE]: Unverschämtheit!)

Es wird Sie deshalb nicht wundern, dass die DVU-Fraktion das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ablehnt und die Gelder dafür streichen möchte.

(Unruhe im Saal)

Das Gleiche gilt für die Mittel in Höhe von fast 474 000 Euro an das Propagandaministerium des Ministerpräsidenten Platzeck für politische Indoktrination. Offiziell spricht man von der „Landeszentrale für politische Bildung“.

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Eine Landeszentrale für politische Bildung kann eine durchaus sinnvolle Einrichtung sein, wie andere Bundesländer das vorleben. Auch der Aufgabenbereich der Brandenburger Landeszentrale für politische Bildung umfasst durchaus sinnvolle Bereiche. Eine Landeszentrale für politische Bildung sollte jedoch parteipolitisch neutral agieren, wie das in anderen Bundesländern praktiziert wird. Eine Landeszentrale für politische Bildung sollte die interessierten Bürger allumfassend informieren.

(Zurufe)

Während der Finanzausschusssitzung haben die Genossen eindeutig gesagt, als es um die Verteidigung der Anträge ging, dass man diese Landeszentrale im Kampf gegen die nationale Opposition benutze. Mit anderen Worten: Mit Steuergeldern wird der Kampf der Genossen gegen die nationale Opposition finanziert.

(Unruhe im Saal - Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksinn)

Die Gelder, die Sie verwenden, um Ihr imaginäres Schreckgespenst Rechtsextremismus zu bekämpfen, wären an anderer Stelle sinnvoller aufgehoben. Die DVU-Fraktion möchte zum Beispiel die Schulen des Landes mit Lehr- und Lernmitteln in Höhe von 160 800 Euro pro Jahr für die Jahre 2008 und 2009 besser ausgestattet wissen. Dazu sind wir gern bereit, auf einen Teil der Abgeordnetendiäten zu verzichten.

Auch der Sonderlehrgang der Stadt Cottbus für Spätaussiedler soll pro Jahr weitere 2 000 Euro erhalten, damit unseren Landsleuten vor allem aus Osteuropa weiterhin bessere deutsche Sprachkenntnisse vermittelt werden können. Selbst diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Die Mittel sind dort jedenfalls besser aufgehoben, als dass sie für zusätzliches Informationsmaterial des Bildungsministeriums ausgegeben werden.

Um es zu wiederholen: Uns als DVU-Fraktion geht es darum, das Bildungsniveau an Brandenburger Schulen zu erhöhen, um den Jugendlichen in Brandenburg eine echte Lebensperspektive zu geben. Das setzt voraus, dass es keine weiteren Kürzungen bei den Lehrerstellen gibt, dass es eine flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Schulen, ergänzt durch Privatschulen, gibt und dass anwendbares Wissen und anwendbare Bildungsinhalte vermittelt werden.

Dagegen halten wir von der Deutschen Volkspartei die politische Indoktrination von Schutzbefohlenen nicht nur für überflüssig, sondern geradezu für ein politisches Verbrechen.

Den Einzelplan des Bildungsministeriums lehnt die DVU-Fraktion selbstverständlich ab.

(Beifall bei der DVU)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des Einstein-Gymnasiums Potsdam, die heute die Gelegenheit nutzen, die Qualität der Debattenbeiträge hier in dieser Sitzung zu vergleichen, insbesondere zu einem Thema, in dem sie sich besonders gut auskennen. Es sprach gerade Frau Abgeordnete Fechner von der DVU-Fraktion zu Ihnen. Jetzt spricht der Vertreter der Landesregierung, Herr Minister Rupprecht.

### Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal wünschte man sich hier vorn eine Löschtaaste, auf die man drücken könnte, und dann wäre das, was wir die letzte Viertelstunde über uns haben ergehen lassen müssen, einfach gelöscht und weg. Das wäre gut so.

(Beifall bei SPD, CDU und der Fraktion DIE LINKE)

Die Politikfelder meines Geschäftsbereichs - das kann ich sehr erfreut feststellen - haben bei den Entscheidungen der Landesregierung und des Parlaments nach wie vor hohe Priorität - das kann man auch am vorliegenden Haushaltsentwurf sehen -, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Für die Schulen wird auch in Zukunft eine Ausstattung mit Lehrkräften gesichert, die besser als die Ausstattung im Bundesdurchschnitt ist. Für den sozialverträglichen Abbau des Überhangs an Lehrkräften werden in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung wird in den nächsten Jahren weiter ausgebaut. Die Mittel für den Landesjugendplan und das familienpolitische Programm werden den Vorgaben des Parlaments entsprechend fortgeschrieben. Aufgrund einer parlamentarischen Initiative wird es hoffentlich gelingen, die Sportförderung langfristig auf hohem Niveau zu stabilisieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu den einzelnen Punkten kurze Anmerkungen machen. Ich möchte mit der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften beginnen. Diese Ausstattung wird wie gewöhnlich - wie schon von Frau Abgeordneter Große beschrieben - an der Lehrer-Schüler-Relation festgemacht. Die Lehrer-Schüler-Relation des Landes Brandenburg lag im vergangenen Schuljahr bei 16,2 Schülern je Vollzeitlehrerstelle. Im gesamten Bundesgebiet lag sie dagegen bei 16,9, also um 0,7 Punkte höher.

Dieser Unterschied erscheint klein, hat aber erhebliche finanzielle Bedeutung. In Brandenburg standen im vergangenen Schuljahr 19 400 Stellen zur Verfügung. Bei einer Ausstattung in Höhe des Bundesdurchschnitts wären es 840 Stellen weniger gewesen. Das entspricht einem Gegegnwert von immerhin 40 Millionen Euro.

Frau Abgeordnete Große, ich muss Sie korrigieren. Wir verbessern diese Lehrer-Schüler-Relation in den nächsten Jahren weiter - siehe Haushaltsplan Seite 8, festgemacht an zwei Zahlen im Vergleich der Schuljahre 2006/2007 und 2009/2010: Bei den Schülern gibt es ein Minus von 13,7 %, bei den Stellen von 11 %. Das ergibt eine bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrerstellen als im Schuljahr 2006/2007.

Eine Herausforderung bleiben die Personalüberhänge. Das hat Frau Abgeordnete Siebke bereits erwähnt, und mehrere Vorredner haben das aufgegriffen. Personalüberhänge an öffentlich getragenen Schulen werden wir auch in den nächsten Jahren haben. Um diese Überhänge sozialverträglich abzubauen, hat die Landesregierung im Entwurf des Haushaltsplans zusätzliche Mittel vorgesehen. Der in meinem Einzelplan veranschlagte sogenannte Personalkostenausgleichsfonds - PAF - wurde dazu erheblich aufgestockt. Allein für die nächsten vier Jahre sind das knapp 50 Millionen Euro.

In einem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird eine Ausweitung des Stellenrahmens gefordert, worauf Frau Abgeordnete Große bereits hingewiesen hat. Angesichts der Tatsache, dass der in meinem Einzelplan ausgewiesene Stellenrahmen eine im Ländervergleich gute Ausstattung der Schulen gewährleistet, sehe ich keinen zwingenden fachlichen Grund und unter finanziellen Aspekten auch keine Möglichkeit, von der Fortschreibung des Schulressourcenkonzepts abzurücken.

Auch den geforderten Einstieg des Landes in die direkte Finanzierung von Stellen für die Schulsozialarbeit kann ich nicht unterstützen. Es handelt sich hier um eine Aufgabe, die gesetzlich eindeutig den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zugewiesen ist.

Damit komme ich zu einem Thema, das Sie auch schon angesprochen haben, nämlich zur Kindertagesbetreuung. Das Land Brandenburg gehört, wie wir wissen, nach wie vor zu den Bundesländern mit einem sehr gut ausgebauten Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Grundschulalter. Daran will glücklicherweise keine der im Landtag vertretenen Parteien etwas ändern. Die früher von verschiedenen Seiten erhobenen Vorwürfe, das Land würde sich hier übertriebene Standards leisten, sind glücklicherweise inzwischen verstummt. Vielmehr haben sich Bund und Länder im Sommer dieses Jahres darauf verständigt, das Betreuungsangebot gerade für die jüngeren Kinder bundesweit auszubauen. Quantitativ geht dieses Ziel genau in die Richtung der Verhältnisse in Brandenburg. Der größte Teil der Ausgaben für die Tagesbetreuung von Kindern fällt mit 57 % bei den Kommunen an. Beim Land sind es 23 % oder derzeit rund 137 Millionen Euro. Dieser Betrag wird aufgrund steigender Kinderzahlen im Zeitraum der Finanzplanung um nochmals 15 Millionen Euro auf dann 152 Millionen Euro steigen.

Hinzu kommen die Mittel, die der Bund den Ländern für den Ausbau und die Qualitätssicherung der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen wird. Diese Mittel sind im Haushaltsplan noch nicht veranschlagt. Sie werden aber kommen. Ich beabsichtige, sie in Anspruch zu nehmen, um insbesondere einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Arbeit in diesem Bereich leisten zu können.

Die Fraktion DIE LINKE möchte die personelle Ausstattung noch weiter verbessern, den Rechtsanspruch für Zweijährige nicht mehr konditionieren und das letzte Kita-Jahr beitragsfrei lassen. Hierzu ist Folgendes anzumerken: Bei den Kitas wird ein Rechtsanspruch auf Betreuung bis zum Alter von drei Jahren spätestens 2013 eingeführt. Schon heute können sie eine Kita besuchen, wenn es aufgrund der familiären Situation einen besonderen Erziehungsbedarf gibt.

Mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr dafür einzusetzen, dass das letzte Kita-Besuchsjahr elternbeitragsfrei gestellt wird, halte ich aus fachlichen, sozialpolitischen und auch aus haushaltspolitischen Gründen nicht für sinnvoll, schon allein deswegen, weil eine Steigerung der Betreuungsquote über die jetzt erreichten 97 % hinaus unwahrscheinlich ist und weil die Streichung des Beitrags die Bezieher hoher Einkommen am stärksten begünstigen würde. Die Kita-Beiträge sind bekanntlich einkommensabhängig gestaffelt.

Mit der finanziellen Ausstattung der aus dem Landesjugendplan finanzierten Aufgaben hat sich das Parlament bei der Auf-

stellung des Doppelhaushalts 2005/2006 und des Haushalts 2007 intensiv befasst. Zunächst sind die Ausgaben insgesamt an die Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen gebunden worden. Darüber hinaus haben Sie zusätzliche Mittel für das familienpolitische Programm, die Fortbildungsmaßnahmen für die Sprachförderung im letzten Kita-Besuchsjahr und auch für Eltern-Kind-Zentren bewilligt. Von dieser Entscheidung konnten wir bei den jetzigen Haushaltsverhandlungen zehren. Dafür bin ich sehr dankbar, und darüber bin ich sehr froh.

Am Schluss meiner Ausführungen noch einige Anmerkungen zur Sportförderung. Als wir vor vier Jahren die Förderung des Sports ausschließlich auf sogenannte Lottomittel umgestellt haben, gingen wir davon aus, dass dies zu erhöhter Planungssicherheit und zu höheren Haushaltsansätzen führen würde. Es haben sich seither zwei wesentliche Veränderungen ergeben. Zum einen haben die Umsätze der gewerblichen Spielevermittler drastisch zugenommen, ohne dass sie für die einzelnen Länder planbar waren. Zum anderen gibt es eine erhebliche rechtliche Verunsicherung im Hinblick auf das staatliche Wettmonopol. Das Ziel einer erhöhten Planungssicherheit lässt sich mit der bisherigen Regelung im Sportförderungsgesetz also nicht mehr umsetzen. Ich bin deshalb sehr froh, dass sich das Parlament vorgenommen hat, für die Sportförderung künftig einen Mindestbetrag von jährlich 15 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, und möchte mich hier bei denen, die diesen Vorstoß befördert haben, recht herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, für die in meinem Geschäftsbereich zu bewältigenden großen Aufgaben sollen in den nächsten beiden Jahren jeweils mehr als 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein respektable Betrag. Es ist zugleich der größte Betrag, der auf ein einzelnes Ressort entfällt. Das Geld ist gut angelegt. Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Herr Minister Rupprecht. - Es spricht jetzt für die CDU-Fraktion Frau Hartfelder zu uns.

**Frau Hartfelder (CDU):\***

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Kinder- und Jugendpolitik kann man sich nie zurücklehnen, man kann nie sagen: Die Arbeit ist getan. - Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, aber es gibt immer wieder neue Baustellen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Verbesserung der Kita-Betreuung und eines möglichst lückenlosen Kinderschutzes gibt es in regelmäßigen Abständen Diskussionen und neue Ansätze, bereits Bestehendes zu verbessern oder weiterzuentwickeln.

Im Sommer dieses Jahres haben wir das Kita-Gesetz novelliert. Der Minister und einige andere Kollegen sprachen schon darüber. Eine der wichtigsten Veränderungen ist der Bestandsschutz für Kinder unter drei Jahren, die bereits in der Kita betreut wurden. Dafür und für Sprachstandsuntersuchungen sind 4 Millionen Euro mehr in diesen Haushalt eingestellt worden.

Wir hoffen, dass mit der Festschreibung der Grundsätze ele-

mentärer Bildung und der Förderung von Kindern mit Sprachstörungen vor allem die Sprachdefizite der Kinder abnehmen. Wenn uns das gelingt, haben wir eine gute Grundlage für das weitere Lernen der Kinder in der Schule und die nachfolgende Berufsausbildung geschaffen. Dass es dort insgesamt großen Nachholbedarf gibt, weiß jeder, wenn er die alljährliche Diskussion um nicht ausbildungsfähige Jugendliche verfolgt.

Die Betreuung durch Tagesmütter ist im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau bzw. der Verbesserung der Betreuungsqualität unverzichtbar. Deshalb freue ich mich ganz besonders darüber, dass die Finanzminister der Länder am 6. Dezember 2007 zu der Erkenntnis gelangt sind, zunächst von der Besteuerung der Tagesmütter Abstand zu nehmen.

(Einzelbeifall bei der CDU)

Ich habe schon in meiner Rede zum Ausbau der Krippenbetreuung darauf hingewiesen, dass wir zwar grundsätzlich einer Besteuerung der Tagesmütter nicht im Weg stehen, aber dann muss das Grundgehalt der Tagesmütter verändert werden, damit sie am Ende nicht schlechtergestellt sind.

Hinsichtlich der quantitativen Kita-Betreuung können wir stolz sein. Wir verfügen über ein gut ausgebautes Betreuungsnetz und leisten uns sehr viel mehr, als den alten Bundesländern bisher möglich war. Deshalb kann man die bundesseitige Initiative, die Betreuung im Krippenalter auszubauen, nur begrüßen. Besonders positiv ist anzumerken, dass auch die Länder mit den hohen Platzkapazitäten davon profitieren. Das heißt also, dass der Bund nicht nur den quantitativen Ausbau fördern wird, sondern auch die Verbesserung der Qualität in den Ländern, in denen wir einen hohen Kita-Platz-Anteil haben.

Ein Thema, das uns wiederholt beschäftigt hat und uns vor dem Hintergrund der Vorkommnisse der zurückliegenden Wochen immer wieder beschäftigen wird, ist der Schutz der Kinder vor familiärer Gewalt. Wir hatten heute früh dazu schon eine Bemerkung des Ministers. Das Thema wurde in diesem Parlament so vielschichtig diskutiert wie kaum ein anderes. Netzwerke zum Schutz der Kinder in den Regionen oder Handreichungen zum Erkennen von Gewalt gegenüber Kindern - das alles sind Bausteine, die dazu beitragen sollen, Kinder besser zu schützen. Herr Minister Rupprecht hat heute früh auf eine Anfrage hin die breite Palette von Maßnahmen erläutert, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben.

Unser Ziel als Parlament und als Koalitionsfraktion war es, dass die von den Krankenkassen angebotenen U-Untersuchungen bundesweit pflichtig werden. Leider ist uns das bisher noch nicht gelungen. Aber mit dem zurzeit im Gesundheitsausschuss diskutierten Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst für das Land Brandenburg bemühen wir uns, die U-Untersuchungen im Land verbindlicher zu regeln, setzen dafür auch sehr viel Geld ein, um eine zeitliche Lücke zwischen den Untersuchungen durch eine zusätzliche Untersuchung, die durch den öffentlichen Gesundheitsdienst durchgeführt wird, zu schließen.

Wir betrachten diese Regelung nicht als das Ende der Fahnenstange. Unser Ziel muss nach wie vor sein, eine bundesweite Regelung zu treffen.

(Beifall der Abgeordneten Schier [CDU])

Derzeit sind die Bundesländer bemüht, eigene Wege zu gehen. Das ist aber schwierig, weil es wenig Möglichkeiten gibt, wirk-same Hebel anzusetzen, wenn Eltern sich weigern, mit ihren Kindern zum Arzt zu gehen. Die Bayern haben es da etwas bes- ser, sie haben das Landesfamiliengeld, das sie als Druckmittel einsetzen können. Das haben wir nicht. Es gibt aber Grund zu hoffen, dass es doch noch eine bundeseinheitliche Regelung gibt. - Frau Ministerin, Sie lachen. Ich werde es nicht lassen, solange ich hier bin.

(Ministerin Ziegler: Sie tun mir leid wegen Ihrer Stimme!)

- Ich sage am Schluss etwas dazu.

Am 7. Dezember war der Presse zu entnehmen, dass nun end- lich auch Frau von der Leyen erkannt hat, dass bundesweite Pflichtuntersuchungen vernünftig wären. Außerdem will sich die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten zu dem Pro- blem Gewalt gegen Kinder verständigen. Es liegt nun an unse- rem Koalitionspartner - da bitte ich meine Kollegen ganz herz- lich um Unterstützung -, auch Frau Zypries zu überzeugen, in dieselbe Richtung zu marschieren.

Natürlich sind auch die Vorsorgeuntersuchungen nur ein weite- rer Baustein zum besseren Schutz der Kinder. Die Ärzte kön- nen nicht für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht wer- den, die gesellschaftlicher Art sind. Wir müssen uns ernsthaft fragen, warum es so viel Kälte und Gleichgültigkeit in den Fa- milien gibt - lange nicht in allen, aber in vielen. Ohne aufsu- chende Familienhilfe sind die bekannten Probleme leider nicht mehr zu bewältigen. Was ist da geschehen? Einfache Antwor- ten auf diese Frage gibt es nicht. Aber wir müssen nach den Ur- sachen dafür suchen.

In den Jugendämtern gibt es viele bemühte Mitarbeiter. Mit der Änderung des Sozialgesetzbuches VIII und den damit festge- legten weitergehenden Rechten der Mitarbeiter in den Jugend- ämtern hat sich deren Handlungsspielraum deutlich verbessert.

(Unruhe im Saal)

- Jetzt seien Sie doch einmal leise! Ich schaffe es sowieso schon nicht. Gegen dieses Gemurmel komme ich heute schon gar nicht an.

Dennoch kommt es immer wieder dazu, dass die Mitarbeiter von Jugendämtern trotz des Bekanntseins von Vernachlässi- gungen - ich meine das jetzt nicht auf Brandenburg bezogen, sondern auf die jüngsten Vorkommnisse in der Bundesrepu- blik - nicht aktiv werden.

Deshalb wünschen wir als CDU-Fraktion uns nach wie vor die Zuständigkeit des Landesjugendamtes - deshalb spreche ich hier auch noch einmal - für die Jugendämter in den Kreisen und kreisfreien Städten. Die Föderalismusreform würde diesen Schritt möglich machen. Vielleicht gelingt es uns in der bis zum Ende der Wahlperiode verbleibenden Zeit, dass es Wirk- lichkeit wird.

Ich freue mich, dass wir die freiwillige Förderung - das richte ich besonders an DIE LINKE - beim Personalstellenpro- gramm - auch 510-Stellen-Programm genannt - weiterführen und die Kreise und kreisfreien Städten darin unterstützen, die Jugendpolitik vor Ort besser zu gestalten. Die Zuweisungen

sind verändert worden; sie sind zweckgebunden und pauscha- liert.

Last but not least ist mir - wie Sie wissen - der Sport sehr wich- tig. Das hat etwas mit meiner Vita zu tun. Im Jahr 2004 - ich wiederhole es kurz, Herr Minister - haben wir das Sportförder- gesetz geändert. Es war keine Änderung, die jedem Abgeord- neten gefallen hat. Der Sport hat in der Finanzierung ein Al- leinstellungsmerkmal erhalten. Das ist etwas ganz Besonderes und ein hohes Gut. Manche gucken darauf mit Unverständnis bzw. auch nachfragend. Ich finde es gut, dass wir das haben. Die kommende Gesetzesänderung könnte unter Umständen 3 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt binden; ich hoffe je- doch, dass es nicht dazu kommt und die Brandenburger weiter- hin so fleißig Lotto spielen. Wir haben die Sportförderung auf gute Füße gestellt, und das soll über die Legislaturperiode hin- aus so bleiben. Von der Sportförderung profitieren sehr viele Menschen: Senioren, Frauen, Behinderte, Leistungssportler, alle Breitensportler und 180 000 Kinder und Jugendliche. Da schließt sich für mich der Kreis. Sportförderung ist in meinen Augen eine gute Jugendförderung. - Vielen Dank.

Ich bin sehr erkältet; darum verlasse ich jetzt die Sitzung.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Verehrte Kollegin, wir haben richtig mitgelitten. Ich wünsche Ihnen gute Besserung. Mit dem Kollegen Lunacek, der Sie in Ihrem Zustand reden lässt, muss ich nachher mal ein ernstes Wort reden.

(Zurufe: Genau!)

Ich nutze die Gelegenheit, Sie darauf hinzuweisen, dass der Frauenpolitische Rat heute Abend zum Empfang geladen hat. Wir werden es zeitlich so einrichten, dass wir daran teilnehmen können.

Ich schließe die Rednerliste. Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 05. Über folgende Änderungsanträge ist namentlich abzustimmen:

erstens über den Antrag in der Drucksache 4/5483 - ein Antrag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 010 Titel 531 10;

zweitens über den Antrag in der Drucksache 4/5484 - ein Antrag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 050 Titelgruppe 62 Ti- tel 684 62;

drittens über den Antrag in der Drucksache 4/5485 - ein Antrag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 060 Titel 531 20;

viertens über den Antrag in der Drucksache 4/5486 - ein An- trag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 060 Titel 684 20;

fünftens über den Antrag in der Drucksache 4/5487 - ein An- trag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 300 Titel 633 10;

sechstens über den Antrag in der Drucksache 4/5488 - ein An- trag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 300 Titel 633 30;

siebtens über den Antrag in der Drucksache 4/5489 - ein An- trag der DVU-Fraktion - Kapitel 05 300 Titel 684 20;

Wir wollen wieder möglichst im Block abstimmen. Sie werden jeweils einzeln gefragt.

Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Der Abgeordnete Holzschuher [SPD] gibt sein Votum ab.)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Es gibt 5 Jastimmen, 54 Neinstimmen. Damit sind die Anträge der DVU-Fraktion abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4329)

Es liegen noch drei Änderungsanträge mit offener Abstimmung vor. Zunächst geht es um den Änderungsantrag in der Drucksache 4/5584 der Fraktion DIE LINKE - Kapitel 05 050 Titel 633 10. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist damit abgelehnt.

Zur Abstimmung steht der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/5585 - Kapitel 05 050 Titelgruppe 60. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/5586 - Kapitel 05 300 Hauptgruppe 4. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Offensichtlich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Es liegt Ihnen die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 05 in der Drucksache 4/5405 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 05 in 2. Lesung beschlossen.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5406

Die Diskussion eröffnet der Abgeordnete Jürgens für die Fraktion DIE LINKE.

**Jürgens (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind in der Regel Sternstunden des Parlamentarismus und nicht nur das, sondern auch die hohe Zeit der Opposition. In kaum einer anderen Debatte kann die Politik der Landesregierung besser und schärfer kritisiert werden. Gerade im Bereich Wissenschaft und Hochschule hat es in den letzten Haushalten ausreichend Anlass gegeben, den meine Fraktion auch entsprechend genutzt hat. Das hat mir und meiner Fraktion zuweilen den Ruf von Nörglern eingebracht. Aber Nörgeln heißt, etwas schlechter machen, als es ist. Daher hat DIE LINKE bei den Einzelplänen 06 der letzten Jahre auch nicht genörgelt, sondern richtigerweise und aufgrund unserer politischen Vorstellungen deutlich und teilweise scharf kritisiert, weil wir es für richtig hielten.

Aus diesem Grund halte ich es für angebracht, auch mit diesem Haushalt ehrlich umzugehen und zu sagen, was ich für richtig halte. Frau Ministerin Wanka, ich möchte Ihnen zu diesem Haushalt meinen Respekt aussprechen.

(Oh! bei SPD und CDU)

Ich weiß nicht, was Sie dem Finanzminister angedroht oder versprochen haben,

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

aber dieser Einzelplan 06 für den Bereich Hochschule für die Jahre 2008 und 2009 kann sich auch aus unserer Sicht sehen lassen. Im Gegensatz zu vielen anderen Einzelplänen gibt es hier einen Aufwuchs, und man kann wirklich sagen, dass Sie, Frau Ministerin, sich für die Hochschullandschaft Brandenburgs eingesetzt haben. Es gibt in den nächsten Jahren mehr Geld für die Hochschulen. Diverse Bundesprogramme werden vom Land zusätzlich bezuschusst. Mithilfe der Europäischen Union und des Bundes hat das MWFK auch eigene Programme aufgelegt. Über die Details lässt sich sicherlich streiten, aber die Grundintention „Priorität Hochschule“ ist mit diesem Haushalt erkennbar.

Die reine Lobeshymne überlasse ich den Koalitionsfraktionen; denn natürlich kann man sich mehr wünschen. Natürlich haben unsere Hochschulen Schwierigkeiten bezüglich der Menge des Personals, vor allem, um die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge zu bewältigen oder die vielen neuen Studierenden zu betreuen. Daher bleibt unsere Forderung nach Verstärkung des akademischen Mittelbaus.

Natürlich fahren einige Hochschulen immer noch Überlast - leider. Natürlich brauchen die Hochschulen für die zahlreichen Aufgaben, die sie erledigen müssen - ich denke nur an die Frauenförderung, die Qualitätssicherung der Lehre, die kinderfreundliche Ausgestaltung und vieles mehr -, entsprechende Mittel. Das sagen die Hochschulen der Ministerin genauso, wie sie es mir sagen. Doch angesichts der Haushaltslage und des geringen finanziellen Spielraums können Sie, Frau Ministerin, mit diesem Haushalt zufrieden sein. Wir als DIE LINKE sind es im Großen und Ganzen auch.

(Zustimmung bei der Fraktion DIE LINKE)

Bevor ich doch noch den einen oder anderen Punkt kritisch an-

merke, belasse ich es bei dieser vorweihnachtlichen Harmonie und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Kollege Jürgens. - Es spricht jetzt die Abgeordnete Dr. Münch für die Fraktion der SPD.

**Frau Dr. Münch (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jürgens, ich weiß nicht, was Ihnen versprochen wurde, aber ich bin ganz gerührt ob dieser vorweihnachtlichen Stimmung und geneigt, mich Ihrem Votum im Grunde anzuschließen; ich will nur wenige Sätze dazu sagen.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Prioritätensetzung für Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft festgeschrieben. Das widerspiegelt sich in diesem Doppelhaushalt für 2008/2009. Wir sehen bereits die Früchte dieser Prioritätensetzung, indem wir in diesem Jahr eine sehr hohe Studienanfängerquote haben, die mit 13 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Jüngste Zahlen von heute sagen, dass wir mittlerweile eine leichte Erhöhung der Studentenzahlen deutschlandweit auf etwa 36 % haben. Das ist immer noch etwas zu wenig, aber ich denke, wir in Brandenburg haben unser Soll übererfüllt. Insofern ist auch die Werbekampagne, Frau Ministerin, die wir für die brandenburgischen Hochschulen mit viel Erfolg fahren, sicherlich gut investiertes Geld.

Es ist sehr erfreulich, dass den Hochschulen, entgegen dem allgemeinen Trend des Haushalts, zu schrumpfen, im Jahr 2008 und verstärkt im Jahre 2009 mehr Geld zur Verfügung steht. Wir denken, dass das Geld richtig investiert ist, denn der Rohstoff, den wir im Land brauchen und den wir intensiv ausbeuten müssen, ist der Rohstoff in den Köpfen, und da sind wir auf einem sehr guten Weg.

Parallel gibt es größere Freiheiten für die Hochschulen. Wir haben das Globalbudget, wir haben die leistungsbezogene Mittelvergabe, die auch weiterentwickelt werden muss. Es muss sich auch eine entsprechend stärkere Personalhoheit der Hochschulen anschließen. Wir haben die Stiftungsuniversität, die wir morgen endgültig verabschieden werden, geschaffen und den Hochschulen damit mehr Möglichkeiten gegeben, die sich letzten Endes auch im finanziellen Rahmen widerspiegeln.

Lassen Sie mich nur einige wenige Sätze zum Bereich Kultur sagen. Ich würde gern Ähnliches über den Bereich Kultur berichten, aber gemessen an unserem Haushalt ist es ein Verdienst, dass zumindest die Ausgaben im Wesentlichen gleichgeblieben sind und dass darüber hinaus auch einiges ermöglicht wurde, beispielsweise das Paulikloster oder die Finanzierung von Tarifaufwüchsen im Bereich der Kulturstiftung Cottbus, sodass wir in dem Bereich zumindest nicht schlechter fahren, sondern - im Gegenteil - in dem einen oder anderen Teil etwas Gutes für die Kultur tun können.

Bemerkenswert ist der Änderungsantrag, in dem es um die Sanierungsbemühungen der Stiftung Preußische Gärten und Schlösser geht. Da ist es uns gelungen, für die kommenden beiden Jahre voraussichtlich 9 Millionen Euro zur Verfügung zu

stellen, und zwar zum einen aus Haushaltsmitteln und zum anderen aus der EFRE-Kofinanzierung. Das bedeutet ein ganz wichtiges Bekenntnis zu den Schlössern und Gärten und zu diesem national bedeutsamen Anliegen, das auch vonseiten des Bundes mitfinanziert wird.

Wichtig ist auch die Stabilisierung bzw. Erhöhung des Gedenkstättenetats; denn bekanntlich gibt es da noch viel zu tun. Das Menschenrechtszentrum Cottbus ist im Entstehen. Außerdem gibt es erhöhten Personalbedarf im Bereich der bestehenden Gedenkstätten. Die Gedenkstätte Brandenburg ist ein wichtiges Vorhaben, dem wir uns ebenfalls verstärkt zuwenden müssen. In diesem Bereich bleibt also genug zu tun.

Bei allem Fördern der Wissenschaft sollten wir auch die Kultur insgesamt im Auge behalten. Dabei denke ich natürlich auch an die Stabilisierung der Finanzierung des Filmorchesters, für das sich ja alle Fraktionen hier einsetzen. Das alles sind Aufgaben, die wir auch in den kommenden Haushaltsjahren bedenken müssen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE, die bereits im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden sind. Es geht um die Entsperrung der Mittel für das sorbische Volk. Alle Fraktionen haben sich intensiv zu dem Anliegen bekannt, die Sorben weiterhin zu finanzieren. Die Mittel dafür sind im Haushalt eingestellt. Nach Aussagen von Frau Ministerin Wanka wird es im neuen Jahr auch sehr zügig Verhandlungen zwischen den drei Partnern geben, damit es zu einem Finanzierungsabkommen kommt und die entsprechenden Mittel im Haushalt entsperrt werden können.

Insofern kann ich mich dieses Mal der Opposition anschließen: Ich bin sehr froh über diesen Einzelplan. Meine Fraktion stimmt dem sehr gern zu, weil vor allem der Schwerpunkt Wissenschaft, den wir alle dringend brauchen - das ist die nachhaltige Zukunftsquelle unseres Landes -, damit verstärkt und gleichzeitig die Kultur zumindest auf dem gleichen Niveau stabilisiert werden kann. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu diesem Einzelplan. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Frau Dr. Münch. - Für die DVU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Nonninger.

**Nonninger (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Brandenburg hat mit seinem breit gefächerten und leistungsstarken Wissenschafts- und Forschungspotenzial gute Chancen, auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung einen der vorderen Plätze in Deutschland einzunehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Wirtschaft und Wissenschaft noch enger verzahnt werden.“

Dieses Zitat stammt von Ihnen, Herr Wirtschaftsminister Jungmanns, anlässlich Ihrer Regionalreise im Herbst letzten Jahres. Da können wir von der DVU-Fraktion Ihnen nur zurufen: Gut gebrüllt, Löwe. - Doch halten Ihre Reden, Herr Minister Jungmanns und Frau Ministerin Wanka, auch der Realität stand? Um

dies zu beleuchten, müssen wir uns die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Brandenburg zunächst einmal etwas genauer anschauen.

Brandenburg hatte zur Zeit seiner Neugründung im Jahre 1990 unter den neuen Bundesländern die am wenigsten entwickelte Hochschullandschaft. Inzwischen gibt es ein Studienangebot mit drei Universitäten, fünf Fachhochschulen sowie der Filmhochschule in Babelsberg. Die Zahl der Studenten steigt von Jahr zu Jahr.

In einer neuen Vergleichsstudie schneidet die Universität Potsdam gut ab. Sie wurde in dieser von der Universität Regensburg durchgeführten Studie als besonders hilfreich für Unternehmensgründer eingeschätzt. Mit ihrem Lehrangebot für Gründer und für ihre Unterstützung auf dem Wege in die Selbstständigkeit erreichte sie mit 273 von 400 möglichen Punkten einen zweiten Platz. Nur drei Punkte mehr erreichte die Universität Wuppertal. Insgesamt waren 65 deutsche Universitäten verglichen worden. So weit, so gut.

Doch unterstützt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur als Aufsichtsbehörde der Brandenburger Hochschulen die Absolventen besonders im technologischen Bereich, die sich selbstständig machen wollen, dann auch auf dem Weg ins Berufsleben? Mitnichten! Viele Jahre gab es im Haushaltseinzelplan 06 den Titel Unternehmensgründungen, mit dem junge Unternehmensgründer mit akademischen Examen unterstützt werden sollten und konnten. Doch diesen Titel hat man gestrichen.

Wir als DVU-Fraktion wollen in Kapitel 06 020 der Allgemeinen Bewilligungen unter dem Titel 685 32 (neu) mit der Zweckbestimmung Unternehmensgründungen diesen Titel wieder einführen und mit 250 000 Euro in den nächsten beiden Jahren ausstatten. Dort kann das Geld nämlich besser eingesetzt werden als bei der sogenannten Landeszentrale für politische Bildung.

Dabei besitzt Brandenburg in seiner jungen Generation einen noch nicht vollständig gehobenen Schatz, einen wertvollen Rohstoff, den es weiterzuentwickeln gilt. Dies wird aber nur gelingen, wenn das Land bereit ist, seine Mittel zugunsten von Hochschulen und Wissenschaft, aber eben auch zum Zwecke der Umsetzung des von den Absolventen erworbenen Wissens in neue Produkte, neue Technologien, neue Ideen und neue Firmen umzuschichten.

Das Land Brandenburg benötigt dringend gerade vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels kommender Jahre befähigte Absolventen von Hochschulen und wissenschaftliche Nachwuchskräfte, welche die Umstrukturierung der Wirtschaft unterstützen und der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung Impulse geben. Deswegen muss die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein zentrales Thema der Hochschulentwicklung sein. Dazu ist eine verstärkte Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen notwendig. Die jungen, dynamischen Hochschulen müssen für ein wissenschaftlich kreatives Umfeld sorgen, während die Forschungsinstitute für Nachwuchswissenschaftler Tätigkeiten und Forschungsmöglichkeiten außerhalb der Hochschulen anbieten müssen. So könnten eine fruchtbare Atmosphäre, gute Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsperspektiven in Bran-

denburg entstehen, allerdings nur dann, wenn als dritter Partner und Nutznießer die Wirtschaft des Landes dazukommt.

Daher benötigen wir hier in Brandenburg nicht nur eben genannte Mittel, damit sich Jungakademiker selbstständig machen können, sondern ebenso Mittel für die Verbundforschung zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft; denn gerade kleinen Betrieben mangelt es oftmals an personellen und finanziellen Ressourcen für Forschung und Entwicklung, und gerade hier sind die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gefordert. Daher fordern wir als DVU-Fraktion, zumindest um ein Zeichen zu setzen, den ebenfalls einstmals existierenden und dann gestrichenen Titel mit der Zweckbestimmung Verbundforschung wieder in das Kapitel 06 020 einzustellen und mit jeweils 60 000 Euro für die nächsten beiden Jahre auszustatten. Wir wissen, dass dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, aber auch Zeichen können manchmal Wunder bewirken.

Wir als DVU-Fraktion begrüßen es ausdrücklich, Frau Ministerin Wanka, dass es sich beim Haushalt Ihres Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur praktisch um den einzigen handelt, bei dem ein Aufwuchs der Mittel um über 20 Millionen Euro, davon über 16 Millionen Euro bei den Zuweisungen und Zuschüssen sowie knapp 2 Millionen Euro bei den Investitions- und Investitionsförderausgaben, festzustellen ist. Dass darüber hinaus zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft oder für Investitionen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zur Verfügung gestellt werden sollen, wird von unserer DVU-Fraktion ebenso wohlwollend zur Kenntnis genommen wie die Tatsache, dass das Frankfurter Institut für innovative Mikroelektronik, IHP genannt, wirtschaftlich über den Berg ist.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Brandenburg hängt jedoch auch entscheidend von den Arbeitsbedingungen ab, welche die Forscher hier vorfinden. Da macht sich eine Deckungslücke, auch als globale Minderausgabe apostrophiert, von 1,145 Millionen Euro bzw. 1,1 Millionen Euro für 2008 bzw. 2009 nicht besonders gut. Da ist es Ziel unseres Änderungsantrags zu Titel 685 59 in Kapitel 06 020, aus haushaltspolitischen Puffern des Herrn Speer im Einzelplan 20 hier Deckung zu schaffen.

Im Kulturbereich begrüßt unsere DVU-Fraktion ausdrücklich die positive Entwicklung der Musikschulen, von denen es landesweit mittlerweile 32 mit steigenden Schülerzahlen gibt und welche pro Jahr vom Land mit 2,6 Millionen Euro bezuschusst werden.

Dass auch die Kultureinrichtungen im Lande finanzielle Zuwächse zu verzeichnen haben, wird von unserer DVU-Fraktion ebenso positiv gewertet.

Ein Skandal ohnegleichen ist es jedoch, dass für die Förderung des Kulturgutes der deutschen Heimatvertriebenen lächerliche 25 000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen; also sogar noch einmal eine Absenkung um 10 000 Euro gegenüber dem Vorjahr.

Weiß diese Landesregierung nicht, dass jeder dritte Brandenburger entweder selbst Heimatvertriebener ist oder von solchen abstammt? Oder will man - das halte ich für wahrscheinlicher -

die Geschichte und Kultur des deutschen Ostens endgültig dem Vergessen anheimfallen lassen? Unsere DVU-Fraktion wird sich dem jedenfalls immer und immer wieder entgegenstellen.

Daher fordern wir, die Mittel zur Förderung des Kulturgutes der Vertriebenen, welche völlig autonom vom Bund der Vertriebenen und den einzelnen Landsmannschaften verwaltet werden sollen, auf 1 Million Euro aufzustocken; denn dies ist die beste Kultur- wie auch Friedensinvestition, die man sich überhaupt denken kann. Für diese verdienstvolle Aufgabe sind die Mittel des sogenannten Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ - in Wirklichkeit die Förderung von teilweise linksextremistischen Aktionen gegen politisch Andersdenkende mit Zustimmung der Landesregierung - wahrlich besser angelegt. Also noch einmal: Wir fordern ein 1-Million-Programm zugunsten der deutschen Heimatvertriebenen statt zugunsten von linksextremistischen Gewalttätern.

Den Einzelplan 06 des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur lehnen wir als DVU-Fraktion, obwohl wir die Bemühungen von Ihnen, Frau Ministerin Wanka, zugunsten der Wissenschafts-, Forschungs- und Kulturlandschaft in Brandenburg durchaus würdigen, aufgrund der von mir soeben skizzierten Mängel ab. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Das war Herr Kollege Nonninger von der DVU-Fraktion. - Wir hören jetzt von Herrn Dr. Niekisch die Erläuterungen der CDU-Fraktion zu diesem Einzelplan.

#### **Dr. Niekisch (CDU):**

Guten Abend, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Nonninger und lieber Herr Jürgens, wenn ich Vertreter der Opposition im Landtag Brandenburg wäre - die Demokratie braucht eine starke Opposition -, dann hätte ich im Sinne der Sache ganz andere Reden gehalten.

(Jürgens [DIE LINKE]: Man kann machen, was man will! Wenn ich gemeckert hätte, hätten Sie auch gemeckert!)

- Substanziell gemeckert.

(Jürgens [DIE LINKE]: Was soll ich denn noch machen? - Heiterkeit)

- Sich nicht so stark von uns beeindruckt lassen, sondern für die Sache streiten. Das wäre doch gar nicht so schlecht.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Er lässt sich nur von Frau Wanka beeindruckt, nicht von Ihnen! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht nur einen guten Teil des Haushaltsplanes für 2008/2009 vorliegen, sondern dieser Teil ist durchaus ein Glanzpunkt des Haushaltsplans des Landes Brandenburg für die nächsten beiden Jahre. Sie brauchen nicht davon auszugehen, dass es irgendwelche Sonderkonditionen zwischen einzelnen Teilen der Landesregierung gibt. Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur und der für diesen Bereich zuständige Sprecher der Fraktion

ergänzen sich im guten und im kritischen Teil so hervorragend mit dem Finanzminister, dass am Ende immer ein gutes Ergebnis in der Sache steht.

Wir können vermelden, dass im Wissenschaftsbereich Schwerpunkte nicht nur beibehalten, sondern auch ausgebaut worden sind. Es ist nicht gekürzt worden; wir verzeichnen Steigerungen. Der Koalitionsvertrag von 2004 wird nicht nur eingehalten, sondern an manchen Stellen wird das, was wir als Regierungsfraktion zu hoffen gewagt haben, sogar übertroffen.

Im Verhältnis zum Gesamthaushalt erhöht sich der Anteil von Wissenschaft und Forschung um fast 5 %. Die Verhandlungen zum Hochschulpakt haben zu einem guten Ergebnis geführt. Dabei geht es nicht nur um Geld. Dass wir die Studentenzahlen steigern konnten, hat sich auf den gesamten Bereich von Wissenschaft, Forschung und Kultur und auf die Attraktivität des Landes Brandenburg positiv ausgewirkt.

Im Kulturbereich ist als Schwerpunkt sicherlich die Musikschulfinanzierung zu nennen; auf die Sonderfinanzierung gehe ich noch ein. Es ist auch ganz hervorragend, dass wir den vollen Betrag für die Stiftung für das sorbische Volk halten konnten. Die Paraphierung des Theater- und Orchestervertrages sichert kulturelles und musikalisches Leben in der Mark. Die Arbeit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten hat dazu beigetragen, dass das Problembewusstsein in den Ländern Brandenburg und Berlin sowie beim Bund wächst. Dieser Bereich hat einen An Schub bekommen, obwohl das nur erste Maßnahmen sind. In jedem Fall gehen die Maßnahmen über den berühmten Tropfen auf den heißen Stein hinaus.

Zu den absoluten Zahlen. Der Einzelplan 06 wächst von 542 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 560 Millionen Euro im Jahr 2008 und 562 Millionen Euro im Jahr 2009; es sind sogar fast 563 Millionen Euro. Das entspricht relativen Veränderungen von 3,2 und 3,7 %. Das wirklich Gute an der Schwerpunktsetzung ist, dass das Ausgabenvolumen des Einzelplans 06 in relativer Hinsicht 2008 doppelt so stark ansteigt wie der Gesamthaushalt. Ich finde, das ist bemerkenswert. Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden mit 3 % mehr bedacht.

Mit Blick auf den Ministerpräsidenten möchte ich Folgendes unterstreichen: Dass es bei den Hochschulausgaben zu einem Zuwachs gekommen ist, hat unter anderem damit zu tun, dass der Hochschulpakt beim Ministerpräsidenten verhandelt werden soll. Ich habe es schon mehrfach gesagt: Das Jahr 2002 mit dem Wechsel an der Spitze der Landesregierung hat auch in dieser Hinsicht einen sehr großen Fortschritt gebracht.

Meine Damen und Herren! Kultur und Kirchen spielen eine wichtige Rolle; ich nenne in diesem Zusammenhang vor allen Dingen die Schlösserstiftung, die fest in den Haushalt eingebunden ist. Zwar gehört dieser Bereich nicht zu den absoluten Schwerpunkten, aber wir konnten wenigstens Konstanz erreichen. Das ist sehr bemerkenswert.

Was die Förderung der Kultur der Erinnerung angeht, weise ich darauf hin, dass Landesregierung und Bundesregierung dieses einmalige Denkmal des ehemaligen KGB-Gefängnisses in der Leistikowstraße erhalten und zu einer internationalen Gedenkstätte ausbauen. Ich verweise auch auf den besonderen Einsatz

der Ministerin für Ravensbrück, um an die Frauen zu erinnern, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten haben. Dieses Engagement könnte vom Rundfunk Berlin-Brandenburg stärker als bisher gewürdigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Von der Schlösserstiftung habe ich schon berichtet. Ich denke nur an das Neue Palais. Wir haben sicherlich alle die Brände auf Schloss Glienicke oder in der Anna-Amalia-Bibliothek im Hinterkopf. Der Sanierungsbedarf beläuft sich teilweise auf 10, 20, manchmal Hunderte Millionen Euro. Auch bei anderen Objekten ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Deswegen müssen die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund über die bisherigen Anstrengungen hinausgehen. Wir sind schon sehr dankbar, dass der Finanzminister aus den Fonds im Zusammenhang mit der Auflösung des SED-Vermögens nicht nur die Musikschulen mit 2 Millionen Euro, sondern auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten intensiv bedacht hat.

Meine Damen und Herren von der Opposition, jetzt will ich einen Teil Ihres Parts übernehmen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist aber nicht Ihre Aufgabe! Bleiben Sie bei Ihrer Aufgabe! - Heiterkeit)

Wir übernehmen eine Art Selbstverpflichtung; wenn man gut ist, kann man sich selbst Verpflichtungen auferlegen. Die 2 Millionen Euro sind hervorragend investiertes Geld, lösen aber nicht die strukturellen Probleme bei der Verwaltung der Musikschulen und der Entlohnung der Mitarbeiter. Die Musikschulen sind nicht die Sparschweine der Nation. Hier müssen wir weitere Überlegungen anstellen.

Ich sage in Richtung unseres Koalitionspartners - schade, dass mein großer CDU-Freund Klocksinn nicht da ist -: Man muss nicht den demokratischen Sozialismus kopieren. Man muss auch nicht mit Frau Kaiser essen gehen, obwohl das sicherlich interessant ist, weil sie den Unterschied zwischen Habermas und Bloch sofort erkennt, wenn man zum Beispiel ein falsches Zitat bringt.

Man kann durchaus der Auffassung sein, dass es auf der Grundlage unseres Musikschulgesetzes strukturelle Probleme gibt, die wir 2003, in einer extrem angespannten Haushaltslage, leider schaffen mussten. Aber blicken Sie einmal nach Thüringen oder nach Bayern! Dort ist das Bewusstsein, dass es sich um eine wichtige bildungsbürgerliche und bildungspolitische Aufgabe handelt, stärker ausgeprägt und drückt sich stärker in den Zahlen der Haushalte aus. Wir können die Kommunen nicht zwingen, alles auf Honorarkräfte umzustellen; denn die individuelle Betreuung, die Ensemblemusik, ist sehr wichtig.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Mein letzter Punkt betrifft das Filmorchester. Durch eine Gemeinschaftsaktion haben wir vieles erreichen können. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat seine Europamittel dafür verwendet, dass wir das Orchester nach Hause, nach Babelsberg, bekommen haben. Wir wollten das, obwohl die Musiker in Adlershof in ganz modernen Studioeinrichtungen arbeiten konnten. Dieses Orchester erbringt, ebenso wie die Musikschulen, eine großartige Leistung. An den allgemeinbildenden Schulen des Lan-

des Brandenburg verzeichnen wir einen Schülerrückgang um ein Drittel, manchmal sogar um die Hälfte. Die Zahl der Musikschülerinnen und Musikschüler hat sich aber um ein Drittel erhöht. Sie können sich vorstellen, was dort geleistet wird. Das Filmorchester erwirtschaftet 50 % seiner Mittel, manchmal sogar mehr, selbst, durch eigene Einspielungen. Wir brauchen es auch als Wirtschaftsstandort für die Filmproduktion und als Botschafter im Ausland. Nicht nur das Wirtschafts- und das Kulturministerium, sondern die gesamte Landesregierung müssen das Orchester von Herrn Beyer im Blick haben. Es muss uns mehr wert sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es ist ein großer Kultur- und Wirtschaftsfaktor im Land Brandenburg. Ich bitte den Koalitionspartner und auch den Partner auf der Linken: Wir haben gemeinsam viele Anstrengungen unternommen, müssen aber zu noch besseren Taten kommen.

(Kuhnert [SPD]: Stellen Sie einen Antrag, und klopfen Sie nicht solche Sprüche!)

- Herr Kuhnert, Ihre Zusammenkünfte, die Einladungen und Besprechungen sind das eine, aber konkrete Aktionen etwas anderes. Letzteres fehlt mir bei Ihnen oft. In diesem Sinne haben wir noch Nacharbeitungsbedarf. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Herr Dr. Niekisch. - Für die Landesregierung erhält Ministerin Wanka das Wort.

#### **Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 06, um den es hier geht, ist der Plan, in dem am häufigsten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ineinander übergehen. In diesen Einzelplan fällt natürlich die Verantwortung für die Denkmalpflege und die Erinnerungskultur. Ich bin froh, dass es gelungen ist, den Kulturhaushalt zu stabilisieren, was nicht einfach war. In den nächsten Jahren wird es nicht einfach sein, diese Stabilität des Kulturhaushaltes zu halten.

Eine einigermaßen konstante und stabilisierende Finanzierung war für den Bereich von Wissenschaft und Forschung nicht denkbar. Aufgrund dessen sind die Zuwächse - sowohl absolute als auch relative Zuwächse -, über die hier bereits gesprochen wurde, notwendig und gut vertretbar. Zudem wird durch diese Zuwächse deutlich, dass das Wort Prioritätensetzung für den Wissenschafts- und Forschungsbereich auch umgesetzt wird.

Nun zu drei Punkten in diesem Bereich, zunächst zu den Hochschulen. Im Jahr 2001 ist mein Ressort mit 194 Millionen Euro für die Hochschulen in Gänze gestartet. Nun stehen uns mehr als 50 Millionen Euro mehr zur Verfügung, was ein enormer Zuwachs ist. Für die Hochschulen ist nicht nur wichtig, dass sie eine entsprechende Finanzhöhe erhalten. Genauso wichtig ist die Sicherheit, dass sie nicht von Jahr zu Jahr abwarten müssen, wie die Haushaltsverhandlungen verlaufen. Diese Sicherheit wird durch den Pakt, den wir mit den Hochschulen im

Land Brandenburg geschlossen haben - den Hochschulpakt -, aber auch durch den Pakt mit dem Bund realisiert.

Ebenso wichtig wie die Finanzen ist das, was in den Stellenplänen zu finden ist. Diesbezüglich hat die Landesregierung bei allen Versuchen, Personal innerhalb der Landesregierung einzusparen, für den Bereich von Wissenschaft und Forschung alle Stellen ohne Kürzung bis in das Jahr 2012 fortgeschrieben. Das ist für die Hochschulen genauso wichtig wie die entsprechende Grundfinanzierung.

Jedoch sind nicht nur die Summe und das Personal wichtig, sondern auch die Art und Weise, wie mit dem Geld umgegangen werden kann. Der Bereich der Hochschulen ist innerhalb der Landesregierung der Bereich, in dem mittlerweile die größten Freiheitsgrade für den Umgang mit Geld erreicht sind. Damit meine ich nicht nur, dass es Globalhaushalte gibt bzw. dass man innerhalb der Stellenpläne sehr variabel sein kann, sondern ich denke dabei auch an die Dinge, die wir im Hochschulpakt noch vereinbart haben und mit denen wir eine gewisse Vorbildwirkung für den Rest der Landesregierung im Bereich der Hochschulen realisieren wollen.

Die relative Gerechtigkeit bei der Verteilung der Gelder haben wir nach einem langen Diskussionsprozess seit 2004 hergestellt. Demnach wird die Gesamtsumme von nahezu 250 Millionen Euro eigenverantwortlich in meinem Ressort nach Leistungsindikatoren bei den Hochschulen verteilt. Dabei handelt es sich um Leistungsindikatoren, die klar erkennbar und in einer übersichtlichen Anzahl vorhanden sind. Es geht vor allem um folgende Frage: Was sind die Ziele der Landesregierung? - Wenn ich einige wenige Erfolge der Hochschulen in dem Zeitraum von 2004 - in diesem Jahr führten wir dies ein - bis 2007 nenne, dann ist unter anderem zu erwähnen, dass die Zahl der Absolventen - es gab Studiengänge mit Hunderten Studenten und 30 Absolventen im Jahr -, die wir insgesamt im Land Brandenburg haben, um 40 % gestiegen ist. Zudem ist ein Anstieg der Drittmittel um 37 % und der Promotionen um 31 % zu verzeichnen. Demnach kann der Landtag gewiss sein, dass das dort investierte Geld gut und effizient eingesetzt wird und dass sich die Bausteine unseres Hochschulfinanzierungssystems auch so deutlich in den Leistungen widerspiegeln.

Des Weiteren sind wir - Herr Jürgens sprach es bereits an - erstmalig in der Lage, für die nächsten drei Jahre ein Zusatzprogramm in Höhe von 85 Millionen Euro für die Hochschulen aufzulegen. In diesem Zusatzprogramm - eine detaillierte Ausführung ist aufgrund der begrenzten Redezeit jetzt nicht möglich - sind die landespolitisch wichtigen Dinge enthalten - unter anderem Erhöhung der Studierneigung, stärkere Wirksamkeit für die kleine und mittelständische Industrie, mehr Innovation, Transferleistung, aber auch das, was die Studenten wollen und was entscheidend ist: Qualität der Lehre -, die mit diesem Sonderprogramm gefördert werden.

Ein zweiter Punkt sind die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dort funktioniert alles immer sehr gut. Die kommen in der Debatte immer etwas zu kurz. Über den Ansatz der Linken heute früh - Frau Kaiser ist jetzt nicht anwesend - war ich schon verblüfft. Aufgrund dessen muss ich deutlich das bekräftigen, was Rainer Speer darauf geantwortet hat: Gesellschaftlicher Fortschritt ist keine Sache, die in Deutschland einzelnen Unternehmen überlassen wird, sondern es gibt eine staatliche Verantwortung, und es gibt - im Gegensatz zu Japan

und anderen Ländern - in Größenordnungen eine Finanzierung für Forschung - für Grundlagenforschung, für angewandte Forschung -, um es eben nicht privatwirtschaftlichen Institutionen bzw. dem einzelnen Unternehmen zu überlassen.

Das spiegelt sich auch in den Finanzierungsstrukturen wider. Die Finanzierungsstrukturen im Forschungsbereich sind kompliziert. Darin ist der Bund und sind die anderen Bundesländer - immer nach verschiedenen Schlüsseln und mit sehr schwierigen Abstimmungsprozeduren - involviert. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verständigt und den Pakt für Forschung und Innovation geschlossen. Damit wurde beschlossen, dass im Bereich von Forschung eine jährliche Steigerung von 3 % in den Haushalten zu finden ist.

Wenn Sie unseren Haushalt in den Jahren 2007 und 2008 vergleichen, ist eine Steigerung von 6,5 % festzustellen. Dies entspricht einer guten Übererfüllung der 3%-Klausel. Diesbezüglich profitierten wir auch davon, dass die Mittel, die der Bund bereitstellt, andere Länder zum Teil nicht abrufen konnten, weil sie die Kofinanzierung nicht leisten konnten. Somit konnten wir an dieser Stelle mit den Landesmitteln sehr gut agieren. Die 6,5 % verteilen sich jedoch nicht gleichmäßig auf alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Vielmehr werden die Mittel nach wettbewerblichen Verfahren verteilt. Dabei gibt es durchaus Institute, die überproportional gut abschneiden.

Ab dem Jahr 2009 finden Sie im Haushaltsplan ein neues Forschungsinstitut - ich bin sehr stolz, dass es gelungen ist, es zu etablieren -, und zwar das Zentrum für Zeithistorische Forschung. Dabei handelte es sich um eine der Einrichtungen, die nach der Wende gegründet wurden, bei der klar war, wie sie bis zum Jahr 2007 finanziert wird. Danach besteht die Gefahr, dass diese Einrichtungen nicht weiter existieren können. Es ist uns gelungen, das Zentrum für Zeithistorische Forschung als ständige außeruniversitäre Forschungseinrichtung, als Leibniz-Institut, zu etablieren. Das heißt, sowohl der Bund als auch alle Bundesländer finanzieren dies ab dem Jahr 2009 mit. Das, denke ich, ist vor allem für den Bereich der Geisteswissenschaften und im Jahr der Geisteswissenschaften ein außerordentlich wichtiger Erfolg.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zur Kultur. Im Kulturbereich gehen wir von 77 Millionen Euro in diesem Jahr aus. Dieser Betrag - auch für die Schlösserstiftungen, die dazu kommen - wird im Jahr 2008 auf 81 Millionen Euro und anschließend auf 83 Millionen Euro erhöht. Diesbezüglich möchte ich einen kleinen Kritikpunkt anbringen. Auf der Homepage der Fraktion DIE LINKE ist zu lesen, die Landesregierung ziehe sich in der Kultur aus der Förderung zurück. Die Zahlen belegen jedoch etwas anderes. Dieser eben genannte Aufwuchs zeigt deutlich, dass wir uns aus keiner Förderung zurückziehen. Vielmehr versuchten wir - ich denke, Herr Falk kann dies bestätigen - in den letzten Jahren mit Verpflichtungsermächtigungen, im Bereich der Kultur ein Mehr an Sicherheit zu erreichen, dass man weiß, was man in den nächsten Jahren erhält. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Nun zu den Baumitteln. 51 Millionen Euro sind für den Hochschulbau angesetzt. Diesen Betrag hatten wir bereits in den letzten Jahren, er ist in der mittelfristigen Finanzplanung fortgeschrieben und bleibt auch so. Zu diesen 51 Millionen Euro zähle ich noch die Kulturinvestitionsmittel, also das, was wir unter

anderem für Neuzelle im Haushalt veranschlagt haben. Dann kommen wir dazu, dass von den gesamten Landesmitteln, die im Bau eingesetzt werden, 35 % auf meinen Etat, auf den Einzelplan 06, entfallen. 35 % sind ein großes Bauvolumen, wenn man berücksichtigt, dass der Haushaltsansatz des Einzelplans 06 lediglich 5,5 % des Landshaushalts ausmacht.

Fast wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass wir als Ressort in den letzten Jahren bei den EU-Mitteln nicht schlecht abgeschnitten haben. In dieser Förderperiode sinkt die Gesamtsumme der EU-Mittel. Trotz der insgesamt sinkenden EU-Mittel ist der Anteil, den wir für den Bereich Wissenschaft und Forschung akquirieren konnten, gestiegen, sodass das Gesamtvolumen, das wir baulich umsetzen werden, sehr erfreulich ist. Insgesamt kann ich demnach sagen, dass die Prioritätensetzung der Landesregierung nicht nur verbal erfolgt, sondern sich auch in diesem Haushalt widerspiegelt. - Ich freue mich über Ihre Zustimmung.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin Wanka. - Für die Fraktion DIE LINKE erhält Frau Kollegin Meier das Wort. Sie möchte all das sagen, was der Kollege Jürgens vorhin nicht zu Herrn Dr. Niekisch gesagt hat.

#### **Frau Meier (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Niekisch, manchmal denkt man, man glaubt es kaum. Bisher war ich immer sehr nachsichtig und habe gedacht: Gut, er ist ein zerstreuter Mensch, hat viel zu tun, ist wichtig. - Aber bei dem, was Sie heute so erzählt haben, musste ich mich sogar mit Mitgliedern der SPD-Fraktion verbünden und sagen: Irgendwann ist es mit Ihnen nicht mehr schön.

(Oh! von der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Dies tue ich übrigens sehr gern, weil es sehr kluge Menschen in Ihrer Fraktion gibt. Das muss ich einmal sagen.

Schaut man sich die für Kultur relevanten Kennziffern im Haushalt an, wird man schnell feststellen, dass hier folgendes Prinzip herrscht: Die Zahlen des Vorjahres sind auch die Zahlen des Folgejahres. - Man könnte sich entspannt zurücklehnen und sagen, dies sei nichts Dramatisches. Jedoch trägt der Schein, wenn man ins Detail geht bzw. etwas genauer hinsieht.

Zum Filmmuseum Potsdam - im Übrigen eine der renommiertesten kulturellen Einrichtungen Brandenburgs, die weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist und sowohl durch aufsehenerregende Ausstellungen als auch durch ihr Filmprogramm von sich reden macht: Dieses Museum muss eine empfindliche Personalkürzung hinnehmen. Eine hervorragend funktionierende Einrichtung wird Einschnitte beispielsweise beim Programmangebot hinnehmen müssen, weil es in der bisherigen Form nicht mehr leistbar sein wird. Um das etwas abzufangen, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie inzwischen auch in vielen anderen Kultureinrichtungen einspringen und sich mehr, als es die Bezahlung hergibt, für Haus und Thema einsetzen. Wir beantragen die Aufstockung der Personalmittel und die damit verbundene Veränderung des Personalplans im Wirtschaftsplan des Filmmuseums.

Zur Stiftung, die Frau Wanka bereits angesprochen hat: Stellen Sie sich vor, der Bundesrechnungshof rügt ein Bundesministerium, und der Haushaltsausschuss sperrt diesem Ministerium ein Drittel der Mittel. Nicht vorstellbar? Doch! Im Hinblick auf die Förderung der sorbischen Kultur und Sprache - und darum geht es bei der Stiftung für das sorbische Volk - ist das leider Realität. 2,6 Millionen Euro von 7,6 Millionen Euro wurden vom Bundestag gesperrt. Staatsminister Neumann erdreistete sich sogar, die Kritik des Rechnungshofs als Begründung für eine weitere Absenkung zu missbrauchen, hat aber bis dato noch keine Stellungnahme zum Prüfbericht zustande gebracht.

Was macht die Brandenburger Landesregierung? Sie sperrt ein Viertel der Landeszuschüsse. Ihre jetzige Begründung, Frau Ministerin, ist die des Bundes. Damals in der Aktuellen Stunde, in der die Sorben anwesend waren, klang das alles noch ein bisschen anders. Durch diese Politik im Bund und hier im Land gefährden Sie unikate Einrichtungen und Projekte, eine von vier autochthonen Minderheiten in Deutschland, und Sie bedienen Vorurteile in der deutschen Mehrheitsbevölkerung.

Selbst der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion richtete seine Kritik an Brandenburg und Sachsen, die sich einer vernünftigen Lösung verschließen würden. Steuern Sie also um, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu!

Zum Thema Deutsches Filmorchester Babelsberg, ein Thema, dessen ich mich immer wieder annehmen werde, bis Sie, Frau Wanka, endlich gewillt sind, über dieses Thema in einem vernünftigen Ton und sachlich zu reden. Ich sehe es nicht ein, mich von Ihnen in einer für eine Ministerin absolut unwürdigen Weise beschimpfen zu lassen, nur weil ich den Finger in eine Wunde lege, die Sie am liebsten ausbluten lassen würden. Ich habe es bereits mehrfach gesagt und auch immer wieder gewürdigt, dass es sowohl vom Land als auch vom Bund ein großes Engagement gab, die Finanzierung des Umbaus der neuen Wirkungsstätte des Filmorchesters zu stemmen. Aber was nützt das schönste Studio, wenn dem Orchester selbst das Wasser bis zum Hals steht und die Musiker trotz übervoller Auftragsbücher am Ende des Monats feststellen, dass sie als Gegenwert für permanentes Schaffen von kulturellen, sozialen und karitativen Werten eine Entlohnung auf Hartz-IV-Niveau erhalten.

Und, Herr Niekisch - da kommen Sie das erste Mal ins Spiel -, ich bin traurig und wirklich sauer, dass der Arbeitskreis Kultur der Koalition erst den Intendanten des Orchesters einladen muss, um dann vom zuständigen Fachpolitiker, nämlich Ihnen, zu hören, dass es da Probleme gibt, und dann festzustellen, dass der Zug längst abgefahren ist und keine Mittel mehr in den Haushalt eingestellt werden können. Das Signal, das wir damit für diesen Kulturbotschafter des Landes setzen, ist verheerend und zeichnet nicht gerade ein erfreuliches Bild von unserer Arbeit hier im Parlament.

Ich möchte ein weiteres Problem ansprechen, das für alle Kulturträger zutrifft, unabhängig davon, ob sie eine institutionelle oder Projektförderung bekommen oder sogar eine Landeseinrichtung sind. Wenn wir zunächst festhalten, dass gedeckelte Finanzausweisungen besser sind als gestrichene Finanzen, müssen wir auch sichtbar machen, dass bei allen Bemühungen der Macher vor Ort um Sponsoring, Personaleinsparungen, Kooperationen mit anderen Einrichtungen, um Synergieeffekte und um manche kleine Schliche die Einsparmöglichkeiten einfach endlich sind.

Als Vorstandsvorsitzende des Theaters des Lachens, dem einzigen professionellen Puppentheater im Land Brandenburg, erlebe ich ständig, wie bei meinen Mitarbeitern und den mit uns kooperierenden Häusern die Kreativität bei der Suche nach Drittmitteln bzw. Einsparmöglichkeiten immer wieder stark gefordert ist. Aber ab einem bestimmten Punkt geht es nicht mehr nur noch um Einschränkungen in der Qualität, sondern dann müssen Projekte oder ganze Einrichtungen infrage gestellt werden. Auch diese Häuser haben höhere Betriebskosten, es kommen höhere Fahrtkosten, höhere Druckkosten etc. zustande. Schaut man sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren an, stellt man fest, dass die erwähnte Stabilisierung auf unterem Niveau gefangen ist. Das geht aus den Übersichten der Landesregierung hervor. Hier wurde in der Vergangenheit deutlich gespart. Die Kultur hat ihren Anteil geleistet, was bekanntermaßen zu schmerzlichen Brüchen geführt hat.

Der Standortfaktor Kultur wird immer wieder hervorgehoben, und es wird inzwischen auch überall erkannt, dass Kultur Teil des Aufschwungs ist. Kultur muss dann aber auch an diesem Aufschwung partizipieren dürfen. Lassen Sie mich vier Beispiele nennen: Die Bibliotheken. Es werden Aktionen unternommen, um in einer zunehmend digitalisierten Welt Kinder und Jugendliche an das Lesen und den Umgang mit Büchern heranzuführen. Es gibt den Tag des Buches, den Vorlesetag, die Aktion Lesen und vieles mehr. Demgegenüber steht allerdings der gefährdete Zugang zum Medium Buch. Bücher sind teuer. Sozial schwache Familien werden immer zuerst Essen und Kleidung kaufen, bevor sie 30 Euro für einen Harry-Potter-Band ausgeben. Bücher sind aber auch Nahrung. Insofern brauchen wir die Bibliotheken als „geistige Suppenküchen“. Mit ihrer finanziellen Situation können die Bibliotheken dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Auch die Kommunen können das vielfach nicht auffangen. Also wird es wohl auch weiterhin Schließungen von Standorten geben. Das können wir nicht ertragen.

Die Musikschulen brauchen dringend einen Aufschlag - da kommen Sie, Herr Niekisch, wieder ins Spiel - . Wir fordern eine Novellierung des Musikschulgesetzes und unterstützen damit auch die Forderung des Landesverbandes der Musikschulen. Eine stete Arbeit auf gleichbleibend hohem Niveau ist nur möglich, wenn die Schulen und Lehrer ernstgenommen und dementsprechend finanziert werden. Mein Kollege Hoffmann bereitet das seit langem vor und versucht immer wieder, Sie von der Koalition mit an die Seite zu holen, um einen gemeinsamen Antrag einzubringen, so wie es der Landesverband der Musikschulen gefordert hat. Der hat nämlich ganz ausdrücklich gesagt, dass sich die Musikschulen ein gemeinsames Agieren aller drei großen Fraktionen wünschen. Mein Kollege hat die Vorarbeit geleistet, jetzt wäre es an Ihnen, endlich einmal nachzuziehen.

Zum Thema Gedenkstätten, das auch schon angesprochen worden ist: Wir sind der Meinung, dass dringend mehr pädagogisches Personal für Führungen von Kinder- und Jugendgruppen durch die ehemaligen Konzentrationslager benötigt wird. Es darf nicht sein, dass Schulklassen, die sich dank engagierter Lehrerinnen und Lehrer aufmachen, Geschichte hautnah zu erfahren, abgewiesen werden müssen, weil das pädagogische Personal völlig überlastet ist.

Zu den freien Trägern: Unser Antrag, für die freie Theaterszene mehr zu tun, ist im Ausschuss abgelehnt worden. Angesichts der demografischen Entwicklung, der steigenden Besucherzahlen und der exzellenten Professionalität der darstellenden Kunst, die wir erleben dürfen, muss mehr getan werden.

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Niekisch?

#### **Frau Meier (DIE LINKE):**

Ja, bitte.

#### **Dr. Niekisch (CDU):**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, um einmal zur Wahrheit zu kommen - ich möchte es etwas drastisch einleiten -: Es gibt manche Leute, die denken, dass Maxim Gorki übersetzt „große Gurke“ heißt und aus dem Spreewald stammt. Auf das, was Sie zum Filmorchester gesagt haben, möchte ich erwidern: Wir arbeiten seit Monaten an einer Lösung. Koalitionspartner müssen sich einigen. Sie stehen daneben, legen die Hände in den Schoß und tun nichts. Das ist der Unterschied. Wir werden eine Lösung finden.

Sind Sie mit mir einer Meinung, dass Sie aus diesem Bericht, den Sie von unserem Arbeitskreis erhalten haben, sachlich richtig zitieren sollten?

#### **Frau Meier (DIE LINKE):**

Es tut mir leid, aber da müssten Sie sich untereinander in der Koalition verständigen; denn der Bericht, den ich aus diesem Arbeitskreis bekommen habe, ist mir aus Ihrer Koalition bestätigt worden. Insofern kann ich dazu nicht viel sagen.

Ich lege meine Hände bestimmt nicht in den Schoß. Sie können gern einmal mit Herrn Beyer reden, wie sehr ich mich für dieses Filmorchester einsetze. Sie wissen, was im Kulturausschuss dazu gelaufen ist. Sie sind einfach zu spät aufgestanden und haben gesagt: Ich weiß, da gibt es ein Problem, aber was sollen wir denn machen? - Sie sind der Zuständige für Kultur, weil beiden Ministerien mit Frau Wanka und Herrn Junghans Politiker von der CDU vorstehen. Insofern wäre es an Ihnen gewesen, einen Antrag einzubringen. Wenn wir einen Antrag einbringen, wird er sowieso abgelehnt, also was sollen wir machen? Insofern war unser Ansinnen, gemeinsam dafür zu agieren. Das ist nicht passiert.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Abschließend möchte ich Folgendes sagen: Kulturpolitik hat nicht nur die Aufgabe, Kunst, Kulturgüter und die sich darum bemühenden Menschen zu verwalten. Sie ist viel mehr. Vor allem sollte sie ein Gespür dafür entwickeln, wo Sparen zugunsten der Kunst möglich ist und wann es anfängt, ihr zu schaden; denn Kultur ist etwas Besonderes. Sie ist nicht nur ein Hort für all das, was die Menschen im Laufe der Jahrhunderte gelernt, geschaffen und interpretiert haben. Sie ist vielmehr ein Bewahrer und Kreativwerkstatt für die menschliche Intelligenz, die Seelen- und Gefühlswelt und damit Fundament unseres Lebens, unserer Lebenskultur und nicht zuletzt auch ein Stück gesellschaftliches Korrektiv.

Solange Sie, Frau Wanka, und bis auf wenige rühmliche Ausnahmen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, mit dem Haushalt das Signal geben, dass Kulturförderung nur eine Förderung von Spielwiesen durchgeknallter Lebenskünstler ist, und Sie den Sinn, Wert und Nutzen von Kunst

und Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger nicht begreifen können oder wollen, werden wir diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Soweit Frau Kollegin Meier von der Fraktion DIE LINKE. - Jetzt hat der Kollege Werner von der CDU das Wort.

**Werner (CDU):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte anfangs schon die Befürchtung, dieser Haushalt würde in totaler Harmonie aufgehen. Das mag auf der einen Seite vielleicht ermunternd sein, auf der anderen Seite wurde es mir doch etwas unheimlich, wie so etwas geschehen kann. Aber, Gott sei Dank, hat Frau Meier die Verhältnisse wieder geradegerückt und gezeigt, woher die Opposition ihre Argumente nimmt.

Ich möchte mit dem letzten Punkt anfangen: Frau Meier, ich muss im Namen der Koalition entschieden zurückweisen, wie Sie hier versuchen, uns zu unterstellen, wie wir Kultur definieren würden.

Ich glaube, darüber gibt es in der Koalition eine ganz andere Auffassung als das, was Sie uns hier ungerechtfertigterweise unterzujubeln versuchen.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Wenn Sie in Bezug auf die Finanzierung der Sorbenstiftung davon reden, dass wir damit dazu beitragen würden, Vorurteile in der Bevölkerung zu bedienen, dann ist das ebenfalls unverschämt. Sie haben die Diskussion, die wir seit gut einem Jahr hier führen, sehr wohl verfolgt. Es hat einen Antrag gegeben, es hat drei Anfragen gegeben, und es hat eine Aktuelle Stunde gegeben. Es hat lange Zeit keine Entwicklung beim Bund gegeben. Jetzt hat es eine Entwicklung beim Bund gegeben; diese ist nun einmal, wie sie ist. Wir haben aber auch im Ausschuss deutlich gesagt, dass wir auch ein gewisses Druckmittel gegenüber dem Bund brauchen; denn wenn wir das beim Bund durchgehen lassen, können wir die Finanzierung völlig vergessen. Dann haben wir zwar unseren Anteil geleistet, und dann hat die sächsische Seite ihren Anteil geleistet, aber der Bund zieht sich zurück bzw. entspermt die Mittel nicht. Also wollen wir doch schauen, wie wir das hinbekommen und wie wir den Bund wirklich dazu motivieren können, die Mittel zu entsperren, damit auch wir das realisieren können. - Zum Filmorchester hat der Kollege Niekisch schon eine Zwischenfrage gestellt; darauf muss ich mich hier nicht weiter konzentrieren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beschließen morgen ein Sportförderungsgesetz. Ich gebe zu, dass es in unserer Fraktion zunächst einige Diskussionen gegeben hat, vor allem wegen der Deckelung „nach unten“. Der Sportminister hat dankenswerterweise beim Einzelplan 05 über die Umstände gesprochen, die dazu geführt haben.

(Unruhe)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Herr Kollege Werner, einen kleinen Moment, bitte. Darf ich die Kollegen einmal ermahnen, zuzuhören oder wenigstens so zu tun, jedenfalls nicht mit anderen Leuten zu reden. Es ist einfach unerträglich, jemanden, der spricht, dadurch zu stören, dass man mit anderen spricht. Danke sehr.

**Werner (CDU):**

Danke, das ist sehr ehrenwert, Herr Präsident; ich bin einiges gewöhnt, ich habe auch ein lautes Organ und könnte etwas lauter sprechen.

(Frau Alter [SPD]: Dann setzen Sie es auch ein!)

Für den Sportbereich ist es durchaus richtig und wichtig, und ich begrüße es auch, dass wir diesen wichtigen Teil der Jugendförderung, speziell der Freizeitgestaltung, finanziell derart ausgestalten. Nun haben wir folgende Situation an den Musikschulen: Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar, dass er sofort gesagt hat, dass die Musikschulen die 2 Millionen Euro erhalten können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sicherlich sind auch nicht immer alle Kolleginnen und Kollegen der Koalition mit jeder Entscheidung des Finanzministers einverstanden; sicherlich wird er auch in der Koalition nicht immer gelobt. Aber an dieser Stelle tue ich das ausdrücklich, indem ich sage: Das war richtig so; das ist Geld, das sinnvoll investiert wird. - Ich habe zwei Haushaltspläne vorher zum Thema Justizvollzug gesprochen. Wenn ich diese beiden Dinge zusammennehme - Sportschulförderung und Musikschulförderung -, dann, muss ich sagen, ist das schon ein Mosaikstein und ein Beitrag dafür, dass die Justizministerin möglicherweise in den nächsten Jahrzehnten nicht so viele „Klienten“ bekommt, wie sie jetzt noch hat. Es lohnt sich, in diesen Bereich zu investieren.

Nun ist Thomas Falk, der Geschäftsführer des Musikschulverbandes, der ganz gespannt unserer Debatte lauscht, eifrig dabei, die Konzepte für diese 2 Millionen Euro zu erarbeiten. Allerdings muss ich an dieser Stelle etwas Wasser in den Wein gießen: Dieses ist nicht das Geld, das wir ursprünglich für die Novellierung des Musikschulgesetzes einsetzen wollten, sondern es wird für Projekte und bestimmte andere Dinge, zum Beispiel Anschaffung von Musikinstrumenten, Unterstützung von sozial Schwachen usw., verwendet. Ich möchte damit nicht sagen, dass dies nicht notwendig ist, im Gegenteil, wir begrüßen es ausdrücklich. Vonseiten des Musikschulverbandes, insbesondere von Thomas Falk sowie von einzelnen Musikschulleitern, hat es sehr viele lobende Worte gegeben. Von daher ist dieses Geld gut und richtig angelegt. Wir arbeiten an den Konzepten; im Januar werden wir einen ersten Konzeptentwurf auf dem Tisch haben, werden diesen im Vorstand beraten und dann damit sicherlich auch das Wohlwollen des Finanzministers und der Landesregierung erringen.

Gleichwohl möchte ich uns noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir von dem Vorhaben der Novellierung des Musikschulgesetzes nicht abweichen sollten. Wir haben aus Gründen, die auch schon dargestellt wurden, eine Reduzierung der ursprünglichen Finanzierung von 3,32 Millionen auf 2,6 Millionen Euro vorgenommen; das ist eine Reduzierung um mehr als ein Fünftel. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 - ich darf einfach einmal

die Zahlen nennen, damit Sie ein Gespür dafür bekommen, worüber wir hier reden - hatten wir landesweit einen Rückgang der Schülerzahlen um 35,2 % von rund 360 000 auf 233 000 Schüler. Wir haben in diesem Zeitraum, in den letzten sieben Jahren, einen Aufwuchs der Schülerzahlen an den Musikschulen von 25 000 auf fast 31 000 - das ist ein Aufwuchs um 23,1 %, und das trotz der sinkenden Schülerzahlen. Wenn ich es anders ausdrücken darf: Im Jahr 2000 hatten wir, gerechnet auf die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen, nicht einmal 7 % Musikschüler. Wir sind jetzt bei über 13 %.

Wenn ich ein Beispiel aus meinem Landkreis nennen darf: Der Landkreis Elbe-Elster hat über 2 000 Musikschüler, das ist ein Anteil von mehr als 20 % der Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Wenn diese Entwicklung wenigstens auf diesem Level bleibt, ist das ein wichtiger Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Erziehung und zur Bildung von jungen Menschen.

Wir haben 28 anerkannte Musikschulen im Land. Wir haben Unterricht in 287 Städten und Gemeinden. Wir haben 1 280 Musikschullehrkräfte, davon aber leider nur noch 25 % fest angestellt. Von daher halte ich es schon für dringend erforderlich, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir dieses Musikschulgesetz novellieren können, sodass wir zumindest wieder auf die Förderung kommen, die wir bei der Entstehung des Musikschulgesetzes hatten. Das heißt, dass wir mindestens 724 000 Euro einsetzen, dass wir aber auch anderen Parametern Rechnung tragen. Zum Beispiel ist die Wochenstundenzahl durch den Anstieg der Schülerzahlen um 9,2 Stunden gestiegen; auch das muss irgendwie finanziert werden.

Es hat Tarifsteigerungen gegeben; wir reden gerade über die niedrigen Honorare. Es sind Hochschulkkräfte - hoch ausgebildete, leistungsfähige Lehrer, die im Schnitt 15 bis 16 Euro pro Stunde bekommen. Ich möchte aber nicht weiter in die Details gehen, das wird alles noch zu erörtern sein. Von daher möchte ich noch einmal dringendst dafür werben, dass wir an die Novellierung des Musikschulgesetzes gehen, dass wir diesen Betrag wieder einsetzen, dass wir aber auch den Kunstbereich im Musikschulgesetz festschreiben und dass wir wie beim Sportförderungsgesetz, wo es eine Deckelung nach unten gibt, in einer anderen Art und Weise ein Netz und doppelten Boden einziehen, nämlich dass wir einen bestimmten Anteil von Festanstellungen gesetzlich vorschreiben, damit eine gewisse Qualität des Unterrichts gegeben ist und damit wir vor allem auch Ensemblesaktivität, Wettbewerbsvorbereitung und alles, was damit im Zusammenhang steht, weiterhin fördern können und dies auch weiterhin gewährleistet ist.

Wir können es in diesem Haushalt leider noch nicht bewerkstelligen, dafür hat in der Koalition ein wenig die Kraft gefehlt, aber ich möchte dafür werben, vor allen Dingen bei den Kolleginnen und Kollegen in den Koalitionsfraktionen, dass wir das innerhalb der nächsten zwei Jahre - noch vor Beendigung der Wahlperiode - in Angriff nehmen; denn wir wissen nicht, wie lange die 2 Millionen Euro reichen bzw. auf welchen Zeitraum sie verteilt werden. Das ist auch nur eine einmalige Finanzierung. Von daher mein dringender Appell, dass wir das ins Auge fassen und spätestens dann, wenn diese Wahlperiode zu Ende geht, wieder auf dem Stand sind, auf dem wir im Jahr 2000 bei der Verabschiedung des Musikschulgesetzes waren. Dafür werbe ich, und ich bitte Sie darum, dabei mitzutun. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Herr Kollege Werner. - Frau Ministerin Wanka erhält noch einmal das Wort.

#### **Ministerin Prof. Dr. Wanka:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich Frau Meier reden hörte, war ich verwundert über die mangelnde Kenntnis. Beispiel: Sie erwähnen den Antrag der LINKEN zur freien Theaterszene und sagen, das alles sei ganz schrecklich, wir würden es kaputtsparen.

Die freie Theaterszene ist außerordentlich wichtig, und ich engagiere mich dafür intensiv. Wir haben die Gelder von 2003 bis jetzt im Bereich der freien Theater gesteigert, und wir haben vor allem strukturelle Dinge gemacht. Denn es geht nicht nur immer alles übers Geld, vor allen Dingen nicht, wenn man nicht genügend hat. Wir haben zum Beispiel in den Theater- und Orchesterverträgen festgelegt, dass die Stadttheater, die kommunalen Theater verpflichtet werden, mit den freien Theatern zusammenzuarbeiten, ihnen Auftrittsmöglichkeiten zu geben. Wir haben im FAG festgelegt, dass Städte wie Rathenow oder Wittenberge, die Spielstätten ohne eigene Ensembles haben, dafür Geld aus dem FAG bekommen, also nicht nur die großen Theater, damit die freie Szene dort Auftrittsmöglichkeiten hat und Honorare bekommt.

Die Einschätzung in der freien Theaterszene unterscheidet sich jedenfalls von dem, was Sie hier gerade erzählt haben, deutlich. Wenn man in der bundesweiten Zeitschrift lobend über unsere, über meine Politik in diesem Bereich schreibt, dann ist das für mich nicht unwichtig; denn diese Leute kennen sich aus. Wir haben der freien Szene gerade - das können Sie vielleicht nicht so genau wissen - eine halbe Million Euro gegeben, damit sie ihre Ausstattung verbessern kann. Es ist das erste Mal seit 1990, dass das im Land Brandenburg möglich ist. Und Sie tun so, als ob das alles ganz schrecklich wäre und Sie darauf aufmerksam machen müssten.

Dieser Grad der Unkenntnis, Frau Meier, erstaunt mich. Sie haben im Jahr 2007 nicht einmal an der Hälfte der Sitzungen des Kulturausschusses teilgenommen. Dafür haben Sie sicher sehr gute Gründe. Aber meine Bitte ist, die Protokolle zu lesen oder aber das zu tun, was zum Beispiel Ihr Fraktionskollege tut - das haben Sie seit 2004, seit Sie in diesem Landtag sind, noch nie getan -, nämlich sich bei den Mitarbeitern meines Hauses über Details zu informieren, über die zu diskutieren weder im Ausschuss noch im Landtagsplenum die Zeit ist. Es ist meine dringliche Bitte, sich zu informieren, bevor man kritisiert. Mit der Einstellung: „Die Landesregierung begreift Kulturförderung als die Förderung irgendwelcher durchgeknallter Künstler.“ kann man nichts für die Kultur tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Frau Ministerin Wanka. - Wir sind am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06.

Es gilt zunächst, über folgende Änderungsanträge der DVU-Fraktion namentlich abzustimmen:

- zum Ersten über den Antrag in Drucksache 4/5490 zum Kapitel 06 020 Titel 685 31 neu;

- zum Zweiten über den Antrag in Drucksache 4/5491 zum Kapitel 06 020 Titel 685 32 neu;

- zum Dritten über den Antrag in Drucksache 4/5492 zum Kapitel 06 020 Titel 685 59;

- zum Vierten über den Antrag in Drucksache 4/5493 zum Kapitel 06 810 Titel 684 40.

Ich schlage vor, dass wir die namentliche Abstimmung wieder so durchführen, wie zuvor gehabt. Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Die Abgeordneten Frau Kaiser [DIE LINKE], Petke [CDU] und Dr. Woidke [SPD] geben ihr Votum ab.)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: 5 Abgeordnete stimmten mit Ja und 62 Abgeordnete stimmten mit Nein. Damit sind diese Anträge abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4329)

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 4/5587, zum Kapitel 06 810 Titel 684 20 ab. Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 4/5588, zum Kapitel 06 827 Titel 428 10 ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zum Einzelplan 06, Drucksache 4/5406, ab. Wer diesem Einzelplan seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 in der 2. Lesung verabschiedet.

Wir bleiben bei Tagesordnungspunkt 2, und ich rufe auf:

### **Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5407

Die Diskussion eröffnet Frau Abgeordnete Schier von der CDU-Fraktion.

### **Frau Schier (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Themen, von denen Menschen persönlich betroffen sind, berühren sie nachhaltiger als andere Themen. So ist es nicht verwunderlich, dass im Bereich Gesundheit und Soziales vermutlich die meisten Anhörungen im Rahmen der Ausschusssitzungen durchgeführt werden. Darüber hinaus gibt es aber auch viele persönliche Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit zahlreichen Verbänden.

Natürlich ist es den Menschen nicht egal, wenn im Rahmen der Fortschreibung der Krankenhausplanung eine Station im nächstgelegenen Krankenhaus geschlossen wird. Es ist ihnen auch nicht egal, wenn die ambulante Versorgung vor Ort nicht mehr gesichert ist oder sehr lange Wartezeiten beim Arzt notwendig werden. Wenn wir ehrlich sind, werden in kaum einem anderen Bereich so viele Forderungen bezüglich Hilfen und Unterstützung jeglicher Art geltend gemacht wie im Bereich Soziales.

Ich sage es ganz ehrlich: Es fällt oft schwer, Entscheidungen zu treffen, die insgesamt gerecht sind, weil alle in gleicher Weise bedacht werden wollen. Der Grundsatz, „Menschen, die arbeitsfähig sind, in Arbeit zu bringen, ist noch immer die beste Sozialpolitik“, gilt nach wie vor. Das wissen wir spätestens, seitdem hohe Arbeitslosenquoten dazu geführt haben, dass die finanzielle Last durch die verbliebenen Arbeitnehmer kaum noch zu schultern ist.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden mit hohen Sozialbeiträgen belastet, denn alles, was wir staatlicherseits verteilen und Bedürftigen geben, muss von denen erarbeitet werden, die in Arbeit stehen. Das wird insbesondere von der Partei DIE LINKE gern und oft verschwiegen, weil es populär ist, Forderungen zu stellen.

Für viele Probleme im sozialen Bereich oder in der gesundheitlichen Versorgung gibt es keine schnellen und einfachen Lösungen, beispielsweise bei der ambulanten Betreuung in Randregionen. In den Kreisen und Kommunen werden Angebote unterbreitet, Grundstücke günstig bereitgestellt oder günstige Kredite zur Übernahme der Praxen gewährt. Die Kassenärztliche Vereinigung sichert über eine gewisse Zeit ein Mindesteinkommen. Es wurden auch schon zusätzliche Stipendien gewährt. Das alles sind Angebote. Ob sie von jungen Medizinern angenommen werden, hängt von vielen anderen Faktoren ab. Ich denke an die Einführung der Gemeindegewerkschaft, die nach wie vor ein großes Für und Wider in sich birgt. Auch die Frage der Finanzierung ist noch offen.

In der stationären Betreuung verfügen wir nach wie vor über ein breit gefächertes Angebot. Mitunter reagieren Bürgerinnen und Bürger empört, wenn eine Geburtsstation im Krankenhaus vor Ort schließt und ein weiterer Weg zum Entbindungsort in Kauf genommen werden muss. An dieser Stelle möchte ich ganz deutlich sagen: Es geht vor allem um die Gesundheit von Mutter und Kind.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist ein weiterer Ausbau geriatrischer Stationen vonnöten. Doch das erfolgt alles in enger Abstimmung zwischen dem Ministerium und den Krankenhausträgern vor Ort.

Auch die Sterbehilfe und im Zusammenhang damit der Ausbau von Hospizen oder die Organspende sind Themen, die in regelmäßigen Abständen diskutiert werden.

Ein breit diskutiertes Thema waren die U-Untersuchungen für Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit der Verbesserung des Kinderschutzes. Frau Hartfelder ist darauf eingegangen; ich hoffe, man konnte es auch akustisch verstehen. Das Geld, das wir dort einstellen und ausgeben werden, ist gut angelegtes Geld.

Wie schwierig die Diskussionen sind, möchte ich am Beispiel des Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetzes aufzeigen. Bekanntermaßen wurde der Caritasverband gegen unseren Willen von der Schwangerschaftskonfliktberatung ausgeschlossen, weil kein sogenannter Beratungsschein ausgestellt wird. Die anderen Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung haben uns aufgesucht bzw. geschrieben und darauf hingewiesen, ihnen erscheine die landesweite Förderung als zu gering, und sie wüssten nicht, wie sie die Differenz - nämlich 20 % der Mittelaufbringen sollten. Daraufhin haben wir uns gemeinsam mit dem Koalitionspartner entschlossen, die Förderung durch das Land für das Jahr 2008 noch einmal auf 85 % anzuheben, um sie erst im Jahr 2009 auf 80 % abzuschmelzen.

Kurz danach war in der Presse zu lesen, in Schwedt würden Schwangerschaftsabbrüche bei polnischen Frauen vorgenommen, die vorher unsere Beratungsstellen aufgesucht hätten. Es stellt sich hier die Frage der Finanzierung, der Zielrichtung der Beratungsgespräche und der Aufgabenwahrnehmung.

Anhand dieses Beispiels möchte ich unterstreichen, wie schwierig es mitunter ist, richtige Entscheidungen zu treffen. Wo geglaubt wird, dass Geld zu verteilen ist, wird es auch immer Ansprüche geben. Der gesamte soziale Bereich verfolgt in gewisser Weise einen Nachteilsausgleich. Es wird immer Notwendigkeiten geben, Hilfen zu gewähren, Menschen zu helfen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch wiederholen: Alles, was an zusätzlichen sozialen Leistungen gewährt wird, muss von anderen erarbeitet werden. Sozialleistungen sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich die Rentner wieder mehr in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung stehen wir vor der Herausforderung, älteren Menschen, die der Hilfe bedürfen, nicht nur Plätze in Altenheimen anzubieten, sondern neue Wohnformen zu schaffen, die eher einem häuslichen Umfeld entsprechen. Die seniorenpolitischen Leitlinien sehen das auch vor.

Wie schwierig sich der Prozess der Umsetzung gestalten kann, erleben wir. Die Reform der Pflegeversicherung soll dazu beitragen, die Pflege im Alter zu verbessern. Das Geld, das in Form von Pflegeversicherungsbeiträgen entrichtet wird, soll bei den Menschen ankommen, die der Pflege bedürfen. Was wir nicht brauchen, ist zusätzliche Bürokratie, die eher behindert als hilft.

Auch dieser Diskussionsprozess wird weiterzuführen sein. Die Gesamtdiskussion um soziale Gerechtigkeit und um soziale Notwendigkeiten wird uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellen. Es ist ein Prozess, der nie abgeschlossen sein wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Wöllert.

#### **Frau Wöllert (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Schlagzeile, die kurz vor unserer Sitzung vor der Sommerpause grassierte. „Louis und Luna sind vom warmen Schulesen ausgeschlossen.“, und „Eine Lösung für die achtjährige Luna und ihren zehnjährigen Bruder Louis ist nicht in Sicht.“, hieß es in einer Sendung. Das war der Ausgangspunkt für unseren Antrag „Gesundes Mittagessen für Kinder“.

Es gab aufseiten der Koalitionsfraktionen für diesen Antrag wenig Verständnis. Frau Dr. Münch - jetzt ist sie leider gerade hinausgegangen - stellte fest:

„Ich kann nicht akzeptieren, dass Sie Geschichten dahin gehend zitieren, Kinder hätten kein Geld zum Essen.“

An anderer Stelle, als es um die Verdopplung der Zahl übergewichtiger und adipöser Kinder zwischen Einschulung und Beendigung der Sekundarstufe I ging, sagte sie, wir wissen nicht, was in den zehn Jahren passiert ist. Aber sie wusste dann wieder ganz genau, welche Lösung nicht infrage kommt. Ich zitiere sie noch einmal:

„Wir wissen lediglich, dass es nicht die Lösung sein kann, ein kostenloses Schulmittagessen zur Verfügung zu stellen.“

Liebe Kollegin - vielleicht übermitteln Sie es Ihrer Kollegin Dr. Münch, aber ich habe das ja auch aus der Fraktion der SPD genauso wie aus der Fraktion der CDU so vernommen -: Der Lernprozess, der seit dem Sommer bei Ihnen stattgefunden hat, ist äußerst erfreulich; denn am 7. Dezember erklärte Frau Dr. Münch in ihrer Pressemitteilung:

„Es ist unerträglich, dass viele Schülerinnen und Schüler mit leerem Magen die Schulbank drücken ...“

Sie sage weiter: 40 Euro, die das Mittagessen im Monat kostet, seien „für viele Arbeitslose zu viel“. Damit ist die Wende komplett. Ich gratuliere Ihnen herzlich dazu.

Herr Minister Rupprecht, auch Sie möchte ich noch einmal daran erinnern, was im Juli Ihre Meinung zu unserem Antrag war und was zur Lösung des Problems beitragen sollte. Sie wollten allen brandenburgischen Schulen eine Informationsbroschüre des Dortmunder Instituts für Kinderernährung zur Verfügung stellen und meinten, wir „brauchen keinen neuen und dirigistischen Eingriff des Landes in die Kompetenzen der Kitas und der Schulträger“.

Heute nun liegt wieder ein Antrag unserer Fraktion vor, der zum Inhalt hat, den Landkreisen und kreisfreien Städten 10 Millionen Euro als Zuschuss zu den Kosten des Mittagessens in Kindertagesstätten und Grundschulen zuzuweisen. Als ersten Schritt zu einem beitragsfreien Mittagessen für alle Kinder betrachten wir einen Kostenzuschuss für Kinder aus einkommenschwachen Familien, der nicht davon abhängig sein darf, ob ein Kind in einer finanzstarken Kommune, die sich ei-

ne solche Aufgabe freiwillig leisten kann, oder in einer finanzschwachen Kommune, die sich eine solche freiwillige Aufgabe nicht leisten darf, weil sie ein Haushaltssicherungskonzept hat, lebt. Deswegen sehen wir das Land in der Pflicht.

Louis und Luna leben übrigens in Jüterbog. Ausgerechnet in Jüterbog hat nun die CDU erklärt, sie will das kostenfreie Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler. Jüterbog liegt im Landkreis Teltow-Fläming, wo auch Frau Hartfelder zu Hause ist. Frau Hartfelder ist aus Krankheitsgründen verständlicherweise nicht mehr hier. Schade! Anlässlich der Forderung der Fraktion DIE LINKE nach einem kostenfreien Mittagessen sah sie schon das Gespenst des Kommunismus umgehen. So gespenstisch fand sie es dann doch nicht; denn sie sagte:

„Toll! Kommunismus! Jeder nach seinen Bedürfnissen!“

Das haben die Kollegen der CDU in Jüterbog wohl wörtlich genommen. Das nenne ich überholen ohne einzuholen. Vielleicht bringen Sie das nächste Mal einen Antrag ein und sagen dann wieder, Sie hätten das ja schon immer so gewollt.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Eine Lösung für Louis und Luna könnte jetzt sehr schnell in Sicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie brauchen heute einfach nur unserem Antrag zuzustimmen.

Obwohl gerade gegenwärtig wieder aufgrund von tragischen Vorfällen landauf landab von frühen Hilfen für Familien geredet wird, bleibt das Handeln der politisch Verantwortlichen in letzter Konsequenz halbherzig. So geschehen bei der finanziellen Ausstattung der Schwangerenkonfliktberatungsstellen, von denen meine Kollegin Schier hier schon gesprochen hat. Bereits bei der Diskussion zum Ausführungsgesetz wies ich für meine Fraktion darauf hin, dass die Ausstattung mit mindestens 80 % der Personal- und Sachkosten nicht ausreicht. Auch jetzt - die getroffene finanzielle Ausstattung wurde aufgrund des Antrags der Koalitionsfraktionen nur als Übergangsregelung beschlossen - bleibt im Vergleich zum Vorjahr immer noch ein Defizit von 260 000 Euro. Wer immer von Kinderschutz von Anfang an spricht, sollte auch so handeln. Das muss auch im Haushalt deutlich werden.

Leider fand der Antrag meiner Fraktion, der das sichergestellt hätte, weder im Fachausschuss noch im Haushaltsausschuss die erforderliche Mehrheit. Es macht schon nachdenklich, wenn das gerade in einer Zeit geschieht, in der die Politikerinnen und Politiker einander an Betroffenheit und guten Ratschlägen für Kinderschutz nur so übertreffen. Ich bitte Sie also: Überdenken Sie das noch einmal! Vielleicht können wir gemeinsam im Laufe des Jahres dann doch noch etwas daran ändern.

Ein Letztes zum Stichwort Entscheidungsfreudigkeit der Regierungsverantwortlichen: Als im Jahr 2003 die Finanzierung für die Beratungsstruktur für ehrenamtliche Betreuer eingestellt wurde, hat man wohl nicht damit gerechnet, dass die Folgekosten für wesentlich mehr jetzt hauptberuflich tätige Betreuer im Bereich des Justizministeriums enorm wachsen. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der zu betreuenden Personen nahezu verdoppelt. Das hat übrigens auch mit dem demografischen Wandel zu tun. Die anerkannten Betreuungsvereine weisen selbst darauf hin, dass sie finanziell nicht in der Lage sind, die notwendigen Schulungen für ehrenamtliche Betreuer

zu übernehmen. Ehrenamtliche wiederum fühlen sich ohne Weiterbildung nicht in der Lage, ihre verantwortungsvolle Aufgabe in hoher Qualität zu leisten, und ziehen sich zurück, weil sie verunsichert sind. Nun wurde im Fachausschuss durchaus bestätigt, dass das Problem erkannt wurde. Nach dem Protokoll zu urteilen ist es sogar schon seit zwei Jahren bekannt. Denn zwischen den beiden Fachministerien geht das Problem jetzt schon seit dieser Zeit hin und her, bislang ohne Ergebnis.

Wir finden es gut, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, das Thema nach Ihren Angaben jetzt auf die parlamentarische Ebene gehoben haben und nun noch einmal alles prüfen lassen. Noch besser aber wäre es, wir könnten heute eine Mehrheit für unseren Antrag gewinnen. Wir sind überzeugt, dass wir damit zwei Ziele erreichen. Zum einen wird die stetig steigende Kostenentwicklung für diesen Bereich im Justizministerium zumindest gestoppt und zum anderen erhöhen wir die Qualität der ehrenamtlichen Betreuung und stärken damit auch das Ehrenamt.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das wiederum wollen Sie doch auch, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalition. Also stimmen Sie doch bitte unseren Anträgen zu!

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Wöllert. - Es spricht jetzt die Abgeordnete Lehmann.

#### **Frau Lehmann (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Wöllert, wenn es für das Ego Ihrer Partei wichtig ist und wenn Sie davon ausgehen, dass für die Koalition die Partei DIE LINKE wichtig ist, damit wir überhaupt das Leben verstehen und begreifen und damit wir in der Adventszeit überhaupt auf Ideen kommen, will ich Ihnen das heute zubilligen.

(Beifall des Abgeordneten Karney [CDU])

Aber vielleicht sind es auch die 186 Millionen Euro, die Sie im Haushaltsplan 2008/2009 umschichten oder zusätzlich ausgeben wollten. Da fällt mir in Anlehnung an ein bekanntes Lied Folgendes ein: Wer soll das bezahlen? Wer hat das bestellt? Die Linkspartei will alles haben. Die Linkspartei drückt sich das Geld selbst. - Keine Sorge, die Weihnachtslieder hatten wir heute Morgen schon. Ich bin jetzt auch wieder lieb zu Ihnen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das passt gar nicht zu Ihnen!)

- Doch, das passt zu mir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Partei DIE LINKE, kommen Sie doch bitte von Ihrer Geldverteilungsmentalität weg!

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Och, das ist doch nicht wahr!)

Kommen Sie bitte davon weg, Themen zu besetzen. Ich glaube, Politik kann mehr und muss auch mehr. Allein mit Geldverteilen und mit der Herangehensweise, „ganz schnell und ganz wichtig“ dieses und jenes Thema zu besetzen, werden wir die Probleme in unserem Land nicht lösen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Mit leeren Versprechungen auch nicht!)

Es wird alles gut.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Natürlich verstehen wir Ihre Intention, einen Zuschuss für das Mittagessen an Schulen, die Einführung eines Sozialtickets und eine kostenlose Schülerbeförderung zu erwirken. Es geht darum - das ist klar -, Kinder und insbesondere Kinder aus armen Verhältnissen nicht auszuzugrenzen. Ob Sie es glauben oder nicht, das ist auch unser Wunsch.

**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Frau Lehmann, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Frau Lehmann (SPD):**

Ja.

**Frau Kaiser (DIE LINKE):**

Liebe Frau Lehmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das Land Brandenburg einen Schuldenberg von über 18 Milliarden Euro angehäuft hat, wir jedes Jahr 800 Millionen Euro Zinsen zahlen und in der ganzen Zeit kein Finanzminister der LINKEN am Ruder war. Das heißt Geldverteilungspolitik? Ich weiß nicht.

(Schulze [SPD]: Sonst wären es 28 Milliarden!)

Unter anderem bedingt durch die Mehrwertsteuererhöhung kommen Steuermehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen Euro zusätzlich in Brandenburgs Kassen. Es haben also alle Menschen, auch die Bezieher von Arbeitslosengeld II, einen Anteil an dieser Entwicklung. Meinen Sie nicht auch, dass es opportun ist, den Menschen ein klein wenig zurückzugeben, zum Beispiel in Form des Essengeldes für die ärmsten Kinder und die Möglichkeit, den ÖPNV zu benutzen?

**Frau Lehmann (SPD):**

Dass wir Schulden haben, nehme ich zur Kenntnis. Das ist richtig. Insofern kann ich die Umverteilungsaktion bzw. die Ausgabementalität erst recht nicht verstehen. Es steht außer Frage, dass wir über diese Themen diskutieren müssen. Dazu komme ich in meinen weiteren Ausführungen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Zu all den Diskussionen, die wir auf Landesebene führen, kommt hinzu, dass auf Bundesebene derzeit die Regelsätze und deren Bemessungsgrundlage überprüft werden. Es ist bekannt, dass das Bundesarbeitsministerium über ein Schuleingangspaket in Höhe von je 150 Euro nachdenkt. Wir wissen auch, dass

sich viele Kommunen in puncto Schülerbeförderung und Schulspeisung auf den Weg gemacht haben.

Ich will damit sagen: Vieles ist in Bewegung. Es wird an vielen Stellen auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert. All die Ideen, Überlegungen und Gedanken müssen wir fachlich, inhaltlich ordnen und strukturieren, wenn wir die Ursachen aufrichtig und ehrlich bekämpfen wollen. Hier ist eine allumfassende Betrachtung erforderlich. Lassen Sie uns hierbei - das ist unsere Empfehlung bzw. Bitte - in die Tiefe gehen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir den Lebenslagenbericht der Landesregierung bekommen, der mit vielen Sozialindikatoren besetzt sein wird: Sozialindikatoren wie die Nettoeinkommensentwicklung, die Vermögensverteilung, auch die Verschuldungssituation, die Wohnungssituation, der Bildungsstatus, öffentliche Transfers und die Arbeitswelt in Gänze. Ich glaube - ich kenne den Bericht nicht; er ist in Arbeit -, dass wir mit dem Bericht viele Indikatoren erkennen werden. Die europäische Sicht werden wir sicherlich einfließen lassen müssen. Wir werden dann möglicherweise zur Definition der Armut oder zur Definition des Armutsrisikos kommen. Wir werden dabei feststellen, dass von Armut per Gesetz - wie Sie, liebe Kollegen von der Partei DIE LINKE, es ständig propagieren - keine Rede sein kann.

(Beifall bei SPD und CDU)

Im sozialen Bereich konnten Ihre Geldverteilungsanträge im vorliegenden Haushalt nicht berücksichtigt werden. Der Kommunal-Kombilohn stellte in der Diskussion und bei der Aufstellung des Haushaltsplans bzw. des Einzelplans 07 eine außerordentlich große Herausforderung dar. Als wir in der Zeitung lasen - ich glaube, es war die „Schwerinerer ...“ „Oderzeitung“ oder so -,

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE: Schwerinerer Oderzeitung! Alles klar!)

dass Herr Lunacek berichtete, der Kommunal-Kombilohn würde bei etwa 7 500 Stellen eingeführt werden, wussten wir, dass von der CDU-Fraktion niemand mehr dazwischenfunken kann. Insofern herzlichen Dank an die CDU. Es ist also möglich, dass wir für die zwei Jahre 13 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt einstellen. Bis zum Jahr 2012 werden es 40 Millionen Euro sein. Das ist viel Geld, Geld, das wir in Langzeitarbeitslose investieren werden. Wir werden schwerpunktmäßig Regionen fördern, in denen sich eine hohe Arbeitslosigkeit verfestigt hat. Sie kennen die Zahl: 15 % +. Wichtig ist, dass wir im kommunalen Bereich, im Gemeinwohlbereich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen. Die Förderung ist für drei Jahre angelegt. Unsere Zielstellung besteht darin, mit diesem Programm vor allem jüngere, aber schwerpunktmäßig auch ältere Langzeitarbeitslose zu erreichen. Den Jüngeren soll eine Perspektive geboten, den Älteren der Übergang in die Rente ermöglicht werden. Das ist eine Vorsorgemaßnahme, um drohende Altersarmut zu vermeiden.

Für die Arbeitsmarktprogramme stehen in den beiden Haushaltsjahren 234 Millionen Euro zur Verfügung, davon allein 168 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Am Montag dieser Woche fand die ESF-Jahrestagung statt. Es war wohlthuend zu hören, dass die Vertreter aus Brüssel dem Bundesland Brandenburg bescheinigten, dass unsere Startpha-

se nicht nur gut, sondern vorbildlich ist. Unser Operationelles Programm ist als erstes bestätigt worden. Das ist ein gutes Aushängeschild, auch für das MASGF. Liebe Ministerin, Ihnen und Ihren Mitarbeitern gebührt unser Dank. Von den Brüsseler Vertretern besonders hervorgehoben wurde, dass wir uns mit diesem Operationellen Programm schwerpunktmäßig auf Jugendliche konzentrieren, schwerpunktmäßig den Bereich Weiterbildung erfassen und dass wir den präventiven Ansatz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verankert haben.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt im Haushaltsplan 07 ist selbstverständlich die Familienpolitik. Wir haben in der vergangenen Woche im Fachausschuss über die Umsetzung des Maßnahmenpakets gesprochen und diskutiert. Wir können feststellen, dass es sich als dynamisch und flexibel erweist. Wir haben bislang - ich will nur einen Punkt aus dem gesamten Maßnahmenpakt herausgreifen - drei lokale Netzwerke „Gesunde Kinder“ aufgebaut: in der Niederlausitz, im Havelland und in Eberswalde. Sieben Netzwerke befinden sich im Aufbau und weitere in der Planungsphase. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan haben wir die Anschubfinanzierung für all diese Netzwerke gewährleistet. Diese lokalen Netzwerke „Gesunde Kinder“ sind eine typische Maßnahme unseres vorsorgenden Sozialstaats. Wir erreichen mit diesen Netzwerken 75 % der betroffenen Familien, und zwar bereits in der Schwangerschaftsphase.

Ein weiteres wichtiges Thema bei der Haushaltsplanung war unser Ausführungsgesetz zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Wir haben dieses Ausführungsgesetz in diesem Hause beschlossen und damit zum einen die Finanzierung auf einen jährlichen pauschalen Festbetrag umgestellt und zum anderen unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli 2003 die Höhe der Förderung auf mindestens 80 % festgelegt.

In der weiteren Diskussion mussten wir feststellen, dass die Umstellung der Finanzierung für die Träger der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ein großes Problem darstellt. Insofern sind wir sehr froh, dass es uns gelungen ist, für das Jahr 2008 einen Übergang zu sichern. Wir werden die Förderung auf 85 % festsetzen, und das macht in Gänze 200 000 Euro aus.

Aus den Diskussionen mit den Trägern wissen wir, dass die Umstellung dennoch sehr schwierig ist. Gleichwohl hoffen wir, dass die Träger diese Chance nutzen, weil wir mit dieser Struktur die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in der Finanzierung und auch im fachlich-inhaltlichen Ansatz zukunftssicher gestalten. Wir haben damit eine wohnortnahe Beratung und auch ein plurales Beratungsangebot gewährleistet.

Natürlich darf die Seniorenpolitik hier nicht vergessen werden, ganz einfach deshalb, weil sie für uns eine hohe Priorität hat. Insofern ist es gut, dass wir heute schon sagen können: Die 15. Seniorenwoche im Jahre 2008 und die 16. Seniorenwoche im Jahre 2009 und damit auch die Arbeit des Seniorenrats des Landes Brandenburg sind damit ausfinanziert. Allein in diesem Jahr 2007 mobilisierte die Seniorenwoche mit den 100 000 Euro 656 Veranstaltungen mit mehr als 51 000 Teilnehmern. Das ist, wie wir meinen, gut angelegtes Geld.

Schließlich möchte ich noch eine Bemerkung zu einem Antrag machen; dabei geht es um die Finanzierung der Betreuungsver-

eine. Dazu sage ich ganz ehrlich, dass uns auch das ein Anliegen war, diese Finanzierung, die im Jahre 2002 eingestellt worden ist, wieder zu aktivieren. Ich muss aber hier und heute sagen, dass uns das nicht gelungen ist. Wir haben vor wenigen Tagen - da bin ich dem Kollegen Mike Bischoff sehr dankbar - dazu ein Gespräch mit der Lebenshilfe geführt. Das war ein gutes Gespräch. Ich denke, dass die Kollegen unser Problem und unsere Sichtweise durchaus verstanden haben.

Manchmal stellt sich ja die Frage, ob wir womöglich am verkehrten Ende sparen. Ich kann Ihnen heute, nach eingehender Analyse, nicht sagen, dass die Einstellung der Finanzierung der Betreuungsvereine im Jahre 2002 mit 100%iger Sicherheit bedeutet, dass wir da am verkehrten Ende gespart haben. Ich kann es aber auch nicht ausschließen. Genauso geht es Ministerin Blechinger, die ebenfalls nicht mit 100%iger Sicherheit sagen kann, dass der Anstieg der Ausgaben für die Aufgaben der Betreuung im Justizministerium einen kausalen Zusammenhang mit der Streichung der Finanzierung der Betreuungsvereine im Jahre 2002 hat. Sie kann es nicht ausschließen, sie kann es aber auch nicht bestätigen.

Insofern war es mir wichtig, Ihnen das heute zu sagen. Aber - auch da sind wir uns in der Koalition einig - an diesem Thema bleiben wir dran. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Frau Kollegin Lehmann, während Ihrer letzten Sätze sind zwei Fragen angemeldet worden. Wollen Sie diese noch beantworten?

(Zuruf der Abgeordneten Lehmann [SPD])

- Gut, das hat sich damit erledigt.

Jetzt spricht die Abgeordnete Fechner zu uns.

#### **Frau Fechner (DVU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Tafeln in der Region können Not kaum noch lindern“, „Immer mehr Familien in der Schuldenfalle“, „Trügerische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt“, „8 000 Schwerbehinderte suchen derzeit einen Job“ - dies, meine Damen und Herren, sind nur einige wenige Schlagzeilen der Regionalpresse der letzten Woche. Da jedoch die Verantwortlichen für diese Misere, also die Damen und Herren der Landesregierung, die Arbeitsmarkt- und Soziallage hier in Brandenburg wieder einmal schönreden, beleuchten wir diese von mir eben genannten Schlagzeilen doch einmal im Einzelnen:

Die Tafeln in Brandenburg schlagen Alarm; denn die Schlangen der Bedürftigen wachsen. Gerade jetzt, in der Adventszeit werden die Lebensmittel für Bedürftige besonders knapp. Insbesondere Kinder sind betroffen.

Im Übrigen hat sich die Zahl der Tafeln hier im Land Brandenburg in den letzten Jahren verzehnfacht. Auch die Zahl der Privatinsolvenzen in Brandenburg - dies ein weiteres Ergebnis der unsozialen Politik in Berlin und Potsdam - ist in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Als Hauptursache von Privatinsolvenzen werden von der Arbeiterwohlfahrt in Brandenburg Ar-

beitslosigkeit, aber auch Niedriglohnverhältnisse angegeben. Ca. 50 000 Brandenburger erhalten sogenannte Armutslöhne. Sie verdienen so wenig, dass sie zusätzlich noch auf Hilfe der öffentlichen Hand angewiesen sind.

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, sollten Sie jetzt in der bei Ihnen ja üblichen Schönrednerpose einwenden, dass alles nicht so schlimm sei und dass durch die angeblich gute Konjunktur die Arbeitslosenquoten zurückgingen, so lassen Sie sich von mir gesagt sein, dass der nächste wirtschaftliche Abschwung längst in Sicht ist. Das sage nicht nur ich von der Deutschen Volksunion, sondern viele Experten auf diesem Gebiet sagen Ihnen dies voraus.

Daher sollten die aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Brandenburg die Politik weder zur Selbstzufriedenheit verleiten noch dazu, die Hände in den Schoß zu legen. Erst wenn alle, die arbeiten wollen und es auch können, wieder in Lohn und Brot sind, kann man zufrieden mit dieser Politik sein.

Doch so weit ist es hier im Land Brandenburg lange nicht, auch wenn Ministerpräsident Platzeck gegenüber dem „Wochenkurier“ vor Kurzem sagte: Wer wirklich will, der findet in Brandenburg auch Arbeit. - Das ist richtig, Arbeit gibt es. Doch kann man davon leben? Wie wird diese Arbeit bezahlt? - Das ist doch der springende Punkt, Herr Ministerpräsident Platzeck.

Immer noch ist selbst die offizielle Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, und die Unterbeschäftigung, also die 1-Euro-Jobs, ABM, Fortbildungskurse usw., liegt bei rund 100 000 Menschen.

Die Bundesagentur hier in Brandenburg muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die Arbeitslosenstatistiken schönzureden; denn diese haben erhebliche Lücken, beispielsweise wenn es um Nichtleistungsempfänger, Kranke, Jugendliche in Warteschleifen oder Arbeitslose geht, die bei der Arbeitssuche inzwischen resigniert haben. Allein 10 000 ältere Arbeitslose über 58 Jahre, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen wollen, gehören zur sogenannten stillen Reserve. Der DGB in Brandenburg geht deshalb von 10 bis 15 % Arbeitslosen aus, die zur offiziellen Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in jedem Fall hinzugezählt werden müssten.

Doch auch die Qualität und Nachhaltigkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gehören auf den Prüfstand. Außerdem ist es mehr als fragwürdig, dass die sogenannten 1-Euro-Jobs bereits einen 40%igen Anteil an den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten besitzen. Daraus lassen sich wahrlich keine Perspektiven für eine Integration in den Arbeitsmarkt ableiten.

Es sind Landstriche entstanden, besonders in den berlinfernen Regionen unseres Landes, in denen wegen chronischer Massenarbeitslosigkeit selbst die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen dem sozialen Siechtum verfallen. Es gibt ganze Familien, die in Armut hineinwachsen, ohne jede Aussicht auf ein Leben in sozialer Sicherheit und menschlicher Würde. Die zunehmende Zahl der Fälle von Kindesmord und Verwahrlosung hier im Lande sprechen eine aufschlussreiche Sprache. Die Kinder, die geboren werden, wachsen massenhaft in Familien auf, in denen die Eltern nie Arbeit hatten, und bekommen deshalb auch keine Arbeitsauffassung und Lebensdisziplin vorgelebt.

Die durch Arbeitslosigkeit erzwungene Passivität, das alles

verschlingende Gefühl von Leere und Überflüssigkeit macht die Betroffenen physisch und psychisch regelrecht krank. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation führt die lähmende Abwärtsspirale, in der Arbeitslose gefangen sind, zu handfesten Krankheitssymptomen wie Depressivität, Ängstlichkeit, Reizbarkeit, Konzentrationsschwäche und Alkoholismus. Auch hier im Lande ist eine Zunahme dieser Fälle zu verzeichnen.

Doch so, meine Damen und Herren, kann es hier im Land Brandenburg nicht weitergehen. Der Einzelplan 07 wird den zu bewältigenden Aufgaben nicht gerecht.

(Schulze [SPD]: Frau Fechner, als ich Sie vorhin im Fernsehen gesehen habe, waren Sie besser - da gab es keinen Ton!)

- Herr Schulze, gehen Sie einfach an das Mikrofon und stellen Sie Ihre Frage! Dann habe ich Zeit, etwas zu trinken. Dann ist das in Ordnung.

(Schulze [SPD]: Frau Fechner, ich habe gesagt, im Fernsehen waren Sie besser - da gab es keinen Ton!)

Damit komme ich zum Einzelplan 07. Die DVU-Fraktion hat 12 Änderungsanträge zum Haushaltsplan 07 eingebracht. Um dem von mir beschriebenen landauf, landab zu beobachtenden sozialen Kahlschlagsszenario zu begegnen, sind Projekte im Sozialbereich schwerpunktmäßig zu fördern. Dem dient unser Antrag bezüglich Kapitel 07 070 zum Titel 684 12 mit der Zweckbestimmung „Förderung von Projekten im sozialen Bereich“. Es handelt sich hier um eine deutliche Aufstockung der Mittel im Bereich der Altenpflege, des freiwilligen Engagements in der Behindertenarbeit, der Integration von besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Spätaussiedlern oder auch der Mittel für die brandenburgische Telefonseelsorge.

Weitere Anträge hat die DVU-Fraktion zum Kapitel 07 010 Titelgruppe 70 eingebracht, also zum Thema „Integrationsbeauftragte“. Statt Landesmittel in Höhe von zusammen knapp 580 000 Euro für die unsinnigen Multikultiprojekte der Integrationsbeauftragten buchstäblich aus dem Fenster zu schmeißen, sollten diese Gelder dem Behindertenbeauftragten zur Verfügung gestellt werden; denn diesem billigt man lediglich 37 500 Euro zu. Nach wie vor ist die DVU-Fraktion der Meinung, dass man bei einem offiziellen Ausländeranteil von nicht einmal 2 % keine Integrationsbeauftragte braucht, die über ein Gesamtbudget von fast 580 000 Euro verfügt. Im Vergleich dazu: Fast jeder zehnte Brandenburger weist eine Behinderung auf. Dem Behindertenbeauftragten stehen lediglich 37 500 Euro zur Verfügung. Ich denke, hier stimmen die Relationen nicht. Auch darüber sollte man einmal nachdenken und diskutieren dürfen.

Auch sehen wir nicht ein, warum im Kapitel 70 070 extra ein Titel „Integrationspreis des Landes Brandenburg“ neu eingeführt wird. Wenn man schon der Meinung ist, dass ein Preis diesbezüglich vergeben werden muss - warum wird das Geld dafür nicht aus dem Budget des Integrationsbeauftragten genommen? Warum wird hier extra ein eigener Titel geschaffen?

Damit komme ich zu einem Änderungsantrag meiner Fraktion, der immer wieder für Aufregung sorgt und der als Anlass für manche Unterstellung dient. Es geht um die Stiftung „Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft“. Reflexartig wird jedes Mal

darauf reagiert. Ja, es ist richtig: Es gab in Deutschland eine Zeit, in der sehr viel Unrecht passiert ist. Ja, es ist richtig, dass Opfer dieser Gewaltdiktatur entschädigt gehören. Das ist richtig. Aber es muss auch ganz legitim sein, wenn man über 60 Jahre nach Beendigung dieser schlimmen Zeit die Frage stellt, warum es immer noch so viele Anspruchsberechtigte gibt.

(Unruhe bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Es gibt ein Bundesentschädigungsgesetz. Wirklich Anspruchsberechtigte könnten nach diesem Bundesentschädigungsgesetz entschädigt werden. Es gab bis Juni dieses Jahres noch eine bundeseigene Stiftung; diese hat sich auch mittlerweile aufgelöst. Es ist, wie gesagt, nicht nachvollziehbar, dass es 60 Jahre nach Beendigung dieser Zeit immer noch Anspruchsberechtigte in Größenordnungen gibt. Rein biologisch gesehen müsste doch deren Zahl abnehmen. Als Begründung für die noch immer anhaltenden Zahlungen wird angegeben, dass es nach wie vor viele jüdische Kontingentflüchtlinge aus den ehemaligen Sowjetrepubliken nach Deutschland zieht. Doch allmählich verstehe ich die Leute, die sich die Frage stellen: Wenn alle die, die angeben, Opfer und auch Überlebende dieser schlimmen Zeit zu sein, wirklich Überlebende sind - wen haben denn dann die Nationalsozialisten damals umgebracht?

(Unmut bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Frau Fechner, bitte kommen Sie zum Inhalt Ihres Beitrags zurück!

#### **Frau Fechner (DVU):**

Ich war nie weg. - Ein weiterer Antrag sieht Kürzungen bei der schwul-lesbischen Interessenvertretung vor. Warum soll mit Steuergeldern eine spezielle Interessenvertretung für diese Personengruppe finanziert werden? Die Akzeptanz dieser Personengruppe ist mittlerweile so groß, dass sogar ein schwuler Bürgermeister die Hauptstadt der Bundesrepublik, Berlin, regiert; ich sage das ganz wertneutral. Wenn es nach den Genossen der SPD geht, soll dieser Mensch der nächste Bundeskanzler werden.

(Zurufe von der SPD: Und das ist gut so!)

- Auch das sage ich ganz wertneutral.

Über die Akzeptanz dieser Personengruppe braucht man sich doch gar keine Gedanken mehr zu machen. Deshalb sehen wir nicht ein, warum hier Gelder eingesetzt werden. Die DVU-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass diese Gelder mehr in die Familienförderung gesteckt gehören.

Dass wir den Einzelplan 07 aus all den genannten Gründen ablehnen werden, dürfte Sie nicht überraschen.

(Beifall bei der DVU)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Es liegt ein Antrag auf Kurzintervention vor. Herr Abgeordneter Christoffers, Sie haben das Wort.

#### **Christoffers (DIE LINKE):**

Ich möchte im Namen meiner Fraktion auf das Entschiedenste den Versuch zurückweisen, hier im Landtag eine Debatte über die Rechte von Opfern des Faschismus auf Antragstellung für Entschädigungszahlungen zuzulassen. Es ist unerträglich, dass im Jahr 2007 eine derartige Diskussion in einem demokratischen Landtag stattfinden soll. Das ist für mich der eindeutige und letztlich ausschlaggebende Beleg dafür, dass Sie sich außerhalb des Verfassungsbogens gestellt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Stobrawa:**

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Ministerin Ziegler.

#### **Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich als sozialdemokratische Arbeits-, Familien-, Gesundheits- und Sozialministerin ist es ein gutes Gefühl zu sehen, dass der Entwurf des Einzelplans 07 den hohen Stellenwert, den diese Politikfelder in Brandenburg haben, wirklich bestätigt. Sein Volumen entspricht nämlich nahezu unverändert dem des Vorjahres. Wir können damit das Bewährte fortsetzen, aber wo es notwendig ist, neue Akzente setzen. Das ist trotz der im Moment erkennbaren Lichtblicke im Haushalt angesichts der Haushaltslage insgesamt nicht selbstverständlich. Umso mehr freut es mich, dass wir unsere arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Gestaltungsspielräume erhalten, aber auch neue schaffen können.

Es ist heute deutlich geworden: Kein anderes Ressort widerspiegelt mit der Bandbreite seiner Aufgaben so vielfältig den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Förderung des Arbeitsmarktes, von Familien, von Krankenhäusern, der Wohlfahrtspflege, der Schwangerschaftskonfliktberatung, von Jugendlichen, der Suchthilfe, um nur einige Bereiche zu nennen - sie alle verbindet unser Hauptanliegen: mit einer berechenbaren Haushaltspolitik für eine solidarische Gesellschaft zu sorgen. Es geht um Teilhabe, Unterstützung in Notlagen und Perspektiven; es geht um eine Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik, die ohne Ansehen der Person jedem Chancen auf ein ebenso gesundes wie menschenwürdiges Leben gibt.

Die Umsetzung unserer Politik braucht aber auch Partner in unserem Land, die ebenfalls dafür Sorge tragen: Krankenkassen, Pflegekassen, die Ärzteschaft, die Bundesagentur für Arbeit, Spitzenverbände, Krankenhäuser, Landkreise, Städte und Kommunen. Wir wollen ihnen gute Partner sein, sind aber auch auf ihre Partnerschaft angewiesen. Wir unterstützen sie mit unserem Etat berechenbar und verlässlich; sie sind dann mit ihrer Bereitschaft gefordert, gemeinsam mit uns eine Vielzahl neuer Wege zu gehen und sich ebenso berechenbar in die Bewältigung der Herausforderungen einzubringen.

Auch in diesem Jahr haben wir auf die Herausforderungen auf neue Art und Weise reagiert und unsere Möglichkeiten voll genutzt, sie beherrschbar zu machen. Wir haben im Land Anstöße gegeben und Aktivitäten initiiert. Ich will das anhand einiger Beispiele ausführen.

Erstes Beispiel - die Pflegeinitiative Brandenburg. Fakt ist: Die

Pflege alter Menschen ist längst zu einem Schwerpunkt sozialer Politik geworden und eine der größten Herausforderungen überhaupt, nicht nur in Brandenburg, nicht nur in Deutschland. Die Pflege wird in den nächsten Jahren auch eine europäische Dimension erlangen.

Angesichts der stetig steigenden Zahl alter und damit auch pflegebedürftiger Menschen verfolgen wir zwei politische Ziele. Zum einen wollen wir den Anteil der Menschen, die ambulant versorgt werden, auf dem jetzigen Level von drei Vierteln halten. Das ist ein hoher Anspruch, wenn wir bedenken, dass auch die Angehörigen, die diese Aufgabe erfüllen können, weniger und älter werden. Zum anderen wollen wir die Lebensqualität der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner wie auch der häuslich Gepflegten möglichst verbessern. Dafür müssen über die gesetzlichen Regelungen hinaus alle mit ins Boot, die in der Pflege Verantwortung tragen.

„Später beginnt jetzt“ - das ist der Slogan unserer Pflegeinitiative. Unter diesem Motto setzen wir sie auch 2008 fort.

Wir wollen die gesellschaftlichen Sinne schärfen und die Verantwortung verdeutlichen, die wir alle für den Bereich der Pflege haben. Es gilt, die lokalen und die überregionalen Angebote zu vernetzen, das freiwillige Engagement zu stärken, pflegende Angehörige zu unterstützen und auch zu entlasten, was insbesondere auch bedeutet, die Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Pflege zu verbessern, wie es bei der Kindererziehung ja oft schon gut funktioniert.

Wir müssen zudem die Pflegeberufe attraktiver machen, die Aus- und Fortbildung qualifizieren, damit ausreichend Fachkräfte nachwachsen. Pflege attraktiver machen - dafür müssen Personal und Angehörige gleichermaßen mitziehen. Dazu bedarf es mehr Beratung, mehr Information, mehr Vernetzung der gesundheitlichen und pflegerischen mit den Altenhilfestrukturen in den Kommunen.

Derzeit laufen über 80 Projekte, in denen sich die Beteiligten genau darum bemühen. Ihre Erfahrungen sollen über eine offensive Öffentlichkeitsarbeit als best practice im Land benannt und bekannt werden. Geplant ist zum Abschluss unserer Pflegeinitiative Ende nächsten Jahres der Aufbau eines zentralen Pflegenotrufs als Ansprechstelle für die Probleme, für die Beratungen und Informationen in der Pflege.

Als zweites Beispiel will ich das Netzwerk „Gesunde Kinder“ nennen. Vorweg will ich noch sagen, dass wir im Bereich der freiwilligen Leistungen - dafür steht uns im Haushalt lediglich eine marginale Summe von 20 Millionen Euro zur Verfügung - zum Beispiel die Förderung von Frauenhäusern im bisherigen Umfang fortsetzen werden. Ich kann jetzt leider nicht beim Frauenpolitischen Rat sein. Zu dieser Stunde feiert er sein 15-jähriges Jubiläum. Wir werden im Anschluss mit Sicherheit noch hinuntergehen.

Was mich geärgert hat - das sage ich ganz deutlich -, war, dass immer wieder verwechselt wird, wer für die Daseinsvorsorge zuständig ist bzw. wer die Verpflichtung hat, die Frauenhäuser zu finanzieren, und wer dies freiwillig tut. Es ist eben nicht so, dass das Land die Verpflichtung hat und die Freiwilligkeit bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegt, sondern es ist umgekehrt. Wir kofinanzieren das, was an Pflichtleistungen der Kommunen da ist. Deshalb ist es eine beachtliche Leistung,

wenn wir diese freiwillige Leistung in unserem Land schon seit Jahren auf stabilem Niveau halten können, und es ist mir eine Herzenssache, dass die Frauenhäuser in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Das gilt aber auch für die Förderung von Suchtberatungsstellen, von Angeboten zur gesundheitlichen Prävention oder von Maßnahmen der Integrationsbeauftragten zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Dort, wo es nötig ist, setzen wir natürlich auch neue Schwerpunkte, und hier liegt mir eben der Aufbau und der Ausbau weiterer Netzwerk „Gesunde Kinder“ sehr am Herzen. Über die drei bisherigen Standorte hinaus werden ab 2008 vier weitere aufgebaut. Bis jetzt sind diese Netzwerke in der Lausitz, im Havelland und in der Stadt Eberswalde tätig. Im nächsten Jahr kommen Dahme-Spreewald, Ostprignitz-Ruppin, Spree-Neiße und Oberhavel hinzu. Mein Wunsch und Ziel ist es, bis zum Ende der Legislaturperiode in unserem Land ein flächendeckendes Netzwerk zu haben, damit junge Familien, junge Mütter und Väter in den Genuss kommen, auf freiwilliger Basis Patinnen und Paten zur Seite gestellt zu bekommen, die sie von der Geburt ihres Kindes oder schon von der Schwangerschaft an für mehrere Jahre begleiten.

Wir wissen: Damit können wir nicht die ganz schlimmen Fälle hundertprozentig ausschließen, haben aber von Anfang an das Angebot an Familien, dies in Anspruch zu nehmen. Die bestehenden Netzwerke bestätigen uns, dass über 80 % dieser Familien das Angebot in Anspruch nehmen und es auch dadurch eine sehr hohe Akzeptanz genießt, dass es eben nicht auf sogenannte Problemfamilien reduziert wird, sondern ein selbstverständliches Angebot für alle werdenden Mütter und Väter ist. Das Netzwerk „Gesunde Kinder“ bietet Kontrolle, Beratung, Unterstützung, Beistand für die jungen Familien, damit sich die Kinder in den ersten Lebensjahren gesünder entwickeln können. Aber auch das soziale Umfeld wird in die Betrachtung einbezogen. Ehrenamtliche Familienpaten und auch Hebammen machen dort mit. Die Angebote von Einrichtungen des Gesundheitswesens oder der Jugendhilfe sind passgenau auf die Bedürfnisse der Familien zugeschnitten. Aber es sind auch Schwangerschaftsberatungsstellen, die Geburtskliniken, die Gynäkologen, Hebammen, Kinderärzte, Logopäden, die Gesundheitsämter sowie die Frühförderstellen beteiligt. Deren Leistungen werden im Netzwerk koordiniert und den Familien aus einer Hand angeboten. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind.

Wenn wir die Anzahl der lokalen Bündnisse in unserem Land betrachten, die sich in der Zwischenzeit gebildet haben, dann ist es eine logische Folge, dass es irgendwann, wenn beide Netzwerke stehen, eine sehr enge Vernetzung auch zwischen den „Lokalen Bündnissen für Familien“ und den Netzwerken „Gesunde Kinder“ geben wird. Auch das werden wir sehr wohl unterstützen und politisch begleiten.

Als drittes Beispiel nenne ich die Krankenhausförderung: Auf dem Gebiet der Krankenhauseinzelförderung ist es gelungen, das erhebliche Niveau des Mitteleinsatzes des Vorjahres zu verstetigen. Mit den hier insgesamt für 2008 und 2009 veranschlagten knapp 170 Millionen Euro sowie den Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 140 Millionen Euro können in den nächsten Jahren die Sanierungsmaßnahmen an den großen Krankenhäusern Cottbus, Potsdam, Neuruppin und Schwedt erfolgreich abgeschlossen werden.

Über diese großen Baumaßnahmen hinaus erhalten die Krankenhäuser aber auch mehr pauschale Fördermittel. Mit den um 1,5 bzw. 2 Millionen Euro aufgestockten Beträgen können sie selbst über die Anschaffung von Medizintechnik entscheiden.

Das vierte Beispiel: Arbeitsmarktpolitik. Hier gibt es ja etliche Neuerungen, mit der wir die regionale Strukturpolitik stärker mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes verzahnen wollen, zum Beispiel mit dem Programm „Kommunal-Kombi“, einem Programm, das die Bundesregierung ab 2008 im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit besonders in Regionen auflegt, die davon stark betroffen sind. Dabei sind die Zielgruppe Menschen, die seit mehr als zwei Jahren arbeitslos sind. Bei Kommunen oder gemeinwohlorientierten Unternehmen entstehen entsprechende Arbeitsplätze.

Von den 79 Landkreisen bzw. Städten, in denen es umgesetzt wird, liegen 12 in Brandenburg. Mit dem schrittweisen Aufbau des Programms können in Brandenburg ca. 7 500 Arbeitsplätze entstehen, die, wenn es das Parlament entscheidet, mit je 150 Euro pro Monat und Teilnehmer über drei Jahre mitgefördert werden.

Natürlich ist es uns wichtig, dass besonders von Arbeitslosigkeit betroffene Regionen unterstützt werden und dies Menschen erreicht, die aus vielfältigen Gründen durch das Raster der üblichen Vermittlungsmöglichkeiten gefallen sind und eben kaum Chancen auf reguläre Arbeit haben. Das betrifft insbesondere Ältere. Dieses Programm eröffnet einen möglicherweise gleitenden Übergang in die Rente. Andere können auch gezielt aktiviert werden. Insgesamt leistet dieses Programm also wirklich einen substanziellen Beitrag zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit. Es ist klar: Ich freue mich ganz besonders, dass dafür fast 14 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden für die nächsten beiden Jahre und noch einmal Verpflichtungsermächtigungen über rund 27 Millionen Euro zur Kofinanzierung des Programms. Ich möchte mich dafür auch ganz ausdrücklich bei den Parlamentariern bedanken, die das noch in das laufende Haushaltsverfahren eingebracht haben. Es ist gut zu wissen, dass man auch flexibel auf das reagiert, was von Bundesseite auf uns zukommt. Es werden damit Umweltmaßnahmen, ergänzende Tourismusangebote, Kinderbetreuungs- und Jugendhilfeangebote, aber auch soziale und familienentlastende Dienste erweitert möglich. Auch die Erweiterung des kommunalen Dienstleistungsangebots ist damit möglich.

Meine Hoffnung und mein Ziel ist, dass die Kreise und kreisfreien Städte ihr Scherflein dazu beitragen. Weil vorhin aus der Fraktion DIE LINKE der Einwurf kam, die Kommunen hätten dazu ja nicht das Geld: Gerade auch an dem Steueraufkommen der Städte und Gemeinden sieht man, dass es dort einen Aufwuchs gibt und mehr Spielräume vorhanden sind. Dass es nie genug ist, ist auf allen Ebenen das Gleiche, aber hier sind auch die Kreise und Kommunen in der politischen Verantwortung, etwas gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Ich habe die Signale von der kommunalen Ebene, dass man sehr wohl auf dieses Programm wartet und es auch sehr wohl gern in Anspruch nehmen wird.

Weiter geht es mit den Regionalbudgets, finanziert aus dem Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln. Das ist unser wichtigster Beitrag zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, denn es steht

dort überall zur Verfügung. Wir stärken die Akteure vor Ort, weil sie nun selbst über den Mitteleinsatz entscheiden können, weil auch da immer die Resonanz aus den Regionen war: Wir wissen schließlich am besten, was am sinnvollsten ist und was sich am besten in die regionale Entwicklung einordnet. Die Pilotprojekte haben es bewiesen: Ja, das stimmt, es funktioniert hervorragend. - Ich gehe davon aus, dass es auch in den anderen Kreisen und kreisfreien Städten so sein wird.

Wir sind mit den Regionalbudgets bundesweit Vorreiter bei der Regionalisierung von Arbeitsmarktpolitik, und wir werden im Jahre 2008 damit in der zweiten Phase beginnen, mit einer Laufzeit bis April 2009. Insgesamt 120 Millionen Euro aus dem ESF - das ist eine Menge Geld - und 20 Millionen Euro noch einmal aus Landesmitteln, die die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten. Damit sind sie in der Lage, entsprechend der Lage im Land und der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit zwischen 700 000 und 1,6 Millionen Euro zu verwenden.

Die Modellprojekte und die Vorbereitung der Regionalförderung wurden von der EU-Kommission sehr interessiert beobachtet und begleitet. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir in dieser Struktur- und Arbeitsmarktförderung nur die Anfänger sind und uns viele nachfolgen werden.

Natürlich wissen wir, mit den Zielvereinbarungen gibt es eine große Freizügigkeit. Es gibt jedoch auch eine Bindung. Der Landtag hat mitbestimmt, was in den Zielvereinbarungen steht; wie Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll, welche Zielgruppen erreicht werden sollen und welche Regionalentwicklung damit befördert werden soll. Diese Zielvorstellungen werden von allen mitgetragen. Auf die Umsetzung freue ich mich sehr.

Alles in allem kann gesagt werden: Der Einzelplan 07 wird wichtigen Aspekten der sozialen Arbeitsmarktpolitik gerecht. Für dieses Geld ist nicht alles zu haben. Das ist auch allen klar. Dennoch hat uns die Haushaltssituation - auch mit den Mehreinnahmen - dazu verholten, dass wir unsere wichtigsten Anliegen mit den Akteuren im Land - an diese geht noch einmal mein Dank - durchgesetzt und umgesetzt bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin Ziegler. - Für die CDU-Fraktion erhält Frau Schulz das Wort.

**Frau Schulz (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich meiner Abscheu gegenüber dem, was uns die DVU-Fraktion heute an Reden anbietet, Ausdruck verleihen.

(Beifall bei CDU, SPD und bei der Fraktion DIE LINKE)

Zudem möchte ich folgende Frage an Sie, Frau Abgeordnete Fechner, richten, da Sie hier über soziales Siechtum und dergleichen so große Reden schwingen: Wo bleiben Ihre Beiträge in den Ausschüssen? - Ich konnte sie nicht vernehmen. Nur ein oder zwei von den von Ihnen hier gestellten Anträgen wurden im Ausschuss besprochen; alles andere nicht. Darüber bin ich

sehr verwundert. Ich würde mir wünschen - wenn Sie hier vehement Ihre Reden schwingen -, dass Sie eventuell auch im Ausschuss mit dieser Vehemenz für Dinge kämpfen, möglicherweise für etwas Vernünftiges und nicht für Derartiges, was Sie uns heute anbieten.

An die Fraktion DIE LINKE gewandt möchte ich sagen: Heute wurde bereits viel von Weihnachtsgeschenken gesprochen. Es ist wunderschön, Weihnachtsgeschenke zu verteilen - Sie wissen alle, dass ich schon Oma bin - und dabei in die glänzenden Augen der Kinder zu schauen. Dabei stelle ich mir jedoch auch immer vor, dass wir vor dem Hintergrund der nicht unerheblichen Schulden, die wir in Brandenburg abzutragen haben, diese Geschenke eventuell irgendwann wieder einsammeln müssen. Zudem stelle ich mir vor, was man dann in den Kinder-Augen sieht, wenn man Geschenke wieder einsammeln muss.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [DIE LINKE])

- Ich erinnere nur an das Kita-Gesetz - Rolle vorwärts, Rolle rückwärts, Rolle vorwärts, Rolle rückwärts.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [DIE LINKE])

- Vor welchem Hintergrund, Frau Tack? - Vor dem Hintergrund des Haushalts! Nicht, weil wir das so gewollt haben. Seien Sie ehrlich, es ist so.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [DIE LINKE])

- Wir haben uns Standards geleistet, die sich andere noch lange nicht leisten konnten. Sie wissen genau, welche bundespolitische Diskussion vor diesem Hintergrund geführt wurde. Dass sich die Diskussion mittlerweile geändert hat, ist sehr erfreulich.

Unser Dauerthema bleibt nach wie vor die Arbeitslosigkeit. Als Langzeitarbeitslose werden diejenigen bezeichnet, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind. Dabei ist bemerkenswert, dass es mittlerweile Langzeitarbeitslose gibt, die noch nie in Arbeit waren. Das ist sehr bedenklich. Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit hat uns im Ausschuss darüber informiert, dass die Zahl der Arbeitslosen, die ein bis zwei Jahre arbeitslos waren, um 20 % zurückgegangen ist, während die Zahl der Arbeitslosen, die länger als zwei Jahre arbeitslos waren, lediglich um 7,7 % zurückgegangen ist. Demnach wird es noch viel größerer Anstrengungen bedürfen, diesen arbeitsmarktfernen Personenkreis, der auf etwa 9 % geschätzt wird, wieder an Arbeit heranzuführen. Dazu bedarf es eines besonderen Fallmanagements und entsprechender Maßnahmen.

Mit dem Kommunal-Kombi und dem Beschäftigungszuschuss, der eine Art Kombilohn ist, gibt es weitere Möglichkeiten, Menschen mit Vermittlungshemmnissen zu integrieren. Die betroffenen Kreise warten im Übrigen händeringend beim Kommunal-Kombi auf die Bundesrichtlinie, um sich diesbezüglich auf die Umsetzung vorzubereiten. Wir hoffen natürlich, insbesondere mit dem Kommunal-Kombi die Chancen für ältere Arbeitslose zu verbessern. Als Land haben wir, meine ich, mit dem Haushalt unsere Hausaufgaben gemacht und die Gegenfinanzierung des Kommunal-Kombis begleitet. Nun sind die Kommunen gefragt, die ihrerseits die Ersparnisse aus den Kosten der Unterkunft einbringen und den entstehenden Mehrwert vor Ort in Ansatz bringen müssen.

Ich weiß um die Mängel des Programms. Sie wissen alle, dass ich mich dafür sehr stark eingesetzt hatte. Ich lasse es jedoch nicht gelten, wenn nun lediglich in Ansatz gebracht wird, es rechne sich für die Kommunen nicht. Dies ist allerdings ein Stück weit auch der mangelnden Flexibilität dieses Programms geschuldet. Sie wissen, bei mir hieß das Bürgerarbeit. Nun sage ich immer: Bürgerarbeit à la Münze. Ich denke, es lohnt sich, das Programm in Angriff zu nehmen. Arbeitsmarktpolitik ist kostenintensiv. Dennoch vertrete ich die Auffassung, dass es immer - dabei bleibe ich auch - sinnvoller ist, Arbeit und nicht die Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Nicht vergessen darf man dabei, dass im Bereich des SGB II umfangreiche Leistungen gewährt werden und diese gewährten Leistungen erst einmal erarbeitet werden müssen. Das sollten wir bitte nie vergessen. Wenn man mit Arbeit am Ende weniger als mit Transferleistungen hat, dann stimmt im Gefüge etwas nicht.

Neue Bundesprogramme und veränderte Bedingungen im Bereich des Arbeitsmarktes erfordern die ständige Evaluierung des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“. Wenn wir als Land in Größenordnungen gegenfinanzierte EU-Mittel für zusätzliche Landesprogramme ausgeben, muss man genau hinschauen, wie sinnhaft und nachhaltig wirkungsvoll diese Programme sind. Unter anderem denke ich dabei an Ausbildungsprogramme. Die duale Ausbildung steht für uns nach wie vor im Mittelpunkt. Sie ist jedoch nur der halbe Weg zum Ziel. Es ist wichtig, dass die Jugendlichen eine Ausbildung erhalten. Mindestens genauso wichtig ist aber, dass sie anschließend auch eine Beschäftigung finden. Der zunehmende Fachkräftemangel trägt nur zur Entkrampfung der Situation bei. Er erhöht jedoch den Druck, weiter zielgerichtet in Bildung und Ausbildung zu investieren.

Auch die LASA - Landesagentur für Struktur und Arbeit - wird weiterhin den veränderten Bedingungen Rechnung tragen müssen. Ich halte im Übrigen den Landesrechnungshofbericht diesbezüglich für bedenklich und hoffe, dass diese Entwicklungen nachhaltig abgestellt wurden. Dies wird im Ausschuss sicherlich noch einmal Gegenstand sein.

Die Beschäftigungsquote, meine Damen und Herren, ist maßgeblicher Gradmesser für den Wohlstand in der Gesellschaft. Wenn es der Bundesregierung aufgrund ihrer Politikansätze gelungen ist, für mehr Beschäftigung zu sorgen, ist es nun an der Zeit, die Arbeitnehmer, die in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Einschnitte hinnehmen mussten, am Aufschwung teilhaben zu lassen. Die weitere Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ist von daher für mich ein Schritt in die richtige Richtung.

Im Übrigen begrüße ich es sehr, dass die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer verlängert wurde. Ich hätte sie noch stärker an die vorhergehende Beschäftigungszeit gekoppelt und hoffe, dass das Inkrafttreten zum 01.01.2008 tatsächlich gesichert ist. Wichtiger allerdings ist, die Kompetenz und das Wissen älterer Arbeitnehmer nicht länger so sträflich zu vernachlässigen, sondern - vor allem vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels - zu nutzen.

Grundsätzlich möchte ich dazu bemerken: Es ist nicht zielführend, wenn wir immer nur meinen, noch mehr Programme auflegen zu müssen, um zu steuern und zu regulieren oder um Menschen in Arbeit zu bringen.

Wir haben jetzt schon das Problem, dass wir an der Vielfalt der Programme fast schon scheitern, dass man den Durchblick verliert. Ich wünsche mir daher viel mehr Übersichtlichkeit und vielleicht auch etwas mehr Mut zur Freiheit für die Gestaltung dieser Programme, auch unter den Tarifpartnern und innerhalb der Tarifautonomie. Das muss ich hier so deutlich sagen.

Als familienpolitische Sprecherin möchte ich darauf verweisen, dass es gelungen ist, das familienpolitische Maßnahmenpaket im ganzen Land auf den Weg zu bringen. Erfreulich ist, dass sich inzwischen wirklich viele dafür zuständig fühlen. Natürlich wünsche ich mir, dass sich alle dafür zuständig fühlen. Ich weiß auch, dass viele Kollegen in den Wahlkreisen sehr aktiv daran mitwirken, und erlaube mir, an dieser Stelle den Kollegen zu danken. Ich denke, dass es ganz wichtig ist, dass wir Flagge zeigen.

Wir haben im Land Brandenburg ein breit gefächertes Angebot an Kita-Plätzen, und wir haben mehr Qualität in die Einrichtungen gebracht. Damit haben wir im Vergleich zu den alten Bundesländern eine gute Grundlage, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Auch mit der Familienerholung, -bildung und -beratung haben wir gute Angebote, an deren Ausgestaltung wir natürlich weiter arbeiten müssen. Dabei ist der Gedanke der weiteren Vernetzung sehr wichtig.

Des Weiteren möchte ich an den Familienpass erinnern, der inzwischen in allen Landesteilen sehr rege angenommen wird.

Die Familienpolitik ist für uns seit Jahren mit der Diskussion um den Kinderschutz verknüpft. Das beginnt mit der Schwangerschaftskonfliktberatung und setzt sich mit dem Schutz der Kinder vor psychischer und physischer Gewalt fort; aber dazu möchte ich jetzt keine weiteren Ausführungen machen, da die Kollegin Hartfelder hierzu bereits Stellung bezogen hat.

Nicht zuletzt möchte ich das Thema Geschlechtergerechtigkeit ansprechen; denn ich meine nach wie vor, dass eine Frau, eine Familie die Möglichkeit haben sollte, sich zu entscheiden ob sie ein Kind zu Hause erziehen oder Familie und Beruf vereinbaren will. Das ist in den neuen Ländern natürlich eher ein frommer Wunsch, das weiß ich; denn in Wirklichkeit reicht ein Gehalt, wie Sie alle wissen, kaum aus, um diese Wahlmöglichkeit zu eröffnen. Umso mehr freut es mich, dass das Elterngeld so intensiv in Anspruch genommen wird, insbesondere von Brandenburger Männern. Also sind sie wohl doch keine Erziehungsmuffel, wie es einige gedacht haben. Das ist eine erfreuliche Tatsache. Aber noch sind Frauen insbesondere im Berufsleben benachteiligt. Das spiegelt sich beispielsweise sehr deutlich in der schlechteren Bezahlung der Frauen bei gleicher Qualifizierung wider.

Familienpolitik trägt nur Früchte, wenn die Geschlechtergerechtigkeit dabei nicht vergessen wird und wenn wir den realen Anforderungen der Familien gerecht werden. Es nützt nichts, wenn wir soziale Luftschlösser bauen, wie Sie es zum Beispiel gerade mit dem Essengeld tun. Das habe ich vorhin schon einmal gesagt. Das ist sehr wohl ein Diskussionspunkt, und wir stellen uns dieser Diskussion. Aber die realen Bedingungen, die wir vorfinden, müssen analysiert werden. Auf dieser Grundlage kann man dann Entscheidungen treffen.

(Zuruf der Abgeordneten Wehlan [DIE LINKE])

Man kann nicht einfach einen Antrag stellen und sagen: Wir finanzieren jetzt das Essengeld. Das wird so nicht funktionieren. Das ist unrealistisch. Die Wirklichkeit draußen sieht anders aus. Selbst die Studie, die der Bildungsminister hier vorgelegt hat, sagt darüber etwas anderes. So sieht die reale Welt nicht aus.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

- Herr Görke, Sie wissen das auch.

Familienpolitik ist ein wichtiges Thema, und das schlägt sich im Haushalt nieder. Darüber bin ich, wie Sie wissen, sehr froh. Es gibt natürlich nichts, was man nicht noch besser machen könnte. Deswegen wollen wir weiter daran arbeiten. Trotzdem glaube ich, dass wir mit dem Haushalt 07 eine realistische Grundlage geschaffen haben. Ich denke, auch das Ministerium hat hier eine sehr gute Arbeit vorgelegt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Schönen Dank für diesen Beitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht nun der Kollege Görke.

**Görke (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegin Lehmann, den Armutsbericht bzw. den Bericht über die Lebenslagen haben Sie hier als Koalition schon mehrfach verkauft. Die Arbeit muss sicherlich das Ministerium machen. Vor über einem Jahr haben Sie ihn für den Spätsommer angekündigt. Der Spätsommer ist vorbei, der Herbst kam, der Winter kommt, und der Bericht liegt noch immer nicht vor. Wir haben wieder nachgefragt. Nun kommt er wohl im I. Quartal des nächsten Jahres.

Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen; denn wir alle kennen die Auswirkungen vor Ort. Sicherlich nicht in dem Detail, wie es die Studie offenbaren wird. Aber der Armutsbericht der Stadt Frankfurt (Oder) ist zum Beispiel ein Abbild dafür. Die massiven Aufwüchse der Zahl der Kinder, die Sozialgeld beziehen, sind ein Indiz dafür, dass wir hier deutlich wirksame Maßnahmen benötigen. Als ich Sie gehört habe, dachte ich, ich bin in einer neuen Folge der Telenovela mit dem Titel „Sylvias Gedankenwelt - neue Wege ins Glück“. Das wollte ich auf Ihre Einlagen noch erwidern.

(Beifall, Heiterkeit und Zwischenruf bei der Fraktion DIE LINKE)

Es ist eine erfreuliche Begleiterscheinung, dass sich der konjunkturelle Aufschwung auf den ersten Arbeitsmarkt niederschlägt, aber wir brauchen - das haben alle Redner deutlich gesagt - Maßnahmen für viele Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen regulären Beschäftigungsplatz finden. Ich möchte an dieser Stelle die Ministerin zitieren:

„Wir brauchen ... dringend öffentlich geförderte Beschäftigung; ohne diese werden wir auch in Zukunft selbst bei Wirtschaftswachstum nicht auskommen.“

Das hat sie in der 37. Sitzung dieses Landtags gesagt. Jetzt sind wir bei der 60. Sitzung. Leider war dieser Meinungsbildungsprozess sehr zäh. Wir haben Sie getrieben,

(Och! bei der SPD)

und Sie haben - zumindest nach langen Diskussionen, auch mit Ihrem Koalitionspartner im Land und im Bund - endlich landes- und bundespolitische Ansätze vorgelegt. Aber in dieser Zeit - das muss man einfach deutlich sagen - ist die Perspektive vieler Menschen auf der Strecke geblieben.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Lehmann, ich muss auf die Aussage näher eingehen. Sie sagen: Wir haben die Weichen in der Arbeitsmarktpolitik neu gestellt. - Unserer Meinung nach geht das in die verkehrte Richtung. Wir halten es zum Beispiel für ein Unding, dass Sie jetzt nichts Eiligeres zu tun haben, als die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken, um die Wohltat zu verkünden. Das ist - weil wir, Frau Kollegin Schulze, gerade bei der Bescherung waren - zum Beispiel eine schöne Bescherung. Einmal abgesehen davon, dass die Senkung für die Unternehmen wahrscheinlich keine große Entlastungswirkung haben wird, wird es passieren, dass die Bundesagentur auf Rücklagen zurückgreifen muss. Dies hat etwas mit seriöser Arbeitsmarktpolitik zu tun.

Ich wage mir nicht vorzustellen, was in der nächsten Konjunkturabwärtsbewegung passiert, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, die Beitragseinnahmen sinken und dadurch geringere Spielräume für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, einschließlich Qualifizierung, vorhanden sind. Ich kann mir heute schon lebhaft vorstellen - ich habe es hier erlebt -, dass es dann Stimmen aus Ihrem Lager geben wird, dass neue Leistungskürzungen alternativlos sind. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie wirklich bitten, diesen Weg zu verlassen.

Meine Damen und Herren, wir debattieren über einen Landeshaushalt, das heißt über die Frage, welche Rolle das Land für die dringend benötigte Förderung spielt und wie viel Geld man dafür einsetzen soll. Wenn ich den Haushalt 07 Revue passieren lasse, erinnere ich mich daran, dass es Zwischenrufe gab, als ich hier vorn stand und sagte, DIE LINKE fände es richtig, wenn ein Teil der Steuermehreinnahmen eingesetzt würde, um Beschäftigung bei gemeinwohlorientierten Projekten zu fördern. Das wurde gleichgesetzt mit höherer Neuverschuldung, das war in Ihren Augen Teufelszeug.

In diesem Jahr lag dem Finanzausschuss ein Antrag der Koalitionsparteien vor, nachdem sie unseren fast gleichlautenden Antrag im Sozialausschuss abgelehnt haben. Rund 32 Millionen Euro sollen für die Kofinanzierung des sogenannten Kombilohnmodells, also für öffentlich geförderte Beschäftigung, ausgegeben werden.

(Bischoff [SPD]: Sie haben weniger beantragt!)

Finanzierungsquellen, Steuermehreinnahmen - ich sage nur: Herzlich willkommen im Klub, meine Damen und Herren!

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, mit dem Landeshaushalt für die Jahre 2008/2009 werden jeweils mehr als 100 Millionen Euro

für die Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt. Der weitaus überwiegende Teil aus dem Europäischen Sozialfonds - das sagten Sie bereits, Frau Ministerin, und damit sage ich Ihnen auch nichts Neues - wird der größte Einzelposten für die Finanzierung staatlicher Sonderprogramme zur Berufsausbildung unserer Jugendlichen sein. Es ist schon merkwürdig, wie Sie uns hier Jahr für Jahr die Erfolgsbilanzen des Ausbildungskonsens oder des Arbeitsmarktes präsentieren. Trotzdem brauchen wir den Staat in einem unverändert hohen Maße, weil Unternehmen - von der Landesregierung oder der Landesverwaltung möchte ich hier gar nicht reden - ihrer Verantwortung insgesamt nicht gerecht werden.

Ein zweiter großer Aufgabenblock - er spielte auch schon in der Diskussion hier im Hause eine Rolle - ist das Regionalbudget. Wir haben den Weg der stärkeren Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik für richtig gehalten und sehen das auch nach wie vor so. In Anbetracht der bisherigen Erfahrungen ist es sicherlich noch zu früh, eine detaillierte Zwischenbilanz zu ziehen. Ich denke aber, dass hier bei weitem nicht alle Blütenräume gereift sind, etwa in Richtung massenhafter Verbreitung - ich erinnere noch einmal an den „tollen Antrag“ der Koalition zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit - von Bürgerarbeit - der „Billig-Bürgerarbeit“, wie Sie es damals auch bezeichnet hatten -, die insbesondere die Kollegin Schulz forcieren wollte.

Also wie gesagt, nicht alle Probleme können die Kommunen über das Regionalbudget lösen. Vielleicht kommen Sie auch auf die Idee, gleich noch das Sozialticket dort anzudocken. Wir werden sehen, was sich im Januar dazu noch alles bei Ihnen ergibt, auch wenn die Landesregierung so tut, als sei dies das Perpetuum mobile oder - ich habe es schon einmal gesagt - die eierlegende Wollmilchsau.

(Frau Lehmann [SPD]: Das würde ich Ihnen zutrauen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist ein Grundsatz, auf den wir uns sicherlich einigen. Das heißt, dass die Mittel, die wir für die Arbeitslosigkeit ausgeben, dazu verwendet werden sollten, Menschen in Beschäftigung zu bringen - darin sind wir uns wohl einig.

(Frau Lehmann [SPD]: Wie kommt denn das jetzt?)

Das schon erwähnte Kombilohnmodell ist, das sage ich ausdrücklich, ein vernünftiger Ansatz, allerdings - und das ist für meine Fraktion die Messlatte - auch öffentlich geförderte Beschäftigung muss existenzsichernd sein, das heißt, auf Mindestlohnniveau. Das heißt, „gute Arbeit“ ist das Gebot, nicht „Arbeit um jeden Preis“. - In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Vielen Dank, Herr Kollege Görke. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste und können zur Abstimmung kommen. Es liegen zum Einzelplan 07 folgende Anträge der DVU-Fraktion vor, über die namentlich abzustimmen ist:

- erstens über den Antrag in Drucksache 4/5494, Kapitel 07 010 Titelgruppe 70 Titel 526 70;

- zweitens über den Antrag in Drucksache 4/5495, Kapitel 07 010 Titelgruppe 70 Titel 527 70;

- drittens über den Antrag in Drucksache 4/5496, Kapitel 07 010 Titelgruppe 70 Titel 531 70;

- viertens über den Antrag in Drucksache 4/5497, Kapitel 07 010 Titelgruppe 70 Titel 541 70;

- fünftens über den Antrag in Drucksache 4/5498, Kapitel 07 010 Titelgruppe 70 Titel 684 70;

- sechstens über den Antrag in Drucksache 4/5499, Kapitel 07 010 Titelgruppe 80 Titel 685 80;

- siebentens über den Antrag in Drucksache 4/5500, Kapitel 07 030 Titel 671 10;

- achtens über den Antrag in Drucksache 4/5501, Kapitel 07 070 Titel 539 10;

- neuntens über den Antrag in Drucksache 4/5502, Kapitel 07 070 Titel 684 12;

- zehntens über den Antrag in Drucksache 4/5503, Kapitel 07 070 Titel 684 17;

- elftens über den Antrag in Drucksache 4/5504, Kapitel 07 080, Titelgruppe 65 Titel 541 65;

- zwölftens über den Antrag in Drucksache 4/5505, Kapitel 07 080 Titelgruppe 65 Titel 684 65.

Ich darf die Schriftführer bitten, nach dem bekannten Verfahren auch abzufragen, ob im Block abgestimmt werden soll.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Der Abgeordnete Bochow [SPD] gibt sein Votum ab.)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Es gibt 5 Jastimmen und 55 Neinstimmen. Damit sind die Anträge der DVU-Fraktion in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4330)

Es liegt Ihnen des Weiteren der Änderungsantrag, Drucksache 4/5589, der Fraktion DIE LINKE, Kapitel 07 070 Titel 684 18 (neu), vor. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist die Mehrheit. - Stimmenthaltungen? - 5 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weiter liegt Ihnen der Änderungsantrag, Drucksache 4/5590, der Fraktion DIE LINKE, Kapitel 07 080 Titelgruppe 65 Titel 633 65, vor. Zu diesem Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Der Antrag ist mit 21 Jastimmen, 29 Neinstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4331)

Wir sind damit bei der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, Einzelplan 07, Drucksache 4/5407. Wer der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 in 2. Lesung bestätigt.

Wir bleiben bei Tagesordnungspunkt 2, ich rufe auf:

#### **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/5408

Die Aussprache eröffnet die Abgeordnete Hesselbarth. Sie spricht für die DVU-Fraktion.

#### **Frau Hesselbarth (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem es allen verantwortlichen Politikern, Herr Bischoff, in diesem Hohen Hause über viele Jahre erfolgreich gelungen ist, die Industrie in Brandenburg weitgehend zu vernichten, und nachdem es Ihnen durch Ihre verfehlte Politik auch gelungen ist, einen wirtschaftlich tragfähigen Mittelstand nicht entstehen zu lassen,

(Zuruf von der SPD: Sie sollten mal aus Ihrer Höhle rauskommen!)

trifft wohl doch zu, was der ehemalige Ministerpräsident Dr. Stolpe, SPD, einmal erklärte - Sie werden sich hoffentlich noch alle daran erinnern -:

„Aus Brandenburg wird eine Tankstelle mit angeschlossener Imbissstheke auf dem Weg von Polen in die alten Bundesländer.“

Heute sieht es nun so aus, dass die GA- und EFRE-Mittel kontinuierlich zurückgehen. Die Landesregierung betreibt eine Förderpolitik, die zwei Drittel unseres Landes einfach links lie-

gen lässt. Natürlich, Herr Minister, kann man Fördermittel sparen, wenn man bewusst den größten Teil der kleinen und mittleren Unternehmen förderpolitisch kaltstellt.

(Bischoff [SPD]: Einen Schwachsinn erzählen Sie!)

- Herr Bischoff, nein. - Es interessiert Sie nicht im Geringsten, aber auch wirklich nicht im Geringsten,

(Bischoff [SPD]: Es interessiert uns nicht, was Sie hier erzählen!)

dass genau dort die Mehrzahl der Arbeits- und auch Ausbildungsplätze geschaffen wird. Dass Sie das überhaupt nicht interessiert, kommt in dem Doppelhaushalt 2008/2009 auch zum Ausdruck.

(Beifall bei der DVU)

Nachdem das Wirtschaftsressort bereits im laufenden Haushalt Mittelkürzungen in Höhe der geradezu unvorstellbaren Summe von 81,6 Millionen Euro hinnehmen musste, sollen es nach dem vorliegenden Haushaltsplan bis 2009 weitere 73,4 Millionen Euro sein. Allein 60,7 Millionen Euro beziehen sich dabei auf das, was Wirtschaftsförderung eigentlich ausmacht, nämlich auf die Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Dazu kommen 10 Millionen Euro an Kürzungen der Mittel für nicht investive Maßnahmen. Das ist - man kann es wirklich nicht oft genug betonen - eine Wirtschaftsverhinderungs- statt Wirtschaftsförderungspolitik, die bundesweit und europaweit ihresgleichen sucht.

Selbst die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel fließen nicht einmal ab. Leider liegen uns nur die Mittelabflusslisten zum 30.06. dieses Jahres vor; die Listen zum 30.09. traute man sich wohl überhaupt nicht herzugeben. Trotzdem lässt sich aus den Mittelabflüssen bzw. auch aus den Bewilligungen zum 30.06. das Unvermögen dieser Landesregierung zur Genüge ablesen. So flossen von den für Existenzgründungen und Unternehmensbegleitungen in Industrie, Mittelstand und Handwerk eingestellten Landesmitteln von über 7 Millionen Euro gerade einmal 2,3 Millionen Euro ab.

Beispiele gefällig? - Zuschüsse für Förderung des Handwerks: Mittelabfluss 6,9 %. Darlehen nach dem Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm: Bewilligung und Mittelabfluss null. Ausgaben für Mikrofinanzierung an Klein- und Kleinstgewerbetreibende: Mittelabfluss und Bewilligung null. Besonders apart bei diesem Titel ist, dass vor einer ersten Bewilligung zunächst einmal ein Vertrag zwischen dem Wirtschaftsressort und der Bürgschaftsbank des Landes geschlossen werden soll. Das heißt, wer als Kleinstgewerbetreibender einen 5 000-Euro-Kredit vom Land haben möchte, braucht dazu erst einmal eine Bürgschaft. Mal ehrlich: Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen.

(Zuruf von Minister Junghanns)

- Herr Junghanns, ich kenne genug Kleinstunternehmer, die furchtbar darunter leiden, dass sie nicht einmal einen kleinen Kredit bekommen.

Wie sieht es bei der eigentlichen Strukturförderung aus? - Hier flossen von knapp 500 Millionen Euro an eingestellten Förder-

mitteln zum 30.06. gerade einmal 33 % ab. Sie, Herr Minister Junghanns, und Ihre Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium werden uns als DVU-Fraktion doch angesichts solcher Zahlen nicht erklären wollen, dass zum 31.12. ein Vollabfluss der eingestellten Fördermittel jemals erfolgen wird - und das, obwohl 2007 zum ersten Mal mehr Anträge eingingen, als überhaupt bewilligt werden konnten.

Inzwischen wissen wir, dass der Finanzminister eine wirkliche Wirtschafts- und insbesondere Investitionsförderung überhaupt nicht wünscht. Schließlich soll die Kofinanzierung gespart werden. Also tut man alles, um diejenigen Firmen, die nicht zu den sogenannten Wachstumsbranchen an den sogenannten Wachstumskernen gehören, davon abzuhalten, überhaupt Anträge zu stellen.

(Minister Junghanns: Unfug!)

- Kein Unfug!

(Minister Junghanns: Grober Unfug!)

Der Geschäftsführer der ZukunftsAgentur Brandenburg erklärte Ende November gegenüber der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, dass ein Großteil der Unterstützungsmöglichkeiten insbesondere für kleinere Unternehmen überhaupt nicht bekannt ist. Die ILB räumt ihrerseits einen riesigen Stau bei der Bearbeitung von Förderanträgen ein und erklärte, dass noch 700 Verfahren offen sind - wohlgermerkt, das war Ende November.

Wie sieht die Lage der kleinen und mittelständischen Firmen in Brandenburg im Jahr 2007 in der Realität aus? Beispiel Baugewerbe: Im Brandenburger Baugewerbe ging bis September die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,3 % zurück, und das trotz eines konjunkturbedingten Auftragsplus von 7,6 %.

Beispiel Textilindustrie: In der DDR war das Dreieck zwischen Cottbus, Forst und Spremberg eines der Zentren der Textilindustrie. Noch 1991 waren in Brandenburg 51 Betriebe der Branche mit rund 11 000 Beschäftigten hier ansässig. 2006 waren es noch 20 Betriebe mit insgesamt 785 Beschäftigten. In Cottbus wurde im April 2004 das Werk der Steilmann-Gruppe mit 161 Beschäftigten geschlossen und die Produktion nach Rumänien und Moldawien verlagert. Ein Nachfolgebetrieb mit 11 Näherinnen gab 2005 auf. Auch bei der Textilgruppe Bob zittern die derzeit etwa 200 Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze; denn diese Textilunternehmensgruppe - einstmals auf Platz 20 der größten deutschen Textilhersteller - meldete am 22. November Insolvenz an.

Die Negativbeispiele Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik, Herr Minister Junghanns, ließen sich geradezu unendlich weiterführen. Selbst die von Ihnen, Herr Minister, heute so hochgejubelten Wachstumsbranchen verbreiten vielfach nur ökonomische Negativschlagzeilen. Beispiel Conergy in Frankfurt (Oder): Diese Hamburger Firma, die in Frankfurt viel Geld mit Solartechnik machen will, kommt im Moment aus den Negativschlagzeilen nur schwer heraus. Nach Finanzengpässen und dem Absturz der Aktie von einstmals 70 Euro auf gerade etwas über 17 Euro misstrauen Experten landauf, landab der dortigen Firmenpolitik. Nur durch eine Eigenkapitalerhöhung von 100 Millionen Euro - zur Hälfte von einem Großinvestor, zur Hälfte

kreditfinanziert - konnte bei Conergy die Insolvenz gerade noch einmal abgewendet werden.

(Schulze [SPD]: Es reicht ja nicht, dass Sie schon ein belastender Standortfaktor für Brandenburg sind, jetzt reden Sie den Unternehmen auch noch den Standort schlecht!)

Auch die wenigen Branchen in Brandenburg, denen es im Gegensatz zur breiten Masse ökonomisch gut geht - zum Beispiel die Luft- und Raumfahrttechnik, Verkehrstechnik, Gesundheits-, Wirtschafts- und Biotechnologie -, bekommen, obwohl es ihnen nicht an Fördermitteln mangelt, Probleme; denn nach Expertenschätzungen werden bis zum Jahr 2010 in Brandenburg und Berlin 100 000 bis 200 000 Fachkräfte fehlen, insbesondere hochqualifizierte Facharbeiter und Ingenieure.

So fordern bereits heute die Banken wie auch die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg vom Land, besonders in Bildung und Forschung zu investieren. Andernfalls droht dem Land bereits in wenigen Jahren auch im Bereich dieser sogenannten Wachstumsbranchen der komplette Verlust der Konkurrenzfähigkeit mit westdeutschen Ballungsräumen; denn ohne ein konstant bedarfsgerechtes und -deckendes Angebot an hochqualifizierten Universitätsabsolventen können diese Potenziale nicht genutzt werden. In einem Land wie Brandenburg, in dem nach 17 Jahren sozialistischer Experimente im Bildungssystem ein Großteil der Schulabgänger nicht ausbildungsfähig ist - von Studierfähigkeit ganz zu schweigen -, ist das auch kein Wunder.

(Schulze [SPD]: Haben Sie studiert?)

Herr Minister Junghanns, bevor ich zu den Änderungsanträgen unserer Fraktion komme, noch ein weiterer Aspekt: Ich meine den von Ihnen ständig beschworenen Aufschwung, der übrigens bei den Menschen im Land nicht ankommt. Dieses Aufschwungpflänzchen gibt es nur bedingt durch Investitionen aus den Vorjahren aufgrund der drohenden Umsatzsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte oder des drohenden Auslaufens der Eigenheimförderung.

Dieser viel beschworene Aufschwung, Herr Minister, geht längst schon wieder in einen Abschwung über. Der hohe Ölpreis, der ständig steigende Euro und die Finanzmarkt- und Bankenkrise - nicht zuletzt bedingt durch die befürchtete Rezession in den USA - gefährden zunehmend die Konjunktur. Der Preisauftrieb in Brandenburg erreichte im November erstmals seit 1994 im Jahresvergleich die 3%-Marke. Vor allem die Preissteigerung beim Heizöl mit 12,6 % und bei den Kraftstoffen mit 5,6 %, aber auch die rapiden Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, besonders bei Molkereiprodukten, würgen die Nachfrage und die Liquidität der breiten Masse langsam ab.

Anstatt diesem Negativtrend durch eine verstärkte Investitionspolitik und Fördermittelvergabe zu begegnen, plant die Landesregierung, die Investitionsquote von derzeit noch 19,3 % auf 16,8 % im Jahr 2011 abzusenken. Das bedeutet, meine Damen und Herren: Zur selbst verschuldeten strukturpolitischen Misere und zur drohenden Konjunkturkrise kommt in den nächsten Jahren auch noch das bewusste und gewollte staatliche Abwürgen der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit, sozusagen per Anweisung von oben.

Dass die DVU-Fraktion da nicht tatenlos zusieht, versteht sich

von selbst. Wir treten ganz konsequent für die Interessen der kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesem Land ein. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, also eine Wirtschaftsförderpolitik im Sinne unserer Landesverfassung, die unsere traditionell kleinen und mittleren heimischen Unternehmen schützt. Genau das schlägt sich auch in unseren Änderungsanträgen nieder, die ich im Folgenden begründen möchte.

Wir fordern, den Titel „Coaching für Existenzgründer“ nicht wie geplant wegfallen zu lassen, sondern das Programm, das besonders Klein- und Kleinstunternehmen in Gründung unterstützen soll, wieder aufzulegen. Wir fordern, den Beteiligungsfonds des Landes in den Jahren 2008 und 2009 mit jeweils weiteren 2,5 Millionen Euro aufzustocken und die Verpflichtungsermächtigung für die EFRE-Risikokapitalfonds im Jahre 2009 von 5 auf 20 Millionen Euro anzuheben. Die Mittel für das Konsolidierungs- und Standortssicherungsprogramm sollen, wenn es nach uns geht, um jährlich 540 000 Euro aufgestockt werden. Auch in den Fonds „Gründung und Wachstum“ sollen pro Jahr 500 000 Euro eingestellt werden. Wenn Sie, Herr Christoffers, sich wirklich - wie Sie immer beteuern - für den Aufbau revolvierender Fonds als Alternative zur normalen EFRE- und GA-Förderung stark machen, so müssten Sie den von uns vorgelegten Anträgen eigentlich zustimmen.

Doch auch für die auf null gesetzten Ausgaben für Mikrofinanzierungen sollen nach unserem Willen in den nächsten beiden Jahren jeweils 500 000 Euro zur Verfügung stehen und es soll im Jahr 2009 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Million Euro ausgebracht werden, die in den beiden Folgejahren jeweils zur Hälfte fällig wird. Eine Bürgschaftsbank zur Absicherung von Kleinstkrediten, Herr Minister, brauchen wir als DVU-Fraktion nicht. Ich kann Sie nur dazu auffordern, auf diese zusätzliche Hürde für kreditsuchende Klein- und Kleinstunternehmer zu verzichten. Schließlich soll, wie bisher von uns bei jeder Haushaltsberatung gefordert, ein neuer Titel mit der Zweckbestimmung „Förderung von Existenzgründungen und Existenzsicherung“ mit einem Volumen von 2,5 Millionen Euro zur Förderung von Existenzgründungen und Sicherung der Existenz junger, kleiner und mittelständischer Unternehmen in Brandenburg geschaffen werden.

Ein Satz noch zur Deckungsquelle für unsere Anträge - auch das ist kein Geheimnis -: Wir sind der festen Überzeugung, dass die Filmbranche stark genug ist, um sich selbst zu finanzieren. Der Mittelabfluss bei dem Filmfördertitel lag zum 30.06.2007 bei null und auch die Bewilligung lag bei null. Wenn Herr Staatssekretär Dr. Krüger während der Ausschussberatungen erklärte, die Mittel für die Filmförderung würden bis zum 31.12.2007 voll abfließen oder wären bereits abgeflossen, so hätte er uns das zumindest schriftlich nachweisen müssen. Selbst wenn es so sein sollte, so wiegt die Kosten-Nutzen-Relation des Fördermitteleinsatzes bei der Filmbranche mit ihren zum größten Teil nicht aus Brandenburg stammenden Mitarbeitern die Kosten-Nutzen-Relation, die sich bei Annahme unserer Anträge zugunsten kleiner und mittelständischer Firmen und Existenzgründer in Brandenburg ergäbe, nicht nur nicht auf, sondern das Verhältnis wäre vermutlich irgendwo bei 100 : 1.

Zum Schluss noch ein Wort zur Außenwirtschaft bzw. zu den sogenannten Auslandsplattformen. Diese umstrittenen Auslandsplattformen werden, wenn man den Verlautbarungen des

Wirtschaftsministeriums glauben darf, Ende des Jahres der Vergangenheit angehören. Die letzten beiden Büros in Dubai und Moskau sollen dann schließen. Gegründet wurden Sie unter Ihrem Vorgänger unter anderem zur Investorensuche. Das war offensichtlich im wahrsten Sinne des Wortes ein Schuss in den Ofen, mit 1,2 Millionen Euro Kosten für das Land pro Jahr. „Zwischen Nutzen und Einsatz öffentlicher Mittel dafür gibt es kein gesundes Verhältnis“, sagten Sie selbst, Herr Minister, zu dieser Thematik auf einer Veranstaltung der Wirtschaftsförderungsvereinigung „Pro Brandenburg“ kürzlich in Potsdam. Herr Minister Junghanns und meine Damen und Herren der Koalition, wenn dem so ist, dann können Sie unserem Änderungsantrag auf Umschichtung von 100 000 Euro im Jahr 2008 bzw. 200 000 Euro im Jahr 2009 von den sogenannten Auslandsplattformen hin zur direkten Förderung von Außenhandelsaktivitäten mittelständischer Brandenburger Firmen und auf Streichung der Verpflichtungsermächtigung für diese Auslandsplattformen in den nächsten Jahren sicherlich mit gutem Gewissen zustimmen.

(Beifall bei der DVU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die DVU-Fraktion ist für die Schaffung und Erhaltung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Brandenburg. Deshalb lehnt die DVU-Fraktion den Einzelplan 08 mit ruhigem Gewissen ab.

(Beifall bei der DVU)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Für die SPD spricht jetzt die Abgeordnete Fischer zu uns.

#### **Frau Fischer (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sollten es uns hier gemeinsam ersparen, auf den Redebeitrag der Kollegin einzugehen. Ich denke, man kann das einfach zusammenfassen: Das war ein unsachlicher Beitrag, und es war vor allem auch eine falsche Darstellung.

Vielleicht sollten wir, um das einmal aufzuklären, zu den Eckdaten kommen. Das sind ja nackte Zahlen; es steht auch nicht in Ihrer Macht, daran zu drehen, Frau Kollegin. Die Ausgaben 2008 belaufen sich auf 488 Millionen Euro, 2009 auf 536 Millionen Euro. Dabei machen gut 80 % des Haushaltsansatzes Investitionen und Baumaßnahmen aus. Und Sie sagen, das kommt nicht an - das ist doch wirklich demagogisch. Bei der GA-Förderung zeigt sich doch der wirtschaftliche Aufschwung. Vielleicht sollten Sie einfach einmal zuhören, damit Sie das nächste Mal nicht solch einen Unsinn erzählen, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten hier letztes Jahr eine Debatte, die den Mittelabfluss 2005 betraf, in der wir alle gesagt haben: Da muss mehr kommen. - Da waren wir alle miteinander unzufrieden. Aber jetzt sind die Mittel schon überzeichnet. Der Wirtschaftsminister hat zum September dieses Jahres die Richtlinie geändert, er hat sie verschärft auf die Branchen und die Kompetenzfelder fokussiert, hat gesagt, dass Forschung und Entwicklung wichtig sind, und hat gesagt: Wir müssen investieren, wenn wir hohes Fachkräftepotenzial haben. Das heißt, die Wirtschaft brummt, die Wirtschaft nimmt das an. Und Sie sagen, es kommt nicht an!

Der dritte Punkt, die EFRE-Mittel: Da werden wir bis 2013 über 1,8 Milliarden Euro haben, zum Teil kofinanziert vom Land. Sie sind gerade nur noch zu zweit - das ist auch besser; vielleicht wird es ja eines Tages noch weniger -; Sie können ja einmal zu zweit überlegen, wie viele Nullen eine Milliarde überhaupt hat. Von diesen 1,8 Milliarden Euro werden 60 % in Unternehmen und in wirtschaftsnahe Infrastruktur investiert. Und Sie sagen, das kommt nicht an. - Natürlich kommt das an!

Das lässt sich auch durch Zahlen belegen. Die Investitionsquote ist weiter hoch. Sie ist nicht so hoch, wie wir sie im Jahr 2007 mit über 19 % hatten. Das geht auch gar nicht: Die Solidarpaktmittel laufen aus, und wir bekommen immer weniger Geld. Wir sind 2008 aber immer noch bei 17,9 % und 2009 bei 17,7 %. Die Investitionsquote ist also nach wie vor hoch. Wir müssen schauen, dass wir diese Mittel effektiv einsetzen, und zwar genau nach unserem Konzept: „Stärken stärken“. - Nur so viel zu den Eckpunkten, Frau Kollegin.

(Bochow [SPD]: Das reicht jetzt aber auch dazu, Frau Fischer!)

Was den Haushalt und einzelne Programme betrifft, möchte ich an dieser Stelle vorab deutlich sagen, dass wir im Wirtschaftsministerium noch einige offene Baustellen haben - wir hatten heute dazu eine Sondersitzung. Das betrifft insbesondere Aufträge des Landtags, die eben aus den einen oder anderen Gründen noch nicht umgesetzt worden sind. Ich sehe die heutige Beratung und die Beschlussfassung hier auch nicht als Abschluss eines Prozesses, sondern als Auftakt - das haben wir heute auch so vereinbart - einer Zusammenarbeit, die wir in Zukunft auch noch - gemeinsam, denke ich - besser gestalten wollen.

Ich möchte auf zwei Bereiche in diesem Haushalt zu sprechen kommen, die ich persönlich für wichtig halte. Der erste Bereich betrifft Außenhandels- und Marktzugangsförderung, also die Frage: Wie erschließen sich Brandenburgs Firmen neue Märkte? Export ist wichtig. Die Produkte und die Dienstleistungen, die wir Brandenburger anbieten, sind letztendlich auch unsere Visitenkarte. Insofern ist der Export wichtig. Wir müssen dabei ehrlich sein und, wenn wir Zahlen veröffentlichen, nicht nur auf die Vergleichszahlen innerhalb des Landes schauen, sondern auch einmal den Vergleich zu den anderen Bundesländern anstellen. Da sehen wir, dass wir noch einen gewissen Nachholbedarf haben.

Zu den Zahlen: 2006 hatten wir Ausgaben in Höhe von 2,5 Millionen Euro, 2007 von 2,55 Millionen Euro. 2008/2009 haben wir eine leichte Absenkung, wobei natürlich aufgrund des schlechten Mittelabflusses - das muss man an dieser Stelle auch kritisch sagen - die tatsächlichen Ausgaben in Zukunft höher sein werden. Wir sind gespannt auf die neue Außenwirtschaftsförderung, auf die unternehmensbezogene Förderung, nachdem wir das mit den Auslandsplattformen jetzt beenden. Ich begrüße an der Stelle ganz ausdrücklich - ich denke, das ist ein toller Gewinn und eine tolle Chance für die Firmen - die Einführung der Außenwirtschaftsassistenten direkt bei den Unternehmen. Genauso gespannt - das werden wir im Wirtschaftsausschuss auch noch debattieren - sind wir auf die Vorlage des Außenwirtschaftskonzepts - wahrscheinlich nicht mehr in diesem Quartal, aber 2008 haben wir ja noch gemeinsam vor uns.

Der zweite Bereich, der wichtig ist, betrifft die Zukunftstech-

nologien bzw. die Frage: Wie werden eigentlich Innovationen in Brandenburg gefördert? Dazu eine grundsätzliche Bemerkung: Innovation schafft Wachstum. Durch Förderung und Entwicklung zukunftsorientierter Technologien in und vor allem für Brandenburg kann die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes langfristig gesichert werden, können dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen und kann vor allem - ich denke, das ist hier ein gemeinsames Anliegen - der Wegzug junger qualifizierter Menschen verhindert werden.

Die Technologieförderung wird gegenüber 2007 um 500 000 Euro aufgestockt; denn - das muss man so deutlich sagen - Technik braucht Finanzierung. Auch an dieser Stelle gab es einen unzureichenden Mittelabfluss. Wir brauchen, wenn wir über Zukunftstechnologien sprechen, eine viel stärkere Orientierung unserer Hochschulen und unserer Universitäten an FuE-Einrichtungen und an den Unternehmen. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass ich es mehr als ärgerlich finde, dass Brandenburg als einziges Bundesland keinen eigenen Antrag beim Bundesprogramm des Bundesforschungsministeriums „Wettbewerb Spitzencluster“ gestellt hat - da ging es insgesamt immerhin um 600 Millionen Euro. Deutschlandweit sind 38 Anträge gestellt worden; wir haben keinen eigenen Antrag gestellt, warum auch immer. Ich denke, dass wir hier gemeinsam besser werden müssen.

Zum Thema Finanzierung, auch im Bereich Technologie, gab es neulich einen interessanten Vortrag des Geschäftsführers der Berlin Capital. Ich kann das, was da gesagt wurde, nur unterstützen: Wir müssen natürlich versuchen, die Stärkung von Ansiedlung durch Venture Capital zu stärken. Was die Risikokapitalfinanzierung betrifft: Wir haben Ende 2004 den EFRE-Risikokapitalfonds mit 30 Millionen Euro aufgelegt. Ich begrüße, dass das für 2009 auch noch einmal mit 30 Millionen Euro vorgesehen ist.

Was die Anträge der Koalition betrifft will ich mich auf drei beschränken. Der erste Antrag betrifft den Tourismus. Wir hatten es gesagt: Der Tourismus - insbesondere der Wassertourismus - ist eine Visitenkarte und eine ganz wichtige Sache für unser Land. Dazu gibt es die Initiative in Nordbrandenburg, wo wir mit einer Ergänzung der Erläuterungen zu den EFRE-Mitteln klargestellt haben, dass dies - ich denke, man kann in diesem Zusammenhang ruhig von dem wichtigsten Wassertourismusprojekt der nächsten Jahre sprechen - in die Investitionsphase gehen kann.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wenn ich hier sage, es sei das wichtigste Wasserprojekt: Wir reden hier immerhin von 340 km Länge. Ich denke, im europäischen Wettbewerb können wir da ganz gut in der oberen Liga mitspielen.

Der zweite Änderungsantrag zu dem Entwurf betrifft die Förderung rationeller Energieverwendung und regenerativer Energien. Der Ansatz für das REN-Programm - ein wichtiger Baustein in der Klimapolitik der Landesregierung - wurde mehr als verdoppelt. Wir wollten das REN-Programm eigentlich im Zusammenhang mit der Energiestrategie diskutieren. Das machen wir nächstes Jahr auch, Herr Kollege Domres. So füllt sich hier unsere Aufgabenliste.

Der dritte Antrag der Koalition betrifft die Förderung audiovisueller und digitaler Medien. Auch da haben wir den Ansatz aufgestockt. Dabei geht es insbesondere um das Wachstumsfeld digitaler Medien. Wir haben in diesem Zusammenhang auch die Anmerkung der PDS aufgegriffen - das soll auch einmal erwähnt sein - und halten, wie wir vereinbart haben, im Januar die erste Sitzung 2008 beim Medienboard Berlin-Brandenburg ab.

Ich denke, so eine Debatte sollte vor allem auch einen Ausblick auf die weiteren wirtschaftspolitischen Aufgaben neben den Detailaufgaben bieten. Das betrifft einmal den Mittelabfluss. Das Thema GA hatten wir schon; da haben wir gesagt: Das läuft jetzt gut. Aber was die Förderprogramme Außenhandel und Technologie betrifft, können wir noch nicht so ganz zufrieden sein. Das hängt natürlich auch mit der Umstellung der EU-Förderperiode zusammen. Aber darauf, dass das gut läuft, werden wir auch im Ausschuss schauen.

Das zweite Thema, mit dem wir uns sicherlich auch zeitnah beschäftigen, betrifft die ganze Förderstrategie. Da geht es zum einen um die Auswertung, die Evaluierung - das ist sowieso unstrittig. Zum anderen müssen wir uns auch darüber verständigen, wie wir in Zukunft mit den Branchennetzwerken weiter umgehen wollen.

Insofern möchte ich gern meine Eingangsworte wiederholen: Wir haben viele Aufgaben vor uns. Die haben wir heute besprochen. Das ist ein Auftakt zu besserer Zusammenarbeit - gemeinsam sind wir besser. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Für die Fraktion DIE LINKE erhält Kollege Christoffers das Wort.

**Christoffers (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist eigentlich eine Zumutung, abends um halb acht noch einen Einzelplan zu beraten; wir wollen es trotzdem versuchen.

Gestatten Sie mir ein paar Vorbemerkungen. Frau Hesselbarth, es ist völlig irrelevant, ob Ihre Anträge tatsächliche Probleme im Land Brandenburg tangieren. Relevant ist, dass Sie als Partei das Problem darstellen und deswegen überhaupt keine Lösung vorschlagen können.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Insofern bedarf es Ihrer Aufforderung zum Einsatz revolutionärer Fonds wirklich nicht; ich habe mich schon dafür eingesetzt, da waren Sie noch nicht im Landtag.

Zweite Vorbemerkung: Revolutionen finden im Land Brandenburg manchmal so statt, dass sie keiner bemerkt. Es ist tatsächlich so - Frau Fischer sprach es an -: Der einzige Antrag der Opposition, der angenommen worden ist, bezog sich auf die Änderung eines Haushaltsvermerks, also der Erklärung eines Haushaltstitels, die besagt, dass wir jetzt auch digitale Medien fördern können. Ich erwähne das nur deswegen, weil ich mich bei meiner Kollegin Meier ganz herzlich dafür bedanken

möchte, dass sie zusammen mit mir die notwendigen Gespräche und Absprachen auch mit der Medienwirtschaft geführt hat und, wie ich glaube, ihre Verantwortung auch als Kulturpolitikerin wahrgenommen hat.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Dritte Vorbemerkung: Wenn ich das an dieser Stelle sagen darf: Ich bin mir sicher, wir werden uns morgen - wir haben ja noch die Debatte über den Einzelplan 20 vor uns - auch noch einmal über die Frage des Füllhorns unterhalten. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Generalsekretär der SPD aus der Tatsache heraus, dass wir Wahlen haben, einen Sozialgipfel einberuft und mit Sicherheit ein paar sozialpolitische Maßnahmen durchführen will. Ich bin gespannt, inwieweit das regierungspolitische Weisheit ist, wenn all das, was andere vorschlagen, natürlich nur das Füllhorn ist bzw. überhaupt nicht geht.

Letzte Vorbemerkung: Frau Funck, ich glaube, Sie können mir ganz viel vorwerfen, aber eines nicht: Es gibt keine Anträge der Fraktion DIE LINKE, die nicht auch eine Deckungsquelle haben. Sie könnten jetzt sagen, dass sie sie politisch nicht wollen - das ist völlig in Ordnung. Was Sie aber nicht sagen können, ist, dass es keine Deckungsmöglichkeiten gibt. Es ist eben so, dass wir einen unterschiedlichen politischen Ansatz bei dem Zusammenhang der Nutzung des konjunkturellen Zeitfensters und der Sicherung von nachhaltiger Entwicklung im Land Brandenburg haben - unter der Prämisse, dass wir alle eine Konsolidierung des Haushalts wollen und natürlich auch für notwendig erachten.

Meine Damen und Herren, wenn ich das an dieser Stelle doch noch sagen darf: Wir wollen von den gesamten Steuermehreinnahmen 66 Millionen Euro vor allem in investive Bereiche führen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Es ist doch wohl selbstverständlich, dass auch wir wissen, dass das konjunkturelle Zeitfenster nicht endlos anhalten wird. Im Gegenteil: Da die Bundeskanzlerin eine kluge Frau ist, hat sie gesagt, dass die guten Jahre vorbei sind. Sie alle wissen, dass die internationalen Finanzmärkte nach wie vor in Krisenstimmung sind, mit der Konsequenz, dass sich vor allem die Situation bezüglich des Kreditwesens auch für den Mittelstand weiter verschlechtert.

Wir haben also die ordnungspolitische Aufgabe, drei Sachverhalte zu lösen. Das ist der Maßstab, den ich an den Einzelplan 08 setze.

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Herr Kollege, es ist eine Zwischenfrage von Frau Funck angemeldet. Haben Sie etwas dagegen?

#### **Christoffers (DIE LINKE):**

Ich bitte Sie - natürlich nicht.

#### **Frau Funck (CDU):**

Herr Christoffers, Sie haben gerade die Deckungsquellen angesprochen. Zählen zu den Deckungsquellen auch die Steuermehreinnahmen, um sie für den konsumtiven Bereich auszugeben? Ich glaube, darüber hatten wir vorhin diskutiert.

#### **Christoffers (DIE LINKE):**

Frau Funck, ich hatte gesagt, dass der Teil der Steuermehreinnahmen, den wir verwenden wollen, vorrangig in investive Bereiche gehen soll; das können Sie anhand der Anträge nachlesen. Es gibt zwei Ausnahmen, da haben Sie völlig Recht. Das halte ich ordnungspolitisch, sozialpolitisch und finanzpolitisch für völlig vertretbar, vor allem angesichts der Tatsache, dass wir uns mit diesem Antrag unter anderem für die kostenlose Schülerbeförderung einsetzen wollen. Warum wollen wir das? Weil es nur ein sozialpolitisches Thema ist? Nein, Schülerbeförderung macht in berlinfernen Regionen 90 % des gesamten Busverkehrs aus. Jede weitere Einschränkung des Angebots in diesem Bereich wird dazu führen, dass Regionen weiter infrastrukturell abgehängt werden.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Damit ist das eine Frage, in der sich Soziales, Schulentwicklung und auch infrastrukturelle Entwicklung des Landes Brandenburg tatsächlich koppeln. Wir haben in der jetzigen Situation eine Flickenslösung, die eigentlich nicht zumutbar ist. Das ist der Hintergrund. Insofern ist das wirklich nicht nur ein sozialpolitischer Antrag.

Zurück zum Einzelplan 08. Der Maßstab, den ich an die Bewertung des Einzelplans 08 angelegt habe, wird aus meiner Sicht durch drei Sachverhalte bestimmt.

Der erste Sachverhalt ist: Wir alle wissen, 2013 sind wir in einer veränderten Situation. Trägt der Haushalt des Einzelplans 08 dazu bei, dass sich das Land Brandenburg auf diese andere finanzpolitische Situation einstellt und die finanzpolitische Handlungsfähigkeit nach 2013 sicherstellt? Wenn Sachsen-Anhalt vor wenigen Wochen - ich glaube, als sechstes oder siebtes Land in der Bundesrepublik Deutschland - einen revolvierenden Fonds in Höhe von 270 Millionen Euro zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung eingerichtet hat, dann sage ich Ihnen: Wir haben in Brandenburg ein riesiges Defizit in der Vorsorge auf die Situation nach 2013, also in der Frage der Umstellung auf die Darlehensfinanzierung.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wenn uns diese Umstellung nicht gelingt, werden wir alle spätestens zu dem Zeitpunkt in eine Situation gebracht werden, in der wir Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, Fragen der Infrastrukturförderung, Fragen der Investitionsquote nicht mehr in hoher Qualität umsetzen können. Das ist die eigentliche politische Herausforderung.

Damit vergeben wir zugleich auch die Chance - das ist vielmehr eine Notwendigkeit -, ein gravierendes Defizit im Land Brandenburg zu überwinden. Wir haben seit Existenz des Landes Brandenburg eine Steuerdeckungsquote zwischen 48 und 52 %. Alle Maßnahmen, die wir bisher eingeleitet haben - egal von welcher Seite -, haben nicht dazu geführt, dass es zu einer dauerhaften Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ausgedrückt in der Steuerdeckungsquote, gekommen ist. Frau Funck, ich gebe Ihnen Recht: Wenn es uns nicht gelingt, nicht nur eine Stimmung, nicht nur eine Mentalität, sondern auch die Instrumente zu entwickeln, die uns befähigen, auf ein Niveau zwischen 70 und 75 % der westdeutschen Flächenländer zu kommen, werden wir es in der gesamtdeutschen Debatte im Rahmen der Föderalismusreform II extrem schwer haben, überhaupt noch Interessen durchzusetzen.

Insofern sind also die Anträge, die wir zum Einzelplan 08 gestellt haben - ich beziehe mich hier jetzt nur auf zwei -, darauf ausgerichtet, den zweiten Punkt tatsächlich zu realisieren, also dass wir in Zukunft, in der Perspektive eine höhere Steuerdeckungsquote haben, indem wir unsere eigene wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Substanz weiter stärken und damit weiter auf eigenen Füßen stehen können. Auch das ist ein Maßstab.

Für mich ist das aber nicht ausreichend. Es ist unter anderem deshalb nicht ausreichend, weil ein Regionalfonds aus meiner Sicht ein Instrument ist, mit dem man der Notwendigkeit der Konzentration des Einsatzes von Fördermitteln in Verbindung mit der Notwendigkeit der Unterstützung regionaler Akteure in berlinfernen Räumen hervorragend gerecht werden kann. Das sind keine zusätzlichen Mittel, sondern wir haben eine Deckungsquelle vorgeschlagen. Im Jahr 2010 wird das Land Brandenburg die 5%ige Reserve der alten Strukturfondsperiode bis 2006 ausgezahlt bekommen; das sind 86 Millionen Euro. Schauen Sie sich die Kassenabrechnung an: Es gab noch nie die Situation, dass die Gesamtheit dieser 5%igen Reserve zur Abwicklung einer alten Strukturfondsperiode eingesetzt werden musste. Wir müssen das konjunkturelle Zeitfenster jetzt nutzen. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, 2008 Fonds bei der Europäischen Union anzumelden, damit sie 2009/2010 zum Ansatz kommen können; denn wir brauchen schlicht und ergreifend zwei bis drei Jahre, bis sie zum Laufen kommen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Insofern würden wir Zeit verschenken, wenn wir das jetzt nicht tun. Die Deckungsquelle wären, wie gesagt die 86 Millionen Euro aus der 5%igen Restzahlung. Ich glaube, es ist finanzpolitisch verantwortbar, diese vorab in Anspruch zu nehmen.

Letzte Bemerkung von mir: Ich bin der Überzeugung, dass wir 2008/2009 zwischen Finanzausschuss, Wirtschaftsausschuss und Europaausschuss eine sehr starke und enge Zusammenarbeit brauchen. Wir haben aufgrund des Vertrages der Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Polen eine besondere Situation. Es werden erhebliche Mittel, die zur Umsetzung des Ziel-3-Programms eingesetzt werden sollen, aus dem Haushalt ausgegliedert und nach Polen transferiert, sodass wir de facto die technische Abrechnungsstelle, die früher hier war, nicht mehr haben. Das wird ein erhebliches Koordinationsproblem mit sich bringen. Ich bin froh - das will ich an dieser Stelle auch so offen sagen - über die innenpolitischen Veränderungen in Polen, weil ich hoffe, dass das die Ausgangsbasis dafür sein kann, dass diese Mittel weiter effektiv eingesetzt werden können; denn ich glaube, die grenzüberschreitende Kooperation mit der Republik Polen ist für uns ein Pfund, mit dem wir - zusammen mit der Hauptstadt Berlin - weiter wuchern können.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, kurz die Maßstäbe darzulegen. Aus meiner Sicht erfüllt der vorliegende Einzelplan 08 im Entwurf diese Maßstäbe nicht. Deswegen werden wir ihn auch ablehnen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Karney.

#### **Karney (CDU):\***

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der wirtschaftliche Aufschwung stockt oder gar negativ ist, rufen alle nach Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums. Wenn der Aufschwung anhält, rufen alle nach Möglichkeiten der Förderung für Unternehmen, die sich weiter entwickeln wollen. In jedem Fall steht das Haus von Minister Junghanns unter besonderer Beachtung oder auch Beobachtung. Deshalb hoffe ich, dass die in der letzten Zeit öfter vorgekommene Verzögerung einiger Berichte und Konzepte nicht überhandnehmen wird.

Nach der Umstellung der Förderpolitik und ihrer begrüßenswerten Weiterentwicklung in diesem Jahr sind wir auf dem richtigen Weg, unserer brandenburgischen Wirtschaft die notwendige und zielgenaue Unterstützung anzubieten, die sie braucht. Aus diesem Grund wird der Großteil der gesamten Förderausgaben des Landes Brandenburg über diesen Einzelplan ausgegeben. Ich finde das absolut gerechtfertigt. Eine gut funktionierende Wirtschaft braucht jedes Land, um eigenständig leben zu können.

Wir als Politiker sind dafür verantwortlich, den Menschen und den Unternehmen im Land die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihr Leben bzw. für ihre wirtschaftliche Existenz zu schaffen. Gerade für unsere noch relativ junge Wirtschaft in Brandenburg ist dies eine der wichtigsten Voraussetzungen, damit die Unternehmen in unser Land kommen und investieren bzw. am Markt erfolgreich bestehen können. Nur dadurch können wir ein längerfristiges Wachstum erreichen. Die Koalition hat es sich daher in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass die Wirtschaftsförderung konzentrierter und somit effizienter eingesetzt werden muss. Es war und ist allen klar, dass wir keine Steuermittel verschwenden dürfen, sondern damit einen wirtschaftlichen Aufschwung im Land generieren müssen.

Mit der Umstellung der Förderpolitik hat die Landesregierung rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen; denn wenn man realistisch auf unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Daten schaut, stellt man fest, dass es keine Alternative zur Neuausrichtung gab. Nach vielen Diskussionen fand sie schlussendlich im Land ihre grundsätzliche Akzeptanz und wurde auch auf Bundesebene befürwortet.

Dass wir eine erfolgversprechende Wirtschaftspolitik machen, belegen auch die Zuwachszahlen beim Bruttoinlandsprodukt; so ist es im Jahr 2006 um 3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und das preisbereinigt. Damit liegen wir über Ländern wie Bayern oder Hessen, aber unter Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das heißt, dass wir diese positive Entwicklung festigen und verstetigen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Einzelplan wird dieser notwendigen Entwicklung gerecht, leistet aber auch seinen Anteil zur Konsolidierung des Gesamthaushaltes des Landes Brandenburg. Die Gesamtausgaben sinken gegenüber 2007 somit um 73 Millionen Euro auf rund 490 Millionen Euro im Jahr 2009. Auch die Einnahmen sinken entsprechend um 46 Millionen Euro. Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas näher auf das Zahlenmaterial eingehen.

Eines der größten und wichtigsten Felder im Haushalt ist die Gemeinschaftsaufgabe. Ihre Mittel werden gegenüber 2007 um

jeweils 15 Millionen Euro in den Jahren 2008 und 2009 angehoben. Hintergrund sind die vom Bund aufgestockten Zuwendungen aufgrund der gestiegenen Nachfrage. Die GA ist und bleibt unser wichtigstes Förderinstrument für die gewerbliche Wirtschaft und die Infrastruktur. Wie in allen anderen Haushalten, die Bundesmittel kofinanzieren müssen, so war dies auch hier ein enormer Kraftakt gewesen. Aus diesem Grund danke ich den Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für ihr Engagement in diesem Bereich.

Hinzu kommt der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, kurz EFRE. Die Ausfinanzierung des alten OPs erfolgte im Wesentlichen im Haushalt 2007. Das neue OP startet in der Anlaufphase 2008 mit 145 Millionen Euro und steigt in der mittelfristigen Planung auf über 200 Millionen Euro an.

(Unruhe im Saal)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Einen Moment bitte. - Verehrte Kollegen, wir haben nicht mehr so viel Zeit vor uns, vielleicht noch 20 bis 25 Minuten. Hören Sie doch bitte zu! Wenn Sie hier sind, hören Sie bitte auf, so laut zu reden. Ich verstehe hier oben kaum noch, was der Kollege Karney erzählt.

#### **Karney (CDU):**

Meine Damen und Herren, als diese Koalition begann, hat man sich schnell auf die Eckwerte für die Haushaltskonsolidierung festlegen können. Dazu gehört auch ein Abbau des Personals in den Verwaltungen. Auch das Wirtschaftsministerium bleibt davon nicht verschont. So sinken die Personalausgaben um rund 1,6 Millionen Euro auf 21 Millionen Euro im Jahr 2008 und in der mittelfristigen Planung auf 19,4 Millionen Euro im Jahr 2011.

Die Koalitionsfraktionen haben sich außerdem auf weitere wichtige Impulse geeinigt, die sich im Doppelhaushalt widerspiegeln sollten. Das gilt besonders für die Zuschüsse zur Förderung audiovisueller Medien in der Region Berlin-Brandenburg. Durch die beantragte Aufstockung erhoffen wir uns Struktur- und Sekundäreffekte mit den entsprechenden Arbeitsplatzeffekten. Dadurch können wir auch den zusätzlichen Finanzbedarf im Wachstumsumfeld der digitalen Medien befriedigen.

Mit dem Änderungsantrag zum REN-Programm wollen wir einen kleinen Beitrag zur Debatte um das weltweite Klima leisten. Es geht dabei um die Energiesparmaßnahmen bei den Unternehmen, Städten und Gemeinden. Dieses Förderprogramm ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil der Energiestrategie des Landes, die, so hoffe ich, im kommenden Frühjahr in diesem Haus beraten und beschlossen werden wird.

Dass der Tourismus in unserem Land eine herausragende Rolle spielt, ist seit Längerem bekannt. Mit der Aufnahme der Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg, dem sogenannten WIN-Projekt, in den Haushalt kann das Land Brandenburg einen wichtigen Beitrag zu einem Projekt leisten, das rund 340 km Wasserstraßen miteinander verbindet und die Region europaweit zu einem wettbewerbsfähigen Wassersportrevier macht.

Die beiden Anträge zur technischen Hilfe im neuen OP sind

der Tatsache geschuldet, dass im Ergebnis der Abstimmungsprozesse zur Gestaltung der zukünftigen Verwaltungsstrukturen zur Umsetzung der Ziel-3-Programme einvernehmlich vereinbart wurde, dass verantwortliche Verwaltungsgremien beim Ministerium für regionale Entwicklung der Republik Polen und beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt werden. Unser Wirtschaftsministerium nimmt nur noch die Rolle des Programmkoordinators wahr und wird nur die Mittel des OP-Schwerpunktes „Technische Hilfe“ verwalten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Die erfolgreiche Ansiedelung von Unternehmen in Brandenburg ist auch der guten Arbeit der ZukunftsAgentur geschuldet. Dr. Detlef Stronk und sein Team haben dazu beigetragen, dass Brandenburg wieder eine wichtige Rolle bei der Standortsuche der Investoren hat. Dafür danke ich ihm ausdrücklich. Wenn jeder Landesbetrieb bzw. jede nachgeordnete Behörde so arbeiten würde, wäre vielen Unternehmen und somit der gesamten Wirtschaft in unserem Land geholfen. Das gilt auch im Hinblick auf nicht immer ganz nachvollziehbare Entscheidungen zur ILB oder die ILB selber.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik spielt sich nicht immer in der Öffentlichkeit ab. Vielmehr ist es wichtig, die richtigen und notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer sich die Unternehmer frei bewegen können. Deshalb halte ich gerade hier in Ostdeutschland nichts von Mindestlöhnen oder anderen Eingriffen in Unternehmensinterna. Ich weiß, dass uns hier einiges von unserem Koalitionspartner trennt; aber die CDU steht nun einmal für die Leistungsträger in unserer Gesellschaft und kämpft dafür, dass die Menschen in Arbeit kommen und dass nicht nur ihre Arbeitslosigkeit verwaltet wird. Deshalb begrüße ich, dass die Lohnnebenkosten sinken und entsprechende Erleichterungen auch für die kleineren Unternehmen auf Bundesebene durchgesetzt werden. Trotzdem sehe ich hier noch einiges Potenzial. Wir müssen den Mittelstand weiterhin stärken und hochhalten; denn er ist der Motor unseres wirtschaftlichen Wachstums und die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Worte zu meinem ureigensten Thema, dem brandenburgischen und dem deutschen Handwerk. Die Wirtschaft in Brandenburg hat in den letzten Monaten spürbar angezogen. Allerdings mahne ich zur Vorsicht. Im Handwerk muss die Wachstumsprognose für 2007 bereits von 2,5 auf 1 % reduziert werden. In einigen Gewerken bricht der Umsatz regelrecht ein, in der Sanitär-, Heizungs- und Klimabranche sogar um 20 %. Im Kfz-Wesen und beim privaten Wohnungsbau sieht das ähnlich aus. Ich hoffe, dass einige Maßnahmen, die die Bundesregierung jetzt verabschiedet hat - etwa das energetische Sanierungsprogramm -, das Handwerk wieder voranbringen werden. Alles in allem dürfen wir - bei aller Euphorie für den wirtschaftlichen Aufschwung - nicht vergessen, dass der Aufschwung nur langsam und kaum in den Kleinstbetrieben ankommt - aber genau diese prägen das wirtschaftliche Gesicht Brandenburgs.

Handwerkswirtschaft in Brandenburg stirbt leise, meine Damen und Herren. Wir müssen spezifisch für besondere Rahmenbedingungen sorgen - wir brauchen eventuell brandenburgische Rahmenbedingungen. Wir müssen unsere Unternehmen wieder dahin führen, dass sie Gewinne generieren können - am Umsatz sind vielleicht noch nicht viele gescheitert, aber am

Gewinn. Jede weitere Belastung ist eine Belastung zu viel für das brandenburgische Handwerk. Energiepreise der Größenordnung, wie sie zurzeit vorhanden ist, sind schädlich für das Brandenburger Handwerk. Handwerk in Brandenburg braucht mehr Selbstverwaltung und weniger Staat. Wir brauchen noch mehr unternehmerische Freiheit. Ich fordere einen breiten Wissenstransfer im Handwerk in Brandenburg. Wir wollen Reformen im Kammerwesen, schlichtweg auch, um Geld zu sparen.

Apropos Aufschwung, ich habe das Gefühl, sobald ein wirtschaftliches Hoch erreicht und stabilisiert ist, treten alle hervor und verlangen nach Mehrausgaben seitens des Staates. Ich habe zum Beispiel durchaus meine Probleme mit der Einführung des Sozialtickets. Warum sollen Hartz-IV-Empfänger besser gestellt werden als die Verkäuferinnen im Supermarkt, die nicht wesentlich mehr in der Tasche haben? Es muss erst einmal nachgewiesen werden, dass es notwendig ist, dass ein Hartz-IV-Empfänger, der in einer ländlichen Region wohnt, sich für fast 40 Euro ein Sozialticket kauft und damit durch das Land fährt, nur damit er mobil ist. Wenn er zum Bewerbungsgespräch fährt, bekommt er seine Kosten sowieso erstattet. Ein Berufspendler dagegen, der nicht viel mehr Geld verdient, muss seine Kosten selber tragen oder kann sie nur bedingt steuerlich absetzen. Ich möchte an diesem Beispiel nur deutlich machen, dass wir nicht Gefahr laufen dürfen, einen Aufschwung zu schwächen oder ins Negative zu kehren, indem wir die zusätzlichen Steuereinnahmen nicht für Investitionen, sondern für soziale Geschenke ausgeben, die wir bei einer Rezession wieder einkassieren müssten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder braucht eine funktionierende Wirtschaft. Nur dadurch kommen die Menschen in Arbeit, nur dadurch fließen Steuereinnahmen und nur dadurch kann soziale Sicherheit gewährleistet werden. Wir Politiker müssen alles tun, um unsere brandenburgische Wirtschaft zu stärken und weiter voranzubringen. In den kommenden Jahren stehen uns einige wichtige Weichenstellungen bevor, die das Bild des Unternehmertums auch in Brandenburg entscheidend mitprägen werden. Lassen Sie uns konstruktiv und sachlich über das Für und Wider diskutieren und ohne Polemik das Land weiter voranbringen! Die CDU-Fraktion steht jedenfalls dafür und übernimmt deshalb gern die entsprechende Verantwortung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Die Sicht der Landesregierung auf den Einzelplan 08 wird uns der Kollege Junghanns darstellen.

#### **Minister für Wirtschaft Junghanns:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es klimpern mehr Euros in den öffentlichen Kassen. Ich gebe zu, das freut nicht die Wirtschaft; aber Steuern werden ja nicht zur Freude der Unternehmer, sondern aus anderen wichtigen Gründen erhoben. Richtig ist aber, dass das, was wir an Mehr registrieren können und was uns zu einem Null-Haushalt führt, was die Nettokreditaufnahme im Jahr 2007 angeht, etwas ist, was auch die Wirtschaft des Landes Brandenburg vollbracht hat - der Wirtschaft sei Dank.

Ich habe sehr wohl wahrgenommen - auch wenn er es in seiner

ihm eigenen Art nur sehr kurz gesagt hat -, dass der Finanzminister unseres Landes erkannt hat, dass der Konsolidierungskurs und das, was wir mit öffentlichen Finanzen erreichen wollen, doch etwas ist, was mit zunehmender Leistung und mit zunehmendem wirtschaftlichem Erfolg der Unternehmer, der Handwerker, der Selbstständigen und der Industrie in unserem Land zusammenhängt. Mir liegt schon daran - der Wirtschaft sei Dank -, diesen Kurs im Rahmen der Debatte zum Haushalt 2008 noch einmal richtig kräftig zu verstärken.

Es ist seltsam, dass nicht von der Politik, sondern von einschlägigen Instituten - von wissenschaftlichen Instituten und von Wirtschaftsinstituten - eine gute konjunkturelle Entwicklung beschrieben wird und dass auch die Wirtschaft, wie man am Zufriedenheitsbarometer sieht, Zuversicht schöpft - bei aller kritischen Betrachtung der Rahmenbedingungen. Wir sind angesichts der Tatsache - die wohl eine allgegenwärtige ist -, dass unsere Erwartungen immer höher sind als das, was gerade erreicht worden ist, gut beraten, den Stolz auf das Erreichte nicht unter den Tisch zu kehren; denn Stolz auf wirtschaftlichen Erfolg, Stolz auf wirtschaftliche Ergebnisse, Stolz auf mehr Steuereinnahmen in den öffentlichen Kassen ist ein wesentlicher Kraftquell, um bevorstehende Aufgaben noch besser, mit mehr Zuversicht und wirtschaftlichem Erfolg - das heißt, mit mehr Arbeitsplätzen und auch mehr Partizipation der Arbeitnehmer an diesem wirtschaftlichem Aufschwung - zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wie gehen wir mit dieser Situation um? Auf der einen Seite gehen Verteilungskämpfe los, auf der anderen Seite gibt es wieder die grauen Wolken, die am Horizont aufziehen. Jede Seite hat ein bisschen Recht. Wer in den Medien sucht, was er braucht, der findet es. Die einen sagen den Abschwung voraus; die anderen sagen, dass sich das doch noch ein bisschen stabilisieren und verbreitern wird. Rürup hat in einer intensiven Diskussion mit uns Wirtschaftsministern vor 14 Tagen eigentlich mehr Zuversicht versprüht, als dass er uns Ängste für die Zukunft gemacht hat. Er hat nur gesagt: Ihr seid gegenwärtig dabei, alles falsch zu machen, was bisher richtig gemacht worden ist - er meinte aber nicht uns als Land, sondern insbesondere die Bundespolitik.

Sei es, wie es sei, wir müssen dieses Zeitfenster so nutzen, dass es sich möglichst verlängert, und müssen diese Entwicklung möglichst nachhaltig - die Nachhaltigkeit wird sich an unterschiedlichen Kriterien messen lassen - unterstützen. Dabei gibt es ein paar Fakten, die wir nicht ändern können. Es gehört auch zur Wirtschaftspolitik eines Landes, im Sinne von Vertrauenswürdigkeit und im Sinne von Verlässlichkeit klarzumachen, dass wir uns in der Tat - da wiederhole ich, was gesagt worden ist - von 2007 bis 2013 in der letzten Förderperiode im europäischen Maßstab befinden. Da muss man klar sagen, dass der GA-Haushaltstitel von Jahr zu Jahr weitergeschrieben wird und dass die Investitionszulage ab 2009 ungeklärt ist. Man muss also der Wirtschaft mit aller Klarheit bewusst machen: Das, was bisher Gewöhnungsfaktor war - Investition und Förderung müssen Hand in Hand gehen; wenn keine Förderung, dann keine Investition -, geht so nicht weiter.

Der Haushalt, den wir heute gemeinschaftlich vorlegen, hält in dem Sinne von wirtschaftspolitischer Rahmensezung und wirtschaftspolitischer Klarheit Kurs. Die Wirtschaft erwartet von der Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg, dass verläss-

liche Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre geschaffen werden. Da muss ich auch sagen: Im Hinblick auf die Möglichkeiten der öffentlichen Hand müssen wir uns auch darüber klar werden, dass bei aller Diversifizierung einzelner Themen die wichtigste Aufgabe darin besteht, dass wir einen Substanzaufbau in Quantität und Qualität sichern. Der Unterschied zwischen Sachsen und Brandenburg besteht ganz einfach darin, dass wir in Masse ein Manko an Industrie haben und dass wir in Masse und in Qualität ein Manko an Technologieentwicklung haben.

Wir müssen die Zeit dazu nutzen, den Korpus der Wirtschaft des Landes Brandenburg von der Industrie bis hin zur Landwirtschaft weiter zu festigen. Das tun wir, indem wir den Schwerpunkt auf die investive Förderung setzen. Das tun wir aber auch, indem wir mit anderen Maßnahmen die Wachstumstreiber - die, die uns zu unserem heutigen Erfolg geführt haben - weiter unterstützen. Da möchte ich auf das eingehen, was hier angesprochen worden ist.

Wenn wir über REN und energiewirtschaftliche Themen sprechen, sind wir uns einig, dass wir gegensteuern müssen und dass die schnellsten Möglichkeiten gewonnen werden können, indem insbesondere die Effizienz im Energieverbrauch verbessert wird. Ich will das Thema nicht weiter vertiefen, aber diese Facette herausgreifen. Es gibt die überzeugende Aussage derjenigen, die auf diesem Gebiet kundig sind: Wer 1 kWh weniger Energie verbraucht, sorgt dafür, dass 10 kWh nicht produziert werden müssen. Da werden wir etwas machen; deshalb unterstütze ich den Antrag zur Erhöhung der Mittel für das REN-Programm.

Aber wer das Thema der energiewirtschaftlichen Effizienzsteigerung auf das REN-Programm reduziert, der geht in seiner Beurteilung fehl. Richtig ist, dass alle Investitionen mit viel mehr Bewusstsein energiewirtschaftlich und klimawirtschaftlich entwickelt werden und es zum integralen Bestandteil jeder Investition gehört, in der langfristigen Entwicklung auch sicherzustellen, dass man entweder auf alternative Energien umstellt oder Mittel und Möglichkeiten sucht, Einsparungen zu realisieren. Das ist schon der jetzigen Preissituation geschuldet. Deshalb unterstützen wir das.

Die Energiestrategie, die Sie anmahnen - das ist deutlich geworden -, werden wir, so wie Sie es selbst beschlossen haben, auch noch einmal in eine Konsultation führen, um über die Eckpunkte zu reden. Aber ich bitte, mit in Rechnung zu stellen, dass bei der Entwicklung der Klimawirtschaft auch noch die klimapolitischen Zielstellungen der Bundespolitik - ausweislich der Beschlüsse der Bundesregierung der letzten Woche - und der Europapolitik in das, was wir uns gemeinschaftlich vornehmen, einfließen müssen.

Zweites Thema: Außenwirtschaft. Nachdem wir verschiedene Evaluierungen im Umgang mit Büros, mit Plattformen usw. durchgeführt haben, sind wir nach der Bewertung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu der Überzeugung gekommen: Es ist besser, wir geben der Initiative der Wirtschaft, allein oder auch in Gruppen internationale Märkte zu besetzen, den Vorrang, und steuern diese Mittel zur Markterschließung, insbesondere zur direkten betrieblichen Förderung, um. Aber wer die Struktur im Land ernst nimmt und weiß, warum kleine Firmen gegenwärtig nicht exportieren, der kann nicht nur in großen Volumina denken, sondern muss sich auch Gedanken über die

Frage machen: Wie können es die Kleinen schaffen, diesen Markt zu erobern?

Wie schwer es für eine kleine Firma ist, auf dem Kapitalmarkt Geld für den ausländischen Markt zu bekommen, kann ich aus eigener Erfahrung gut berichten. Deshalb gehen wir - Sie werden es ausweislich der Dokumente der Außenwirtschaft sehen - den Weg, den Frau Fischer genannt hat, und nutzen die gute Erfahrung mit dem Innovationsassistenten - wir haben jetzt den tausendsten für Firmen einsetzen können -, um auch den Weg des Außenwirtschaftsassistenten zu gehen.

Die Basis meines Ansatzes ist, die Außenwirtschaft in die Firmen zu bringen, dem Unternehmer im Zweifel eine Hilfe zur Seite zu stellen, die ihn fachlich und sprachlich in die Lage versetzt, die Märkte, die er ins Visier genommen hat, anzugehen. Wir machen eine gemeinsame Arbeit. Frau Ministerin Ziegler hat richtig auf unsere kooperative Arbeit aufmerksam gemacht. Deshalb gehen wir den Weg, über diesen Hebeleffekt mehr zu erreichen.

(Unruhe im Saal)

Was den Einsatz der europäischen Mittel - ein Stück Vorbereitung auf die Zeit nach dem goldenen Regen aus Brüssel - angeht, führen wir eine Diskussion über die Verwendung der Mittel in revolvierenden Fonds. Dies tun wir durch Beteiligungsfonds. Es ist natürlich eine Frage der Abwägung, wie viel ich für Zuschüsse einsetze und wie viel ich für Fonds einsetze, aber wir gehen diesen Weg. Wenn hier der Eindruck erweckt wird, dass wir dieses Thema vertagen, ist das schlicht falsch. Ich möchte mit aller Klarheit sagen, was wir nicht wollen, Herr Abgeordneter Christoffers, nämlich solche Mittel in dezentrale Fonds einzusetzen.

Zu dem, was Sie als Deckungsquelle vorschlagen, nämlich sozusagen im Vorgriff auf die Halbzeitzwischenfinanzierung jetzt eine Verwendung festzulegen, sage ich - ich muss das allerdings auch noch nachlesen - mit meinem erworbenen Wissen heute hier an dieser Stelle: Das ist so ziemlich alles, womit man gegen Haushaltsgrundsätze verstoßen kann. Wir werden im Umgang mit den Halbzeitmitteln - letztes Mal waren es 124 Millionen Euro, diesmal sind es 86 Millionen Euro - rechtzeitig eine Verwendung planen. Für einen Zweck, den wir nicht wollen, müssen wir diesen Weg aber nicht gehen.

(Zuruf: Sehr gut!)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Da Sie gerade am Planen sind, Herr Abgeordneter Christoffers plant eine Zwischenfrage. Was halten Sie davon?

(Heiterkeit)

**Christoffers (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Ich hoffe, dass die Mittel, die Sie wählen werden, Ihrem Zweck hilfreich zur Seite stehen werden.

(Heiterkeit)

Ich möchte auf ein Problem aufmerksam machen und eine Frage stellen. Herr Minister, können Sie mir eine Verordnung oder

Bestimmung der Europäischen Union nennen, die es verbietet, die 5%ige Restzahlung, die dem Land 2010 definitiv zufließen wird, 2009 möglicherweise in einem Vorgriff einzuplanen, um das Thema jetzt anzugehen und angesichts der Tatsache zu lösen, dass wir uns eine weitere Verzögerung um zwei oder drei Jahre infrastrukturell und strukturell nicht leisten können?

**Minister Junghanns:**

Herr Abgeordneter Christoffers, ich kann Ihnen keinen einschlägigen Paragraphen einer Verordnung nennen, aber das Prinzip der Restzahlung kann ich Ihnen erklären. Warum wird eine Restzahlung eingerichtet? Warum wird nicht alles sofort budgetiert? Bei den Finanzierungsnotwendigkeiten bewahrt man sich ein Delta, mit dem man Veränderungen nicht erst am Ende der Periode, sondern mitten in der Periode realisiert. Eine Zweckbindung im Vorgriff auf dieses Anliegen einer Restzahlung zur Halbzeit wird dem immer entgegenstehen. Deshalb widerspricht es dem Anliegen und Grundsatz einer solchen Finanzierungsmaßnahme, das zu tun.

(Unruhe im Saal)

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen und Ihnen sagen: Es ist gut, wenn wir Kurs halten und wenn wir auf die Ausrichtung der Kompetenzen in unserem Land setzen. Wir waren noch nie so gut aufgestellt, dass das Land jenseits einer guten Förderstruktur als Land mit vielen Kompetenzen zu erkennen ist. Wir waren noch nie so gut aufgestellt - heute Morgen haben wir es geübt -, dass ZukunftsAgentur, LASA und Arbeitsagentur gemeinschaftlich zusammenarbeiten, wenn es um die Sicherung von Fachkräften geht.

Wir waren noch nie so gut organisiert, dass wir die deutsche Hauptstadtregion als interessanten Markt für internationale Investitionen im Außerverhältnis präsentieren können. Wir haben laufende Investitionen. Trotzdem bin ich viel unzufriedener als Sie, wenn es darum geht, die wirtschaftliche Entwicklung einzuschätzen.

(Zuruf der Fraktion DIE LINKE: Das ist das Delta-Prinzip!)

Ich setze darauf, mit denen zusammenzuarbeiten, denen ich vertraue. Das sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Handwerker und die Geschäftstätigen in unserem Land. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Amtierender Präsident Baaske:**

Jetzt erhält Herr Abgeordneter Domres von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

**Domres (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mein Kollege Christoffers Grundsätzliches zum Haushalt des Wirtschaftsministers gesagt hat, möchte ich mich im Besonderen dem Antrag in Drucksache 4/5591 zuwenden.

Meine Fraktion möchte mit diesem Antrag erreichen, dass der

Haushaltsansatz für die Tourismus-Marketing-Gesellschaft für das Land Brandenburg in den Jahren 2008 und 2009 um 500 000 Euro erhöht wird. Finanziert werden soll diese Erhöhung aus den im Einzelplan enthaltenen Zuschüssen für den Lausitzring.

Dass es überhaupt einen Haushaltsansatz für den Betrieb und Investitionen für den Lausitzring gibt, ist bereits aus zwei Gründen ein bemerkenswerter Vorgang. Erstens erinnere ich daran, dass das Beihilfverfahren der Europäischen Union wegen ungebremsten Kapitalflusses noch nicht abgeschlossen ist, so zumindest die Information des Wirtschaftsministers. Zweitens laufen gegenwärtig die Verkaufsverhandlungen. Wie der Presse am Dienstag dieser Woche zu entnehmen war, wird der Lausitzring 2008 einen neuen Eigentümer bekommen.

(Unruhe im Saal)

Warum für die Jahre 2008 und 2009 zusammen 750 000 Euro für den Betrieb und ca. 2,4 Millionen Euro für Investitionen eingestellt worden sind, konnte in den Beratungen niemand wirklich erklären. Das klingt zwar komisch, ist aber so.

Dass auch die Koalition diese Haushaltsansätze merkwürdig findet, zeigen die von Ihnen eingebrachten Haushaltsanträge. So wollen Sie mit den Haushaltsmitteln, die der Wirtschaftsminister für den Lausitzring vorgesehen hat, die Förderung digitaler und audiovisueller Medien und Zuschüsse für Investitionen privater Unternehmen, wie das schon angesprochene REN-Programm, finanzieren. Das sind ohne Zweifel zwei sehr wichtige Dinge. Dafür wollen Sie zusammen ca. 1 Million Euro aus den beiden Haushaltsansätzen für das Jahr 2008 entnehmen. Das findet unsere ungeteilte Zustimmung.

Wir schlagen Ihnen vor, aus den von Ihnen herangezogenen Deckungsquellen die ebenfalls wichtige Arbeit der TMB zu unterstützen. Dafür erwarten wir Ihre ungeteilte Zustimmung. Das Argument, dass diese Deckungsquelle unseriös sei, kann mit Blick auf die von Ihnen gestellten Anträge auch diesmal nicht gelten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werbe weiterhin für diesen Antrag. Ich verweise ausdrücklich auf die Begründung. Meine Fraktion sieht einen Mehrbedarf von 500 000 Euro pro Jahr, weil sich der Aufgabenbereich der TMB im Jahre 2007 verändert hat und innerhalb des Jahres 2008 erweitern wird. Das ist schon jetzt klar, ohne dass die weiteren Veränderungen im Haushalt schon berücksichtigt worden sind.

So soll die Bewirtschaftung von Maßnahmen der Tourismusakademie Brandenburg und im Bereich des barrierefreien Tourismus künftig durch die TMB erfolgen. Weitere Aufgabenübertragungen sind in der Diskussion. Ein entsprechender Haushaltsantrag zur Finanzierung der TAB 2007 wurde von der Koalition seinerzeit abgelehnt. Der Minister hat sich vielmehr entschieden, die Arbeit der Tourismusakademie aus den Mitteln der TMB zu finanzieren. Mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit hat das nicht viel zu tun.

Der Tourismus hat sich auch im Jahr 2007 in vielen Regionen Brandenburgs weiter zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Neben den Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben partizipieren der Einzelhandel und zahlreiche Dienstleister wie das örtliche Handwerk sowie Transport- und Ver-

kehrsunternehmen von dieser Entwicklung. Deshalb gilt es, durch verstärkte Marketingmaßnahmen unter anderem die Vermarktung im Ausland und die vorhandenen Marktpotenziale im Reiseland Brandenburg auch in der Umsetzung der Landestourismuskonzeption weiter zu erschließen.

Der Haushaltsantrag meiner Fraktion hat gerade nach der in der letzten Woche geführten Diskussion über die inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung zwischen Landestourismusverband und Tourismusmarketing GmbH eine noch größere Bedeutung gewonnen.

Ich möchte nicht die Diskussion aus der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses wiederholen. Ich meine aber nach wie vor, dass LTV und TMB jeder für sich einen besonderen Aufgaben- und Verantwortungsbereich haben

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

und im Rahmen ihrer Entscheidungskompetenzen auch entscheiden müssen. Allerdings sollte die Politik und sollten Sie als Minister, Herr Junghanns, Vorgaben machen können, ja Vorgaben machen müssen. Das ist noch lange keine Einmischung in die Verbandsarbeit. Einmischung in die Verbandsarbeit wäre es, wenn Finanzentscheidungen offengelassen bzw. kurzfristig grundsätzlich andere Finanzentscheidungen getroffen oder erzeugt würden. Wer bezahlt, der sollte auch bestellen können und bestellen müssen.

Es sollte eine klar abrechenbare, nachvollziehbare und verlässliche Aufgabenverteilung zwischen LTV und TMB geben. Dies ist mit wenigen Ausnahmen mit der Landestourismuskonzeption auf der einen und der Satzung des LTV und dem Geschäftsplan der TMB auf der anderen Seite bereits geregelt.

Ich möchte noch einmal verdeutlichen, was ich meine: Aufgabe und Zweck des Landestourismusverbandes ist laut Satzung klar geregelt. Der Verband hat die Aufgabe, im engen Zusammenwirken mit der TMB mit allen am Tourismus Beteiligten den Tourismus im Lande Brandenburg zu fördern. Er darf dazu auch grenzüberschreitend mit anderen angrenzenden Ländern und der Republik Polen zusammenarbeiten. Der Verband berät die Ressorts der Landesregierung, Behörden, Verbände und andere Organisationen bei den Tourismus betreffenden Maßnahmen, Rechtsakten und Entscheidungen. Er fördert den Erfahrungsaustausch der genannten Stellen in touristischen Angelegenheiten und übernimmt Aufgaben, die der Tourismusentwicklung im Einzelfall dienen. Der LTV ist Dachverband der regionalen Tourismusorganisation. Er fördert die Zusammenarbeit in allen nichtkommerziellen Tourismusangelegenheiten. Der Verband vertritt die touristischen Interessen seiner Mitglieder als Gesellschafter in der TMB sowie gegenüber anderen Bundes- und Landesorganisationen und wirkt in deren Gremien mit, und der Verband fördert die Verständigung und Zusammenarbeit im internationalen Tourismus und bekennt sich zu den Grundsätzen einer umweltverträglichen Tourismusentwicklung.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das ist mit Sicherheit mit einer ehrenamtlich arbeitenden Geschäftsstelle nicht sicherzustellen. Hinzu kommen die Aufgaben nach der Landestourismuskonzeption. Diese Aufgabenerfüllung muss sichergestellt werden. Dafür hat auch das Land eine Verantwortung, meine Damen und Herren.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin dafür, dass die Arbeit des LTV und der TMB verlässlich finanziert wird. Bei strukturellen Veränderungen, die meine Fraktion nicht ablehnt, muss sichergestellt werden, dass die Betroffenen, in diesem Fall die Mitglieder des LTV und wiederum die Mitglieder der Tourismusverbände, mitgenommen werden. Das braucht Zeit, und die müssen wir uns nehmen.

Meine Fraktion ist dafür, Doppelstrukturen abzubauen, Produktentwicklung und Marketing zusammenzuführen. Wir sollten in diesem Zusammenhang aber auch auf warnende Stimmen hören. Deshalb bitte ich Sie, Herr Minister, noch einmal alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und Lösungsvorschläge gemeinsam zu erarbeiten, die den genannten Umständen Rechnung tragen, um nichts über's Knie zu brechen. Bitte bedenken Sie Risiken und Nebenwirkungen übereilter Entscheidungen. - Danke schön.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

#### **Amtierender Präsident Baaske:**

Wir sind am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08.

Es gibt dazu zunächst einmal 12 Änderungsanträge der DVU-Fraktion, über die namentlich abzustimmen ist. Es handelt sich dabei um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5506 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titel 683 15, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5507 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titel 831 10, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5508 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titel 831 20, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5509 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titel 862 10, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5510 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titel 826 20, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5511 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titel 862 30, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5512 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titelgruppe 60 Titel 686 60, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5513 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titelgruppe 63 Titel 534 63, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5514 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 030 Titelgruppe 63 Titel 683 63, um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5515 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 050 Titelgruppe 66 Titel 683 66 sowie um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5516 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 050 Titelgruppe 66 Titel 683 66 und letztlich um den Antrag mit der Drucksachenummer 4/5517 von der DVU-Fraktion, Kapitel 08 050 Titelgruppe 66 Titel 686 66.

Ich darf nun die Schriftführer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführer: Sie teilen mir mit, ob Sie im Bündel abstimmen wollen, und anschließend, wie Sie in der Sache abstimmen!)

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Dann bitte ich um die Auszählung der Stimmen.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis

bekannt: 5 Jastimmen, 60 Neinstimmen. Damit sind die Anträge der DVU-Fraktion abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 4331)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/5591 zum Kapitel 08 030 Titel 683 21. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: War aber knapp!)

- Nein, war nicht knapp.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/5592 zum Kapitel 08 050 Titelgruppe 82 Titel 916 82 abstimmen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Gebündelt ja!)

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/5593 zum Kapitel 08 050 Titelgruppe 98 Titel 916 98. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ihnen liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 4/5408 vor. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, ich bewundere Ihre Ausdauer. - Ich unterbreche die 59. Sitzung. Wir setzen sie morgen früh um 9 Uhr fort. Allen einen schönen Abend!

(Unterbrechung der Sitzung: 20.22 Uhr)

**Anlagen****Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 2 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Haushaltsgesetz 2008/2009 - HG 2008/2009) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 4/4951****- Einzelplan 01**

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5442 bis 4/5451

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)  
 Frau Alter (SPD)  
 von Arnim (CDU)  
 Baaske (SPD)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Dombrowski (CDU)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Funck (CDU)  
 Görke (DIE LINKE)  
 Gujjula (SPD)  
 Günther (SPD)  
 Hammer (DIE LINKE)  
 Frau Hartfelder (CDU)  
 Heinze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
 Holzschuher (SPD)  
 Jürgens (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Klein (SPD)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Kuhnert (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Lunacek (CDU)  
 Frau Meier (DIE LINKE)  
 Frau Melior (SPD)  
 Frau Dr. Münch (SPD)  
 Dr. Niekisch (CDU)  
 Petke (CDU)  
 Frau Richstein (CDU)  
 Sarrach (DIE LINKE)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schönbohm (CDU)  
 Schrey (CDU)  
 Frau Schulz (CDU)  
 Schulze (SPD)

Senftleben (CDU)  
 Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Stobrawa (DIE LINKE)  
 Vietze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Werner (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

**- Einzelplan 02**

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5452 bis 4/5455

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)  
 Frau Alter (SPD)  
 Baaske (SPD)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Görke (DIE LINKE)  
 Gujjula (SPD)  
 Günther (SPD)  
 Hammer (DIE LINKE)  
 Frau Hartfelder (CDU)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
 Holzschuher (SPD)  
 Jürgens (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Klein (SPD)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Kuhnert (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Lunacek (CDU)  
 Frau Meier (DIE LINKE)  
 Frau Melior (SPD)  
 Dr. Niekisch (CDU)  
 Petke (CDU)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schönbohm (CDU)

Schrey (CDU)  
 Frau Schulz (CDU)  
 Schulze (SPD)  
 Senfleben (CDU)  
 Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Stobrawa (DIE LINKE)  
 Vietze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Werner (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

### - Einzelplan 03

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5456 bis 4/5474

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)  
 Frau Alter (SPD)  
 von Arnim (CDU)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Frau Böhnisch (DIE LINKE)  
 Christoffers (DIE LINKE)  
 Dombrowski (CDU)  
 Domres (DIE LINKE)  
 Frau Fischer (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Funck (CDU)  
 Görke (DIE LINKE)  
 Frau Große (DIE LINKE)  
 Günther (SPD)  
 Hammer (DIE LINKE)  
 Helm (CDU)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
 Holzschuher (SPD)  
 Karney (CDU)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Dr. Klocksinn (SPD)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Kuhnert (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)

Lunacek (CDU)  
 Frau Mächtig (DIE LINKE)  
 Frau Melior (SPD)  
 Dr. Niekisch (CDU)  
 Petke (CDU)  
 Pohl (SPD)  
 Sarrach (DIE LINKE)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schönbohm (CDU)  
 Schrey (CDU)  
 Frau Schulz (CDU)  
 Schulze (SPD)  
 Senfleben (CDU)  
 Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Stobrawa (DIE LINKE)  
 Thiel (DIE LINKE)  
 Vietze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Werner (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

### - Einzelplan 04

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5475 bis 4/5482 (Neudruck)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Alter (SPD)  
 von Arnim (CDU)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Frau Böhnisch (DIE LINKE)  
 Christoffers (DIE LINKE)  
 Dombrowski (CDU)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Funck (CDU)  
 Görke (DIE LINKE)  
 Frau Große (DIE LINKE)  
 Gujjula (SPD)  
 Günther (SPD)  
 Frau Hackenschmidt (SPD)

Hammer (DIE LINKE)  
 Frau Hartfelder (CDU)  
 Heinze (DIE LINKE)  
 Helm (CDU)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
 Junghanns (CDU)  
 Jürgens (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Karney (CDU)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Klein (SPD)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Kuhnert (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Frau Lieske (SPD)  
 Lunacek (CDU)  
 Frau Mächtigt (DIE LINKE)  
 Frau Meier (DIE LINKE)  
 Frau Melior (SPD)  
 Frau Dr. Münch (SPD)  
 Dr. Niekisch (CDU)  
 Petke (CDU)  
 Platzack (SPD)  
 Pohl (SPD)  
 Sarrach (DIE LINKE)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schönbohm (CDU)  
 Schrey (CDU)  
 Frau Schulz (CDU)  
 Schulze (SPD)  
 Senftleben (CDU)  
 Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Stobrawa (DIE LINKE)  
 Frau Tack (DIE LINKE)  
 Thiel (DIE LINKE)  
 Vietze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Werner (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

#### - Einzelplan 05

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5483 bis 4/5489

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)

Frau Alter (SPD)  
 von Arnim (CDU)  
 Baaske (SPD)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Domres (DIE LINKE)  
 Frau Fischer (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Funck (CDU)  
 Frau Große (DIE LINKE)  
 Gujjula (SPD)  
 Günther (SPD)  
 Frau Hackenschmidt (SPD)  
 Hammer (DIE LINKE)  
 Heinze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
 Holzschuher (SPD)  
 Homeyer (CDU)  
 Junghanns (CDU)  
 Jürgens (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Karney (CDU)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Klein (SPD)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Kuhnert (SPD)  
 Frau Lieske (SPD)  
 Lunacek (CDU)  
 Frau Meier (DIE LINKE)  
 Frau Melior (SPD)  
 Frau Dr. Münch (SPD)  
 Dr. Niekisch (CDU)  
 Pohl (SPD)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schrey (CDU)  
 Schulze (SPD)  
 Senftleben (CDU)  
 Frau Stark (SPD)  
 Thiel (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Werner (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

#### - Einzelplan 06

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5490 bis 4/5493

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)

Nonninger (DVU)  
Schulze (DVU)

Frau Wöllert (DIE LINKE)  
Frau Ziegler (SPD)  
Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)  
Frau Alter (SPD)  
von Arnim (CDU)  
Baaske (SPD)  
Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
Dr. Bernig (DIE LINKE)  
Birthler (SPD)  
Bischoff (SPD)  
Frau Blechinger (CDU)  
Bochow (SPD)  
Frau Böhnisch (DIE LINKE)  
Christoffers (DIE LINKE)  
Dombrowski (CDU)  
Domres (DIE LINKE)  
Frau Fischer (SPD)  
Folgart (SPD)  
Frau Funck (CDU)  
Görke (DIE LINKE)  
Gujjula (SPD)  
Günther (SPD)  
Frau Hackenschmidt (SPD)  
Hammer (DIE LINKE)  
Heinze (DIE LINKE)  
Helm (CDU)  
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
Holzschuher (SPD)  
Homeyer (CDU)  
Junghanns (CDU)  
Jürgens (DIE LINKE)  
Frau Kaiser (DIE LINKE)  
Karney (CDU)  
Frau Kircheis (SPD)  
Klein (SPD)  
Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
Kuhnert (SPD)  
Frau Lehmann (SPD)  
Frau Lieske (SPD)  
Frau Mächtig (DIE LINKE)  
Frau Meier (DIE LINKE)  
Frau Melior (SPD)  
Frau Dr. Münch (SPD)  
Dr. Niekisch (CDU)  
Petke (CDU)  
Platzeck (SPD)  
Pohl (SPD)  
Frau Schier (CDU)  
Schrey (CDU)  
Frau Schulz (CDU)  
Schulze (SPD)  
Frau Siebke (SPD)  
Frau Stark (SPD)  
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
Frau Stobrawa (DIE LINKE)  
Thiel (DIE LINKE)  
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
Frau Weber (DIE LINKE)  
Werner (CDU)  
Dr. Woidke (SPD)  
Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)

#### - Einzelplan 07

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5494  
bis 4/5505

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
Frau Fechner (DVU)  
Frau Hesselbarth (DVU)  
Nonninger (DVU)  
Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)  
Baaske (SPD)  
Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
Dr. Bernig (DIE LINKE)  
Birthler (SPD)  
Bischoff (SPD)  
Frau Blechinger (CDU)  
Bochow (SPD)  
Christoffers (DIE LINKE)  
Dombrowski (CDU)  
Domres (DIE LINKE)  
Frau Fischer (SPD)  
Folgart (SPD)  
Frau Funck (CDU)  
Görke (DIE LINKE)  
Gujjula (SPD)  
Günther (SPD)  
Hammer (DIE LINKE)  
Heinze (DIE LINKE)  
Helm (CDU)  
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
Holzschuher (SPD)  
Homeyer (CDU)  
Junghanns (CDU)  
Jürgens (DIE LINKE)  
Karney (CDU)  
Klein (SPD)  
Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
Kuhnert (SPD)  
Frau Lehmann (SPD)  
Frau Lieske (SPD)  
Lunacek (CDU)  
Frau Mächtig (DIE LINKE)  
Frau Meier (DIE LINKE)  
Frau Melior (SPD)  
Dr. Niekisch (CDU)  
Petke (CDU)  
Frau Richstein (CDU)  
Frau Schier (CDU)  
Schönbohm (CDU)  
Schrey (CDU)  
Frau Schulz (CDU)  
Schulze (SPD)  
Senftleben (CDU)

Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Tack (DIE LINKE)  
 Thiel (DIE LINKE)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 4/5590

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Adolph (DIE LINKE)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Frau Böhnisch (DIE LINKE)  
 Christoffers (DIE LINKE)  
 Domres (DIE LINKE)  
 Görke (DIE LINKE)  
 Hammer (DIE LINKE)  
 Heinze (DIE LINKE)  
 Jürgens (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Frau Mächtig (DIE LINKE)  
 Frau Meier (DIE LINKE)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Tack (DIE LINKE)  
 Thiel (DIE LINKE)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)  
 Baaske (SPD)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Dombrowski (CDU)  
 Frau Fischer (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Funck (CDU)  
 Gujjula (SPD)  
 Günther (SPD)  
 Helm (CDU)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)  
 Holzschuher (SPD)  
 Homeyer (CDU)  
 Junghanns (CDU)  
 Karney (CDU)  
 Klein (SPD)  
 Kuhnert (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Frau Lieske (SPD)  
 Lunacek (CDU)

Frau Melior (SPD)  
 Dr. Nickisch (CDU)  
 Petke (CDU)  
 Frau Richstein (CDU)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schönbohm (CDU)  
 Schrey (CDU)  
 Frau Schulz (CDU)  
 Schulze (SPD)  
 Senfleben (CDU)  
 Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

#### - Einzelplan 08

Änderungsanträge der Fraktion der DVU, Drucksachen 4/5506 bis 4/5517

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)  
 Frau Fechner (DVU)  
 Frau Hesselbarth (DVU)  
 Nonninger (DVU)  
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)  
 Frau Alter (SPD)  
 von Arnim (CDU)  
 Baaske (SPD)  
 Frau Bednarsky (DIE LINKE)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Birthler (SPD)  
 Bischoff (SPD)  
 Frau Blechinger (CDU)  
 Bochow (SPD)  
 Frau Böhnisch (DIE LINKE)  
 Christoffers (DIE LINKE)  
 Domres (DIE LINKE)  
 Frau Fischer (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Funck (CDU)  
 Görke (DIE LINKE)  
 Gujjula (SPD)  
 Günther (SPD)  
 Hammer (DIE LINKE)  
 Heinze (DIE LINKE)  
 Helm (CDU)  
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)

Holzschuher (SPD)  
 Homeyer (CDU)  
 Junghanns (CDU)  
 Jürgens (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Karney (CDU)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Klein (SPD)  
 Frau Kolodzeike (DIE LINKE)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Frau Lieske (SPD)  
 Lunacek (CDU)  
 Frau Mächtigt (DIE LINKE)  
 Frau Melior (SPD)  
 Dr. Niekisch (CDU)  
 Petke (CDU)  
 Frau Richstein (CDU)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schönbohm (CDU)  
 Schrey (CDU)  
 Frau Schulz (CDU)  
 Schulze (SPD)  
 Senftleben (CDU)  
 Frau Siebke (SPD)  
 Frau Stark (SPD)  
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)  
 Frau Tack (DIE LINKE)  
 Thiel (DIE LINKE)  
 Vietze (DIE LINKE)  
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)  
 Frau Weber (DIE LINKE)  
 Frau Wehlan (DIE LINKE)  
 Werner (CDU)  
 Dr. Woidke (SPD)  
 Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
 Frau Wöllert (DIE LINKE)  
 Frau Ziegler (SPD)  
 Ziel (SPD)

**Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 12. Dezember 2007**

**Frage 1531**

**Fraktion der CDU**

**Abgeordneter Dr. Wieland Niekisch**

**- Sanierung von Schlössern und Herrenhäusern**

Seit 1990 sind im Land Brandenburg zahlreiche Schlösser und Herrenhäuser teils mit beträchtlichen finanziellen Mitteln durch die öffentlichen Hände des Landes, des Bundes und der Kommunen zum Teil total saniert und wiederaufgebaut worden.

Ich frage die Landesregierung: Um wie viele Schlösser und Herrenhäuser handelt es sich?

**Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka**

In meinem Haus liegen lediglich Informationen zu den mit Denkmalförderprogrammen von Land und Bund sanierten

Schlössern und Herrenhäusern vor. Angaben über Investitionsmaßnahmen anderer Ministerien und Kommunen, die Schlössern und Herrenhäusern zugute gekommen sind, werden nicht erfasst.

Im Rahmen der verschiedenen, seit 1990 laufenden Denkmalförderprogramme sind bisher Sanierungsmaßnahmen an insgesamt ca. 100 brandenburgischen Schlössern und Herrenhäusern mit insgesamt rund 20 Millionen Euro an Landes- bzw. Bundesmitteln gefördert worden.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) bzw. deren Vorgängereinrichtung hat seit 1990 Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen unter anderem an folgenden brandenburgischen Schlössern und Gärten durchgeführt: Sanssouci, Bildergalerie, Neue Kammern, Orangerie, Neues Palais, Charlottenhof, Römische Bäder, Marmorpalais, Cecilienhof, Babelsberg, Caputh, Paretz, Königs Wusterhausen, Jagdschloss Stern sowie Ensemblebauten in den Gärten. Dafür sind rund 200 Millionen Euro an Landes- und Bundesmitteln geflossen.

22 Schlösser und Herrenhäuser befinden sich im Besitz bzw. in der Obhut der Brandenburgischen Schlösser GmbH. Das Land Brandenburg hat hierfür bislang etwas über 20 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

**Frage 1535**

**Fraktion der SPD**

**Abgeordnete Kerstin Kircheis  
 - Pestizidreport im Internet -**

Auf der Homepage des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird seit kurzem ein sogenannter Pestizidreport veröffentlicht. Unterteilt in Obst- und Gemüsesorten sowie Handelsketten wird dort aufgelistet, welche Handelskette in welcher Menge Pestizide eingesetzt oder gar Höchstmengen überschritten hat. Die Verbraucher können sich so jederzeit über die Menge der für ihre Lebensmittel eingesetzten Pestizide informieren.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie das Vorgehen des nordrhein-westfälischen Ministeriums, diese Angaben zu veröffentlichen und so für den Verbraucher frei zugänglich zu machen?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke**

Das Verbraucherschutzministerium von Nordrhein-Westfalen veröffentlicht seit Ende August Daten zur Pflanzenschutzmittelbelastung von Lebensmitteln, aufgeschlüsselt nach Supermarktketten, Herkunftsländern und besonders betroffenen Obst- und Gemüsesorten. Die Daten beruhen auf nichtrepräsentativen Stichproben, die im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung entnommen worden sind. Die Verbraucher können anhand dieser Ergebnisse nicht auf die Gesamtbelastung des Obst- und Gemüseangebotes eines Herkunftslandes oder einer Handelskette schließen.

Die Landesregierung bewertet die Maßnahmen in NRW als einen Schritt in die richtige Richtung für die Verbraucherinfor-

mation, erkennt aber auch die Schwachstellen einer solchen Zusammenstellung, die ungewichtet ist und für den Verbraucher eher verwirrend sein kann.

Die Entnahme von Proben im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung dient zur Überprüfung der lebensmittelrechtlichen Anforderungen im Einzelfall und zielt nicht auf eine repräsentative Marktübersicht. Eine zusammenfassende Aufstellung dieser Untersuchungsergebnisse lässt daher keine statistisch abgesicherten Rückschlüsse zu, die sich auf die Gesamtheit der Proben eines Lebensmittels, einer Handelskette oder eines Herkunftslandes übertragen lassen.

Ein analoges Verfahren in Brandenburg wäre möglich, da ähnliche Daten im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung erhoben worden sind. Ohne eine Untersetzung der reinen Analysedaten mit Erläuterungen stellen diese für den Verbraucher allerdings nur einen geringen Informationsgewinn dar.

Auch stellt sich die Frage, ob unter dem Gesichtspunkt des Inkrafttretens des Verbraucherinformationsgesetzes im Mai nächsten Jahres die gesamte Berichterstattung zur amtlichen Lebensmittelüberwachung und ihre öffentliche Darstellung nicht besser grundsätzlich neu ausgerichtet werden sollte, um dem Anspruch der Verbraucher Genüge zu tun, eine repräsentative und verständliche Bewertung der Belastungssituation aller im Handel angebotenen Lebensmittel zu erhalten.

#### **Frage 1536**

**Fraktion der DVU**

**Abgeordnete Liane Hesselbarth**

**- Unternehmenssteuerreform -**

Aufgrund der zum 1. Januar 2008 in Kraft tretenden sogenannten Unternehmenssteuerreform müssen Firmen nicht mehr wie bisher nur auf ihren tatsächlich erzielten Gewinn (zuzüglich bisher relativ geringfügiger Hinzurechnungen) Gewerbesteuer zahlen, sondern zusätzlich auch noch auf Fixkosten wie Mieten, Leasing und ähnliche Kosten, welche anteilig mit 25 % hinzugerechnet werden müssen, und zwar gleichgültig, wie hoch Umsatz und Gewinn sind oder ob überhaupt Gewinne erzielt wurden.

Sowohl der Handelsverband Berlin-Brandenburg als auch das Kommunalwissenschaftliche Institut der Universität Potsdam gehen davon aus, dass sich die Mehrbelastungen aufgrund dieser neuen Rechtslage geradezu ruinös auf die Brandenburger Handelsbetriebe - insbesondere solche in teuren Innenstadtlagen, besonders in Potsdam - auswirken werden. Nach Einschätzung von Experten würden dadurch viele Brandenburger mittelständische Handelsbetriebe mittelfristig in die Insolvenz getrieben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um dieser bevorstehenden Entwicklung im Bereich der kleinen und mittelständischen Handelsbetriebe in Brandenburg wirtschaftspolitisch gegenzusteuern?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister der Finanzen Speer**

Ein wirtschaftspolitisches Gegensteuern ist nicht erforderlich, weil die Änderungen bei den Hinzurechnungsregelungen nicht die skizzierten „ruinösen“ Auswirkungen haben.

Die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer enthalten zukünftig einen Finanzierungsanteil von 65 % der Mietzahlungen, der zu 25 % hinzuzurechnen ist. Gleichzeitig wird die bereits bislang bedeutsame Hinzurechnung von 50 % der Dauerschuldzinsen auf 25 % abgesenkt. Die Steuererhöhung aufgrund von Hinzurechnungen beträgt damit maximal 2,6 % der Mietkosten.

Es tritt keine Mehrbelastung bei gewinnerwirtschaftenden Unternehmen ein, denn entweder wirkt bei Personenunternehmen die Anrechnungsmöglichkeit der Gewerbesteuer oder bei Kapitalgesellschaften die Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 15 % kompensierend.

Bei Unternehmen ohne Gewinn sind Mehrbelastungen von maximal 0,26 % des Umsatzes denkbar. Diese werden allerdings im Allgemeinen aufgefangen durch die nun auf 25 % abgesenkte Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen.

#### **Frage 1537**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**

**- Zwischenbericht Funktionalreform -**

Die Landesregierung hat sich Anfang November 2007 mit dem Zwischenbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Weiterführung der Funktionalreform befasst, die seit 2004 tätig ist. In diesem Bericht wird eingeschätzt, dass die bisherigen Ergebnisse der Arbeit der IMAG unbefriedigend sind. Daraus ergibt sich, dass das von der Koalition festgeschriebene Ziel, in dieser Wahlperiode zumindest die Voraussetzungen zur Weiterführung der Funktionalreform zu schaffen, ernsthaft gefährdet ist.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dem Zwischenbericht hinsichtlich der Vorbereitung und Umsetzung der Funktionalreform?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister des Innern Schönbohm**

Die Landesregierung hat den Zwischenbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Weiterführung der Funktionalreform (IMAG) in ihrer Sitzung am 6. November 2007 zur Kenntnis genommen. Der Bericht stellt die Chancen, aber auch die Grenzen des Funktionalreformprozesses dar und zeigt die Wechselwirkungen mit anderen Reformvorhaben im Lande auf.

Tatsächlich stellt die IMAG in ihrem Zwischenbericht die berechnete Frage, ob durch die Prüfung von insgesamt 82 Übertragungsvorschlägen das Ziel einer umfassenden Funktionalreform zu erreichen ist. Der Bericht zeigt aber auch auf, dass sich die Rahmenbedingungen gegenüber den ursprünglichen Erwartungen des Jahres 2003 zu einer umfassenden Funktionalreform entscheidend geändert haben. Gerade die Wechselwirkungen der Funktionalreform mit anderen Reformprozessen verbieten es, den Fokus auf die Frage weiterer Aufgabenübertragungen zu richten.

Die Landesregierung hat deshalb die IMAG gebeten, die Beratungen über die noch ausstehenden Vorschläge zügig abzuschließen und dabei die im Land verfolgten weiteren Reformprozesse zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf die

Umsetzung des Standarderprobungsgesetzes und der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Darüber hinaus soll die IMAG auch die Erfahrungen aktueller Funktional- bzw. Verwaltungsstrukturreformvorhaben anderer Länder berücksichtigen. Die Ergebnisse werden noch in dieser Legislaturperiode in einem Abschlussbericht zusammengeführt.

**Frage 1538**

**Fraktion der CDU**

**Abgeordnete Monika Schulz**

**- Gewalt gegen Frauen -**

In einem am 24.11.2007 im Nordkurier erschienenen Artikel über Frauenhäuser kommt zum Ausdruck, dass Hartz-IV-Empfängerinnen und ihre Kinder bei familiärer Gewalt nicht aufgenommen werden, weil sie den Tagessatz von 7 Euro nicht bezahlen können.

Ich frage die Landesregierung: Welche Kenntnis hat sie, dass das den Tatsachen entspricht?

**Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Der Landesregierung ist kein Fall bekannt, in dem gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz und Zuflucht im Frauenhaus verwehrt wurde, weil sie den Tagessatz nicht zahlen konnten.

Im Land Brandenburg werden von Gewalt betroffene Frauen unabhängig von ihrer Einkommenssituation im Frauenhaus aufgenommen. Nachdem die Frau - meist nach akuter Gewalterfahrung - psychisch etwas stabilisiert ist, können die Frauenhausmitarbeiterinnen beginnen, weitere Fragen abzuklären. Wenn sich eine Frau entschließt, im Frauenhaus zu wohnen, und sie kein eigenes bedarfsdeckendes Einkommen hat, wird sie von den Frauenhausmitarbeiterinnen unterstützt, Leistungen nach SGB II zu beantragen. Nach einer Bewilligung wird dem Frauenhausträger das Nutzungsentgelt für die Zeit des Frauenhausaufenthaltes in der Regel direkt von der ARGE bzw. dem zugelassenen kommunalen Träger überwiesen.

**Frage 1539**

**Fraktion der SPD**

**Abgeordnete Klara Geywitz**

**- Leopoldina als Nationale Akademie der Wissenschaften für Deutschland -**

Seit vielen Jahren diskutiert das deutsche Wissenschaftssystem über die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer deutschen Nationalakademie. Befürworter argumentieren vor allem mit der Notwendigkeit einer Gesamtvertretung der deutschen Wissenschaft im europäischen Raum, Skeptiker und Gegner sehen entweder keinen Bedarf oder zentralistische Schädlichkeit angesichts der bestehenden Länderakademien. Mitte November hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan überraschend angekündigt, dass die naturwissenschaftlich-medizinisch ausgerichtete Leopoldina in Halle künftig die Nationale Akademie der Wissenschaften für Deutschland werden soll.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Ent-

scheidung und ihre mögliche Auswirkung auf die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften?

**Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka**

Eine Entscheidung über die Nationale Akademie der Wissenschaften für Deutschland wurde noch nicht getroffen.

Die Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern haben sich in der November-Sitzung der Bund-Länder-Kommission mit dem Vorschlag von Frau Bundesministerin Schavan, der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina die Aufgaben einer Deutschen Akademie der Wissenschaften zu übertragen, befasst. Dazu wurde vereinbart, dass in der ersten Sitzung der sich neu konstituierenden Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) im Februar 2008 das Thema zunächst umfassend diskutiert wird. Die GWK erwartet, dass bis dahin ein Konzept zur Rolle und Definition einer Deutschen Akademie der Wissenschaften vorgelegt wird.

Daher können zum gegenwärtigen Zeitpunkt mögliche Auswirkungen des Vorschlags auf die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) noch nicht beurteilt werden.

Kritikpunkte der Länder an dem Vorschlag waren, dass er einerseits unabgestimmt veröffentlicht wurde und andererseits der geisteswissenschaftliche Bereich nicht unmittelbar durch die Leopoldina abgedeckt wird.

Die Leopoldina ist die älteste ununterbrochen existierende naturwissenschaftlich-medizinische Akademie der Welt mit einer 355-jährigen Tradition und mit mehr als 1250 Mitgliedern in aller Welt. Eine besondere gesellschaftliche Wahrnehmung erfährt das Wirken der Leopoldina durch die sogenannten Ad-hoc-Kommissionen, die sich mit öffentlich diskutierten Aspekten von Wissenschaft auseinandersetzen. Die Leopoldina hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Veranstaltungen im Ausland mit dort ansässigen Hochschulen konzipiert und durchgeführt.

Die BBAW dient der Förderung der Wissenschaft mit Schwerpunkt in den Naturwissenschaften, aber auch in den Geisteswissenschaften. Ihr Profil wird durch Forschungsarbeiten zur Erschließung des kulturellen Erbes sowie von inter- und transdisziplinär angelegten Projekten von hohem gesellschaftlichen Interesse bestimmt. Besondere Bedeutung kommt der BBAW als Dialogvermittlerin zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu.

Im Kontext einer Nationalakademie steht auch, dass die BBAW gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina bereits die „Die Junge Akademie“ gegründet hat, eine auch international bislang einzigartige Form der Förderung des herausragenden wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland.

Es bleibt zu hoffen, dass der Vorschlag für eine Deutsche Akademie der Wissenschaften die Vorzüge beider Akademien sowie ihr Synergiepotenzial ausreichend berücksichtigt.

**Frage 1540****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Gerrit Große****- Bewertung der PISA-Studie -**

Die neuesten PISA-Ergebnisse haben gezeigt, dass die deutschen Schülerinnen und Schüler im Bereich Naturwissenschaften/Umwelt Platz 13 belegen, während sie im Lesen und in Mathematik nach wie vor im Mittelfeld liegen und die Leistungsverbesserungen gegenüber PISA 2003 nur marginaler Natur sind. Die Ergebnisse wurden unterschiedlich interpretiert und zogen Auseinandersetzungen nach sich, die wenig sachlich und zielführend waren. Einer positiven, ja fast euphorischen Bewertung standen Forderungen nach dem Rücktritt des internationalen PISA-Koordinators Andreas Schleicher gegenüber.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Ergebnisse?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht**

Es ist nicht möglich, eine fundierte Bewertung der Ergebnisse der PISA-Studie 2006 im kurzen Rahmen der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage vorzunehmen. Außerdem wäre eine gründliche Analyse der beiden jeweils mehr als 400 Seiten umfassenden Ergebnisberichte der OECD und des deutschen PISA-Konsortiums in so kurzer Zeit auch nicht leistbar gewesen.

Die KMK und das Bundesbildungsministerium haben sich auch aus diesem Grund darauf verständigt, anlässlich der Vorstellung der Studie am 4. Dezember dieses Jahres nur eine knappe Einschätzung der Ergebnisse zu präsentieren. Eine zweite, inhaltlich vertiefte Stellungnahme mit zentralen bildungspolitischen Folgerungen, konkreten Handlungsempfehlungen und verabredeten Maßnahmen wird nach gründlicher Auswertung der Befunde voraussichtlich im März 2008 stattfinden.

Die Tatsache, dass die PISA-Studie nun zum dritten Mal durchgeführt wurde, hat bei den Auftraggebern und auch bei der interessierten Öffentlichkeit natürlich den Wunsch nach eindeutigen Antworten verstärkt, insbesondere zur Frage, ob sich die Schülerinnen und Schüler in Deutschland in ihren Kompetenzen verbessert haben. Aufgrund der sehr komplexen Struktur der Studie und der Variation der Inhaltsschwerpunkte in den Jahren 2000, 2003 und 2006 lässt sich diese Frage jedoch nicht einfach beantworten.

Hinzu kommt, dass es von maßgeblicher Bedeutung ist, mit welchen Ländern man die Ergebnisse der deutschen Schülerinnen und Schüler vergleichen will, und ob es dabei vor allem um relative Rangplätze geht oder um eine Bewertung der tatsächlich erreichten PISA-Testpunkte.

Üblicherweise vergleicht die OECD die Position eines Landes mit dem OECD-Durchschnittswert. Daran gemessen erreichte Deutschland in der Lesekompetenz im Jahr 2000 einen unterdurchschnittlichen Wert. Bei den PISA-Tests 2003 und 2006 dagegen lag Deutschland jeweils im Bereich des OECD-Durchschnitts und hatte auch einige Testpunkte mehr als in der vorhergehenden Studie erreicht. Dieses Ergebnis kann zu-

nächst trotzdem nur als eine Veränderung und noch nicht als eine Verbesserung gewertet werden. Denn die aktuelle Durchschnittsposition für Deutschland resultiert einerseits aus einem leichten Anstieg des Mittelwerts in Deutschland über die drei Testzeitpunkte, andererseits aus dem Rückgang des OECD-Durchschnittswerts für die Lesekompetenz.

Im Bereich der mathematischen Kompetenz haben wir es mit einem ähnlichen Effekt zu tun. Nachdem sich Deutschland von 2000 zu 2003 noch signifikant verbessert hat, liegen die Gesamtleistungen 2006 unverändert auf dem Niveau von 2003.

Wirklich erfreulich sind aber die in Deutschland erreichten Leistungen im Bereich der Naturwissenschaften, die den Schwerpunkt der aktuellen PISA-Studie bildeten. Hier liegen die deutschen Schülerinnen und Schüler erstmalig deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Innerhalb Europas erreichen nur die Schülerinnen und Schüler aus den Niederlanden und Finnland noch bessere Ergebnisse.

Sich bei der Bewertung nur auf diese allgemeinen Befunde zu stützen wäre der Komplexität der Studie nicht angemessen. PISA 2006 liefert eine Fülle weiterer Erkenntnisse, die in den nächsten Monaten im Detail auszuwerten sind. Hinzu kommt, dass im Herbst 2008 die für uns alle spannenden Ergebnisse des PISA-Ländervergleichs vorgelegt werden. Erst danach wird erkennbar sein, ob bestimmte negative bzw. positive Ergebnisse für alle Bundesländer gleichermaßen zutreffen oder ob es auch bedeutsame Unterschiede in den Entwicklungsverläufen einzelner Länder gibt.

**Frage 1542****Fraktion der SPD****Abgeordneter Werner-Siegwart Schippel****- Ausübung polizeilicher Befugnisse durch Zollbeamte -**

Im März 2007 hat der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz (IMK) über die Frage nach einer Eilkompetenz zur Gefahrenabwehr für die Beamten der Mobilen Kontrollgruppen der Zollverwaltung beraten. Anlass dafür war ein mit einem Unfall verbundener Einsatz eines Zollbeamten außerhalb des Grenzgebiets. Gemäß der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1703 wurde im Ergebnis dessen der Bund gebeten, die diesbezügliche Rechtslage zu prüfen.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern wurde bei der IMK am 07.12.2007 die erläuterte Problematik behandelt und gegebenenfalls abschließend beraten?

**Antwort der Landesregierung****Minister des Innern Schönbohm**

Auf der 210. Sitzung des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde der Beschluss gefasst, den Bund zu bitten, die Rechtslage zu präventiv-polizeilichen Eilmaßnahmen der Beamten der Mobilen Kontrollgruppen der Zollverwaltung zu prüfen.

Die Thematik der Ausübung polizeilicher Befugnisse durch Zollbeamte wurde im Rahmen der (IMK) am 7. Dezember 2007 nicht erörtert.

**Frage 1543****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Christian Görke****- Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II -**

Die Bundesregierung hat im Oktober die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft neu festgesetzt. Während sich der Bund - bezogen auf die Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg - im Jahr 2007 mit 31,2 % beteiligt, wird die Bundesbeteiligung im Jahr 2008 auf 28,6 % abgesenkt. Dadurch entstehen durchgängige Mehrbelastungen für die Kreise in Brandenburg. Wegen dieser Mehrbelastungen hat die Landesregierung in der Sitzung des Bundesrates am 9. November den Gesetzentwurf abgelehnt und einem Antrag zugestimmt, der eine Korrektur der Kostenverteilung zugunsten der Kommunen verlangt. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Bundsratsitzung am 30. November stand das Thema erneut auf der Tagesordnung. Nunmehr hat die Landesregierung wieder die gegenteilige Position eingenommen und ist den Vorstellungen der Bundesregierung gefolgt.

Meine Frage lautet: Wie begründet die Landesregierung ihr widersprüchliches Agieren in der Frage der Kosten der Unterkunft?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Die Landesregierung hat sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Neufestlegung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II für eine Änderung der Formel zur Anpassung der Bundesbeteiligung ausgesprochen, die - im Interesse der Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte - die tatsächliche Kostenbelastung der kommunalen Grundsicherungsträger berücksichtigt. Hierzu ist eine entsprechende Stellungnahme des Bundesrates am 09.11.2007 beschlossen worden.

Eine Ablehnung des Gesetzentwurfs im Bundesratsplenum am 30.11.2007 durch die Länder ist dennoch unterblieben, da der Bund ausdrückliche Kompromissbereitschaft im Kontext mit dem ebenfalls im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Gesetzentwurf zur Änderung des Wohngeldgesetzes und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) signalisiert hat. Damit soll - für die kommunalen Haushalte nicht weniger von Bedeutung - die Beteiligung des Bundes an den von den Kommunen aufzubringenden Leistungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung neu geregelt werden.

Diese Verfahrensweise verspricht für die Kommunen eine wesentlich verbesserte Verhandlungsposition bei der Festlegung der Bundesbeteiligung im SGB XII, die - im Gegensatz zu separaten Verhandlungen - ein insgesamt deutlich besseres Ergebnis für die kommunalen Haushalte erwarten lässt. Der Bund erklärte im Bundesratsplenum seine Bereitschaft, den jetzigen Gesetzentwurf zur Änderung des SGB XII nachzubessern.

**Frage 1544****Fraktion der SPD****Abgeordneter Klaus Bochow****- Mängel beim neuen Reisepass -**

Presseberichten zufolge sind bereits kurz nach der Einführung des neuen Reisepasses in einigen Bundesländern erhebliche Sicherheitsprobleme aufgetreten, wozu unter anderem die unsichere Übermittlung der Daten an die Bundesdruckerei zählen soll.

Ich frage die Landesregierung: Liegen ihr Hinweise darauf vor, dass auch im Land Brandenburg Sicherheitsprobleme mit dem neuen Reisepass aufgetreten sind bzw. auftreten können?

**Antwort der Landesregierung****Minister des Innern Schönbohm**

Eine Übermittlung der Passantragsdaten erfolgt ausschließlich an die Bundesdruckerei GmbH, die den Pass herstellt. An andere Bundesbehörden oder sonstige Empfänger erfolgt im Passantragsverfahren keine Übermittlung. Die technische Gestaltung der Sicherheitsspezifikationen des ePasses, darin enthalten die Übertragung der Passantragsdaten an die Bundesdruckerei GmbH, wurde vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erarbeitet.

In der technischen Richtlinie zur Produktionsdatenerfassung, -qualitätsprüfung und -übermittlung für Pässe des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik ist festgelegt, dass die Übermittlung in verschlüsselter Form erfolgt. Der Landesregierung liegen keine Hinweise darauf vor, dass bei der Übertragung der Passantragsdaten durch die Passbehörden im Land Brandenburg an den Passhersteller, die Bundesdruckerei GmbH, Sicherheitsprobleme aufgetreten sind.

**Frage 1545****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg****- Neuer Reisepass - neuer Ärger mit dem Datenschutz? -**

Nach Zeitungsberichten gibt es beim neuen Reisepass, der neben dem Passfoto auch zwei Fingerabdrücke biometrisch erfasst, Mängel beim Datenschutz. So soll es Sicherheitsmängel bei der Übermittlung der Daten von den Ämtern an die Bundesdruckerei und der Ausgabe der Reisepässe geben.

Ich frage die Landesregierung: Wie sind bei der Einführung der neuen Reisepässe die datenschutzrechtlichen Vorschriften sichergestellt worden?

**Antwort der Landesregierung****Minister des Innern Schönbohm**

Die technische Gestaltung der Sicherheitsspezifikationen des ePasses, darin enthalten die Übertragung der Passantragsdaten an die Bundesdruckerei GmbH, wurde vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erarbeitet. In der technischen Richtlinie zur Produktionsdaten-

erfassung, -qualitätsprüfung und -übermittlung für Pässe des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik ist festgelegt, dass die Übermittlung in verschlüsselter Form erfolgt. Im Rahmen der Einführung des elektronischen Reisepasses hat der Bund den Bundesbeauftragten für den Datenschutz in der gesetzlich vorgeschriebenen Form beteiligt. Der Landesregierung liegen keine Hinweise darauf vor, dass es bei der Übertragung der Passantragsdaten durch die Passbehörden im Land Brandenburg an die Passhersteller, die Bundesdruckerei GmbH, bzw. bei der Aushändigung des Passes zu Sicherheits- oder Datenschutzproblemen gekommen ist.

#### **Frage 1546**

**Fraktion der DVU**

**Abgeordneter Markus Nonninger**

**- CE-Kennzeichen anstatt Qualitätsstandards „Geprüfte Sicherheit“ -**

Die Europäische Kommission schickt sich an, das deutsche Prüfsiegel „GS - Geprüfte Sicherheit“ zu verbieten. Stattdessen soll der sogenannte CE-Aufkleber auf den Produkten prangen.

Vielfach wird die Befürchtung geäußert, dass die CE-Kennzeichnung zur Preisgabe von Sicherheitsstandards führen wird. Eine auf Selbsterklärung der Hersteller beruhende CE-Kennzeichnung wird als nicht ausreichend empfunden, weil die Produzenten damit lediglich die Einhaltung von Richtlinien bestätigen, die ohnehin einzuhalten sind. Eine verpflichtende Prüfung und Überwachung der Fertigung durch unabhängige Dritte sieht dieses Sicherheitsversprechen nicht vor.

Ich frage die Landesregierung: Welche Positionen vertritt sie hinsichtlich einer Abschaffung des Qualitätsstandards „Geprüfte Sicherheit“ zugunsten des CE-Kennzeichens?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Seit ca. 20 Jahren sind Hersteller verpflichtet, die CE-Kennzeichnung an ihren Produkten anzubringen, wenn dies in den für dieses Produkt geltenden europäischen Binnenmarktrichtlinien verlangt wird. Die Kennzeichnung ist an die Behörde gerichtet. Mit der CE-Kennzeichnung macht der Hersteller gegenüber der Behörde deutlich, dass er das für das Produkt vorgeschriebene Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt hat und in einer Konformitätserklärung die Einhaltung der grundlegenden Sicherheitsanforderungen aus den europäischen Binnenmarktrichtlinien bestätigt.

Das im Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) verankerte Zeichen „GS = geprüfte Sicherheit“ (GS-Zeichen) ist dagegen ein rein freiwilliges und rein nationales Zeichen. Es kann auf Antrag des Herstellers durch eine von den Ländern zugelassene Stelle zuerkannt werden. Das GS-Zeichen ist kein „Qualitätsstandard“ (für Qualität gibt es keine Vorgaben) und auch kein Prüfsiegel für den freien Warenverkehr in Europa. Es ist ein an den Verbraucher gerichtetes Sicherheitssiegel mit hoher Akzeptanz auch über die Grenzen Deutschlands hinweg.

Somit haben beide Kennzeichen die ihnen eigene Bedeutung, Zielgruppe und Berechtigung.

Im Zusammenhang mit den Mattel-Rückrufaktionen vom Sommer dieses Jahres haben sich die für den Bereich des GPSG zuständigen obersten Marktüberwachungsbehörden der Länder im Konsens mit den zuständigen Bundesressorts für eine Erhaltung und Stärkung des GS-Zeichens ausgesprochen. Ebenso hat sich die Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) bei ihrem Treffen am 5. Dezember 2007 in Brüssel erklärt. Diese Position unterstützt die Landesregierung ausdrücklich. Ein Verzicht auf das nationale GS-Zeichen kommt nur dann in Betracht, wenn durch die Europäische Kommission ein europaweit gültiges Sicherheitssiegel eingeführt würde, welches das Niveau des GS-Zeichens abbildet oder dieses übersteigt.

#### **Frage 1547**

**Fraktion der SPD**

**Abgeordneter Klaus Bochow**

**- EU-Strafzettel erst nach 2008? -**

Presseberichten zufolge wird ein EU-Beschluss zur europaweiten Vollstreckung von Bußgeldern - betroffen sind unter anderem im Straßenverkehr erhobene Bußgelder ab einer Höhe von 70 Euro - nicht vor 2008 in nationales Recht umgesetzt.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele ausländische Verkehrsteilnehmer haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres Regelübertretungen im brandenburgischen Straßenverkehr begangen, die mit einem Bußgeld von 70 Euro oder mehr zu ahnden wären?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Minister des Innern Schönbohm**

Statistische Zahlen zu Regelübertretungen durch ausländische Verkehrsteilnehmer, die mit einem Bußgeld von 70 Euro oder mehr zu ahnden wären, liegen nicht vor.

Derzeit werden Regelübertretungen ausländischer Verkehrsteilnehmer bei Feststellung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr im Rahmen von Anhaltekontrollen der Polizei unmittelbar vor Ort durch Erhebung eines Verwarnungsgeldes geahndet, oder es werden Bußgeldverfahren durch gleichzeitige Erhebung von Sicherheitsleistungen eingeleitet. Erhebungen hinsichtlich der Verwarnung-/Bußgeldbeträge werden jedoch nicht geführt.

#### **Frage 1548**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Irene Wolff-Molorciuc**

**- Tariflohn für Pflegepersonal -**

In der Plenarsitzung des Bundesrates am 30. November 2007 sind zum Entwurf des Gesetzes zur Strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung wichtige Einwände und Änderungsvorschläge gemacht worden. In einer Pressemitteilung begrüßt der Präsident des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e. V., Bernd Meurer, dass der Bundesrat sich gegen die Verpflichtung zur Tariflohnzahlung ausgesprochen habe.

Darum frage ich die Landesregierung: Welche Position hat sie im Bundesrat bei der Frage von Tariflohnsicherung für das Pflegepersonal in Einrichtungen und Diensten eingenommen?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie  
Ziegler**

Diese Pressemitteilung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e. V. ist mir nicht bekannt. Sie wäre auch falsch.

Bevor eine Pflegeeinrichtung einen Versorgungsvertrag erhält, müssen bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllt sein. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung für das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, der sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet, sieht eine zusätzliche Anforderung vor: Die Pflegeeinrichtung muss ihren Beschäftigten eine in Pflegeeinrichtungen ortsübliche Arbeitsvergütung zahlen.

Pflegepolitisch ist das Anliegen von Ulla Schmidt sehr wichtig:

Die Arbeit in der Pflege ist anspruchsvoll und fordert viel. Physisch und psychisch. Und es kann wirklich nicht sein, dass Pflegekräfte mit Hungerlöhnen nach Hause gehen müssen. Der harte Wettbewerb in der Pflege hat dazu geführt, dass nicht selten der Tariflohn ganz erheblich unterschritten wird.

Solche Löhne sind nicht gut für die Beschäftigten. Sie sind aber auch nicht gut für die Qualität in der Pflege. Die Pflegenden müssen den Kopf frei haben für ihre Aufgaben.

Löhne unter Tariflohn können auch zu einem ernsten pflegepolitischen Problem werden. Wir rechnen für die Zukunft mit deutlich mehr Pflegebedürftigen, als es heute gibt. Und wir rechnen damit, dass der Anteil unter den Pflegebedürftigen steigt, die professionelle Pflege in Anspruch nehmen - zu Hause oder im Heim. Der Bedarf an Pflegekräften wird daher deutlich steigen.

Gleichzeitig aber geht die Zahl der Schulabgänger drastisch zurück. Um die Pflege auch in Zukunft personell abzusichern, werden wir also ganz erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen. Der Pflegeberuf muss dazu attraktiver werden. Hierzu gehören Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen, aber hierzu gehört natürlich auch eine angemessene Bezahlung. Nur so werden wir genügend viele und genügend gute junge Leute für diese Arbeit gewinnen.

Daher unterstütze ich den Vorschlag von Ulla Schmidt nachdrücklich.

**Frage 1549****Fraktion der SPD****Abgeordnete Susanne Melior  
- Ausgleichsfonds im FAG -**

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom Mai 2007 teilte das Innenministerium mit, dass im sogenannten Ausgleichsfonds des FAG rund 92 Millionen Euro vorhanden sind. Durch Pressemitteilungen des Innenministers wurde bekannt, dass mehrere Kommunen im Jahr 2007 Hilfen aus diesem Fonds erhalten haben.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Höhe wurden die Gelder des Ausgleichsfonds nach dem Finanzausgleichsgesetz einerseits an Gemeinden und kreisfreie Städte und andererseits an die Landkreise im Jahr 2007 ausgezahlt?

**Antwort der Landesregierung****Minister des Innern Schönbohm**

Bis zum heutigen Tage sind im Haushaltsjahr 2007 insgesamt rund 21,6 Millionen Euro ausgezahlt worden. Davon entfallen auf Gemeinden rund 19,3 Millionen Euro, auf kreisfreie Städte rund 0,7 Millionen Euro und auf Landkreise 1,6 Millionen Euro. Darüber hinaus ist zwischenzeitlich einem Landkreis ein Zuwendungsbescheid in Höhe von 7,0 Millionen Euro übersandt worden; die Zuweisung wird nach Bestandskraft des Bescheides ausbezahlt. Daneben bestehen weitere bestandskräftige Zuwendungsbescheide, die noch bis Ende dieses Jahres Auszahlungen in Höhe von 0,4 Millionen Euro vorsehen.

Nach dem Urteil des Brandenburgischen Verfassungsgerichts vom 22.11.2007 sind nunmehr die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausreichung von Mitteln aus dem Ausgleichsfonds, insbesondere auch zum Ausgleich unüberwindbarer struktureller Defizite von Landkreisen, klargestellt worden. Es ist beabsichtigt, noch in diesem Jahr Mittel aus dem Fonds an weitere Landkreise auszureichen.

**Frage 1550****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Vorschlag der EU zur Kürzung der Direktzahlungen für große Agrarbetriebe -**

In Vorbereitung auf den „Gesundheits-Check“ der bis 2013 befristeten EU-Agrarreform präsentierte die EU-Kommission einen Vorschlag, wonach Direktzahlungen an große Agrarbetriebe um bis zu 45 % reduziert werden sollen. Fast zeitgleich stellte die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ eine von der Landesregierung gelieferte namentliche Liste der 100 größten Brandenburger Empfängerbetriebe von Direktzahlungen, versehen mit dem betriebskonkreten Ausweis der Höhe dieser Gelder, in das Internet.

Die Landesregierung hat bereits im September derartige Kürzungen begründet abgelehnt. Umso unverständlicher ist mir ihr Umgang mit der Transparenz. Betriebsnamen versehen mit nackten Geldbeträgen abzuliefern ist bürokratisch formal, bedient überdies das Klischee von der Ungerechtigkeit in der Verteilung der Agrarsubventionen und ist Wasser auf die Brüssler Mühlen. Notwendig wäre eine Transparenzliste mit Angaben zur Wirtschaftskraft der genannten Unternehmen, zu ihren konkreten Leistungen einschließlich der Beschäftigung von Arbeitskräften und Auszubildenden. Notwendig wäre ebenso eine Auswirkungsberechnung der Brüssler Vorschläge für die verschiedenen Betriebsformen und -größen. Der Agrarminister von Mecklenburg-Vorpommern hat das bereits für sein Land getan. Eine Erkenntnis seiner Präsentation lautet, dass die größten Verluste im Falle der Verwirklichung der EU-Kürzungen ausgerechnet die Betriebe mit der höchsten Zahl an Arbeitskräften und Viehbesatz hinnehmen müssten und dass die Kürzungen zu einem weit unterdurchschnittlichen Einkommen für die Arbeitskräfte führen würden. Die jüngste Presseinformation des Ministers Dr. Woidke verweist auch auf den Verlust von 8 000 Arbeitsplätzen im Land.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Sachverhalt, besonders hinsichtlich der Auswirkungen für Brandenburg?

## Antwort der Landesregierung

### Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Die Forderung nach größerer Transparenz staatlicher Transferzahlungen an die Landwirtschaft beruht für einen Teil der Verfechter dieser Forderung auf der Behauptung, diese Zahlungen seien sozial ungerecht verteilt; wenige Landwirte erhielten das Gros dieser Zahlungen, was letztendlich dazu führen würde, dass anstelle einer nachhaltig betriebenen Landwirtschaft eine industriemäßige gefördert werde. Der Vorschlag von Agrarkommissarin Fischer-Boel, die Direktzahlungen zukünftig in Abhängigkeit vom absoluten Volumen dieser Zahlungen je Betrieb mit steigendem Volumen zunehmend zu kürzen - also degressiv auszugestalten -, ist sicher nicht unerheblich als Reaktion auf den auf diese Weise aufgebauten politischen Druck erfolgt.

Es gibt also zweifellos einen Zusammenhang zwischen der Forderung nach mehr Transparenz und dem Vorschlag einer Degression von Direktzahlungen.

Unabhängig davon ist es Beschlusslage der EU, die Akzeptanz der von der Gemeinschaft betriebenen Politik auch dadurch zu erhöhen, dass die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln offengelegt wird. Die Landesregierung unterstützt diesen Ansatz. Sie widersetzt sich aber zugleich Bestrebungen, die öffentliche Diskussion allein auf die Zahlungen an einzelne Gruppen zu konzentrieren, wie dies ganz offensichtlich von der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ beabsichtigt ist.

Wenn diese „Initiative“ - wie mit einem Schreiben am 13.03.2006 geschehen - allerdings um die Übermittlung konkreter Informationen zu Agrarsubventionen in unserer Landwirtschaft nachsucht, sind wir gehalten, dieses Begehren auf der Basis des geltenden Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes zu prüfen. Genau dies ist getan worden, und die übermittelten Daten entsprechen dem Ergebnis dieser Überprüfung; nicht mehr und nicht weniger.

Die nationale Umsetzung der Verpflichtung, Informationen über die Empfänger von EU-Mitteln ab 2008 zu veröffentlichen, befindet sich noch in Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Wir sprechen uns mit Nachdruck dafür aus, nicht nur die nackten Zahlen offenzulegen, sondern diese durch verfügbare aussagefähige Fakten zu ergänzen. Diese sollen verdeutlichen, wer von diesen Zahlungen wirklich profitiert und welche Leistungen damit verbunden sind. Genau auf dieser Basis führen wir die Auseinandersetzung zu dem Vorschlag einer Degression der Direktzahlungen. Das haben alle Agrarminister der neuen Bundesländer, nicht nur Herr Backhaus, erst jüngst in einem gemeinsamen Schreiben an die Agrarkommissarin getan. Agrarkommissarin Fischer-Boel wird aufgrund unserer Aktivitäten am 20.01.2008 Brandenburg besuchen, um sich vor Ort über die konkrete Situation und die Rahmenbedingungen des Landes zu informieren.

Das haben wir umgesetzt, indem wir dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) exemplarisch anhand der größten Empfänger von Direktzahlungen unseres Landes Informa-

tionen zu Produktionsstrukturen, Beschäftigung, Investitionen und wirtschaftlicher Lage dieser Unternehmen zur Verfügung gestellt haben. Weiterhin haben wir die Auswirkungen des Kommissionsvorschlages für unsere Landwirtschaft untersucht, bewertet und offensiv präsentiert. Wir können damit belegen:

1. Es gibt im derzeitigen System der Direktzahlungen keine Beziehungen zwischen Betriebsgröße bzw. Volumen der betrieblichen Direktzahlungen einerseits und dem Umfang der Direktzahlungen je Arbeitskraft andererseits. Maßgeblich für die gewährten Direktzahlungen pro Arbeitskraft ist nicht die Betriebsgröße, sondern vielmehr das Produktionsprofil und die Unternehmensstruktur.
2. Eine Degression der Direktzahlungen ist insoweit absolut kontraproduktiv. Sie würde zu einem massiven Abbau von Arbeitskräften, vorrangig in den Betrieben mit Tierproduktion führen, mit all seinen negativen Auswirkungen auf den vor- und nachgelagerten Bereich und den ländlichen Raum in Gänze.
3. Marktorientierung, umweltgerechte Produktionsverfahren, artgerechte Tierhaltung, Umsetzung der guten fachlichen Praxis, letztendlich aber auch Arbeitsplatzbereitstellung sind keine Frage von Betriebsgröße und Rechtsform.

### Frage 1551

#### Fraktion der DVU

#### Abgeordnete Birgit Fechner - Kriminalitätsatlas -

Die Berliner Polizei will im kommenden Jahr zusätzlich zur Kriminalitätsstatistik erstmals einen Stadtteilatlas vorlegen. Darin soll die Kriminalitätsstatistik für jeden Ortsteil Berlins statistisch erfasst werden. Bereits seit längerem fordert die Gewerkschaft der Polizei einen solchen „Kriminalitätsatlas“.

Ich frage die Landesregierung: Welche Vor- oder auch Nachteile hätte ein „Kriminalitätsatlas“ für das Land Brandenburg?

## Antwort der Landesregierung

### Minister des Innern Schönbohm

Ein Kriminalitätsatlas kann einen Überblick über die Kriminalitätsverteilung in einfacher tabellarischer und grafischer Form geben. Er könnte ein Hilfsmittel sein, um der Politik und der interessierten Öffentlichkeit die Kriminalitätsentwicklungen im Raum-Zeit-Bezug in einfacher Form darzulegen sowie der Erkennung von Kriminalitätsschwerpunkten, der Beobachtung der Kriminalität, der Anzahl der Tatverdächtigen und der Erlangung von Erkenntnissen für die vorbeugende und verfolgende Verbrechensbekämpfung dienen.

Um aber die Ursachen und Zusammenhänge von Kriminalitätsentwicklungen zu erkennen, bedarf es genauer und spezifischer Untersuchungen. Als Arbeitsmittel für die Polizei ist der Atlas nicht geeignet, dafür stehen andere Statistiken, Lagebilder und Auswertungen, wie zum Beispiel die Polizeiliche Kriminalstatistik, das Lagebild OK, Rauschgift, Wirtschaftskriminalität und anderes zur Verfügung.

**Frage 1552****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Birgit Wöllert****- Situation der ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte in Brandenburg -**

Im Dezember 2005, also vor nunmehr zwei Jahren, hat sich der Landtag mit der Situation in der ambulanten ärztlichen Versorgung beschäftigt. Hintergrund waren akute Finanzierungsprobleme für eine ganze Reihe niedergelassener Ärztinnen und Ärzte.

Inzwischen erreichen uns erneut Hinweise von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, die eine existenzbedrohende Situation beschreiben. So wurde zum Beispiel darüber berichtet, dass eine hausärztliche Praxis in der Uckermark aus einer finanziellen Notsituation heraus geschlossen werden musste.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die wirtschaftliche Situation der ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte in Brandenburg ein?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Der Landesregierung ist bekannt, dass es unter den Vertragsärztinnen und -ärzten eine zum Teil erhebliche Einkommensspreizung gibt, insbesondere zwischen den verschiedenen Facharztgruppen. Über entsprechende Einkommensunterschiede liegen ihr für Brandenburg keine konkreten Zahlen vor. Bekannt ist, dass zwar die mit den Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung erzielten Bruttoeinnahmen der Vertragsärzte in den neuen Ländern leicht unter dem Bundesdurchschnitt, die Einnahmen pro Fall jedoch deutlich darunter liegen. Dieses Einkommensgefälle soll mit der ab 2009 geltenden neuen Vergütungsordnung verringert werden. Ferner können auch Zuschläge für Arztpraxen in unterversorgten Gebieten gezahlt werden. Über die konkreten Umstände einzelner Praxis-schließungen in Brandenburg liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

**Frage 1553****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Richtlinie zur Förderung der Konversion -**

Das Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg bringt gegenwärtig eine überarbeitete Richtlinie zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg auf den Weg. Ursprünglich sollte diese Richtlinie zum 1. September 2007 in Kraft treten. In dieser sollen sich zukünftig die Kommunen mit einer Eigenbeteiligung von 10 % an Maßnahmen der Konversionsförderung beteiligen. Bei Kommunen mit geringer Finanzkraft kann auf Antrag und nach Prüfung bei einer Investitionssumme von mehr als 500 000 Euro der Eigenbetrag auf 5 % reduziert werden. Beispielsweise würde das im günstigsten Fall für die Stadt Jüterbog für den Rückbau der Kaserne Forst-Zinna mit einem prognostizierten Investitionsbedarf von 2 Millionen Euro einen Eigenanteil von 100 000 Euro bedeuten. Dies vor dem Hintergrund, dass die Stadt Jüterbog nicht einmal Eigentümerin - die Kaserne ist Eigentum des Landes Brandenburg - ist. Bisher ermöglichte es die alte Konversionsrichtlinie, dass der

Eigenanteil der Kommunen durch das Sondervermögen ersetzt bzw. dargestellt werden konnte.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die geplante Veränderung der Konversionsrichtlinie vor dem Hintergrund, dass Kommunen sich an der Förderung von Projekten beteiligen sollen, die sich nicht in ihrem Eigentum befinden, währenddessen die, den Eigenanteil aus dem Sondervermögen zu finanzieren, weiter besteht?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Wirtschaft Junghanns**

Der Entwurf der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg wird derzeit hinsichtlich seiner Regelung zur Bereitstellung eines kommunalen Eigenanteils bei Fördermaßnahmen überprüft. Ziel dabei ist es, die Städte und Gemeinden so weit wie möglich zu entlasten. Über das Ergebnis der Prüfung werde ich Sie informieren.

**Frage 1554****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Birgit Wöllert****- Frühförderung -**

Die Sozialpädiatrischen Zentren im Land Brandenburg, die für die frühestmögliche Diagnostik bei entwicklungsverzögerten, einschließlich behinderten Säuglingen und Kleinkindern, zuständig sind, werden seit Jahren von den Landkreisen und kreisfreien Städten in immer geringerem Maße finanziell unterstützt. Auch die Krankenhausträger dieser Zentren setzen andere Schwerpunkte des Ausbaus ihrer Einrichtungen.

Das hat zur Folge, dass aus Personalmangel und anderen finanziellen Gründen bei der Erstvorstellung Wartezeiten bis zu mehreren Monaten entstehen. Durch diese unnötige Verzögerung von Diagnostik und therapeutischer Hilfe verfestigen sich Schädigungen im Kleinkindalter, die die Entwicklung dieser Kinder einschränken und nicht unerhebliche Folgeschäden und Folgekosten verursachen können.

Darum frage ich die Landesregierung: Wäre es nicht sinnvoll und angesichts des Maßnahmenpakets der Landesregierung für Familien- und Kinderfreundlichkeit auch geboten, die Sozialpädiatrischen Zentren in Brandenburg direkt dem Land zu unterstellen und sie finanziell so auszustatten, wie es für das Kindeswohl und bei Vermeidung künftiger Folgekosten notwendig wäre?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Die Landesregierung bestätigt, dass ein Teil der Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten für Leistungen der Sozialpädiatrischen Zentren in den letzten Jahren nicht bzw. nicht in dem Umfang erstattet haben, wie 1992 mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart. Vom Land, aber auch von den Krankenkassen, wurde diese Entwicklung wiederholt bemängelt.

Im Sommer dieses Jahres haben die Rehabilitationsträger eine

Rahmenvereinbarung zur Komplexleistung Frühförderung geschlossen. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Kommunen auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung und unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben nach § 9 Abs. 2 Frühförderungsverordnung ihrer Kostenerstattungspflicht gegenüber den Sozialpädiatrischen Zentren in den Entgeltvereinbarungen nachkommen.

Die Frage, ob es sinnvoll bzw. geboten wäre, die Sozialpädiatrischen Zentren dem Land zu unterstellen und durch das Land zu finanzieren, ist mit Nein zu beantworten. Die Kostenzuständigkeit für die in den Sozialpädiatrischen Zentren erbrachten Leistungen ist gesetzlich klar geregelt.

Die Landesregierung wird die Verhandlungen über Entgelte für die Komplexleistung Frühförderung aufmerksam verfolgen und darauf achten, dass die für die Leistungen der Frühförderung zuständigen Kostenträger ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen.

#### **Frage 1555**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Kornelia Wehlan**

**- Windkraftgebiet in Sperenberg? -**

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat vorgesehen, auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Sperenberg und Umgebung ein Windkraftgebiet auszuweisen. Die Anliegergemeinden und der dortige Planungsverband lehnen das Vorhaben ab.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Sachverhalt besonders hinsichtlich ihrer eigenen Aktivitäten zur wirtschaftlichen Erschließung der Region?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Durch die Mitarbeiter der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Havelland-Fläming wurde ein Änderungsvorschlag für den Teilplan „Windnutzung“ entwickelt, der unter anderem die Fläche des ehemaligen Flugplatzes Sperenberg als neues Eignungsgebiet Windnutzung vorsieht. Von dem zuständigen Beschlussgremium der RPG Havelland-Fläming sind diese Änderungen aber bislang nicht beschlossen worden, sodass von diesem Vorschlag derzeit keinerlei rechtliche oder faktische Wirkungen ausgehen. Ob und wann die RPG Havelland-Fläming diese Änderungsvorschläge überhaupt in ein offizielles Verfahren einbringt, ist nicht absehbar.

Dann wird die Möglichkeit bestehen, vonseiten der betroffenen Gemeinden, des Planungsverbandes oder gegebenenfalls auch vonseiten des Landes auf anderweitige Vorhaben oder Projekte auf diesen Flächen hinzuweisen. Bis dahin besteht außerdem für die Gemeinden die Möglichkeit, eigene Planungen voranzutreiben.

#### **Frage 1556**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Anita Tack**

**- Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 17 (VDE 17) - Wasserstraßenausbau -**

Der Senat von Berlin hat aktuell erhebliche Bedenken gegen

die Weiterführung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 17 geäußert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Aktivitäten hat sie bisher unternommen bzw. welche plant sie, um die nicht notwendige und damit Steuergelder verschwendende Weiterführung des VDE 17 zu verhindern?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE 17) wurde in den vergangenen Jahren in verschiedenen Gremien des Landtages bereits mehrfach erörtert. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes als Vorhabensträger hat dieses Verkehrsprojekt wiederholt hinsichtlich des Nutzen-Kosten-Verhältnisses geprüft. Die Planungen wurden unter effektiver Nutzung der vorhandenen Ressourcen optimiert, besonders bezüglich der Aufwendungen und der Eingriffe in den Naturhaushalt und Landschaftsraum.

Der Verkehrsträger Binnenschifffahrt wird für die Bewältigung der Güterverkehrsnachfrage dringend gebraucht, zukünftig mehr denn je, da die Kapazitätsauslastung der Eisenbahn trotz umfangreicher Ausbaumaßnahmen absehbar ist.

Der Straßengüterverkehr bereitet bereits heute enorme Probleme bezüglich der Umweltbelastungen als auch in der Verkehrsabwicklung sowohl im Fernverkehr auf den Bundesautobahnen als auch im Nahverkehrsbereich in den Kommunen.

Die Binnenschifffahrt ist ein historisch gewachsener Wirtschaftszweig mit Arbeitsplätzen und einer erheblichen Wertschöpfung. Wenn die Binnenschifffahrt als umweltfreundlicher Verkehrsträger bei der Realisierung der Güterverkehrsnachfrage effektiv und damit auf dem Transportmarkt konkurrenzfähig mitwirken soll, müssen - wie bei den anderen Verkehrsträgern - leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturangebote geschaffen werden. Das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 17 soll einen wesentlichen Teil dazu beitragen.

Der Nutzen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 17 kommt im Wesentlichen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zugute. Insofern unterstützt die brandenburgische Landesregierung dieses Projekt des Bundes.

#### **Frage 1557**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Kerstin Bednarsky**

**- Auszahlung von ESF-Mitteln -**

Aus der gemeinsamen Richtlinie zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - finanziert aus ESF-Mitteln - geht für den Bereich der Jugendhilfe hervor, dass Personalkosten in Höhe des Arbeitgeberanteils an den Beiträgen zur Sozialversicherung auf Antrag bei der LASA finanziert werden können.

Dieser Arbeitgeberanteil muss in einem Zwei-Monats-Rhythmus beantragt werden. Vereine teilen mit, dass sie nach Bewilligung, aber vor Beginn ihrer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, diese Mittel beantragt hatten und diese bisher noch nicht gezahlt wurden. Die nächste Beantragung für den Restzeitraum des Jahres 2007 muss aber schon bis zum 05.12.2007 erfolgen.

Aus dieser Darstellung wird deutlich, dass die ESF-Mittel nicht zeitnah ausgezahlt werden, obwohl die Vereine die Terminsetzung beachtet hatten.

Ich frage die Landesregierung: Was unternimmt sie, um die Auszahlung der Mittel zeitnah regelmäßig zu garantieren?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Die Auszahlung der Mittel zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) erfolgt durch die LASA Brandenburg GmbH grundsätzlich zeitnah. Da Beschwerdeführer namentlich nicht benannt sind, ist es leider nicht möglich, die von Ihnen angesprochenen Einzelfälle aufzuklären und den Vereinen gegebenenfalls zu helfen. Ich möchte dennoch einige Ausführungen zum Auszahlungsverfahren machen.

Ziel der ABM-Kofinanzierung des Landes ist es, durch ergänzende Förderung zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und damit zur Entlastung der Arbeitsmarktsituation im Land Brandenburg beizutragen. Voraussetzung für eine Förderung nach der genannten Richtlinie ist die Bewilligung eines ABM-Zuschusses durch die Arbeitsagentur oder einen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Bewilligung erfolgt nach Prüfung der eingereichten vollständigen Antragsunterlagen. Die erste Mittelauszahlung kann frühestens zum Zeitpunkt der Bestandskraft des Zuwendungsbescheides erfolgen. Soweit kein Rechtsmittelverzicht vom Zuwendungsempfänger erklärt wird, wird ein Zuwendungsbescheid einen Monat nach Bekanntgabe rechtskräftig. Die Mittel können regelmäßig nur ausgezahlt werden, wenn sie bei der LASA Brandenburg GmbH per Mittelanforderung abgerufen werden. Die Fördermittel werden im Zwei-Monats-Zyklus ausgezahlt, da die ausgezahlten Fördergelder innerhalb von zwei Monaten nach Landeshaushaltsordnung zuwendungsgerecht ausgegeben sein müssen. Ansonsten fallen beim Zuwendungsempfänger Zinsen an.

Die letzte Mittelauszahlung eines Haushaltsjahres ist an die Fristen der Landeshauptkasse gebunden. Um eine angemessene Bearbeitungszeit für die letzte Mittelanforderung zu gewährleisten, werden die Zuwendungsempfänger in ihren Bescheiden dahin gehend informiert, dass der letzte Mittelabruf für die Kassenmittel 2007 bis zum 05.12.2007 einzureichen ist. Die LASA Brandenburg GmbH ist bemüht, eingehende Mittelanforderungen zeitnah zu bearbeiten. Allerdings ist eine ordnungsgemäße Aufлагenerfüllung die Grundlage für eine Mittelauszahlung. Eine Recherche hat ergeben, dass in den letzten Wochen sehr viele Mittelanforderungen bedient wurden. Alle bis zum heutigen Tag eingereichten Anforderungen sind bereits an die zuständigen Mitarbeiterinnen übergeben und befinden sich in Bearbeitung.

#### **Frage 1558**

##### **Fraktion DIE LINKE**

##### **Abgeordnete Kerstin Bednarsky**

##### **- Chancengleichheit zwischen den Schulen -**

Bei der am 16.11.2007 durchgeführten Konferenz zur beruflichen Ausbildung äußerte Ministerpräsident Matthias Platzeck, dass es zukünftig mehr Unternehmen geben müsste, die

mit Schulen Kooperationsverträge abschließen und umgekehrt, um den Schülerinnen und Schülern die Berufspraxis näherzubringen. Anzunehmen ist, dass es sich auch um ein intensives Sponsoring handeln kann.

Ich frage die Landesregierung: Durch welche Maßnahmen will sie die Chancengleichheit zwischen den Schulen mit Kooperationsverträgen/Sponsoring und ohne so etwas garantieren?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht**

Die Fachtagung vom 16. November 2007 zum „Übergang Schule - Beruf“ befasste sich mit der Schnittstelle des Übergangs von der Sekundarstufe I in die berufliche Bildung. Die Erfordernisse und Möglichkeiten der Berufsorientierung standen daher im Mittelpunkt der Tagung. Die im Eröffnungsvortrag des Ministerpräsidenten angesprochene Forderung zur Kooperation bezog sich auf die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft im Rahmen einer systematischen Berufsorientierung und nicht auf Fragen von „Sponsoring“. Die Aufforderung richtete sich dabei sowohl an die Schulen als auch an die Unternehmen, mit dem Ziel, die Berufsorientierung weiterzuentwickeln, indem verstärkt konkrete Kooperationsvereinbarungen getroffen werden.

Die Chancengleichheit ist dadurch garantiert, dass die Berufsorientierung integraler Bestandteil der Arbeit in allen Schulen der Sekundarstufe I ist. Mit den einzelnen Maßnahmen einschließlich dem verpflichtenden Betriebspraktikum wird dieser Anspruch bereits umgesetzt. Darüber hinaus stehen die regionalen Unterstützungssysteme, insbesondere die Arbeitskreise für Schule und Wirtschaft, im Rahmen des „Netzwerkes Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg“ allen Schulen gleichermaßen zur Verfügung.

Ziel der Landesregierung ist es, das Wissen über die Wirtschaft und die berufliche Praxis zu verbessern und zukunftsfähige Berufs- und Studienorientierungen zu vermitteln. Unsere Schülerinnen und Schüler sollen sich in der Berufswelt von morgen zurechtfinden. Deshalb sollen insbesondere die Praxislernangebote in Oberschulen und die Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen ausgebaut und weiterentwickelt werden.

#### **Frage 1559**

##### **Fraktion DIE LINKE**

##### **Abgeordnete Kornelia Wehlan**

##### **- Erweiterung des Mittelzentrums Schönefeld um die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow -**

Der Kreistag Teltow-Fläming wird am 10. Dezember beschließen, dass im Rahmen der anstehenden Neugliederung die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow als Mittelzentrum mit Teilfunktion zum ausgewiesenen Mittelzentrum Schönefeld hinzugezogen wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Sachverhalt besonders hinsichtlich der Eröffnung neuer Chancen und Möglichkeiten für die betroffene Gemeinde - in Anbetracht aller Nachteile und Einschränkungen, die aus dem Flughafen resultieren?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Die neue zentralörtliche Gliederung wird im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) festgelegt. Dieser Plan sieht südlich von Berlin die Mittelzentren vor, die die Aufgabe haben, die Daseinsvorsorge im Raum sicherzustellen. Neben Ludwigsfelde und Zossen ist Schönefeld zusammen mit Wildau als Mittelzentrum in Funktionsteilung aufgenommen.

Vorschläge für davon abweichende Einordnungen von Gemeinden ins zentralörtliche System müssen ins laufende Beteiligungsverfahren zum LEP B-B eingebracht werden. Im Rahmen dieses Planverfahrens werden die eingehenden Vorschläge bewertet. Entsprechende Stellungnahmen können noch bis 15. Januar abgegeben werden. Der Bewertung im förmlichen Verfahren kann nicht vorgegriffen werden.

**Frage 1560****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Verkauf bundeseigener Seen im Land Brandenburg -**

Die Landesregierung vertrat bisher die Auffassung, dass sie auf die Verkaufspraxis des Bundes bei der Veräußerung von Gewässern keine Einflussmöglichkeiten hat - so in Beantwortung der Kleinen Anfrage 2039 nachzulesen. Bei Seen handelt es sich dabei immerhin um eine Fläche von fast 2 500 ha. Betroffen sind nicht nur Betriebe der Fischereiwirtschaft, sondern auch die Sicherung der Qualität der Gewässer überhaupt. So unternimmt das Land in Umsetzung der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie große Anstrengungen, einen guten Zustand der Gewässer zu erreichen. Ministerpräsident Matthias Platzeck hatte zum Beispiel gegenüber den Vertretern der Initiative „Pro Mellensee“ Hilfe bei deren Aktivitäten zur Verbesserung des Mellensees zugesagt. Dass der Mellensee nun privatisiert werden soll, führt vor Ort zu Verunsicherung.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sie bei Verkäufen von Gewässern die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern des Landes Brandenburg an einem guten ökologischen Zustand der Gewässer und an einer fischereilichen Nutzung durch ortsansässige Betriebe unabhängig von privaten Erwerbsinteressen Dritter gegenüber dem Bund vertreten?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke**

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Gewässerflächen durch den Bund, die sich im Eigentum von bundeseigenen Verwaltungsträgern befinden, möchte ich darauf hinweisen, dass das Land Brandenburg, wie auch die anderen Bundesländer, auf Angebote des Bundes zur Flächenübergabe keinen Anspruch hat. Anderweitige Flächenverwertungen durch den Bund können von der Landesregierung grundsätzlich nicht verhindert werden.

Eine andere Sachlage kann sich in Fällen ergeben, in denen eine Zuordnung von ehemaligem Vermögen der Deutschen Demokratischen Republik, also von Flächen im ehemaligen Volkseigentum, vorzunehmen ist. Als Verwaltungsvermögen zu qua-

lifizierende Grundstücksflächen können unter den Voraussetzungen des Artikels 21 Einigungsvertrag auch dem Land oder anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung zustehen, was in Einzelfällen durchaus auch bei Gewässern der Fall sein kann. Als Beispiel hierfür seien Seenspeicher genannt.

Allerdings ist die von Ihnen angesprochene Zielstellung, einen guten ökologischen Zustand der Gewässer zu erreichen, prinzipiell unabhängig von dem an den Gewässern bestehenden Eigentum. Die diesbezüglichen Pflichten und Maßnahmen ergeben sich maßgeblich aus dem Wasserrecht, zum Beispiel aus den gesetzlichen Vorgaben für die Gewässerunterhaltung und insbesondere auch aus den zukünftigen Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen. Auch jeder private Erwerber eines Sees oder sonstigen Oberflächengewässers unterliegt insoweit dem durch die Wasserbehörden zu vollziehenden öffentlichen Bewirtschaftungsregime.

Was die fischereiliche Nutzung durch ortsansässige Betriebe im Falle eines Eigentumsübergangs vom Bund auf Private betrifft, sind die bestehenden privatrechtlichen Rechtsverhältnisse, also zum Beispiel ein bestehender Pachtvertrag, weiterzuführen. Der neue Grundstückseigentümer muss den bestehenden Miet- oder Pachtvertrag übernehmen und bis zum Ende der Laufzeit fortsetzen.

Weitergehende Einflussnahmen seitens der Landesregierung sind also weder geboten noch möglich.

**Frage 1561****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann****- Stellungnahme zum Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zur Stiftung für das sorbische Volk -**

In den Haushaltsberatungen des Brandenburger Landtages wurde ein Prüfgutachten des Bundesrechnungshofes als ein Grund für die Sperren im Bundes- wie im Brandenburger Landeshaushalt bei der Stiftung angeführt.

Die Bundestagsabgeordnete Maria Michalk hat nun in einer Erklärung zum Einzelplan der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes in Bezug auf diesen Prüfbericht Folgendes gesagt: „Der Freistaat Sachsen ... hat in seiner Stellungnahme auf die sechs Forderungen des Rechnungshofes reagiert ... Das Land Brandenburg unterstützt politisch diese Forderungen ... Vom Bund liegt derzeit noch keine Stellungnahme zum Rechnungshofgutachten vor.“

Ich frage die Landesregierung: Welche Position bzw. welche Forderungen hat sie zur Mitteilung des Bundesrechnungshofes „Ausgewählte Aspekte des Zuschusses des Bundes an die Stiftung für das sorbische Volk“ vom 20. März 2007?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka**

Die Landesregierungen des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg haben die Prüfmitteilung des Bundesrechnungshofes vom 20. März 2007 nachrichtlich erhalten. Wie Sie zutreffend zitieren, liegt eine Stellungnahme des Bundes derzeit nicht vor.

In Bezug auf den Prüfbericht des Bundesrechnungshofs (BRH) hat die Landesregierung zusammen mit Sachsen bereits in der gemeinsamen Kabinettsitzung beider Länder am 16.10.07 deutlich gemacht, dass der bisher bewährte Finanzierungsschlüssel für die Stiftung für das sorbische Volk beibehalten werden soll. Insbesondere soll darauf hingewirkt werden, dass der Bund seine Globalzuweisungen beibehält und nicht - wie vom BRH angeregt - auf Projektförderung umstellt.

Klarstellend weise ich darauf hin, dass die Sperre im Landeshaushalt wegen des noch ausstehenden Finanzierungsabkommens ausgebracht wurde. Ein Zusammenhang mit der Prüfmittelteilung des Bundesrechnungshofes hinsichtlich der Entsperrung des Landesanteiles besteht nicht.

In diesem Zusammenhang begrüße ich es, dass sich die drei Vertragspartner am 29. November 2007 über das weitere Verfahren zum Abschluss eines neuen Finanzierungsabkommens verständigt haben. Es ist verabredet worden, das Abkommen möglichst bis März 2008 unterschriftsreif zu verhandeln. Damit wäre die Voraussetzung zur Entsperrung landesseitig erfüllt. Auch wenn die Finanzierung der Stiftung ab dem 1. Januar 2008 zunächst ohne ein gültiges Finanzierungsabkommen erfolgt, sind die entsprechenden Haushaltsansätze in den beiden Landeshaushalten und im Bundeshaushalt etatisiert.

#### **Frage 1562**

#### **Fraktion DIE LINKE**

#### **Abgeordneter Peer Jürgens**

#### **- Lehrtätigkeit an Hochschulen -**

Die Landesregierung plant in ihrer angekündigten Hochschulgesetznovelle weitreichende Veränderungen im Personalbereich. Unter anderem soll es künftig Professuren mit dem Schwerpunkt Lehrtätigkeit geben. Statistische Erhebungen weisen dagegen darauf hin, dass der Anteil der Professoren in der Lehrtätigkeit immer weiter abnimmt und immer größere Bereiche der Lehre an den Hochschulen durch den wissenschaftlichen Mittelbau bzw. Lehraufträge abgesichert werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie hoch ist der Anteil der durch Professoren angebotenen Lehrveranstaltungen am gesamten Lehrangebot der Brandenburger Hochschulen?

#### **Antwort der Landesregierung**

#### **Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka**

Mangels Quellenangabe ist der Landesregierung eine Bewertung der von Ihnen angeführten „statistischen Erhebungen“ nicht möglich. Die amtliche Statistik weist Angaben zum prozentualen Anteil der durch Professoren angebotenen Lehrveranstaltungen am gesamten Lehrangebot der Brandenburger Hochschulen nicht aus. Zur Verfügung stehen allerdings im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur von den Hochschulen erhobene Daten (siehe Anlage). Daraus lässt sich entnehmen, dass der Anteil der von Professoren angebotenen Lehrveranstaltungsstunden am Gesamtlehrangebot der Hochschulen an den Universitäten und der HFF im Durchschnitt bei ca. 43 % und an den Fachhochschulen im Durchschnitt bei etwa 91 % liegt.

Die Landesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, dass an Brandenburgischen Hochschulen ein Missverhältnis zwischen der von Professoren wahrgenommenen Lehrtätigkeit und der Wahrnehmung der Lehre durch sonstiges haupt- oder nebenberufliches wissenschaftliches Personal besteht. Die Verpflichtung zur Lehre an den Hochschulen betrifft gemäß § 35 BbgHG in Verbindung mit der Lehrverpflichtungsverordnung (LehrVV) nicht ausschließlich die Professorinnen und Professoren, sondern insbesondere auch den wissenschaftlichen Mittelbau. Die Einhaltung der geltenden Lehrverpflichtungen wird innerhalb der Hochschulen durch die Dekane und Präsidenten überwacht. Soweit Lehrangebote nach Ausschöpfung des Lehrdeputats des wissenschaftlichen Personals nicht abgedeckt werden können oder das Lehrangebot darüber hinaus ergänzt werden soll, steht es den Hochschulen frei, gemäß § 55 BbgHG zusätzlich Lehraufträge zu vergeben.

Die von Ihnen angeführte, im Zuge der geplanten Hochschulgesetznovelle beabsichtigte Einführung der Personalkategorie von Professoren und Juniorprofessoren mit Schwerpunkt Lehre zielt insofern nicht darauf ab, einen vermeintlichen Mangel an Lehrtätigkeit aufseiten der Hochschullehrer zu beheben, sondern hat vielmehr zum Ziel, die Relevanz der Lehre im Hinblick auf die Qualifikation von Hochschullehrern im Verhältnis zu den Forschungsleistungen aufzuwerten. Es handelt sich mithin vorrangig um eine Maßnahme zur Qualitäts-, nicht zur Quantitätssicherung der Lehre.

**Anlage**

Übersicht: Anteil der Lehrverpflichtung der Professoren an der Gesamtlehrverpflichtung des hauptberuflich tätigen Lehrpersonals (Universitäten: Professoren, Juniorprofessoren, wiss. MA, Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA); Fachhochschulen: Professoren und LfbA)

HS	Gesamtlehrverpflichtung des hauptberuflich tätigen Lehrpersonals (Stand SS 2007) in Lehrverpflichtungsstunden (LVS)		Lehrverpflichtung der Professoren einschl. TG 60 n. Abzug der Lehrermäßigungen nach § 6 LehrVV	Anteil in % zur Gesamtlehrverpflichtung nach Abzug der Lehrermäßigungen n. § 6 LehrVV
	insgesamt	nach Abzug aller Lehrermäßigungen gemäß § 6 LehrVV		
BTUC	2 126	2 039	1 032	50,6
EUV	863	861	418	48,5
UP	5 373,5	5 228,5	1 479	28,3
HFF	756	721	313	43,4
FHB	1 278	1 095	1 095	85,7
FHE	1 057	924	886	95,9
FHL	2 765	2 500	2 196	87,8
FHP	1 849	1 649,5	1 546,5	93,8
TFHW	1 464	1 376	1 289	93,7
Insgesamt:	17 531,5	16 394	10 254,5	Durchschnitt 69,7

**Frage 1563****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Birgit Wöllert****- Wartezeiten bei der Prüfung zum Heilpraktiker -**

Nach mir vorliegenden Hinweisen beträgt die Wartezeit für die Prüfung zum Heilpraktiker in Brandenburg bis zu 18 Monate.

Ich frage die Landesregierung: Welche Anstrengungen werden unternommen, um diese Wartezeit zu verkürzen?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Zuständig für die Erteilung der Heilpraktikererlaubnis sind nach § 3 Abs. 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Heilpraktikergesetz die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Verwaltungsbehörde. Im Rahmen dieses Erlaubniserteilungsverfahrens ist eine Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten der antragstellenden Person vorgesehen. Für diese Überprüfung ist gemäß der Verordnung über Zuständigkeiten für die Überprüfung von Heilpraktikeranwärterinnen und Heilpraktikeranwärtern vom 12. Februar 1992 (GVBl. II S. 78) das Gesundheitsamt der Stadt Potsdam zuständig.

Nach Auskunft des Gesundheitsamtes Potsdam trifft es zu, dass derzeit zum Teil erhebliche Wartezeiten für die Heilpraktikerüberprüfung bestehen. Die Gründe für die langen Wartezeiten sind insbesondere darin zu suchen, dass für diese Aufgabe im Gesundheitsamt der Stadt Potsdam nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Wartezeiten in den meisten Fällen keinen Nachteil für die Heilpraktikeranwärterinnen und -anwärter darstellen, da diese in der Regel eine lang andauernde und strukturierte Ausbildung durchlaufen, sodass sie langfristig planen und durch eine frühzeitige Anmeldung die tatsächliche Wartezeit entsprechend kurz halten können. Darüber hinaus gibt es regelmäßig bei jedem Prüfungsdurchgang Absagen von angemeldeten Heilprak-

tikeranwärtern, sodass immer wieder die Möglichkeit für andere Heilpraktikeranwärter - insbesondere bei der ersten Prüfung durchgefallene Kandidaten - besteht, kurzfristig in eine Prüfung „hineinzurutschen“.

**Frage 1564****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Thomas Domres****- Wildunfälle in Brandenburg -**

Nach wie vor ist in Brandenburg eine Vielzahl von Wildunfällen zu verzeichnen. So sind beispielsweise über 30 % der Unfälle in der Prignitz Wildunfälle. Seit 2005 gibt es in der Prignitz eine Projektgruppe zur Wildunfallbekämpfung. In dieser Projektgruppe sind neben der Polizei und dem Landkreis die Verkehrswacht Prignitz und das CJD-Prignitz vertreten. Diese haben bestimmte Straßenabschnitte, die Unfallschwerpunkte waren, mit verschiedenen Wildwarnsystemen ausgestattet. Insgesamt wurden 33 Straßenkilometer mit besagten Wildwarnsystemen ausgestattet. Auf diesen Streckenabschnitten ging die Zahl der Wildunfälle um rund 80 % zurück.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen hat sie die Wildunfallbekämpfung im Land unterstützt und wird sie dies weiterhin tun?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Lassen Sie mich zunächst darauf hinweisen, dass die Landesregierung schon seit Jahren mit großer Sorge eine stetige Zunahme von Wildunfällen beobachtet. Leider handelt es sich dabei aber offensichtlich um einen bundesweiten Trend, wie beispielsweise die Untersuchungen des Gesamtverbandes der Schadensversicherer (GDV) ergaben. Zudem ist in den letzten Jahren, wie eine über 9 Jahre geführte Unfallauswertung mit 5000 Wildunfällen des GDV zeigt, bislang bundesweit kein wirksames Mittel gegen Wildunfälle gefunden worden. So wurden beispielsweise in einem Großversuch über 3 Jahre an

6 Strecken in NRW alle bisher als erfolgversprechend eingeschätzten Möglichkeiten getestet und wissenschaftlich ausgewertet. Dazu gehörten Maßnahmen wie Freischneiden von Straßenbegleitgrün, optische Reflektoren, Duftzäune, optisch-akustische Reflektoren und Einsatz des Verkehrszeichens 142 (Wildwechsel). Im Ergebnis wurde festgestellt - Zitat: „Bei keiner der durchgeführten Maßnahmen konnte eine wirksame Reduzierung der Unfallzahlen nachgewiesen werden“.

Natürlich wurde parallel dazu auch in Brandenburg eine Reihe von Versuchen durchgeführt, teilweise sogar in erweiterter Form. So wurden im Landkreis Elbe-Elster und im Raum Strausberg Geschwindigkeitsbeschränkungen mit Verkehrszeichen 142 (Wildwechsel) gekoppelt, leider erfolglos. Die bereits eingangs angeführten Versuche des GDV wurden auch in Brandenburg durchgeführt. Die Ergebnisse sind nahezu identisch mit denen des GDV und denen anderer Bundesländer.

Man kann sagen, dass die örtlichen Unfallkommissionen in enger Zusammenarbeit mit der Polizei und den unteren Jagdbehörden wohl kaum eine bekannte Möglichkeit ausgelassen haben, Wildunfällen zu begegnen, sodass bei realistischer Einschätzung der Lage festgestellt werden muss, dass es außer den extrem aufwändigen Wildbrücken und nur partiell einsetzbaren Wildzäunen mit den bekannten Populationsproblemen kein Mittel gibt, mit dem das Verhalten des Wildes durchgreifend beeinflusst werden kann. Diese Auffassung haben die Mitglieder der Landesunfallkommission, die sich auch mit den Verhältnissen in der Prignitz befasst haben, nochmals auf ihrer letzten Sitzung am 29. November unmissverständlich bekräftigt. Ein Rückgang des Wildunfallgeschehens um 80 % in der Prignitz konnte, wie schon zuvor in anderen Regionen mit vergleichbaren Maßnahmen, nicht plausibel und verallgemeinerungsfähig nachgewiesen werden.

Insofern darf im Zuge einer Gesamtbetrachtung das Gefahrenpotenzial von Wildunfällen nicht schöneredet werden. Es gibt zurzeit kein Wundermittel gegen dieses Phänomen. Die Landesregierung steht gerade aus diesem Grund auch künftig allen neuen und erfolgversprechenden Ideen aufgeschlossen gegenüber. Besonders auffällige Bereiche werden auch weiterhin durch die örtlich zuständigen Behörden und Unfallkommissionen beobachtet und entsprechend beschildert. Dies allein reicht aber nicht. Die Landesregierung appelliert daher unvermindert an alle Fahrzeugführer, insbesondere außerorts und in waldreichen Gegenden immer und jederzeit mit Wildwechsel zu rechnen und das Fahrverhalten darauf einzustellen.

#### **Frage 1565**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Thomas Domres**

**- Planungsstand A 14 -**

Die Landesregierung hat auf die mündliche Anfrage 800 am 13.09.2006 mitgeteilt, dass die Planungsmittel gesichert sind. Zwischenzeitlich wurde auch über die Finanzierung informiert.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der konkrete Planungsstand für die A 14?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Die Richtlinienentwürfe für die beiden in Zuständigkeit des

Landesbetriebes Straßenwesen befindlichen Verkehrsabschnitte (VA)

- VA 4 von Anschlussstelle (AS) Wittenberge bis AS Karstädt und
- VA 5 von AS Karstädt bis Landesgrenze Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern

des Brandenburger Teils der BAB 14 wurden zur Erteilung der oben genannten Sichtvermerke im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vorgelegt.

Nach Erteilung der Sichtvermerke - planmäßig voraussichtlich im I. Quartal 2008 - und Fertigstellung der Planfeststellungsunterlagen - gegebenenfalls Einarbeitung der Auflagen des BMVBS - wird das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Der VA 3.2b von AS Wittenberge bis zur Landesgrenze Brandenburg/Sachsen-Anhalt (inkl. Elbebrücke) wird in Zuständigkeit der DEGES und in enger Abhängigkeit mit dem in Sachsen-Anhalt an die Elbe angrenzenden Abschnitt geplant und gebaut. Aufgrund von Planungsverzögerungen in Sachsen-Anhalt kann das Planfeststellungsverfahren hier voraussichtlich erst im III. Quartal 2008 eingeleitet werden.

#### **Frage 1566**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Thomas Domres**

**- Anbindung Gewerbegebiet Wittenberge Nord an die B 189 -**

Seit mehreren Jahren ist eine bessere Anbindung des Gewerbegebietes Wittenberge Nord an die B 189 im Gespräch. Die Kommune und die Unternehmen halten eine bessere Anbindung für dringend erforderlich. In Gesprächen vor Ort habe ich erfahren, dass sich der zugesagte Baubeginn verzögert.

Ich frage die Landesregierung: Wann ist mit der angesprochen besseren Anbindung des Gewerbegebietes an die B 189 zu rechnen?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Die Stadt Wittenberge hat sich im Jahr 2002 mit den ersten Planungsabsichten bezüglich einer besseren Anbindung des Gewerbegebietes Wittenberge Nord an die B 189 an das damalige Brandenburgische Straßenbauamt (BSBA) Kyritz gewandt. Bei der Straße zur Anbindung des Gewerbegebietes an die B 189 handelt es sich um eine kommunale Straße in der Baulastträgerschaft der Stadt Wittenberge.

Die Bewilligungsbehörde der Landesbetrieb Straßenwesen (LS)/Niederlassung (NL) West als Nachfolger des BSBA Kyritz schätzt nach Prüfung der eingereichten Unterlagen diese Straße als grundsätzlich förderfähig im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung zur Verwendung von Fördermitteln zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden des Landes Brandenburg - Teil kommunaler Straßenbau - (Rili KStB Bbg) ein. Eine entsprechende Stellungnahme gegenüber der Stadt Wittenberge erfolgte am 27.02.2007. Daraufhin stellte die Stadt Wittenberge mit Datum vom 10.04.2007 einen Antrag auf Förderung der Straßenbaumaßnahme beim LS/NL West. Die Stadt Wittenberge wurde darüber informiert, dass die Maßnahme nur in das Förderpro-

gramm aufgenommen werden kann, wenn sie die Ausführungsplanung zur Genehmigung hinsichtlich der Anbindung an die B 189 dem LS/NL West übergibt und eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der Stadt Wittenberge und dem LS/NL West abgeschlossen wird. Seitens der Stadt Wittenberge wurden die notwendigen Unterlagen bisher nicht vorgelegt.

#### **Frage 1567**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Thomas Domres**

**- Befreiung des SPNV und ÖPNV von der Besteuerung von Biodiesel -**

Die Prignitzer Eisenbahn (PEG) und ihre Tochter, die Ostdeutsche Eisenbahn (ODEG), setzten zur Bedienung des SPNV im Land Brandenburg moderne Fahrzeuge, die neuester Technologie und modernem Sicherheitsstandard entsprechen, ein. Für den Dieselantrieb ihrer Triebwagen wurde bisher auf Biodiesel zurückgegriffen. Im kommenden Jahr soll die Steuer von 9 auf 15 Cent pro Liter Biodiesel steigen. Pflanzenöl soll erstmalig mit 10 Cent je Liter besteuert werden. Nach Aussagen der Unternehmensleitung wird die PEG unter den neuen Rahmenbedingungen aus Wettbewerbsgründen auf herkömmlichen Dieselmotoren umsteigen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Möglichkeit für den SPNV bzw. ÖPNV, bei der Besteuerung von Biodiesel ähnliche Steuerbegünstigungen, wie es sie beim Einsatz von Biodiesel in der Landwirtschaft gibt, einzuführen?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Minister der Finanzen Speer**

Energiesteuern sind reine Bundessteuern. Zurzeit liegt weder ein Gesetzentwurf der Bundesregierung noch ein Gesetz des Deutschen Bundestages zur Beratung im Bundesrat vor.

Vor diesem Hintergrund gibt es bisher keine abgestimmte Haltung der Landesregierung zu dieser Frage.

#### **Frage 1568**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Thomas Domres**

**- Wassergesetz -**

Im noch gültigen Brandenburgischen Wassergesetz als auch im Gesetzentwurf der Landesregierung (DS 4/5052) für ein Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften ist in § 97 Abs. 1 zu lesen: „Hochwasserschutzanlagen sind so zu erhalten, dass die vollständige Funktionsfähigkeit jederzeit gewährleistet wird.“ Nun gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen Kreisverwaltung, Wasser- und Bodenverbänden und dem Landesumweltamt, inwieweit „jederzeit“ auch wirklich „jederzeit“ bedeutet oder durch andere Gesetze eine andere Zuständigkeit und eine andere Finanzverantwortung in Bezug auf die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen gegeben ist.

Ich frage die Landesregierung: Unter welchen Umständen bzw. durch welche Gesetze wird die Maßgabe des § 97 Abs. 1 Brandenburgisches Wassergesetz, das Hochwasserschutzanlagen so zu erhalten sind, dass die vollständige Funktionsfähigkeit jederzeit gewährleistet wird, außer Kraft gesetzt und eine andere Zuständigkeit und Finanzverantwortung geregelt?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke**

Das Brandenburgische Wassergesetz verpflichtet das Landesumweltamt, Hochwasserschutzanlagen so zu erhalten, dass deren vollständige Funktionsfähigkeit jederzeit gewährleistet wird. Hierunter fallen insbesondere die regelmäßigen Erhaltungsmaßnahmen an den bestehenden Deichen.

Im Hochwasserfall ist es allerdings damit allein nicht getan. Vielmehr erfordert die Abwehr von Hochwasser die Mobilisierung aller vorhandenen Kräfte.

Nach § 113 Abs. 1 BbgWG sind zum Beispiel die betroffenen und benachbarten Gemeinden zur Hilfeleistung und gegebenenfalls auch zur Einrichtung eines Wachdienstes verpflichtet. Die Wasserbehörden können auch die Einwohner zu Hilfsarbeiten oder zur Bereitstellung der erforderlichen Arbeitsgeräte, Beförderungsmittel und Baustoffe heranziehen.

Koordiniert werden die Maßnahmen im Hochwasserfall durch die Katastrophenschutzbehörden, die die erforderlichen Maßnahmen zur Katastrophenabwehr treffen. Dazu können im Hochwasserfall auch Sicherungsmaßnahmen an den Deichen gehören, wie zum Beispiel das Verstärken oder die Erhöhung des Deiches durch Sandsäcke. In diesem Zusammenhang ist es beim Hochwasser an der Elbe 2006 dazu gekommen, dass der örtliche Wasser- und Bodenverband Maßnahmen an den Deichen getroffen und dem Landesumweltamt nachträglich in Rechnung gestellt hat. Wegen begründeter Zweifel an der Berechtigung der Forderung ist eine Zahlung abgelehnt worden. Über das rechtsanhängige Verfahren hat nunmehr das Verwaltungsgericht Potsdam zu entscheiden. Ob dabei die Frage des Verhältnisses von Erhaltungs- zu Deichverteidigungsmaßnahmen für das Verwaltungsgericht entscheidungsrelevant ist, ist der Landesregierung nicht bekannt.

Unabhängig von dem konkreten Streitfall ist durch die Landesregierung eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel gebildet worden, mittels eines gemeinsamen Runderlasses von Innen- und Umweltministerium die Aufgaben und Zuständigkeiten bei der Abwehr von Hochwassergefahren noch detaillierter zu regeln. Es sollen insbesondere die Pflichtenkreise Deichunterhaltung und Deichverteidigung stärker harmonisiert werden.

Abschließend möchte ich betonen, dass auch ohne einen solchen Erlass der Hochwasserschutz durch die Landesregierung sichergestellt ist.

#### **Frage 1569**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann**

**- Schweinemastanlage -**

Die Brandenburgische Bauordnung verlangt, dass im Fall eines Brandes die Rettung von Menschen und Tieren möglich ist. Nach hier vorliegenden Auskünften ist im Brandschutzkonzept der geplanten Schweinemastanlage Haßleben die Rettung von Tieren jedoch nicht vorgesehen. Auch das von der Behörde eingeholte unabhängige Gutachten sieht eine derartige Rettung nicht vor.

Ich frage die Landesregierung: Ist die Rettung der Schweine im Brandfall nach den vorliegenden Unterlagen und dem von der Behörde beauftragten Gutachten gewährleistet?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke**

Das Vorhaben Schweinemastanlage Haßleben ist schon des Öfteren Gegenstand parlamentarischer Anfragen gewesen.

Ich kann Ihnen versichern, dass in dem laufenden immissionsschutzrechtlichen Verfahren unter Führung des Landesumweltamtes alle rechtlichen Anforderungen und Genehmigungsvor-

aussetzungen sorgfältigst geprüft werden. Dazu gehört auch die Rettung von Tieren bei einem Brand.

Genau zu diesem Punkt hat der für Haßleben eingeschaltete vereidigte Brandschutzsachverständige bereits Anfang Oktober 2007 einen gesonderten Prüfauftrag vom Landesumweltamt erhalten. Er wird in Kürze dazu eine Ergänzung seines Gutachtens vorlegen.

Das immissionsschutzrechtliche Verfahren zu Haßleben ist noch nicht abgeschlossen!

Bitte haben Sie Verständnis, dass ich in einem schwebenden Verfahren nicht auf Details eingehen möchte und dem Landesumweltamt nicht vorgreifen kann.